

12389

Stenographisches Protokoll

142. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich

XVI. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 16. Mai 1986

Tagesordnung

1. Mitteilung über die Ernennung eines neuen Bundesministers für Landesverteidigung
2. Bericht über den Antrag 184/A der Abgeordneten Hochmair, Probst, Dr. Stummvoll und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz)
3. Bundesgesetz, mit dem die Verordnung des Ministers des Innern vom 21. März 1873, RGBl. Nr. 37, betreffend die Prüfung der Ärzte und Tierärzte zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste bei den politischen Behörden, geändert wird
4. Bundesgesetz, mit dem das Glücksspielgesetz, das Bundes-Sportförderungsgesetz, das Gebührengegesetz und das Umsatzsteuergesetz geändert und das Sporttoto-Gesetz und das Pferdetoto-Gesetz aufgehoben werden
5. Bundesgesetz über die Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD)
6. Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Mietbedingungen des Gemeinschaftszollamtes Arnoldstein

Fragestunde (101.)

Soziale Verwaltung (S. 12391)

Dr. Lichal (773/M); Rechberger, Dr. Schwimmer

Kokail (782/M); Schwarzenberger, Hintermayer, Tirnthal

Dr. Schranz (783/M); Dr. Kohlmaier, Renner

Eigruber (781/M); Hesoun, Dr. Keimel, Mag. Kabas

Dr. Hafner (774/M); Mag. Kabas, Nürnberger, Dr. Feurstein

Dr. Kohlmaier (775/M); Elfriede Karl, Dr. Helga Rabl-Stadler

Ausschüsse

Zuweisungen (S. 12406)

Verhandlungen

- (1) Mitteilung über die Ernennung eines neuen Bundesministers für Landesverteidigung

Redner:

Dr. Mock (S. 12407),
 Wille (S. 12413),
 Brandstätter (S. 12418) (tatsächliche Berichtigung)
 Dr. Gugerbauer (S. 12418),
 Graf (S. 12422),
 Bundeskanzler Dr. Sinowatz (S. 12429),
 Ropert (S. 12433),
 Dr. Taus (S. 12436),
 Dr. Lichal (S. 12443),
 DDr. Gmosek (S. 12448),
 Dr. Lanner (S. 12452) und
 Dr. Ermacora (S. 12455)

- (2) Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über den Antrag 184/A der Abgeordneten Hochmair, Probst, Dr. Stummvoll und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über Maßnahmen gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz) (952 d. B.)

Berichterstatter: Dipl.-Ing. Dr. Keppler - müller (S. 12457)

Inhalt

Personalien

Krankmeldungen (S. 12391)

Entschuldigungen (S. 12391)

Geschäftsbehandlung

Feststellung des Präsidenten: Erste Lesung über den Antrag 189/A gemäß § 108 der Geschäftsordnung (S. 12406)

Tatsächliche Berichtigung

Brandstätter (S. 12418)

Redner:

Dr. Stummvöll (S. 12457),
 Hochmair (S. 12459),
 Probst (S. 12460) und
 Tonn (S. 12462)

Annahme (S. 12463)

- (3) Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (785 d. B.): Bundesgesetz, mit dem die Verordnung des Ministers des Innern vom 21. März 1873, RGBl. Nr. 37, betreffend die Prüfung der Ärzte und Tierärzte zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste bei den politischen Behörden, geändert wird (950 d. B.)

Berichterstatter: Tonn (S. 12463)

Annahme (S. 12464)

- (4) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (931 d. B.): Bundesgesetz, mit dem das Glücksspielgesetz, das Bundes-Sportförderungsgesetz, das Gebührengesetz und das Umsatzsteuergesetz geändert und das Sporttoto-Gesetz und das Pferdetoto-Gesetz aufgehoben werden (956 d. B.)

Berichterstatter: Kubat (S. 12464)

Redner:

Dr. Höchtl (S. 12464),
 Arnold Grabner (S. 12468),
 Dr. Steidl (S. 12470),
 Probst (S. 12471),
 Bundesminister Dr. Moritz (S. 12473) und
 Dr. Feuerstein (S. 12474)

Annahme (S. 12478),

- (5) Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (935 d. B.): Bundesgesetz über die Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) (957 d. B.)

Berichterstatterin: Mag. Brigitte Ederer (S. 12478)

Annahme (S. 12478)

- (6) Bericht des Bautenausschusses über die Regierungsvorlage (890 d. B.): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Mietbedingungen des Gemeinschaftszollamtes Arnoldstein (978 d. B.)

Berichterstatter: Dr. Preiß (S. 12479)

Genehmigung (S. 12479)

Anträge der Abgeordneten

Dr. Schwimmer, Dr. Lichal, Steinbauer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über die weitgehende Abschaffung der Ruhensbestimmungen (195/A)

Dr. Mock, Dr. Lichal und Genossen betreffend Maßnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit (198/A)

Bergmann und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesstraßengesetz 1971 geändert wird (2. Bundesstraßengesetz-Novelle 1986) (197/A)

Anfragen der Abgeordneten

Hubert Huber und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport betreffend Subventionierung der österreichischen Blasmusikkapellen (2096/J)

Heinzinger und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend Erfassung der Bestände der Bundesmobilienverwaltung (2097/J)

Dr. Marga Hubinek und Genossen an den Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz betreffend Information der österreichischen Bevölkerung über die radioaktiven Werte in der Luft und auf dem Boden (2098/J)

Bayer, Mag. Schäffer und Genossen an den Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport betreffend die Durchschaubarkeit der Personalsituation in der Zentralleitung des Bundesministeriums (2099/J)

Dr. Lanner, Dr. Keimel und Genossen an den Bundesminister für Bauten und Technik betreffend die Errichtung begrünbarer Lärmschutzwände (2100/J)

Dr. Reinhart, Weinberger, Wanda Brunner, Mag. Guggenberger, Dipl.-Wv. Tieber, Strobl und Genossen an den Bundesminister für Inneres betreffend Maßnahmen gegen gesetzwidrige Straßenblockaden (2101/J)

Anfragebeantwortung

des Bundesministers für Justiz auf die Anfrage der Abgeordneten Dr. Rieder und Genossen (1958/AB zu 1983/J)

Beginn der Sitzung: 9 Uhr

Vorsitzende: Präsident Benya, Zweiter Präsident Dr. Marga Hubinek, Dritter Präsident Dr. Stix.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Krank gemeldet sind die Abgeordneten Helene Partik-Pablé, Fachleutner, Landgraf und Wimmersberger.

Entschuldigt haben sich die Abgeordneten Sallinger, Helga Wieser, Puntigam, Kowald und Prechtl.

Fragestunde

Präsident: Wir gelangen zur Fragestunde.

Bundesministerium für soziale Verwaltung

Präsident: 1. Anfrage: Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP) an den Bundesminister für soziale Verwaltung.

773/M

Warum haben Sie der Beamtenversicherung neuerlich 600 Millionen Schilling weggenommen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister für soziale Verwaltung **Dallinger:** Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Aus Gründen des Budgets und der Solidarität, bedingt durch die angespannte finanzielle Situation des Bundeshaushalts, wurde im Zuge der Vorbereitung des Bundesvoranschlagsentwurfes für das Jahr 1986 generell geprüft, wo Einsparungsmöglichkeiten bestehen. Die Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter als Träger der Krankenversicherung hat seit dem Jahr 1977 hohe Mehrerträge aufzuweisen, die zur Ansammlung einer allgemeinen Rücklage und liquider Mittel in einer Höhe führten, die für die Erfüllung ihrer Aufgaben nicht unbedingt notwendig ist.

Ende 1982 betrug die allgemeine Rücklage 2 840 Millionen Schilling, die liquiden Mittel

betrugen 2 786 Millionen Schilling bei Gesamtaufwendungen von etwas mehr als 4 Milliarden Schilling. Eine Liquiditätsreserve im Ausmaß von zwei Monatsaufwendungen, das wären 676 Millionen Schilling, ist als völlig ausreichend anzusehen und wird bei den Krankenversicherungen der Arbeiter, der Angestellten und der Selbständigen weit unterschritten. Aus diesem Grunde wurden schon 1983 und 1984 Umschichtungen von Mitteln der Krankenversicherung der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter vorgenommen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Lichal: Herr Bundesminister! Die von Ihnen so bezeichnete „Umschichtung“ war die Wegnahme von 623 Millionen Schilling und anschließend noch einmal von 300 Millionen Schilling, also von nahezu 1 Milliarde. Der Verfassungsgerichtshof hat festgestellt, daß diese Konfiskation, diese Wegnahme oder „Umschichtung“, wie Sie das nennen, verfassungswidrig sei.

Nun frage ich Sie: Wie stehen Sie zum rechtsstaatlichen Prinzip, wenn ein oberstes Gericht feststellt, daß das Gesetz, mit dem diese Wegnahme beschlossen wird, verfassungswidrig ist, und Sie dann neuerlich ein solches Gesetz einbringen? (Abg. Dr. Schranz: Ein anderes Gesetz!)

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Zunächst einmal halte ich es absolut mit der Rechtsstaatlichkeit. Das Urteil des Verfassungsgerichtshofes ist erst nach dem Vollzug dieser Maßnahmen erfolgt, sodaß erst danach entsprechende Beratungen über eine Korrektur im Sinne des Beschlusses des Verfassungsgerichtshofes durchgeführt werden konnten.

Ich und der Finanzminister beziehungsweise das Parlament haben nach der Feststellung des Verfassungsgerichtshofes eine gleiche oder ähnliche Vorgangsweise nicht gewählt, sodaß den Intentionen des Verfassungsgerichtshofes voll entsprochen wurde. Zwischenzeitlich sind zwischen dem Finanzminister, mir und den betroffenen Organen der Selbstverwaltung des Versicherungsträgers Gespräche geführt worden, die eine einvernehmliche Lösung dieses Problems für die Zukunft sichern.

12392

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Präsident**Präsident:** Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Lichal: Bleiben wir dabei, daß die Aufhebung des Verfassungsgerichtshofes „nur“ — unter Anführungszeichen — diese 623 Millionen Schilling betroffen hat. Nun war klar, daß, wenn der Verfassungsgerichtshof feststellt, daß diese Wegnahme rechtswidrig, verfassungswidrig ist, man das dann zurückzahlen muß. Sie haben aber dann in der 15. B-KUVG-Novelle eine Gesetzesvorlage eingebracht, wonach, da diese 623 Millionen Schilling der BVA wieder zurückerstattet werden müssen, durch eine neuerliche Bestimmung 596 Millionen Schilling, also nahezu der gleiche Betrag, wieder dieser Versicherungsanstalt entzogen werden.

Glauben Sie, daß es dem rechtsstaatlichen Prinzip Österreichs entspricht, durch eine neuerliche Gesetzesvorlage ein Verfassungsgerichtshofurteil in merito zunichte zu machen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: In keiner Weise wurde durch die weitere Maßnahme das Urteil des Verfassungsgerichtshofes zunichte gemacht, sondern es wurde dem Verfassungsgerichtshofurteil voll entsprochen. Es wurde auch vereinbart, daß sowohl die 600 Millionen Schilling als auch die späteren Überweisungen von mehr als 300 Millionen Schilling zurückbezahlt werden.

Bei der zweiten Maßnahme handelt es sich um eine Senkung des Arbeitgeberbeitrages zur Krankenversicherung. Da ja die ganze Maßnahme zur Budgetentlastung vorgenommen worden ist, hätte es nicht zum gleichen Erfolg für den Bundeshaushalt geführt, wenn wir die Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeiträge insgesamt gesenkt hätten.

Da die Beiträge des Arbeitgebers in dem Fall vom Bund zu entrichten sind und daher das Budget belasten, wurde für die Jahre 1986 und 1987 dieser Weg gewählt. Auch darüber haben mit den Organen der Selbstverwaltung in den letzten Tagen Gespräche stattgefunden, um zu einer einvernehmlichen Lösung für die Zukunft zu kommen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Rechberger.

Abgeordneter Rechberger (SPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Werden Sie ab dem Jahr 1987 weitere einseitige Beitragsatzsenkungen oder Sistierungen des Beitra-

ges zur erweiterten Heilbehandlung durchführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Herr Abgeordneter! In dem schon mehrmals erwähnten Gespräch mit den Organen der Selbstverwaltung des Versicherungsträgers habe ich diesen zugesichert, daß die zuständigen Beamten des Finanzministeriums und meines Ressorts die Geburtsentwicklung und die Investitionspläne der Anstalt für den mittelfristigen Zeitraum bis zum Jahre 1990 prüfen werden.

Die Prüfung unter Einbeziehung von Vertretern der Versicherungsanstalt öffentlich Bediensteter ist derzeit im Gange. Von dieser Prüfung und der Situation des Bundeshaushaltes werden weitere Maßnahmen abhängen. Ich kann Ihnen jedoch zusichern, daß ich in keiner Weise die finanzielle Leistungsfähigkeit und die geplanten Investitionsvorhaben beeinträchtigen werde.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schwimmer.

Abgeordneter Dr. Schwimmer (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich darf Sie daran erinnern, daß Ihr Vorgänger als Minister und Ihr Vorgänger als Gewerkschaftsvorsitzender, Ing. Häuser, seinerzeit als Oppositionsabgeordneter solche Vorgangsweisen, wie Sie sie jetzt als rechtsstaatlich bezeichnen, als Raub an Versichertengeldern bezeichnet hat. (Abg. Dr. Kohlmaier: Genau!)

Aber jetzt zur konkreten Zusatzfrage: Sie haben von hohen Mehrerträgnissen in der Beamten-Krankenversicherung gesprochen. Diese Mehrerträgnisse stammen aus Beiträgen für Zwecke der Krankenversicherung. Sie haben das konfisziert, so wie Sie auch in anderen Versicherungszweigen, in der Krankenversicherung nach dem ASVG, in der Unfallversicherung, konfisziert haben. Das sind alles Beiträge, die für bestimmte Zwecke bezahlt worden sind. Sie haben sie konfisziert, weil Sie zuwenig Geld für die Pensionen im Budget vorgesehen haben.

Ich frage Sie daher: Welche Größenordnung haben diese Konfiskationen oder — wenn Sie wollen, in Ihrem Sprachgebrauch — „Umschichtungen“ von Sozialversicherungsbeiträgen, die an sich zweckgebunden waren, im Laufe Ihrer Amtszeit angenommen? Um wie viele Milliarden handelt es sich bereits?

Dr. Schwimmer

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Herr Abgeordneter! Ich möchte in aller Eindeutigkeit feststellen: Ich habe überhaupt nichts konfisziert, sondern im Rahmen des Budgets wurde aufgrund entsprechender gültiger Beschlüsse des Nationalrates das Budget erstellt und die Finanzierung der Leistungen im Staatshaushalt auf die im Gesetz geregelte Weise festgelegt.

Die Finanzierung der sozialen Sicherheit in Österreich ist sehr kostenaufwendig, weil wir, wie ich zu behaupten wage, eines der besten Sozialversicherungssysteme der Welt haben. Wir sind eben nicht den Weg anderer Länder gegangen, Sozialdemontage zu betreiben oder Kürzungen im Leistungsrecht vorzunehmen. (Abg. Dr. Schwimmer: Ich habe Sie nicht nach Polemik gefragt! Ich habe eine konkrete Frage gestellt!)

Überlassen Sie das dem Herrn Präsidenten, Herr Abgeordneter! Sie wollen mit Ihren Fragen immer provozieren. Wenn man Ihnen dann die gebührende Antwort gibt, wollen Sie sie gar nicht hören. (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Schwimmer: Das wird schön langsam unerträglich!)

Präsident: Herr Abgeordneter! Sie haben eine Frage gestellt. Sie bekommen eine Antwort, und Sie können diese Antwort in Ruhe anhören. (Abg. Dr. Klemel: Das war keine Antwort! Das war eine Polemik!)

Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Herr Abgeordneter! Es geht laut der Frage um die Finanzierung der sozialen Sicherheit, auf welche Art und Weise diese soziale Sicherheit finanziert wird. (Abg. Dr. Schwimmer: Nach einer Zahl habe ich gefragt!) Ich möchte Ihnen sagen, daß ich auf dem Standpunkt stehe, daß die Sozialversicherung grosso modo eine Risikengemeinschaft in der Gesamtheit ist. Wiewohl eine unterschiedliche Zuweisung der Beiträge erfolgt, ist es doch so, daß die Risikengemeinschaft in einem die Finanzierung all dieser Aufwendungen mit Hilfe von Bundesmitteln zu besorgen hat. (Abg. Dr. Licha: Also der Verfassungsgerichtshof hat nicht recht!)

Der Verfassungsgerichtshof hat diese Solidargemeinschaft im allgemeinen anerkannt. Er hat nur aus eigener Sicht die Beamten

außerhalb dieser Solidargemeinschaft gestellt. Die Solidargemeinschaft der Arbeiter, der Angestellten, ja, wenn Sie wollen, der Selbständigen und der Bauern, sieht er als gegeben an, nur die Beamten betrachtet er als Außenseiter. (Abg. Dr. Licha: Er hat die Verfassungswidrigkeit aufgehoben! Nur das!) Ich nehme das zur Kenntnis und habe daraus die entsprechenden Konsequenzen gezogen.

Der Verfassungsgerichtshof, Herr Abgeordneter Dr. Schwimmer, hat für Überweisungen beziehungsweise Umschichtungen im Bereich der Sozialversicherungseinrichtungen, Kranken-, Unfall- und Pensionsversicherung, keine Differenzierungen vorgenommen und in Umschichtungen im Bereich Kranken- zu Pensionsversicherung oder Unfall- zu Pensionsversicherung keinen Widerspruch zur gesetzlichen Norm gesehen.

Der Gesamtaufwand der Umschichtungen im Verlaufe meiner Regierungstätigkeit wird bei etwa 10 Milliarden Schilling liegen, wo die Riskengemeinschaft der Arbeiter und der Angestellten, der Selbständigen und der Gewerbetreibenden einen solchen Ausgleich getätigt hat, und ich freue mich, feststellen zu können, daß niemand der unmittelbar Betroffenen deswegen zum Verfassungsgerichtshof gegangen ist, weil er sich dieser Solidarleistung entziehen wollte. (Beifall bei der SPÖ.)

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 2: Herr Abgeordneter Kokail (SPÖ) an den Herrn Minister.

782/M

Wie hoch sind die Bundesbeiträge pro Pensionisten bei den einzelnen Versicherungsträgern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Laut Bundesrechnungsabschluß 1985 werden pro Pension in der Pensionsversicherung bei der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter 15.577 S, bei der Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen 15.352 S, bei der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten 12.246 S, bei der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaues 43.709 S, bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft 55.457 S und bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern 36.491 S an Bundesbeiträgen ausgegeben. Die unterschiedliche Höhe der Aufwendungen pro Pensionist bei den einzelnen Pensionsversicherungsträgern resultiert

12394

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Bundesminister Dallinger

in erster Linie aus der Struktur der Versicherten. Das heißt, daß auf jene Pensionsversicherungsträger, bei denen die Relation der Zahl der Pensionisten zu der Zahl der Pflichtversicherten sehr hoch ist, auch ein sehr hoher Anteil an Bundesbeiträgen entfallen muß.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Kokail: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Es sind ja enorm hohe Beträge, die der Steuerzahler zur Sicherung der Pensionen in Österreich aufbringen muß. Vor allem im Selbständigenbereich ist das Verhältnis sehr kritisch. Aber ich glaube, ein richtiges Bild kann man sich erst machen, wenn man auch die Beitragsleistung berücksichtigt, die die einzelnen Berufsgruppen in ihre Sozialversicherung einbringen.

Deshalb meine Frage: Wie hoch sind die durchschnittlichen Beitragsleistungen pro Versicherten bei den einzelnen Sozialversicherungsträgern?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Die Jahresbeiträge im Jahre 1985 betragen bei der Pensionsversicherungsanstalt der Arbeiter 36.030 S, bei der Versicherungsanstalt der österreichischen Eisenbahnen 38.418 S, bei der Pensionsversicherungsanstalt der Angestellten 47.566 S, bei der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus bei den Arbeitern 64.846 S und bei den Angestellten 81.939 S, bei der Sozialversicherungsanstalt der gewerblichen Wirtschaft 18.704 S sowie bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern für Betriebsführer 14.603 S und für Kinder 5.568 S.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Kokail: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Es gibt einen Krankenversicherungsträger in unserem System, der auch für die Krankenversicherung einen Bundesbeitrag erhält, und zwar die bürgerliche Krankenversicherung. Ich hätte von Ihnen gerne gewußt, wie hoch der Bundesbeitrag pro Versicherten in der Krankenversicherung der Bauern ist.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Er liegt etwa bei 200 Millionen Schilling, Herr Abgeordneter. (Zwischenruf des Abg. Deutschemann.)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Schwarzenberger.

Abgeordneter Schwarzenberger (ÖVP): Herr Bundesminister! Ich glaube, bei den Bundeszuschüssen muß auch die Struktur der einzelnen Versicherungsgesellschaften beziehungsweise der Versicherten beachtet werden. Wir haben in der bürgerlichen Sozialversicherung bei der Pensionsversicherung 179.000 Beitragszahler und 180.000 Pensionisten. Die jungen Bauern beziehungsweise die Jungübernehmer sind durchwegs bei anderen Versicherungsgesellschaften versichert und zahlen dort ihre Beiträge ein. Ich glaube, daß hier der Staat eine Ausfallhaftung durchführen muß.

Aber wie läßt sich folgendes erklären: Im Rechnungshofbericht steht, daß die Bedeckung der Versicherungsbeiträge der Eisenbahner nur zu 19 Prozent aus Versicherungsbeiträgen besteht. Ihre Antwort sagt aber etwas anderes aus. (Abg. Dr. Schranz: Das eine ist die Anstalt, und das andere sind die pragmatisierten Eisenbahner! — Gegenruf des Abg. Dr. Schwimmer. — Abg. Dr. Schranz: Ich werde auch noch etwas sagen dürfen! — Rufe bei der ÖVP: Das war eine Frage! — Abg. Dr. Licha: Sie werden nicht gefragt!)

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Meine Damen und Herren! Der Minister ist gefragt worden. (Ruf bei der ÖVP: Bravo!) Daher wird der Herr Minister Antwort geben. — Bitte um ein wenig Ruhe, der Tag dauert noch lange.

Herr Minister. (Ruf bei der ÖVP: Der Schranz wird nie ein Minister!)

Bundesminister Dallinger: Meine Damen und Herren! Darf ich mich auch einmengen in die Diskussion und feststellen, daß ... (Abg. Dr. Kohlmaier: Der Dallinger wird bald wieder Abgeordneter sein!) Ihre Sorgen, Herr Abgeordneter, möchte ich haben in bezug auf meine Person!

Die Struktur der einzelnen Versicherungsträger ist eine sehr unterschiedliche. Sie haben völlig recht, Herr Abgeordneter. Aber deswegen entzieht sich ja niemand der Verpflichtung, und das ist ja die Begründung dafür, daß bei der Sozialversicherungsanstalt der Bauern eben ein entsprechend hoher Bundesbeitrag zu leisten ist, ein Beitrag, der auch geleistet wird, denn wir haben ja diese Verpflichtung übernommen.

Bundesminister Dallinger

Aber gerade in diesen Tagen, Herr Abgeordneter, soll man sich auf der Seite der bäuerlichen Interessenvertreter darüber klar sein, was aus dem Gesamtbundeshaus für die bäuerliche Bevölkerung an berechtigten Leistungen zur Verfügung gestellt wird, um dann bei allfälligen Demonstrationen und Aktionen ins Kalkül zu ziehen, was die Gesamtheit — der Bund, die Steuerzahler insgesamt — für diesen Berufszweig aufbringt und wie sehr sie ihm entgegenkommt. Das ist das Bekenntnis zu dieser Leistung. (Abg. *Deutschmann: Soziale Sicherheit für alle!*) Eben! Eben! Soziale Sicherheit für alle und Beitragsleistung im Rahmen des Möglichen und Bundesbeitrag auch im Rahmen des Möglichen. Das geschieht, und dazu bekenne ich mich. Ich weiß nicht, warum Sie sich darüber aufregen, Herr Abgeordneter. (Abg. *Deutschmann: Herr Minister! Sie rechnen den anderen ja auch nicht an, was der Staat beiträgt!*) Doch, doch! Doch, doch! Auch nach dem ASVG gibt es einen Bundesbeitrag; dieser ist allerdings sehr, sehr niedrig, weil dort die Arbeiter schon seit mehr als 45 Jahren und die Angestellten im Verlauf ihrer Geschichte seit nahezu 80 Jahren Beiträge bezahlt, woraus entsprechende Leistungen entstehen.

Aber auf die Bauern bezogen möchte ich ankündigen, was ja gar kein Geheimnis ist, daß sich die Relation der aktiv Versicherten gegenüber den Leistungsempfängern noch mehr verschlechtern wird und daß zur Jahrzehntwende, also im Jahr 1990, auf 1 000 pflichtversicherte Bauern 1 081 Leistungszieher entfallen werden. Wir werden daher gemeinsam auch das Problem der Finanzierung der Bauerpensionen hier im Nationalrat beraten müssen und die entsprechenden Konsequenzen daraus zu ziehen haben.

Herr Abgeordneter! Bezuglich der Eisenbahner ist ja in dem Zwischenruf schon darauf hingewiesen worden, daß es sich hier um eine Trennung handelt. Die pragmatisierten Bediensteten empfangen eine Leistung nach anderen Kriterien als jene, die in einem anderen Dienstverhältnis zur Bahn stehen. Ich werde Ihnen die entsprechenden Zahlen schriftlich bekanntgeben.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Hintermayer.

Abgeordneter **Hintermayer (FPÖ):** Sehr geehrter Herr Minister! Wie hoch sind die Beiträge, die der Bund für die gesetzliche Unfallversicherung leistet?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Der Bund leistet im allgemeinen keinen Beitrag für die gesetzliche Unfallversicherung. Lediglich in der Sozialversicherungsanstalt der Bauern wird ein Beitrag des Bundes erbracht (Abg. *Deutschmann: 600 S!*), der 611 S pro landwirtschaftlichen Betrieb ausmacht. 611 S! (Abg. Dr. Lichal: *Das war ein Koalitionsfehler!*)

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Tirnthal. (Neuerliche Rufe und Gegenrufe bei SPÖ und ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Bitte, wollen wir doch in Ruhe die Fragestunde abwickeln! Es ist nicht unzweckmäßig.

Herr Abgeordneter Tirnthal, bitte.

Abgeordneter **Tirnthal (SPÖ):** Herr Bundesminister! Wieso ist das Verhältnis Aktive zu Pensionisten bei der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus so ungünstig?

Präsident: Herr Bundesminister.

Bundesminister Dallinger: Wir haben beim Bergbau eine ähnliche Entwicklung, allerdings historisch gesehen zeitlich schon vorgelagert, wie bei den Bauern, nämlich daß dieser Berufsstand immer mehr und mehr zurückgeht. (Abg. Dr. Kohlmaier: *Das ist richtig, was Sie sagen! Der Vergleich ist wirklich richtig!*) Ich danke Ihnen, aber ich war nicht darüber im Zweifel, Herr Abgeordneter, daß dieser Vergleich richtig ist. Daher haben wir die Situation, daß bei der Versicherungsanstalt des österreichischen Bergbaus auf 1 000 Pflichtversicherte 2 112 Leistungsempfänger entfallen. Aber das ist, wie gesagt, eine historische Entwicklung, die irgendwann einmal wieder in die entsprechenden Relationen kommt, aber das wird natürlich noch sehr lange Zeit dauern.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 3: Abgeordneter Schranz (SPÖ) an den Herrn Minister.

783/M

Sind Sie bereit, das Antragsrecht für die Pensionszuerkennung zu verbessern?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Daraus ergibt sich schon die Relation. Zunächst möchte ich darauf hin-

12396

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Bundesminister Dallinger

weisen, daß mit Wirksamkeit vom 1. 1. 1986 eine gesetzliche Neuregelung des Pensionsanfalles von Direktpensionen in Kraft getreten ist, die eine wesentliche Verbesserung gegenüber dem bisherigen Recht darstellt. Durch diese Regelung werden insbesondere Versicherte, die den Pensionsantrag nicht rechtzeitig gestellt haben, vor Nachteilen bewahrt.

Nach dem neuen Recht kann der unbefriedigende Fall nicht mehr eintreten, daß eine Pensionsleistung erst mit dem Stichtag nach der verspäteten Antragstellung beginnt, obwohl der Versicherte bereits alle Anspruchsvoraussetzungen zum versäumten Stichtag erfüllt hatte. Er muß nur die Pension binnen eines Monats nach Erfüllung der Voraussetzungen beantragen.

Darüber hinaus bin ich der Meinung, daß die Frage der hinreichenden Antragstellung in erster Linie eine Frage der Beweiswürdigung im Einzelfall ist, zumal besondere Formvorschriften für den Antrag im Sozialversicherungsrecht nicht vorgesehen sind. Im Sinne einer sozialen Rechtsanwendung kann der Versicherungsträger jede ihm zukommende Willensäußerung des Versicherten im Wege der freien Beweiswürdigung dahingehend untersuchen, ob damit die Inanspruchnahme einer Pension beabsichtigt war.

Ich bin gerne bereit, die Sozialversicherungsträger neuerlich auf diesen Umstand hinzuweisen und sie zu veranlassen, ihre Serviceleistungen im Dienste der Versicherten zu verbessern.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Schranz: Herr Minister! Es kommt öfter vor, daß jemand einen Antrag auf eine rückwirkende Erfassung von Versicherungszeiten stellt oder einen Vorprüfungsantrag für eine vorzeitige Alterspension, um zu erfahren, wie es mit seinen Zeiten steht und ob er den Pensionsanspruch schon erreicht hat. Er meint nun, diese Antragstellung sei auch gleichzeitig eine Antragstellung für die Pension. Es stellt sich dann aber später heraus, daß dem nicht so ist, daß er um einige Monate Pensionszahlung umfallen kann.

Könnten Sie sich vorstellen, Herr Minister, daß das durch eine gesetzliche Regelung oder durch einen Erlass, in dem das ausgelegt wird, so verbessert wird, daß solche Anträge auf rückwirkende Erfassung der Versicherungszeiten oder auf Vorprüfung der Versicherungszeiten für eine vorzeitige Alterspension

auch gleichzeitig als Pensionsanträge selbst gewertet werden?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich glaube, das letztere kann man zunächst noch nicht ins Auge fassen. Wir haben auf den diesbezüglichen Formularen, die der rückwirkenden Erfassung des Versicherungsverlaufes dienen, sehr groß und deutlich angebracht, daß das nicht als Pensionsantrag gilt. Und wir haben auch bei den übrigen Zuschriften diesen Vermerk deutlich angebracht. Dessenungeachtet passiert es dennoch, daß solche Verwechslungen vorkommen.

Ich werde mich daher neuerlich mit den Versicherungsträgern ins Einvernehmen setzen, wie man Vorkehrungen treffen kann, um nahezu hundertprozentig — „nahezu“ betone ich ausdrücklich — solche Irrtümer auszuschließen. Nur handelt es sich bei der rückwirkenden Erfassung des Versicherungsverlaufes um eine Kommunikation mit dem Versicherungsinstitut, die lange vor dem Einreten des Stichtages liegen kann, und daher ist es auch vom Ablauf her sehr schwierig, ein seinerzeitiges Schriftstück, das vielleicht zehn, fünfzehn Jahre im Datum zurückliegt, schon vorsorglich als Pensionsantrag zu verstehen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Schranz: Herr Minister! Solch lange Zeiten habe ich nicht gemeint, sondern ich habe gemeint, dann, wenn es sich um ein paar Monate handelt.

Aber ein zweites Problem dabei ist die Antragstellung auf Sonderunterstützungen aus der Arbeitslosenversicherung. Weil eben das Sozialversicherungsrecht sehr kompliziert ist, weiß der einzelne nicht, daß diese Antragstellung nicht auch die Antragstellung auf Pension bedeutet. Und auch hier kommt es manchmal zu Fehleinschätzungen der Versicherten, die sich mit den komplizierten Bestimmungen nicht zurechtfinden können.

Könnten Sie, Herr Minister, anordnen, daß in Zweifelsfällen ein Antrag auf Sonderunterstützung aus der Arbeitslosenversicherung gleichzeitig als Antrag auf Pension gewertet wird?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Das, Herr Abgeordneter, kann ich mir durchaus vorstellen,

Bundesminister Dallinger

weil es sich hier ja um eine Kommunikation zwischen zwei Behörden handelt und jedenfalls erkennbar und ersichtlich ist, daß ein Antrag im Sinne dieses Vorhabens eingebracht worden ist. Ich werde meine Mitarbeiter anweisen, diesbezügliche Gespräche zu führen.

Präsident: Nächste Frage: Herr Abgeordneter Kohlmaier.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier (ÖVP): Herr Bundesminister! Wenn solch eine Frage zu entscheiden ist, bemühe ich mich immer, das großzügigst auszulegen. Ich bin überzeugt, der Kollege Schranz und alle anderen, die mit solchen Dingen befaßt sind, gehen genauso vor. Nun, Sie sind die hohe Aufsichtsbehörde und haben auch in jedem Institut Ihre Aufsichtskommissare, Ihre Männer — ich weiß nicht, ob auch eine Frau darunter ist — sitzen. (*Bundesminister Dallinger: Ja!*) Das ist erfreulich, ich gratuliere Ihnen dazu.

Sind Ihnen, Herr Minister, konkrete Klagen oder Beschwerden vorgelegt worden beziehungsweise ist Ihnen als Aufsichtsbehörde bekanntgeworden, daß man nicht großzügig vorging bei diesen Dingen? Denn nur dann wäre ja der Verstoß des Kollegen Schranz wirklich berechtigt, und wir würden ihn dann auch unterstützen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich bekomme immer wieder Briefe, in denen Versicherte, die sich um eine Pension bemühen, aufgrund von persönlichen Erlebnissen ihre Begebenheiten schildern, und es kommt natürlich auch vor, daß solche Hindernisse einer ordentlichen Pensionszuerkennung im Wege stehen. Viel mehr aber, so glaube ich — und das dürfte auch das Motiv des Herrn Abgeordneten Dr. Schranz sein —, haben die Pensionsnistenvertretungen, die ja tagtäglich mit diesen Antragstellungen befaßt sind, an die man sich ja wendet, um Rat und Auskunft zu bekommen, mit dieser Frage zu tun.

Da unsere gesetzlichen Bestimmungen sehr strikte sind, wenn die Voraussetzungen nicht erfüllt sind, kann es natürlich zu möglichen Verlusten kommen, die für einen kleinen Pensionsempfänger sicherlich sehr beachtlich sind. Daher glaube ich, daß es gut und richtig ist, sich fortwährend über diese Frage Gedanken zu machen und unter Bedachtnahme auf die zwingenden gesetzlichen Bestimmungen die Kommunikation von Behörden so zu gestalten, daß man nicht in jedem Fall ein

eigenes Antragsverfahren neu einleitet, um dem Werber für die Pension oder die Sonderunterstützung besondere Erschwernisse aufzuerlegen, die er ja ohnehin schon hat aufgrund seiner spezifischen Situation.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Renner.

Abgeordneter Renner (SPÖ): Herr Bundesminister! Die rechtzeitige Antragstellung ist in der Pensionsversicherung sehr wichtig. Ein verspäteter Pensionsantrag kann zu einem verspäteten Pensionsbeginn und damit zu einem finanziellen Nachteil für den Versicherten führen.

Wäre es nicht unter Umständen zur Vermeidung von Mißverständnissen für den Versicherten günstiger, wenn schon im Gesetz konkrete Formvorschriften für die Pensionsantragstellung enthalten wären?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Das ist eine Frage, die man sehr schwer beantworten kann. Ich neige eher zu der Ansicht, daß die jetzige Regelung, die eine formlose Antragstellung ermöglicht, wo man nicht Formular ausfüllen muß, sondern nur die Willensbekundung des Antrages hervorgehen muß, schriftlich oder sogar nur mündlich, besser ist als die in Formvorschriften gekleidete Antragstellung.

Diese Antragstellung führt unter Umständen dazu, daß, wenn man nicht das entsprechende Formular bei der Hand hat, verzögert und verschoben wird. Da wir eben die Stichtagsregelung haben, kann das zu einer negativen Auswirkung führen. Ich würde daher meinen, daß die jetzige Regelung — formlos, aber jedenfalls erkennbar in der Feststellung — der bessere Weg ist, und wir sollten bei dieser Regelung auch bleiben.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 4: Abgeordneter Eigruber (FPÖ) an den Herrn Minister.

781/M

Wie hat sich die saisonale Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft in den letzten Monaten entwickelt?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Entgegen weitverbreiteten Falschmeldungen ist im letzten Winter die Beschäftigungslage im Baubereich nicht

12398

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Bundesminister Dallinger

ungünstiger gewesen als im Durchschnitt der letzten Jahre. Die Arbeitslosenraten in der Bauwirtschaft betragen im Jänner 33,3 Prozent, im Februar 34 Prozent, im März 22,8 Prozent und im April 11,8 Prozent.

Das entspricht mit Abweichungen von wenigen Zehntelpunkten den Bauarbeiter-Arbeitslosenraten des vergangenen Winters. Die Zahl der Arbeitslosen im Baubereich war in den Monaten mit den höchsten Jahreswerten, nämlich Jänner, Februar und März, heuer niedriger als zu den gleichen Zeitpunkten des Vorjahres.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Eigruber: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Der Rechnungshof hat in seinem Tätigkeitsbericht über das Jahr 1983 Kritik an der Wintermehrkostenbeihilfe im Rahmen der Produktiven Arbeitsplatzförderung geäußert und insbesondere deren Wirksamkeit bei der Winterarbeitslosigkeit in Frage gestellt.

Meine Frage lautet daher: Wie weit sind die Bemühungen um eine Neuregelung gediehen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Die Bemühungen sind ununterbrochen im Gange, und sie haben erst vor wenigen Tagen eine Fortsetzung erfahren, als ich mit den Vertretern der Bauindustrie und des Baugewerbes zusammengesessen bin, um eine Regelung für den Winter 1986/87 zu finden.

Die Bemerkungen des Rechnungshofes und seine Beanstandungen haben dazu geführt, daß wir zwei Jahre hindurch mehr oder weniger Provisorien vereinbarten, die aber aus dem Blickpunkt der Bauwirtschaft nicht zum gewünschten Ergebnis geführt haben; übrigens auch nicht aus meinem Blickpunkt. Es ist sehr, sehr schwer, mit finanziellen Mitteln, die wir im Ausmaß von etwa 150 Millionen Schilling zur Verfügung stellen, eine echte Vermehrung der Baubeschäftigung in den Wintermonaten zu erreichen. Dessenungeachtet haben wir jetzt eine Arbeitsgruppe eingesetzt — Vertreter der Bauwirtschaft, der Gewerkschaft und meines Ministeriums —, die sehr kurzfristig eine Regelung für den kommenden Winter treffen soll.

Darüber hinaus schwebt aber besonders mir eine Gesamtregelung vor für den gesamten Bereich der Beschäftigung in der Bauwirtschaft, und zwar unter Einbeziehung der

PAF, der Schlechtwetterentschädigung, der Bauarbeiter-Urlaubsrente und der Abfertigungsregelung. Kurz: Es sollte einmal gelingen, den gesamten Baubereich mit seinen spezifischen Belangen und Gegebenheiten in eine Gesamtregelung einzufangen und damit alle Betroffenen in den Prozeß zu integrieren. Damit würden wir auch wegkommen von den individuellen Lösungen, die auch unbefriedigend sind, beim Schlechtwetter etwa, bei der PAF und bei anderen Fragen.

Ziel all dieser Maßnahmen und Überlegungen ist es, eine maximale Beschäftigung im Baugewerbe im Winter zu erreichen, weil es ja für uns insgesamt ein nahezu unerträglicher Zustand ist, daß — wie ich eben erwähnte — 30 bis 40 Prozent der Saisonarbeitslosen im Winter Bauarbeiter sind; hochqualifizierte Kräfte, die zur Untätigkeit verurteilt sind, wobei wir einen beachtlichen Aufwand an Arbeitslosenunterstützungsleistungen zu erbringen haben, den wir viel besser produktiv und im Hinblick auf die Beschäftigung einsetzen könnten als zur Bezahlung saisonaler Arbeitslosigkeit.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Eigruber: Sehr geehrter Herr Bundesminister! Die Bauwirtschaft ist ja nach wie vor der Motor der österreichischen Wirtschaft. Wie hat sich in diesem Bereich die Sommerarbeitslosigkeit in den letzten Jahren entwickelt?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Die Bauwirtschaft — wollen wir das richtigstellen — ist einer der Motoren der österreichischen Wirtschaft, und zwar ein bedeutender, und er könnte noch mehr Bedeutung gewinnen, wenn es gelänge, auch die Mittel für die Bauwirtschaft zu konzentrieren und die Abläufe so sicherzustellen; da sind Bemühungen im Gange. Ich muß anerkennend feststellen, daß wir im Bereich auch der öffentlichen Auftragsvergabe zu Veränderungen der Normen gekommen sind, die bewirken, daß die Bauarbeiterarbeitslosigkeit — bezogen auf den Jahreschnitt und insbesondere auf die Sommermonate — zurückgeht.

Wir sind heuer besonders gut daran, weil wir die Arbeitslosenvorjahreswerte schon weit unterschritten haben, und es hat den Anschein, als ob es heuer gelingen wird, wieder einen Tiefpunkt in der Bauarbeiterarbeitslosigkeit in den Sommermonaten zu erreichen.

Bundesminister Dallinger

Wir haben jetzt noch etwa 7 000 vorgenommene Arbeitslose. Ich hoffe, daß diese Zahl noch weiter zurückgehen wird. Allerdings gibt es auch im Baugewerbe — das möchte ich nicht leugnen — ein bestimmtes Ausmaß an Sockelarbeitslosigkeit, das wir uns gemeinsam — mit den Unternehmern und mit der Gewerkschaft — anschauen müssen, um etwa durch Qualifikationsmaßnahmen und Maßnahmen anderer Art ein weiteres Absinken der Arbeitslosenrate bei den Bauarbeitern auch in den Sommermonaten zu erreichen.

Präsident: Weitere Frage Herr Abgeordneter Hesoun.

Abgeordneter Hesoun (SPÖ): Herr Bundesminister! Ich kann bestätigen, daß die bisherige PAF-Regelung, eine Form des Gießkannenprinzips, wirkungslos geblieben ist. Meine Frage an Sie: Wann rechnen Sie mit einer gemeinsamen Lösung bezüglich der PAF-Regelung, die ja umfassend sein soll? Glauben Sie, daß wir nach einvernehmlichen Gesprächen noch bis zu den Sommermonaten damit fertig werden könnten?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich möchte das trennen, Herr Abgeordneter. Die Regelung für den Winter 1986/87 muß meines Erachtens spätestens bis zum September da sein; es müssen einvernehmliche Regelungen erzielt werden. Die größere Lösung wird natürlich einen längeren Zeitraum in Anspruch nehmen, aber ich habe ja die Gelegenheit heute gerne benutzt, dieses Vorhaben einmal in der Öffentlichkeit darzustellen.

Ich habe es auch den Unternehmern gegenüber und Ihnen gegenüber zum Ausdruck gebracht: Wenn man sich ernsthaft bemüht, so kann man — davon bin ich überzeugt — zu einer solchen Lösung kommen. Ich glaube, daß das sowohl für die Bauwirtschaft als auch für die in der Bauwirtschaft beschäftigten unselbstständig Erwerbstätigen eine Regelung wäre, die wirklich zukunftsorientiert ist und die wir daher mit allen Kräften anstreben müssen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Keimel.

Abgeordneter Dr. Keimel (ÖVP): Herr Minister! 20 Jahre nach Schaffung des Bautenministeriums haben wir im Budget 1986 das erstmal weniger Mittel als im Jahr zuvor, nominell und real. Die größte Bauarbeiterarbeitslosigkeit seit fast 30 Jahren basiert in

Wirklichkeit auf der strukturellen Bauarbeitslosigkeit, auf der hohen Sockelarbeitslosigkeit auch in der Saison. Der Beweis ist ja auch der April mit 22 000 Arbeitslosen; eine Zeit, in der man längst bauen könnte.

Herr Minister! Trotz eines sehr hohen Baubedarfes bedarf es einer anderen, einer konzentrierten und konzentrierten Baupolitik. In acht Jahren sind über 25 Prozent der Bauarbeitsplätze strukturell, also auf Dauer, verlorengegangen: über ein Viertel in acht Jahren!

Allein 1985 sind gegenüber 1984 strukturell 5173 Bauarbeitsplätze verlorengegangen. Ich muß das wiederholen: Das trotz höchsten Bedarfs bis zur Jahrtausendwende! Das ist ein trauriger „Erfolg“, Herr Minister. Die Statistiken werden ja unwahrscheinlich manipuliert.

Ich frage Sie, Herr Minister: Welche konkreten Maßnahmen, nicht solche Feuerwehrmaßnahmen, wie Sie sie jetzt wieder erwähnt haben, sondern welche ganz konkreten Maßnahmen setzen Sie im Rahmen der Bundesregierung — mit Finanzminister, mit Bautenminister — zur Erarbeitung eines Gesamtbaukonzeptes der Bundesregierung, um während der nächsten Jahre den weiteren rasanten Verfall der Baubeschäftigung zu stoppen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich darf Sie zunächst daran erinnern, Herr Abgeordneter, daß Sie mit dem Sozialminister sprechen, der das im Hinblick auf die Fragestellung — die Entwicklung der Arbeitslosigkeit in der Bauwirtschaft — dargestellt hat und der aus sekundärer Sicht her gesehen Maßnahmen fördern und stützen kann, die einer größeren Beschäftigung in der Bauwirtschaft dienen sollen.

Den Vorwurf, mit Zahlen zu manipulieren, weise ich mit aller Schärfe zurück, Herr Abgeordneter! (Abg. Dr. Keimel: Das kann ich Ihnen beweisen!) Nein, das können Sie eben nicht beweisen, denn die Zahlen, die ich Ihnen genannt habe ... (Abg. Dr. Keimel: Sie sind Spitze in der Manipulation!) Sie glauben das, es ist immer Ihre Art, solche Feststellungen zu treffen, die Sie in keiner Art und Weise belegen können. Die Zahlen sowohl über die Beschäftigten als auch über die Arbeitslosen sind absolut und jederzeit beweisbar. Ich weise daher den Vorwurf der Manipulation mit Entschiedenheit zurück! (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dr. Keimel: Zurückweisen können Sie, aber sie stim-

12400

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Bundesminister Dallinger

men!) Stimmen tut immer das, was Sie sagen — aber das ist ein Irrtum, dem Sie unterliegen. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. K e i m e l.*)

Präsident: Man soll auch zuhören können, Herr Kollege! Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich habe — abgesehen davon — sowohl mit den Vertretern der Bauwirtschaft und der Baugewerkschaft als auch mit dem Finanzminister und dem Bautenminister Einvernehmen darüber hergestellt, daß wir uns bemühen, durch eine Vielfalt von Maßnahmen eine Steigerung der Beschäftigung zu erreichen und die Sockelarbeitslosigkeit so niedrig wie möglich zu halten.

Aber zu Ihrem Vergleich mit dem April und dem Mai möchte ich sagen: Daraus geht hervor, daß von April auf Mai die Zahl der arbeitslosen Bauarbeiter um mehr als 20 000 in einem Monat gesunken ist.

Das ist der Beweis dafür, daß inzwischen die Bauwirtschaft insgesamt wieder auf Touren gekommen ist, was bis zu einem gewissen Grad ein Strukturproblem und sicher auch eine Frage der öffentlichen Aufträge ist.

Aber wir wollen nicht vergessen, daß etwa 80 Prozent der gesamten Aufträge in der Bauwirtschaft eben nicht aus dem öffentlichen Bereich herrühren und daß es daher andere Mängel auf diesem Gebiet gibt. Ich leugne gar nicht, daß wir hier etwas tun müssen. Und der Hinweis auf eine Gesamtlösung, jetzt aus der Sicht meines Ministeriums in Verbindung mit den Aktivitäten anderer Ministerien, ist ja der Beweis dafür, daß wir die Bauwirtschaft in den Griff bekommen wollen. Dabei werden wir den Prozeß, der da durch eine Minderbeschäftigung entsteht, auch im Hinblick auf die technologische Entwicklung in diesem Bereich sicherlich beeinflussen, aber nicht zur Gänze verhindern können.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Um die Quote der Bauarbeitslosigkeit an der Gesamtarbeitslosigkeit richtig beurteilen zu können, erscheint es mir zweckmäßig, an Sie die Frage zu richten: Wie groß war der Anteil der Bauarbeitslosen an der Gesamtzahl aller Arbeitslosen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Der Anteil der Bauarbeitslosen lag in den besonderen Wintermonaten bei etwa 33 Prozent und betrug somit ein Drittel aller Arbeitslosen. Das ist ein sehr hoher Anteil, er war im Verlauf der letzten Jahre eine bestimmte Zeit hindurch sogar noch etwas höher. Unser Ziel muß es daher sein, diesen Prozentsatz ganz, ganz stark abzusenken.

Bei dieser Gelegenheit, meine Damen und Herren, einige grundsätzliche Bemerkungen zur saisonalen Arbeitslosigkeit. Wir leiden in der öffentlichen Darstellung darunter, daß wir jetzt in dieser schwierigen wirtschaftlichen Zeit relativ hohe Arbeitslosenraten für Österreich ausweisen. Im internationalen Vergleich sind das sehr geringe Arbeitslosenraten. Aber ein sehr wesentlicher Teil der jeweils ausgewiesenen Arbeitslosen sind Saisonarbeitslose, im Winter eben die Bauarbeiter, in den Monaten April und Mai die in der Gastronomie Tätigen, im September, Oktober und November ebenfalls die in der Gastronomie Tätigen, sodaß wir feststellen können, daß aufgrund der Gegebenheiten in Österreich jeweils etwa 30 bis 40 Prozent der ausgewiesenen Arbeitslosen Saisonarbeitslose sind. Das sind also keine Dauerarbeitslosen, sondern sie sind für einen bestimmten Zeitraum arbeitslos und wissen schon, wenn sie arbeitslos werden, daß sie in etwa drei Monaten wieder eine Beschäftigung antreten können. Aber in der Statistik figurieren sie als Arbeitslose, wie wenn sie längerfristig ohne Chance auf einen Posten arbeitslos blieben.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 5: Abgeordneter Dr. Hafner (ÖVP) an den Herrn Minister.

774/M

Was haben Sie als Aufsichtsbehörde in der Causa Pascher-Mück unternommen?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Mangels näherer Angaben in der Anfrage kann ich nur vermuten, was Sie unter der Causa Pascher-Mück verstehen.

Der Vorstand der Wiener Gebietskrankenkasse sollte in seiner Sitzung am 29. Jänner 1986 unter Tagesordnungspunkt 3 über Antrag des Obmannes Florian Mück die Versetzung des leitenden Angestellten Dr. Otmar Pascher in den Ruhestand gemäß § 32 Abs. 3 Z. 1 der DOA beschließen.

Bundesminister Dallinger

Am 23. Jänner 1986 hat Generaldirektor Dr. Pascher dem Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse das Ansuchen übermittelt, ihn mit Wirksamkeit vom 1. Juli 1986 in den dauernden Ruhestand zu versetzen.

Darüber hat der Obmann dem Vorstand in der Sitzung am 29. Jänner 1986 unter gleichzeitiger Absetzung des Tagesordnungspunktes 3 berichtet.

In der Ausgabe der „Presse“ vom 8. und 9. Februar dieses Jahres war zu lesen, daß bei der Staatsanwaltschaft Wien eine Anzeige gegen den beurlaubten Generaldirektor der Wiener Gebietskrankenkasse, Dr. Otmar Pascher, eingegangen sei.

Am 12. Februar 1986 habe ich dazu einen Bericht der Wiener Gebietskrankenkasse erhalten, daß seitens der Wiener Gebietskrankenkasse gegen Generaldirektor Dr. Otmar Pascher keine Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Wien erstattet worden sei; die Kasse wisse auch nicht, wer eine solche Anzeige erstattet habe.

Gleichzeitig hat die Kasse berichtet, daß auch gegen Obmann Florian Mück Anzeige bei der Staatsanwaltschaft Wien erhoben worden sei. Diesbezüglich seien von der Wirtschaftspolizei einige Bedienstete der Kasse einvernommen worden.

Am 10. Februar habe die Kasse die telefonische Mitteilung erhalten, daß die Wirtschaftspolizei ihre Ermittlungen abgeschlossen und den Akt an die Staatsanwaltschaft Wien rückübermittelt habe.

Weder über das Schicksal der gegen Generaldirektor Dr. Otmar Pascher erhobenen Anzeige noch über das Ergebnis der von der Staatsanwaltschaft Wien gegen Obmann Florian Mück geführten Untersuchung ist mir derzeit etwas bekannt. Nach der gegenwärtigen Sachlage besteht für die Aufsichtsbehörde keine Veranlassung, etwas — wie es heißt — zu unternehmen.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Hafner: Sehr geehrter Herr Bundesminister! In der Öffentlichkeit wird die Causa Pascher-Mück, also die Auseinandersetzung zwischen dem sozialistischen Obmann der Wiener Gebietskrankenkasse Mück und dem sozialistischen Generaldirektor der Wiener Gebietskrankenkasse Pascher, seit der Jahreswende 1985/86 abgehandelt. Sie — auch der Sozialistischen Partei

angehörig — sind der Sozialminister und daher nach dem Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz die unmittelbare Aufsichtsbehörde für die Wiener Gebietskrankenkasse. Immerhin sind dort über eine Million Menschen versichert, diese zahlen etwa 10 Milliarden Schilling an Beiträgen. Interessanterweise ist in diese Auseinandersetzung zwischen dem Sozialist Pascher und dem Sozialist Mück auch der sozialistische Stadtrat und Vizebürgermeister Mayr involviert.

Herr Minister Dallinger! Man muß in der Öffentlichkeit den Eindruck gewinnen, daß Sie Ihrer Aufsichtspflicht nicht nachgekommen sind. Denn im Februar 1986 haben Sie gegenüber der „Wochenpresse“ — am 4. Februar 1986 berichtet sie das — in einem Interview erklärt, daß Sie in 14 Tagen zu diesem Fall in der Öffentlichkeit Stellung nehmen werden. Nun ist auch hierüber berichtet ...

Präsident (das Glockenzeichen gebend): Herr Abgeordneter, die Frage bitte.

Abgeordneter Dr. Hafner (fortsetzend): Ich komme zur Frage. Nun wird auch berichtet, daß der sozialistische Generaldirektor Pascher seine ursprüngliche Anzeige zurückgezogen habe, ja sogar diese ...

Präsident (unterbrechend): Ich habe Sie gebeten, die Frage zu stellen.

Abgeordneter Dr. Hafner (fortsetzend): ..., daß Arbeiter am Mück-Haus gearbeitet hätten, zurückgezogen habe.

Ich möchte Sie fragen: Ist der Umstand, daß Pascher plötzlich Mück deckt, für Sie der Anlaß gewesen, auch nichts als Aufsichtsbehörde zu unternehmen?

Bundesminister Dallinger: Herr Abgeordneter! Ihre Darstellung hört sich an wie ein Kriminalroman (*Rufe bei der ÖVP: Ist es ja!*). Man hört, man sagt, man deutet, daß das sozialistische Parteimitglied Dallinger in seiner Funktion als Bundesminister den sozialistischen Generaldirektor und den sozialistischen Obmann und, wenn Sie hinzufügen wollen, den ÖVP-angehörigen Generaldirektor-Stellvertreter Dr. Schwimmer dieses oder jenes gefragt hat. Ich weiß nicht, was die Zugehörigkeit zu einer Partei mit all diesen Problemen, die Sie hier im Kriminalromanstil angeschnitten haben, zu tun hat.

Ich stelle fest, daß ich meiner Aufsichtspflicht nachgekommen bin. Die Behörden untersuchen und ermitteln. Es ist weder in

12402

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Bundesminister Dallinger

der einen noch in der anderen Richtung eine Feststellung der untersuchenden Behörde an mich ergangen, daher habe ich im Augenblick nichts zu unternehmen. Es gibt Kontrollorgane, etwa die interne Revision der Anstalt, es gibt die Kontrollorgane meines Ministeriums, es gibt den Bericht des Rechnungshofes. Von keiner dieser genannten Behörden wurde der Anschein eines Verdachtes erweckt, der in diese Richtung geht, wie Sie das dargestellt haben. Ich werde daher meiner Aufsichtspflicht im bisherigen Umfang nachkommen. Aber ich habe keinen Grund, den jetzt dort tätigen Organen in irgendeiner Form Mißtrauen entgegenzubringen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Hafner: Sehr geehrter Herr Minister! Wir entnehmen der Zeitung, daß es um ungefähr 400 000 S ginge, die veruntreut worden wären. Die Öffentlichkeit ist so informiert. Im Allgemeinen Sozialversicherungsgesetz steht im § 449 Abs. 4: Die oberste Aufsichtsbehörde ist berechtigt, die Versicherungsträger, sprich Wiener Gebietskrankenkasse, amtlichen Untersuchungen zu unterziehen.

Herr Minister, ich frage Sie: Sehen Sie den Vorwurf, hier seien 400 000 S veruntreut worden, als Anlaß, eine solche amtliche Untersuchung von sich aus durchzuführen?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich habe keinen Anlaß, eine solche Untersuchung vorzunehmen, da lediglich von der „Wochenpresse“ recherchiert wurde — wo, weiß ich nicht —, daß es sich angeblich um 400 000 S handelt. Ich habe sowohl an meine Aufsichtsorgane als auch an die Generaldirektion der Wiener Gebietskrankenkasse entsprechende Anfragen gestellt. Es ist eine Klarstellung erfolgt, die das, was Sie sagen, nicht zum Inhalt hat.

Die Organe, die Bundesbehörden, ermitteln, aber es ist bisher keine Feststellung getroffen worden. Irgendeinem Bericht einer internen Kontrolle, also den von mir schon erwähnten Kontrollen meines Ministeriums und denen des Rechnungshofes, sind solche Gegebenheiten nicht zu entnehmen. Ich werde aber, sollte sich das in irgendeiner Form bei einer Anklage oder bei einem Bericht an mich ergeben, natürlich die entsprechenden Konsequenzen daraus ziehen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Kabas.

Abgeordneter Mag. Kabas (FPÖ): Sehr geehrter Herr Bundesminister! Anknüpfend an diesen vorliegenden Fall, möchte ich Sie fragen, ob Ihrer Meinung nach Ihr Aufsichtsrecht über die Sozialversicherungsträger im Gesetz sowohl hinreichend als auch umfassend genau festgelegt ist.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ja. Nach den bisherigen Erfahrungen kann ich sagen, daß die im Gesetz festgelegten Aufsichtspflichten und Aufsichtsgegebenheiten durchaus ausreichend sind. Hiezu kommt ja, daß es sich nach dem Willen des Gesetzgebers bei diesen Einrichtungen um öffentlich-rechtliche Körperschaften mit einer Selbstverwaltung handelt, wo im Gesetz genau festgelegt wird, welche Aufgaben dieser Selbstverwaltung zukommen. Ich habe daher ganz bewußt — das sage ich jetzt als Bekenntnis — die Aufsichtspflicht so gesehen, daß sie sich natürlich darauf bezieht, daß die Geldgebarung ordnungsgemäß und die Beschlüsse entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen erfolgen, aber nicht als Oberaufsicht in dem Sinne, daß ich jeden einzelnen Entscheid dieser Selbstverwaltung so zu beeinflussen habe, daß er nach mir genehmen Mustern erfolgt und nicht nach den genehmen Mustern der Selbstverwaltung.

Da die Selbstverwaltung unterschiedlich strukturiert ist, mehrheitlich gesehen, in der Unfallversicherung nach anderen Gegebenheiten wie etwa in der Krankenversicherung und bei den Beamten wieder anders als bei den Bauern oder bei den Selbständigen, glaube ich, daß hier wirklich die gesellschaftlichen Kräfte, wie sie sich in ihrer Zusammensetzung ergeben, wirksam werden. Ich persönlich halte nach wie vor das System der Selbstverwaltung für ein besonders wichtiges System, das die Betroffenen in Entscheidungen integriert. Ich glaube aber, daß man das doch öffentlichkeitsnäher machen muß. Ich habe mich auch schon mit dem Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger in Verbindung gesetzt, um zu erreichen, daß die Dinge transparenter werden, daß die Funktionäre, auch wenn sie Mitglieder großer Gremien sind, mehr Informationen bekommen, daß sie besser geschult werden, damit hier wirklich dem Gedanken der Selbstverwaltung gedient wird.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Nürnberger.

Abgeordneter Nürnberger (SPÖ): Herr Bun-

Nürnberger

desminister! Eingangs erlaube ich mir festzustellen, daß in dieser Angelegenheit in der Wiener Gebietskrankenkasse sämtliche Beschlüsse in allen Gremien einstimmig gefaßt worden sind, das heißt, auch mit Zustimmung der Vertreter der Österreichischen Volkspartei. Aber die Absicht dieser Frage ist ja klar durchschaubar. Der Österreichischen Volkspartei geht es darum, in einem Institut, das anerkannt gut geführt und im Interesse der Wiener Versicherten tätig ist, einen Skandal zu konstruieren, der nicht vorhanden ist, um damit von ihren eigenen Skandalen abzulenken.

Aber konkret meine Frage an Sie, Herr Bundesminister: Welche Rechtsgrundlagen als Aufsichtsbehörde bestehen für Sie eigentlich, in dieser vom Fragesteller angeführten Angelegenheit oder in ähnlichen Angelegenheiten überhaupt eingreifen zu können?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! Die Aufgaben der Aufsichtsbehörde und die ihr zur Verfügung stehenden Eingriffsmöglichkeiten sind im Gesetz, und zwar im § 449 ASVG, geregelt. Danach haben die Aufsichtsbehörden die Gebarung der Versicherungsträger des Hauptverbandes dahingehend zu überwachen, daß Gesetz und Satzung sowie die darauf beruhenden sonstigen Rechtsvorschriften beachtet werden. Sie können ihre Aufsicht auf Fragen der Zweckmäßigkeit erstrecken. Sie sollen sich in diesem Fall auf wichtige Fragen beschränken und das Eigenleben und die Selbstverantwortung der Versicherungsträger nicht unnötig erschweren oder in sie eingreifen.

Sie sehen, was ich vorhin schon dem Herrn Abgeordneten gesagt habe: daß es hier auch im Gesetz beinhaltet ist, daß man möglichst Distanz hat zu den Beschlüssen der Selbstverwaltung, soferne sie im Rahmen von Gesetz und Satzung erfolgt sind. Und ich habe ... (Abg. Dr. Hafner: Herr Bundesminister! Was ist mit dem Abs. 4? Warum zitieren Sie den hier nicht?) Würden Sie bitte mir überlassen, was ich zitiere, Herr Abgeordneter! Sie hätten ja vorher ... (Abg. Dr. Hafner: Kennen Sie das Gesetz nicht?)

Darf ich mich wieder dem Herrn Abgeordneten Nürnberger zuwenden und seine Frage beantworten? Vielleicht können wir dann in einem Privatissimum noch die anderen Fragen klären, die den Abgeordneten Hafner betreffen.

Ich möchte sagen, daß es meine Absicht ist und bleiben wird, die Selbstverwaltung in ihrer Tätigkeit, in ihren Möglichkeiten zu stärken, und daß ich mich darauf beschränken werde, zu achten, ob Gesetz und Satzung eingehalten werden, und daß ich, wenn Gefahr in Verzug ist und das auch erkennbar ist, die notwendigen Handlungen und Aktivitäten setzen werde, um solchen Gefahren zu begegnen.

Präsident: Weitere Frage: Herr Abgeordneter Feurstein.

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Bundesminister! Es ist unbestritten, daß Sie berechtigt sind und auch die Pflicht haben, amtliche Untersuchungen bei Versicherungsträgern vorzunehmen, sich Sachverständiger zu bedienen, wenn Ihnen Unkorrektheiten bekanntgeworden sind. In diesem konkreten Fall ist nach glaubhaften Informationen im Gerichtsakt, der von der Staatsanwaltschaft und vom zuständigen Gericht geführt wird, ein Schaden in der Größenordnung von — Abgeordneter Dr. Hafner hat das bereits gesagt — 480 000 S vermerkt. (Abg. Nürnberger: Woher haben Sie Gerichtsinformationen? Von wo haben Sie denn die?) Es gibt glaubhafte Informationen.

Ich frage Sie nun, Herr Minister: Wo haben Sie bisher in Ihrem Amtsbereich etwas unternommen, um einen Schaden, der den Versicherungen, den Gebietskrankenkassen, den Sozialversicherungen oder anderen Institutionen entstanden ist, wiedergutzumachen? Gibt es einen Fall, wo Sie eingeschritten sind?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Zunächst einmal, Herr Abgeordneter: Mir stehen diese Gerichtsunterlagen, die Sie zitieren und die angeblich jedermann zugänglich sind, nicht zur Verfügung. Ich habe in sie keinen Einblick gehabt.

Und zur anderen Frage: Es erfolgt ja ununterbrochen eine Kommunikation zwischen den Versicherungsträgern, der Aufsichtsbehörde, und es wird ja in der Mehrzahl der Fälle, wenn es sich um von der Norm abweichende Entscheidungen handelt, vorher das Ministerium, der Hauptverband kontaktiert, um schon im vorhinein zu einem Einvernehmen über die Beschußfassung zu kommen. Daher gibt es eine Vielzahl von Fällen, wo in Vorabsprachen oder während der Sitzung selbst in Form von Zurückstellungen für die nächste Sitzung, wenn das Aufsichtsorgan Einspruch erhebt, eine Klarstellung erfolgt.

12404

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Bundesminister Dallinger

Aber ich kann zu meiner Freude sagen, daß es, von mir jetzt aus dem Handgelenk zitierbar, keine solchen Fälle gibt, wo irgendwie ein Vergehen von irgendwelchen Einzelpersonlichkeiten oder Organen in der Selbstverwaltung der Sozialversicherung feststellbar wäre.

Präsident: Wir kommen zur Anfrage 6: Herr Abgeordneter Kohlmaier (*ÖVP*) an den Minister.

775/M

In welcher Form koordinieren Ihr Ressort und das Handelsministerium die Ladenschlußfrage?

Präsident: Bitte, Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Sehr geehrter Herr Abgeordneter! In der gesetzlich vorgesehenen Form koordiniere ich meine Aufgaben und Absichten im Hinblick auf die Ladenschlußfrage. Ich bin, wie Sie ja wissen, im Gegensatz zu Herrn Handelsminister Dr. Steger der Auffassung, daß die Ladenöffnungszeiten, wie sie jetzt bestehen, durchaus ausreichend sind und daß es keiner besonderen Maßnahmen bedarf, mit Ausnahmen jener besonderen Regelungen, die in Fremdenverkehrssorten aufgrund einer spezifischen Situation notwendig sind. Das geltende Gesetz sieht in dem Fall eine Fülle von Ausnahmемöglichkeiten vor, die noch nicht in allen Fällen und in vollem Umfange genutzt sind, sodaß also hier durchaus die Möglichkeit besteht.

Gemäß § 12 des Ladenschlußgesetzes ist der Bundesminister für Handel, Gewerbe und Industrie primär für den Vollzug des Ladenschlußgesetzes zuständig, soweit nicht den Landeshauptleuten Vollzugskompetenzen eingeräumt sind. Bei der Vollziehung des Gesetzes ist nach der Bestimmung des § 12 im Einvernehmen mit dem Bundesminister für soziale Verwaltung vorzugehen. Entsprechend dieser Zuständigkeit zur Vollziehung bedarf jede Änderung des Ladenschlußgesetzes auch der Zustimmung des Bundesministers für soziale Verwaltung.

Präsident: Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier: Herr Bundesminister! Ich klammere heute bewußt die Frage aus, ob es zu einer Änderung kommen soll oder nicht. Mir geht es um die Vorgangsweise.

Nun hat der Herr Vizekanzler bereits mehrmals in der Öffentlichkeit angekündigt, daß

es zu einer gesetzlichen Änderung kommen werde. Ich nehme an, es schwebt ihm eine Regierungsvorlage vor, die aber den Ministerrat passieren müßte.

Beabsichtigen Sie, einer solchen Regierungsvorlage im Ministerrat die Zustimmung zu geben?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich sage Ihnen hier nichts Neues, Herr Abgeordneter, weil ich dazu schon vor etwa vier Wochen in aller Öffentlichkeit Stellung genommen habe; übrigens tat dies auch der Herr Bundeskanzler. Wir beide haben gemeint, daß eine Regierungsvorlage nur unter der Voraussetzung zustande kommt, daß eine solche Änderung des Ladenschlußgesetzes einvernehmlich von den Sozialpartnern verlangt wird. Einer Regelung, die nicht die Unterstützung der Sozialpartner hat, würde ich im Ministerrat nicht zustimmen.

Präsident: Weitere Zusatzfrage.

Abgeordneter Dr. Kohlmaier: Herr Bundesminister! Wir sind trotz politischer Gegnerschaft dadurch verbunden, daß wir beide nicht Mitglieder des Steger-Fan-Klubs sind; aber auch einige freiheitliche Kollegen befinden sich nicht dort, wie man erfährt. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*)

Es geht um die Koordinierung, die sich etwa beim Zustandekommen einer Regierungsvorlage dann tatsächlich ergibt. Aber es gibt ja auch ein Vorfeld, wenn ich das so sagen darf, in dem die Regierung und einzelne Minister ihre Absicht bekunden.

Herr Minister! Halten Sie es für einen behebbaren oder behebungswürdigen Zustand, daß der Handelsminister, der hier Konsumenten- und Geschäftsinteressen vertreibt, und der Sozialminister, der sich offenbar mit den dort Beschäftigten solidarisch fühlt, in einer so wichtigen Frage permanent in der Öffentlichkeit unterschiedliche Aussagen machen? Können Sie das nicht irgendwie beheben? Ich glaube, das wäre für die Öffentlichkeit beruhigend und zielführend.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Es wäre vielleicht wünschenswert vom Blickpunkt der einen oder anderen Richtung her, es ist aber absolut legitim, daß der Handelsminister, der noch dazu einer anderen Partei zugehörig ist,

Bundesminister Dallinger

für seine Absichten und Intentionen in der Öffentlichkeit wirbt, und daß ein anderer Minister, der andere Überlegungen hat, einen anderen Standpunkt dazu einnimmt.

Da diese Frage die Regierung noch nicht berührt hat, weil eine entsprechende Vorlage im Ministerrat nicht existiert, befinden wir uns im Spannungsfeld, wenn Sie so wollen, einer öffentlichen Diskussion, in die die unterschiedlichsten Standpunkte eingebracht werden.

Es ist aber gar nicht so, daß da nur zwischen den Vertretern verschiedener Parteien unterschiedliche Auffassungen bestehen. Ich darf Sie daran erinnern, Herr Abgeordneter, daß auch in Ihrer Partei durchaus gegensätzliche Standpunkte in dieser Frage vorhanden sind. Die Frau Abgeordnete Dr. Rabl-Stadler, die neben Ihnen steht, wird vielleicht in dieser Frage — wie in anderen Fragen auch, wie ich gehört habe — im Gegensatz zu Ihnen eine andere Auffassung haben. Aber ich halte das für legitim, das bietet Ihnen ja wie eben jetzt Anlaß zur Versöhnung, und das ist ja in diesem Fall sicher nicht so schlecht.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Karl.

Abgeordnete Elfriede Karl (SPÖ): Herr Bundesminister! Unterschiedliche Auffassungen gibt es in dieser Frage offensichtlich nicht nur innerhalb der Regierung, nicht nur in den Parteien, in der ÖVP zum Beispiel, unterschiedliche Auffassungen gibt es hier meines Wissens nach auch bei den Sozialpartnern oder innerhalb der Sozialpartner, vor allem auch innerhalb der betroffenen Unternehmensgruppe selbst. Sie vertreten in diesem Spektrum eine sehr negative oder weitgehend negative Haltung gegenüber einer Änderung der Ladenschlußzeiten. Ich würde Sie bitten, Ihre Gründe für diese Ihre Haltung hier darzulegen.

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Die derzeitigen Ladenöffnungszeiten stammen aus der Mitte der fünfziger Jahre und hatten damals zur Voraussetzung, daß es noch eine 48-Stunden-Woche beziehungsweise eine 5 1/2-Tage-Woche gab und die Öffnungszeiten in diesem Rahmen festgelegt waren. Zwischenzeitlich haben wir eine 40-Stunden-Woche. Also aus der Sicht ergibt das eine vermehrte Einkaufsmöglichkeit um acht Stunden pro Woche. Zwischenzeitlich haben wir allgemein, von Ausnahmen abgesehen, eine 5-Tage-Woche. Zwi-

schenzeitlich haben wir in vielen Fällen eine gleitende Arbeitszeit. Es gibt in Extremfällen eine 4 1/2-Tage-Woche. Es gibt für die Nahversorgung auch in den Arbeiter- und Angestelltenhaushalten Kühlmöglichkeiten und Aufbewahrungsmöglichkeiten, die einen Verderb einer schon vor längerer Zeit eingekauften Ware verhindern, sowie sehr, sehr viele andere Möglichkeiten. Es gibt eine Entwicklung im Hinblick auf die Motorisierung und anderes mehr, sodaß ich glaube, daß der allgemeine Bedarf an Konsumgütern jeder Art zu den jetzt gegebenen Öffnungszeiten befriedigt werden kann.

Ich möchte auch, Frau Abgeordnete, darauf aufmerksam machen, daß es da keinen starren Gegensatz zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern gibt, sondern daß, wie wir erst kürzlich in einer Kärntner Umfrage festgestellt haben, auch die überwiegende Mehrheit der Selbstdändigen gegen eine Änderung der Ladenöffnungszeiten ist, vor allem sind es jene Gewerbetreibenden und Unternehmer, die selbst in ihrem Betrieb tätig sind und die, wie wir in einer anderen Feststellung gehört haben, eine 60- oder 65-Stunden-Woche haben.

Hier geht es auch um eine Verzerrung der Konkurrenzbedingungen der kleinen Geschäftsleute gegenüber den großen Konzentrationen mit einer Vielzahl von Beschäftigten und Rotationsmöglichkeiten, die vermehrte Einkaufsmöglichkeiten nicht zugunsten der Konsumenten wünschen, sondern die Konkurrenzbedingungen verändern und mehr Umsatz tätigen wollen.

Aus all diesen Gründen bin ich der Meinung, daß — ich betone es: von Ausnahmen, die sich ausschließlich auf den Fremdenverkehr beziehen, abgesehen — es keine Notwendigkeit gibt, die Ladenöffnungszeiten zu ändern.

Präsident: Weitere Frage: Frau Abgeordnete Rabl-Stadler.

Abgeordnete Dr. Helga Rabl-Stadler (ÖVP): Herr Minister! Es gibt drei Hauptgründe, warum eine Änderung — wohlgemerkt: keine Verlängerung! — der Ladenöffnungszeiten wünschenswert ist: der steigende Tourismus in Österreich, die steigende Frauenbeschäftigung, wodurch in fast keiner Familie mehr eine Großmutter oder eine Tante ist, die nicht berufstätig ist und deshalb in Ruhe einkaufen kann, und das Zunehmen von Handelsformen, die leider den Fachhandel umgehen, denn der Versandhandel muß sich an keine Ladenschlußzeiten halten.

12406

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Helga Rabl-Stadler

Herr Minister! Wären das nicht auch für Sie Gründe, für eine Änderung der Ladenschlußzeiten zu sein?

Präsident: Herr Minister.

Bundesminister Dallinger: Ich habe mich zu einer allgemeinen Änderung der Ladenschlußzeiten beziehungsweise Ladenöffnungszeiten schon negativ geäußert, habe aber gleichzeitig hinzugefügt, daß ich in besonderen Situationen, bezogen auf den Fremdenverkehr, Verständnis dafür habe, daß es während einer gewissen Zeit abweichende Normen geben kann.

Zu dieser Feststellung stehe ich. Solche Gespräche finden dauernd statt; auch im Bundesland Salzburg. Ich glaube, daß es gelingen könnte und würde, wenn man vernünftig an diese Probleme herangeht, auch eine Lösung zu finden.

Präsident: Die Fragestunde ist beendet.

Einlauf und Zuweisungen

Präsident: Ich gebe bekannt, daß die Anfragebeantwortung 1958/AB eingelangt ist.

Ferner gebe ich bekannt, daß in der letzten Sitzung der

Antrag 189/A der Abgeordneten Wille, Dr. Mock, Dr. Frischenschlager und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Geschäftsordnungsgesetz 1975 geändert wird,

eingebracht wurde, der gemäß § 108 der Geschäftsordnung einer ersten Lesung zu unterziehen ist.

Die weiteren eingebrachten Anträge weise ich folgenden Ausschüssen zu:

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Antrag 190/A der Abgeordneten Kurt Mühlbacher, Grabher-Meyer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem Abschnitt XIV des Bundesgesetzes über die Einführung einer Zinserstragsteuer, BGBL. Nr. 587/1983, in der Fassung des Bundesgesetzes BGBL. Nr. 531/1984, außer Kraft gesetzt wird, Sonderregelungen über die Anrechnung der Zinserstragsteuer sowie Maßnahmen auf dem Gebiet des Bewertungsrechtes getroffen und das Bewertungsgesetz 1955 und das Vermögenssteuergesetz 1954 geändert werden;

dem Handelsausschuß:

Antrag 191/A der Abgeordneten Dr. Heindl, Dkfm. Gorton, Grabher-Meyer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Mühlengesetz 1981 geändert wird (Mühlengesetz-Novelle 1986), und

Antrag 192/A der Abgeordneten Dr. Heindl, Grabher-Meyer und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Patentgesetz geändert wird (Patentgesetz-Novelle 1986);

dem Ausschuß für verstaatlichte Betriebe:

Antrag 193/A der Abgeordneten Rechberger, Probst, Burgstaller und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz betreffend die Übertragung der Anteilsrechte des Bundes an der „Martha“ Erdöl Gesellschaft m.b.H. und an der „ÖROP“ Handels-Aktiengesellschaft für österreichische Rohölprodukte geändert wird;

dem Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

Antrag 194/A der Abgeordneten Ing. Derrfler und Genossen betreffend ein Bundesgesetz, mit dem das Weingesetz 1985 (BGBL. Nr. 444) und das Weinwirtschaftsgesetz (BGBL. Nr. 296/1969) in der Fassung der Bundesgesetze BGBL. Nr. 224/1972 und 784/1974 geändert werden (Weinrechts-Novelle 1986).

Ferner weise ich die in der letzten Sitzung als eingelangt bekanntgegebenen Vorlagen zu wie folgt:

dem Ausschuß für innere Angelegenheiten:

Bundesgesetz, mit dem das Fremdenpolizeigesetz geändert wird (938 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Staatsbürgerschaftsgesetz 1985 geändert wird (Staatsbürgerschaftsgesetz-Novelle 1986) (970 der Beilagen);

dem Justizausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über den erweiterten Schutz der Verkehrsopfer geändert wird (939 der Beilagen);

dem Finanz- und Budgetausschuß:

Bundesgesetz über die Veräußerungen von unbeweglichem Bundesvermögen (940 der Beilagen),

Präsident

Bundesgesetz über die Zeichnung von zusätzlichen Kapitalanteilen bei der Internationalen Finanzcorporation (963 der Beilagen);

dem Ausschuß für Wissenschaft und Forschung:

Bundesgesetz, mit dem das Hochschüler-schaftsgesetz 1973 geändert wird (960 der Beilagen),

Bundesgesetz, mit dem das Tierversuchsge-setz geändert wird (961 der Beilagen);

dem Bautenausschuß:

Bundesgesetz, mit dem das Bundesgesetz über die Einhebung eines Wohnbauförde-rungsbeitrages geändert wird (962 der Beilagen);

dem Handelsausschuß:

Bundesgesetz, mit dem die Wirtschafts-treuhänder-Berufsordnung geändert wird (Wirtschaftstreuhänder-Berufsordnungs-Novelle 1986) (964 der Beilagen);

dem Ausschuß für soziale Verwaltung:

Bundesgesetz, mit dem das Arbeitnehmer-schutzgesetz geändert wird (971 der Beilagen);

dem Ausschuß für Land- und Forstwirt-schaft:

Bundesgesetz, mit dem das Weinwirt-schaftsgesetz aufgehoben, das Weingesetz 1985, das Bundesfinanzgesetz 1986 und die Weinverordnung geändert werden (973 der Beilagen);

dem Landesverteidigungsausschuß:

Volksbegehren über ein Bundesgesetz, mit dem das Luftfahrtgesetz geändert wird (968 der Beilagen).

1. Punkt: Mitteilung über die Ernennung eines neuen Bundesministers für Landesver-teidigung

Präsident: Wir gehen in die Tagesordnung ein und gelangen zum 1. Punkt: Mitteilung über die Ernennung eines neuen Bundesministers für Landesverteidigung.

Wir gehen in die Debatte ein.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeord-neter Dr. Mock.

10.12

Abgeordneter Dr. Mock (ÖVP): Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir debattieren heute über eine neuerliche Umbildung der sozialistischen Koalitionsregierung; es ist dies die vierte Regierungsumbildung in einer dreijährigen Regierungszeit. Traditionsgemäß ist eine solche Regierungsumbildung auch ein Anlaß für eine parlamentarische Aussprache über den Zustand der Regierungspolitik im allgemeinen.

Herr Bundeskanzler, wenn Sie heute mit den Bürgern draußen diskutieren und fragen, was wohl die herausragenden Ereignisse der letzten drei Jahre waren oder sind, so bekom-men Sie, um nur beispielsweise zu zitieren, folgendes zu hören: Begonnen hat es mit der Diskussion um das Mallorca-Paket: eine Mehrbelastung des Steuerzahlers mit über 30 Milliarden Schilling, ohne daß Staatsschulden reduziert oder das Budget saniert worden wäre. Es folgten der Konflikt und der Streit des früheren sozialistischen Finanzministers Dr. Salcher mit seinem Amtsvorgänger, dem sozialistischen Finanzminister Androsch.

Es gab dann monatelang Hainburg- und Zwentendorfdiskussionen, ohne daß ein neuer Lösungsansatz für eine umfassende Energie-politik gefunden worden wäre.

Anschließend waren wir beschäftigt mit der Verstaatlichtenkrise, und jetzt sind wir beschäftigt mit der Rücknahme sozialistischer Gesetze, die mit einem Kraftakt gegen uns beschlossen wurden. Ich nenne nur bei-spielsweise das Weingesetz und die verun-glückte Sparbuchsteuer.

Man darf sich also nicht wundern, meine Damen und Herren, wenn die Menschen von drei verlorenen Jahren für Österreich spre-chen. (Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Was immer Ihre Zwischenrufe sind: Der Herr Bundeskanzler selbst hat ja das Ergebnis vom 4. Mai als Protest gegen so manche Maßnahme der Bundesregierung zitiert. Also ich verstehe Ihre Aufregung nicht. (Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.)

All diese Regierungsumbildungen tragen die gleiche Kennmarke; sie waren gekenn-zeichnet von der Not des Augenblicks. Ihre Wunschkandidaten waren bereits nach kurzer Zeit entzaubert, und Sie haben mit neuen Gesichtern — das ist ja auch von Ihren engsten parteipolitischen Mitarbeitern festge-

12408

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Mock

stellt worden — den alten sozialistischen Weg fortgesetzt. Sie werden daher verstehen, meine Damen und Herren, wenn ich Ihnen kurz die Geschichte dieser Regierungsumbildungen in Erinnerung rufe.

Zuerst gab es im September 1984, im ersten Jahr Ihrer Regierungszeit, die Ablöse Ihres Finanzministers Salcher, der sich noch für die Steuerreform eingesetzt hat, weil er es auch gewagt hat, seinen Amtsvorgänger Dr. Androsch beim Staatsanwalt anzuzeigen.

Dann gab es zwei neue Minister — Lacina und Vranitzky —, die mit Vorschußlorbeeren überhäuft wurden, die auch von uns Vorschußlorbeeren bekommen haben. Der eine, Dkfm. Lacina, seit vielen Jahren in der Verstaatlichtenpolitik verantwortlich, steht heute vor den Trümmern dieser sozialistischen Verstaatlichtenpolitik. Der andere, meine Damen und Herren, hat alles, was er an Budgetsanierung und sonst noch versprochen hat, versäumt. Das einzige, was er wirklich getan hat, war die Beseitigung der Sparbuchsteuer, nachdem ihm diese Beseitigung von einem Höchstgericht diktiert wurde.

Vorerst hat man anläßlich von zwei dringlichen Anfragen der Österreichischen Volkspartei die Beseitigung der Sparbuchsteuer zurückgewiesen, hat uns mit zwei Initiativaträgen niedergestimmt.

Meine Damen und Herren! Noch vor wenigen Wochen hat der sozialistische Finanzminister Vranitzky im Bundesrat erklärt, warum die Sparbuchsteuer nicht abgeschafft wird und nicht abgeschafft werden kann. Da haben Ihre, die sozialistischen Bundesräte Beifall gegeben. Jetzt geben Sie Beifall, weil er sie abschafft. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Und dann haben Sie sich geärgert, als Dr. Kohlmaier Ihnen gesagt hat, was Sie als Fraktion alles an Selbständigkeit in der Garderobe dieses Hauses abgeben. (Beifall bei der ÖVP.)

Es kam dann zur Ablöse Ihres Bautenministers, des Präsidenten Sekanina, im März 1985. Sie haben, Herr Bundeskanzler, dem Nationalrat die Auskunft darüber verweigert, seit wann Sie von seinen Verfehlungen gewußt haben. Und Sie haben auch der Öffentlichkeit bis heute keine klare Antwort gegeben, was die tatsächlichen Hintergründe seines Rücktritts waren. Sie haben dann versucht, aus der Not eine Tugend zu machen, und einen Wunschkandidaten in Stellung gebracht.

Auch bei diesem, meine Damen und Her-

ren, waren die Vorschußlorbeeren rasch welk. Denn trotz unserer wiederholten Warnungen ist es mit einer effizienten Beschäftigungspolitik im Bautensektor bergab gegangen, und im Jänner 1986 mußten sogar die Baugewerkschafter Hesoun und Rautner, Mitglied der Wiener Landesregierung — auch er wurde inzwischen „umgebildet“, meine Damen und Herren —, Alarm schlagen, weil die Arbeitslosigkeit mit 42 Prozent arbeitslosen Bauarbeitern im Jänner 1986 eine einmalige Höchstmarke erreichte. (Zwischenruf des Abg. Hesoun.) Sie haben Alarm geschlagen, Herr Präsident Hesoun. (Abg. Hesoun: Am 20. Dezember 1985 wurden schlagartig 25 000 Menschen am Bau arbeitslos!)

Herr Präsident Hesoun! Sie haben es gewagt — das respektiere ich —, gegen diese Baupolitik der sozialistischen Bundesregierung als sozialistischer Gewerkschafter und Arbeiterkammerpräsident anzutreten. Das sage ich gar nicht höhnisch, weil das keine Selbstverständlichkeit ist. Das erfordert Respekt. Aber, Herr Präsident Hesoun, ich lasse nicht zu, nach 16 Jahren sozialistischer Alleinregierung, nachdem wir vier Jahre lang um die Verwirklichung eines Baupaketes mit Vorschlägen von Dr. Keimel und der ÖVP-Fraktion kämpfen, daß jetzt die anderen wieder die Schuld haben, nachdem Sie uns immer wieder niedergestimmt haben. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Dann kam der Rücktritt des sozialistischen Gesundheitsministers Dr. Steyrer, der viel früher aus dem Amt scheiden wollte, aber, wie immer in der Parteidisziplin, länger im Amt bleiben mußte. Sein Nachfolger im Amt hat bisher nur bewiesen, daß er ein intelligenter Fernsehmoderator und Informationsintendant war, aber deswegen noch lange kein kompetenter Minister sein muß. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun kommt die vierte Regierungsumbildung, Herr Bundeskanzler, die vierte Regierungsumbildung im Verteidigungsressort. (Ruf bei der SPÖ: Wie ein Oberlehrer! — Abg. Dr. Lichal: Warum sind Sie so nervös? — Weitere Zwischenrufe.)

Herr Abgeordneter! Bis zu den nächsten Neuwahlen werden Sie sich als Demokrat unsere Noten als kritisierende und analysierende Opposition noch anhören müssen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Lichal: Jawohl!)

Mein Damen und Herren! Nun kommt es zur vierten Regierungsumbildung im Verteidigungsbereich, aber nicht, weil der Herr Bun-

Dr. Mock

deskanzler eine neue Weichenstellung vornehmen wollte, sondern weil die Freiheitliche Partei eines ihrer zahlreichen Personalprobleme lösen mußte.

Herr Bundeskanzler! Es wäre besser gewesen, Sie hätten nicht so oft Ihre Regierung, aber viel öfter Ihre Politik geändert. Da wäre dem Land einiges erspart geblieben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was den neuen Verteidigungsminister anbelangt, der den Ruf hat, kooperationswillig und kooperationsfähig zu sein, so wünschen wir ihm im Interesse einer starken Landesverteidigung, das heißt der Sicherung der Freiheit und der Unabhängigkeit unseres Landes, mehr Erfolg als anderen Regierungsmitgliedern, die in der letzten Zeit in diese Regierung berufen worden sind. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP.*)

Im übrigen wissen Sie sehr wohl, Herr Minister, wie kurz die Zeit ist, die Ihnen zur Verfügung steht, um ein schwieriges Erbe zu bewältigen. (*Abg. Dr. Zittmayer: Bei Wienerberger wäre es ruhiger!*)

All das, meine Damen und Herren, hat Symbolcharakter für den bestürzenden Mangel an Lösungskompetenz und ist ein Spiegelbild des inneren Zustandes der sozialistischen Koalition.

Sie haben, Herr Bundeskanzler, rasche Neuwahlen abgelehnt. Sie tragen die Verantwortung, wenn wir noch ein Jahr vor uns haben, in dem die Probleme der Menschen, die großen Probleme dieses Landes nicht gelöst werden, sondern in einem Quasi-Wahlkampf zerredet werden. (*Abg. Elmekir: Der Wahlkampf hat schon begonnen! Das sieht man ja gerade!*)

Das hat der Herr Bundeskanzler nach dem 4. Mai gesagt, für ihn ist das ein Wahlkampf, bei dem die Partei steht. Für uns ist das eine Persönlichkeitswahl, meine Damen und Herren. Es ist notwendig, daß wir das sagen. (*Beifall bei der ÖVP. — Heiterkeit bei der SPÖ.*) Ja, es ist klar. Sie lachen darüber, weil Sie sich ohne Partei nichts vorstellen können. (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei SPÖ und ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Sie werden sich heute in dieser Debatte gefallen lassen müssen, daß wir Ihre politischen Leistungen an Ihren eigenen Ankündigungen in der Regierungserklärung messen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Sie haben, Herr Bundeskanzler, am 31. Mai 1983 eine sozial gerechte, eine einfache, eine leistungsfördernde und eine rasche Steuerreform versprochen. Sie sind einer großen Steuerreform ausgewichen, Minister Salcher mußte zurücktreten. Sie haben unsere Anträge zur Steuerreform niedergestimmt, und die Steuern steigen aufgrund der kalten Progression weiter. Das einzige ist — damit sind wir sehr zufrieden —: Die Sparbuchsteuer wurde, weil unsozial, ungerecht und undurchführbar, abgeschafft. — So haben Sie ein wesentliches Ziel Ihrer Regierungserklärung nicht realisiert.

Sie haben die Nullbudgetierung versprochen, um das Budget zu sanieren, meine Damen und Herren. Das heißt, daß jedes Jahr jeder Ansatz des Budgets neu auf seine Berechtigung überprüft wird. Es gibt keine Nullbudgetierung, dafür aber eine Staatschuld von über 1 000 Milliarden und ein Budgetdefizit von über 100 Milliarden Schilling, die Zahl der Dienstposten explodiert, vor allem im Ministerienbereich, und die Zuschüsse für die öffentlichen Betriebe sind völlig außer Kontrolle geraten.

Herr Präsident Hesoun, es heißt dort: „Die Bundesregierung wird auch weiterhin alles daran setzen, Jugendarbeitslosigkeit in diesem Land zu verhindern.“ Die Verhinderung schaut schön aus, Herr Bundeskanzler. Gemessen an der österreichischen Tradition haben wir Rekordmarken erreicht. Im Jahr 1980 hatten wir 16 000 junge Menschen, die arbeitslos waren, 1985 41 000. Und wenn Sie weiterhin mit Ihrer „Politik“ — unter Anführungszeichen — die Jugendarbeitslosigkeit so verhindern wie bisher, werden wir laut Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts im Jahre 1990 ungefähr 50 000 Arbeitslose haben.

Wir werden alles tun, auch heute wieder mit einem neuen Antrag, um das soziale und gravierende moralische Übel der Jugendarbeitslosigkeit zu bekämpfen durch alternative Vorschläge. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Herr Bundeskanzler! Etwas besonders Aktuelles haben Sie versprochen: „Die Sicherung und angemessene Verbesserung der Lebensgrundlage der bäuerlichen Bevölkerung werden im Mittelpunkt unserer Agrarpolitik stehen.“ (*Ruf bei der ÖVP: Ein Hohn ist das!*) Wo stehen Sie heute? Sie stehen vor Scherben einer Agrarpolitik. Die Menschen fühlen sich mit dem Rücken an die Wand gestellt. Schikanöse Gesetze, nicht gehaltene Versprechen und Versäumnisse, das kennzeichnet Ihre Agrarpolitik, meine Damen und Herren. (*Beifall bei der ÖVP.*)

12410

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Mock

Ich sage Ihnen, bezogen auf die Vorfälle der letzten Tage und letzten Wochen, unsere Freunde vom Österreichischen Bauernbund werden alles tun, um die Spielregeln der Gesetze einzuhalten. (*Zwischenrufe bei ÖVP und SPÖ*) Wir sagen aber mit der gleichen Deutlichkeit, daß wir mit den Forderungen der Bauern voll solidarisch sind. Das werden Sie zur Kenntnis nehmen müssen! (*Neuerlicher Beifall bei der ÖVP. — Anhaltende Zwischenrufe. — Abg. Tirnthal: Das ist ein Mißbrauch der Solidarität!*)

Meine Damen und Herren! „Die Bundesregierung“ — heißt es in der Regierungserklärung — „garantiert die Pensionen und wird dafür sorgen, daß der Lebensstandard der Pensionisten auch weiterhin in Übereinstimmung mit der allgemeinen Entwicklung steigen wird.“

Das haben Sie den älteren Menschen versprochen. Von fünf Jahren haben Sie in vier Jahren kaufkraftmäßig die Pensionen gekürzt. Das ist die Realität, Herr Bundeskanzler!

Es ist eines der wesentlichen Ziele, durch eine andere Wirtschaftspolitik wieder jene wirtschaftliche Leistungskraft zu erreichen, die notwendig ist, um auch den Lebensstandard der älteren Generation, die dieses Land aufgebaut hat, wieder so zu sichern, wie das in der Zeit der ÖVP-Alleinregierung der Fall war; damals wurden jedes Jahr die Renten und Pensionen um 4 Prozent netto angehoben. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weinberger: Die Bauernpensionen sind um 1 000 Prozent gestiegen!*)

Meine Damen und Herren! „Die verstaatlichten Unternehmen stehen vor der Aufgabe, die Grundstofferzeugung weiter zu modernisieren und gleichzeitig in neue Finalproduktionen vorzustoßen. Dabei ist eine längerfristige, zukunftsorientierte Strategie für jeden einzelnen Unternehmensbereich zu entwickeln.“ — Das steht in der Regierungserklärung.

Herr Bundeskanzler! Wir warten seit dem Zeitpunkt Ihrer Regierungserklärung auf diese zukunftsorientierte Strategie.

In den letzten Jahren sind über 29 Milliarden Schilling zur Abdeckung der Verluste hingegeben worden, und wir haben heute um 17 000 Arbeitsplätze weniger. Auch der neue Generaldirektor der VOEST-ALPINE mußte Ihnen vor kurzem in einem Interview sagen: Leider ist schon viel Zeit verlorengegangen.

Herr Bundeskanzler! Dafür tragen Sie als Chef der Bundesregierung und auch als früherer Verstaatlichten-Minister die volle Verantwortung.

Ich sage Ihnen und unterstreiche — weil ich mich vorhin mit unserer Bauernschaft solidarisch erklärt habe —, daß ich mich genauso mit den Arbeitnehmern in der verstaatlichten Industrie solidarisiere, die durch Ihre Politik in Schwierigkeiten gekommen sind. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenrufe bei der SPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Ich komme schon zum Ende der Analyse der Regierungserklärung. Wenn man da weiterliest — es liest sich wie in einem Märchenbuch —, dann heißt es: „Darüber hinaus wird die Bundesregierung dem Zivilschutz verstärktes Augenmerk zuwenden.“

Herr Bundeskanzler! Ich kann mich hier kurz halten. Gestern ist im Haus darüber debattiert worden. Ich möchte nur nochmals ein Faktum hervorheben: Sie haben hier verkündet — und das ist die Art der Präsentation, der trickreichen Präsentation —: Um 52 Prozent sind die finanziellen Aufwendungen für den Zivilschutz im Innenministerium gestiegen. Das heißt von 12 Millionen auf 19 Millionen Schilling! Es wäre fair gewesen, wenn Sie gesagt hätten: 19 Millionen Schilling. Das wäre eine faire Präsentation, Herr Bundeskanzler, die ein demokratisches Parlament erwarten kann. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! 19 Millionen Schilling! Die Schweiz hat im gleichen Jahr 1,2 Milliarden Schilling aufgewendet. Das ist der Vergleich, den wir ziehen. (*Abg. Elmekker: Das ist ja falsch!*)

Sie haben im Jahr 1978 schon die Entschließungsanträge der ÖVP auf überregionale Alarmpläne abgelehnt, wie sie der damalige Gesundheitssprecher Wiesinger verlangt hat. Sie haben im Jahr 1984 unseren Antrag auf einen verstärkten Zivilschutz niedergestimmt. Und gestern, damit man die Tradition beibehält, ist sowohl unser Antrag auf einen verstärkten Zivilschutz als auch der auf eine volle Entschädigung der Bauern und der Gewerbetreibenden niedergestimmt worden.

Meine Damen und Herren! Stellen wir uns vor, was passiert wäre, wenn der Unfall nicht in Tschernobyl passiert wäre, sondern 100 Kilometer von der österreichischen Grenze entfernt. Taten zum Schutz der Bevölkerung, Herr Bundeskanzler, Taten zugunsten der

Dr. Mock

Familie, Taten zur Förderung der Wissenschaft wären besser gewesen als die ständigen Neugründungen von Ministerien, die die sozialistische Regierung durchgeführt hat. (*Beifall bei der ÖVP. — Zwischenruf des Abg. Schuch ehr.*)

Sie haben Ihre eigene Regierungserklärung nicht ernst genommen, waren aber auch nicht bereit, das ist der zweite Bereich, meine Damen und Herren, über unsere Vorschläge ausführlich zu verhandeln.

Seit dem Sommer 1983 gibt es Vorschläge der Volkspartei zur Beseitigung der Jugendarbeitslosigkeit; heute werden wir einen neuen Antrag stellen. Seit November 1984 gibt es einen Vorschlag für eine neue Politik im Bereich der verstaatlichten Industrie. Seit Sommer 1984 machen wir Vorschläge für eine große Steuerreform. Seit 8. Mai 1985 gibt es ein Wohnbaupaket, Herr Präsident Hesoun, hier im Haus zur Bekämpfung der Bauarbeiterarbeitslosigkeit. Seit November 1985 gibt es Vorschläge im Nationalrat für Eigentumsbildung und Privatisierung. Für ein Persönlichkeitswahlrecht haben wir im Mai 1984 einen Vorschlag gemacht. Und im Juni 1985 haben wir eine Initiative zur Objektivierung der Personalpolitik im Bundesdienst ergriffen.

Ohne jede Überheblichkeit: Es gibt in der Geschichte des Hohen Hauses keine Opposition, meine Damen und Herren, die so viele konkrete Vorschläge für eine andere Politik gemacht hat. Sie haben das alles in den Wind geschlagen! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Es könnte noch meine geringste Sorge sein, daß die Bevölkerung heute sieht, daß es keine Problemlösungskapazität bei der Bundesregierung gibt. Demokratiepolitisch ist es aber gefährlich, wenn viele heute glauben, unser demokratisches System sei nicht mehr in der Lage, die Probleme unserer Bürger zu lösen.

Sie selbst haben am vergangenen Montag bei einer sozialistischen Veranstaltung in Wien gesagt, daß sich die Menschen mit ihrem Wählervotum gegen die SPÖ und die Bundesregierung ausgesprochen hätten. Sie sprechen von einem offensichtlichen Protest gegen manches Fehlverhalten von Sozialisten in führenden Positionen. Sie sprechen davon, daß so manche Maßnahme der Bundesregierung betroffen gemacht hat: gegen Übermut und Bürgerferne. Sie verwenden die Worte: nachlässig, müde, zuwenig initiativ und zuwenig attraktiv.

Herr Bundeskanzler! Als die Opposition so etwas gesagt hat, haben Sie das als Schwarzmalerei und Miesmacherei abqualifiziert. Jetzt sagen Sie das Ihren eigenen Funktionären. Ich wäre froh — Sie müssen sich das selbst mit Ihren Funktionären ausmachen —, wenn das tatsächlich zu einem Neubeginn führen würde. Sie hätten jedenfalls dem Lande und sich selbst viel erspart, wenn Sie sich über meine jahrelange Forderung nach einem politischen Kurswechsel nicht lustig gemacht, sondern zumindest darüber verhandelt hätten; es wäre ein anderer Weg gewesen, den wir eingeschlagen hätten. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wie ernst es dem sozialistischen Regierungschef mit dem Umdenken ist, haben wir möglichst rasch auszuloten versucht. Wir haben Ihnen zum Beispiel im Bereich der Stärkung der Demokratie, der Bürgernähe Vorschläge gemacht, wir haben gestern vorgeschlagen, daß man zumindest eine Frist setzt, in der man über unsere Gesetzesvorschläge für mehr Bürgernähe verhandelt.

Bürgernähe heißt nämlich, Herr Bundeskanzler, daß die Menschen nicht nur die Partei, sondern auch den Abgeordneten durch ein Persönlichkeitswahlrecht mitwählen können. Bürgernähe heißt, daß die Menschen die Sicherheit haben, wenn ein Volksbegehren mehr als 500 000 Unterschriften erhält und es hier abgelehnt wird, daß es in einer endgültigen Volksabstimmung ernst genommen wird. Bürgernähe heißt weiters, daß 150 000 bis 200 000 ältere Mitmenschen, die wegen Gebrechlichkeit oder aus anderen Gründen am Wahltag nicht zur Wahlurne gehen können, durch das Briefwahlrecht politisch mitbestimmen können.

Wir haben gar nicht verlangt, daß Sie jeden Vorschlag mit Punkt und Bestrich akzeptieren, nur daß Sie darüber verhandeln. Was haben Sie gemacht? Sie haben uns niedergestimmt, auch bei einer Fristsetzung. Sie dürfen sich daher nicht wundern, wenn wir Ihre Vorschläge und Ankündigungen auf Umdenken und Bürgernähe nicht sehr ernst nehmen. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es wird auch zuwenig sein, Herr Bundeskanzler, wenn Ihre maßgeblichen Mitarbeiter im Zentralsekretariat ankündigen: Die Menschen wollen mehr mitzureden haben, weshalb wir im Herbst die Perspektivendiskussion verstärken werden. Das ist zuwenig! Der Bürger soll das Recht auf mehr Mitsprache bei der politischen Meinungsbildung bekommen.

12412

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Mock

men, deshalb werden wir für eine verstärkte politische Mitsprache durch ein Persönlichkeitswahlrecht, durch die Stärkung der direkten Demokratie und für ein Briefwahlrecht eintreten. (Beifall bei der ÖVP. — Ruf bei der SPÖ: Verfassungswidrig!)

Sie haben, Herr Bundeskanzler, ich fasse zusammen, die maßgeblichen Zielsetzungen Ihrer Regierungserklärung nicht erreicht. Sie haben kontinuierlich — mit ganz wenigen Ausnahmen — die Initiativen der Österreichischen Volkspartei niedergestimmt und Sie haben uns auch die Diskussion im Parlament in Grundsatzfragen verweigert.

Ich möchte da ganz kurz auf das Thema eingehen, das ich wiederholt hier angeschnitten habe. Sie, Herr Bundeskanzler, waren immer ein Mann des „Nichts-ohne-die-Partei“, Sie haben der Partei immer Vorrang gegeben. Ich gehe heute nicht auf die Problematik ein, sondern auf die Tatsache, daß Sie sich kein einziges Mal in dieser oder jener Grundsatzfrage einem Dialog im Parlament gestellt haben. Und ich vertrete weiterhin die Auffassung: Das Parlament ist da, Gesetze zu beschließen, sich mit schwierigen Berichten auseinanderzusetzen, aber auch Grundsatzpositionen der Parteien in einem Dialog auszuloten. Das haben Sie demokratiepolitisch immer der Opposition verweigert.

Sie haben auch nie Stellung genommen zu dem wachsenden Einfluß des Staates, das ist eine andere grundsatzpolitische Frage.

Herr Klubobmann Wille, Sie haben am 17. September 1984 hier festgestellt: In den letzten zehn Jahren ist das Budget um 50 Prozent stärker gewachsen als die reale Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft. „Und das heißt natürlich: Der Staatseinfluß nimmt Jahr für Jahr zu.“

Aber was haben Sie getan? Sie haben die Privatisierungs- und Eigentumsvorschläge abgelehnt. Sie haben gesagt, es braucht keine Eigenleistung der verstaatlichten Großbanken, wenn sie in Sanierungsschwierigkeiten sind.

Ihr Klubobmann hat gesagt, man muß über die Steuerreform vernünftig reden, aber die Regierung werde zweifelsfrei das Tempo bestimmen. Sie stehen aber seit drei Jahren auf der Bremse, das heißt bei Ihnen das Tempo bestimmen, und jedes Jahr erhöht sich die Steuer durch die kalte Progression allein für die Arbeitnehmer um 10 Milliarden Schilling.

Das ist das Ergebnis Ihrer Politik, und deswegen bin ich sehr skeptisch — um es vorsichtig auszudrücken —, daß sich daran sehr viel ändern wird.

Ein drittes demokratiepolitisches Problem, zu dem Sie sich nie der Aussprache gestellt haben. Wo bleibt die Bürgernähe, von der Sie reden, Herr Bundeskanzler, in Form verständlicher und verlässlicher Gesetze? Was haben Sie bei der „Sparbuchsteuer“ für einen Slalom hingelegt? Herr Dr. Kreisky hat die „Sparbuchsteuer“ zuerst als Sparbuchsteuer angekündigt, dann wurde es die Quellensteuer, danach die Anonymitätsgebühr, dann die Zinsverzugssteuer, dann haben Sie sie eingeführt, Milliarden sind ins Ausland abgeflossen, dann haben Sie sie reduziert und jetzt müssen Sie sie, da sie unsozial und undurchführbar ist, abschaffen.

Beim Weingesetz ist es das gleiche. Innerhalb einer Stunde haben Sie zu einem Gesetz mit 71 Paragraphen 41 Anträge im Ausschuß eingebracht, um das Gesetz abzuändern. Natürlich ist es unverständlich und undurchführbar. Bei der Rechtsanwaltsprüfungsordnung wurde ein 30-Paragraphen-Gesetz durch 72 Punkte korrigiert.

Der Bürger, Herr Bundeskanzler, und die Opposition haben die Verpflichtung, Gesetze, die auch nur von der Mehrheit beschlossen worden sind, zu respektieren. Aber der Gesetzgeber, die sozialistische Mehrheit, wenn sie solche Gesetze beschließt, hat auch die Verpflichtung, Gesetze zu beschließen, die der Bürger versteht und durchführen kann. Das ist unser Grundsatz. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Nichts ohne Partei, immer mehr Staat und Bürgerferne — Sie haben das ja selbst zugegeben — oder mehr persönliche Freiheit, mehr private Verantwortung, mehr Bürgernähe, das ist die grundsätzliche Alternative, die Alternative zwischen der sozialistischen Regierungsmehrheit und der Österreichischen Volkspartei. (Beifall bei der ÖVP.)

Herr Bundespräsident! — Herr Bundeskanzler! Diese Alternative stellt sich heute noch aktueller... (Ruf bei der SPÖ: Freudische Fehlleistung!) Ja; bitte. Er ist mit Recht nicht angetreten, weil er weiß, daß er sicherlich keine Chance hätte durchzukommen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Schranz: Warum sind denn Sie nicht angetreten?) Weil es einen besseren Kandidaten gibt, Herr Abgeordneter Schranz. (Neuerlicher Beifall

Wille

bei der ÖVP. — *Abg. Dr. Schranz: Noch besser als Sie?*) Jawohl, es gibt einen besseren.

Herr Bundeskanzler! Ich möchte Ihnen bei allem gebotenen Respekt vor Ihrem Amt folgendes sagen: Mit Ihrem Vorgänger Dr. Kreisky konnte ich in einigen lebenswichtigen Fragen unseres Landes gelegentlich noch Vereinbarungen treffen; Vereinbarungen, die in einem hohen Ausmaß gehalten haben, wenn sie auch, ich gebe zu, nicht immer die erhofften Erfolge gebracht haben. Ihre Konsensangebote, Herr Bundeskanzler, blieben immer ohne Konsequenz. Ich möchte daher nach drei Jahren Ihrer Regierungszeit sehr deutlich feststellen: Für Sie war das Thema der Zusammenarbeit stets nur taktisches Kleingeld für Parteitagsreden und für strategische Pläne! Das muß ich Ihnen mit aller Deutlichkeit sagen. Das hat sich auch gezeigt in der Frage Zwentendorf, wo Sie uns unter Druck setzen wollten, ohne Erörterung der Sicherheitsfragen dem Aufsprerren zuzustimmen. (*Ruf bei der SPÖ: Das ist eine Verdrehung der Tatsachen!*) Und heute müssen Sie froh sein, daß wir das nicht getan haben. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren! Wir werden Sie auch in der verbleibenden Zeit der Legislaturperiode an den Maßstäben messen, die Sie sich selbst in Ihrer Regierungserklärung gesetzt haben. (*Zwischenruf des Abg. Probst.*) Wir werden Ihre Erklärung von einem Neubeginn auch an der Bereitschaft messen, über die alternativen Vorschläge der Opposition zu verhandeln. Der Beginn gestern war eher enttäuschend. Nur dadurch, Herr Bundeskanzler, kann verhindert werden, daß auch das vierte Amtsjahr Ihrer Regierungszeit zu einem verlorenen Jahr für Österreich und seine Bürger wird. (*Lebhafter Beifall bei der ÖVP.*) ^{10.42}

Präsident: Zum Wort kommt Herr Abgeordneter Wille.

^{10.42}

Abgeordneter Wille (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Herr Kollege Mock! Wir können, glaube ich, unterstellen, daß Sie ebenso für sich beanspruchen, ein redlicher Politiker zu sein, wie ich es für mich beanspruche, ein redlicher Politiker zu sein. Wir können auch unterstellen, daß der Sachverstand von uns beiden in etwa der gleiche ist, aber wir können nicht behaupten, wir reden gut miteinander. Das ist das Problem der Politik und auch der Glaubwürdigkeit der Politik.

Es müßten doch Menschen, die sich persönlich im Grunde genommen so nahestehen wie wir zwei, die in etwa dieselben Einsichten vertreten mögen wie wir zwei, zu ähnlichen Ergebnissen kommen. Wenn das nicht der Fall ist, dann happert es irgendwo mit der Glaubwürdigkeit. Und da möchte ich Ihnen wieder in aller Offenheit sagen: Die Glaubwürdigkeit ist etwas, was ich mit einem Ernst vertrete, wobei mir kaum jemand ein Vorbild sein muß.

Ich werde meiner eigenen Partei gegenüber Dinge sagen, die notwendig sind, aber ich werde auch Ihnen gewisse Dinge einfach nicht ersparen können. Ich halte absolut nichts davon — auch nicht mit dem Hinweis, es gehöre sich so in einer Demokratie, daß wir alle so miteinander verfahren, in England oder in Deutschland verfahren die Parteien in gleicher Weise —, daß einer auf den anderen eindrischt, auch wenn er nicht weiß, warum. Ich halte nichts davon! Ihren neuerlichen Hinweis, dem Bundeskanzler sei die Partei wichtiger als der Staat, möchte ich heute ganz bewußt umdrehen und sagen: Ihnen ist der Erfolg wichtiger als die sachliche Auseinandersetzung! — (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Bergmann: Das ist ein Sinowatz-Zitat!*)

Ich werde auf eine Reihe von Vorwürfen eingehen, die Sie vorgebracht haben, und ich stehe auch nicht an, dort etwas zu sagen, wo wir Probleme haben. Unter anderem wäre es mir sehr recht gewesen, wenn die Budgetkonsolidierung in einer viel stürmischeren Weise vor sich gegangen wäre. Aber da sind oft schon Wirtschaftsforscher die ersten, die sagen: Immer langsam ins kalte Wasser.

Aber der ökonomische Aspekt ist nur ein Teil. Der andere Aspekt ist doch, daß die politischen Parteien alle miteinander vom Staat zuviel verlangen — Ihre Partei doch zumindest in der gleichen Weise wie die linke Seite. Sie werden doch nicht dem Österreicher plausibel machen können, daß die ÖVP bescheiden ist mit ihren Forderungen gegenüber dem Staat. Davon kann bei Gott nicht die Rede sein! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Sehr deutlich wird das, was das heißt, beim Sparen. Ich bin auch dafür, daß der Finanzminister mehr spart. Aber wenn wir uns dann einigen müssen, wo, wird die Sache schon schwieriger. Wie problematisch es ist, mit wenig Geld auszukommen — ich kann Ihnen nicht ersparen, darauf hinzuweisen —, zeigt sich immer ganz deutlich, wenn die Frage auftaucht: Haben die Klubs zuviel Geld? Und:

12414

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Wille

Haben die Parteien zuviel Geld? Da kommt man plötzlich darauf: Der Finanzminister hat zuwenig Geld, aber bei den Klubs und bei den Parteien ist es dasselbe. Diese verlangen ebenso alle Jahre mehr, fallweise sogar mehr, als die allgemeinen Staatsausgaben steigen. Ja ist das dann eine überzeugende Auseinandersetzung zwischen uns?

Ich werde der Wahrheit nicht aus dem Weg gehen, weil ich glaube, daß man Probleme nur lösen kann, wenn man sie sieht und wenn man sich zu ihnen bekennt. Ich bin auch gesprächsbereit gegenüber Ihnen, den Bauern oder wer immer Forderungen stellt (Abg. Dr. Mock: Sie schon!), aber ich muß Ihnen auch folgendes sagen: Wir werden auf die Dauer nicht zulassen, daß Bauern oder irgendwelche anderen Gruppen Straßen oder sonstiges gewaltsam blockieren und die Arbeiter genötigt sind, 10 und 20 Jahre nur zuzuschauen, wie die anderen streiten und den Staat vergewaltigen. Das geht eben auch nicht! (Lebhafter Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Jetzt einige Hinweise darauf, was wir geleistet haben. Die letzten drei Jahre waren keine verlorenen Jahre. Vielleicht waren es, wenn ich das demütig sagen will, eine Art Lehrjahre. Auch für uns. Man lernt immer weiter. Es gibt natürlich schon den arroganten Hinweis: Aha, lernen müssen sie noch etwas! — Wir werden immer lernen!

Ich möchte Ihnen nur sagen: Der Schweizer Bundespräsident hat zum Ausdruck gebracht, nachdem der Kraftwerksunfall in Tschernobyl passiert war: Tschernobyl ist ein Lehrplatz für uns, und die Schweizer sind darangegangen, die Alarmpläne und die Sicherheitsvorschriften neu zu überdenken. Und während man uns überall im Ausland bestätigt, daß Österreich rasch und streng reagiert hat, tun Sie so, als hätten wir mit Ihnen einmal darüber geredet, daß wir Zwentendorf in Betrieb nehmen sollen, obwohl die Sicherheitsmaßnahmen nicht gegeben sind. Sie behaupten, die Sicherheit von Zwentendorf war nicht gegeben, aber wir hätten von der ÖVP verlangt: Sperren wir auf!

Herr Kollege Mock! Was soll das? Was soll das, frage ich Sie. Sie wissen ganz genau, daß die große Mehrheit in Ihrer Partei genauso wie die große Mehrheit in unserer Partei sowie die ganze westliche Welt für die friedliche Nutzung der Kernenergie waren, und Sie wissen ganz genau, daß stimmt, was gestern Klubobmann Frischenschlager gesagt hat: Sie waren gegen Zwentendorf, weil es eine kleine Koalition gegeben hat, aber doch nicht, weil

die Sicherheitsmaßnahmen nicht ausreichend waren! (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Graf, an Präsident Benya gerichtet. — Abg. Brandstätter: So schaut Ihre Wahrheit aus! — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.) Wir machen nichts schöner. Wir bekennen uns zu dem, was wir beantragt haben, und zu dem, was wir vorhatten. (Abg. Graf: Aber wegen der kleinen Koalition! Wir waren gegen diese Koalition! Das sind wir noch, aber das hat mit unserer Atomeinstellung überhaupt nichts zu tun!) Hätten wir die große Koalition seit drei Jahren, wäre Zwentendorf vermutlich in Betrieb. (Abg. Probst, zu Abg. Graf: Wenn es nach Ihnen gegangen wäre, wäre Zwentendorf in Betrieb! — Abg. Graf: Möglicherweise schon!)

Nun aber einige Hinweise zur Arbeit. Ich werde dann noch einiges zu den Problemen sagen, die wir hatten. Wir haben in der Pensionsreform einen wesentlichen Schritt gemacht, weil eben eine Pensionsreform notwendig war. Man verheimlicht immer wieder ganz bewußt, daß die Pensionsreform auch ein permanentes Problem der nächsten Jahre sein wird, eben weil wir Menschen einfach von Jahr zu Jahr älter werden. In zehn Jahren steigt die Lebenserwartung um zirka zwei Jahre, aber Pensionsreform gibt es keine. Da gibt es immer nur ein ausgeglichenes Budget.

Wir haben das Gleichbehandlungsgesetz beschlossen, wir haben die Wohnbauförderungsgesetze beschlossen, wir haben das Sozialgerichtsbarkeitsgesetz beschlossen, wir haben das Suchtgifgesetz novelliert. Wir haben in der Umweltpolitik eine ganze Serie von Initiativen gesetzt, wir haben mit dem Maßnahmenpaket natürlich Wirtschaftsförderung in hohem Maße betrieben. Die Eigenmittelzuwächse, die gegenwärtig in den Unternehmungen erfolgen, erfolgen ja auch, weil wir den rechtlichen Rahmen dazu gegeben haben. Und die wirtschaftliche Entwicklung, die zweifellos abhängig ist und eingebunden ist in die Wirtschaftsentwicklung in Europa, ist in Österreich beispielhaft. Wir werden ein dreiprozentiges reales Wachstum bei einer zweiprozentigen Inflation erzielen. Wir werden eine Arbeitslosenrate haben, die in jedem Fall unter der Hälfte der europäischen Arbeitslosenrate liegt. Und das sollte man sehen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Wir geben gegenwärtig für die Umweltpolitik insgesamt zirka 17 Milliarden Schilling aus. Dieser Betrag ist aber immer noch zuwenig. Wenn wir uns allerdings einig werden müssen, woher wir die anderen Milliarden

Wille

nehmen, dann beginnen die großen Probleme. Keiner will, daß die VOEST-ALPINE stinkt, keiner will, daß irgendein industrielles Unternehmen der Umwelt Probleme verursacht, aber derartige Maßnahmen müssen finanziert werden, und wenn man etwas finanzieren muß, so muß man wissen, woher man das Geld nimmt.

Ich möchte aber nicht sagen, daß wir einfach zufrieden sein könnten mit unserer Arbeit oder mit den Zuständen, die wir haben. Immer wieder komme ich zurück auf die Berufsethik von Professor Popper. Er sagt: „Selbstkritik ist die wichtigste Kritik.“ Ich gebe gerne zu, daß wir unter anderem beim Weingesetz vielleicht zu schnell einen Schritt nach vorne gemacht haben. Ich gebe auch zu, daß wir nicht alle Probleme der Landesverteidigung den Menschen so verständlich machen konnten, wie wir es gerne getan hätten. Ich gebe gerne zu, daß das Problem Kernkraftwerk auch von uns, selbst wenn wir bei der Einschätzung sehr vorsichtig waren, nicht in dem Umfang gewürdigt worden ist, wie es nun notwendig ist. Ich möchte auch sagen: Jeder Arbeitslose, den wir haben, ist zuviel.

Lassen Sie mich zu den einzelnen Problemen etwas sagen. Wir haben 1984 einvernehmlich die Marktordnung um vier Jahre verlängert — einvernehmlich! Und dann haben wir die Marktordnung bei jeder Gelegenheit, möchte ich schon sagen, geändert. Wir haben die Marktordnung zweimal noveliert, wir haben jetzt erst wieder zwei Novellen beschlossen, wir stehen vor einer neuerlichen Novelle, wir haben das Weingesetz verändert. Uns zu sagen, wir hätten kein Verständnis für die Bauern, ist einfach eine Maßlosigkeit, die auf der rechten Seite vorherrscht.

Ich möchte Ihnen zum Weingesetz jetzt noch einmal etwas sagen. Wenn Sie alle Tage behaupten, wir hätten zuviel Staat, wenn Sie alle Tage sagen, mehr privat wäre besser als mehr Staat, dann hätte es mir sehr gut gefallen, wenn Sie gesagt hätten: Neues Weingesetz — wozu? Wir brauchen überhaupt kein Weingesetz. Sie könnten ja in Ihren großen Genossenschaften die Probleme selbst lösen. Wie kommen denn wir dazu? (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Brandstätter: Es hätte das alte Gesetz vollzogen werden sollen, dann hätten diese Dinge nicht passieren können! — Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Hätten Sie das alte Gesetz vollzogen!)

Wie kommen wir dazu, daß der Staat zuschaut, wie Kunstwein erzeugt wird, wie

Wein gepanscht wird? Wenn dann ein Gesetz beschlossen wird, das die Qualität des Weines und die Wettbewerbsfähigkeit sichert, ist wieder der Staat schuld, weil es nicht genügend bequem ist. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Aber, Kollege Brandstätter, ich möchte Ihnen sagen: Ich lade Sie dazu ein. Praktizieren Sie in der Landwirtschaft, die uns eine Menge Geld kostet, endlich weniger Staat und mehr privat. (Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.) Da meine ich bei Gott nicht nur das, was das Geld betrifft, sondern auch das, was die Qualität betrifft. Nie hätte es passieren dürfen, was bei uns im vergangenen Jahr passiert ist, wenn die Genossenschaften in Ordnung gewesen wären. (Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Was soll denn das heißen?)

Und ich sage Ihnen noch etwas: Wenn alle unsere Unternehmen kommen und vom Staat diese Regelungen erwarten würden, dann wäre der Staat im höchsten Maße überfordert. (Abg. Brandstätter: Sagen Sie, was Sie damit zum Ausdruck bringen wollen!) Wenn Sie es allein besser können, dann entlassen Sie uns doch aus der Verpflichtung, hier Ordnung zu schaffen, und versuchen Sie, in den eigenen Reihen, in den eigenen Betrieben Ordnung zu schaffen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Sagen Sie ja nicht, daß der Bauernkrieg nicht von Ihnen geschürt wird. Beispielsweise der Bauernbunddirektor Fahrnberger sagt, der Bauernkrieg sei in voller Wucht aufgeflammt, viel haben wir schon erreicht, aber die Banderole soll fallen. — Warum soll die Banderole auch noch fallen? Sie wird bleiben, glauben Sie mir das! Warum soll die Banderole noch fallen? (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Brandstätter: Weil sie eine unnötige Belastung für den einzelnen ist!)

Was ich also meine: Sie sollten uns nicht erklären, wir sollen die Aktien der CA verkaufen, weil wir zuviel Staat haben, aber wir sollen in der Landwirtschaft alle Tage mehr Vorschriften — solche, die Ihnen gefallen — verwirklichen. Das werden wir einfach nicht tun! (Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Kein Wunder, daß die Bauern revoltieren; bei solchen Ansichten!)

Wenn Sie mehr Eigenvorsorge wollen, wie das auch heute hier schon wieder angekündigt wurde — mehr Eigenvorsorge! —, warum fangen Sie damit nicht in dem Bereich an, in dem wir Sie nicht stören wollen: mehr Eigenvorsorge bei den Selbständigen, mehr Eigenvorsorge bei den Bauern, mehr Eigenvorsorge

12416

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Wille

bei den Beamten? Da redet man gar nicht davon! Immer wird so generell mehr Eigenvorsorge verlangt, dann verkaufen wir ein paar Aktien der CA, und ein Problem ist wieder gelöst. Darüber können wir ernstlich reden. Ich halte von der Eigenvorsorge nichts. Ich halte etwas vom Pensionsrecht der Beamten. Und ich glaube, daß niemand so gute Pensionsregelungen über Generationen hinweg zu garantieren vermag wie der Staat. Die Eigenvorsorge ist ein Mist, selbst wenn sie vom besten Generaldirektor alle Tage propagiert wird. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Jetzt möchte ich auch nur ein Wort zu den Draken sagen, denn diesbezüglich haben wir es mit zwei Volksbegehren zu tun. Ein Volksbegehr verlangt, sie sollen überhaupt verschwinden, und das andere Volksbegehr sagt, so wie Sie sagen, Kollege Mock: Das bestmögliche Material ist gerade gut genug. Mir fehlen aber die Bedeckungsvorschläge. Mir wären statt Draken beispielsweise die neu entwickelten Greifvögel der Schweden oder das modernste amerikanische Flugzeug lieber. Dann zahlen wir aber statt 2 1/2 Milliarden Schilling 10 oder 12 Milliarden Schilling.

Wir können darüber reden, aber ich hätte gerne, wenn einer sagt, er sei für das beste Material und für die besten Geräte, daß er auch dazu sagt, dies koste 12 Milliarden. Und wo haben wir die? Woher nehmen wir die? Glauben Sie nicht, irgendeinem von uns — Klubobmann Frischenschlager oder dem Verteidigungsminister — ist das modernste Gerät nicht auch am liebsten? Uns allen wäre es am liebsten. (Präsident Dr. Marga Hubinek übernimmt den Vorsitz.)

Beim Draken kommt noch dazu, daß uns alle unsere Fachleute bestätigt haben, daß der Draken unseren Bedürfnissen für einige Jahre in hervorragender Weise entspricht, daß es sich um ein sicheres Flugzeug handelt.

Dann geht es im Volksbegehr darum, daß der Schadstoffausstoß dem Stand der Technik entsprechen soll. Das haben wir selber auch gut geheißen, unter anderem auch bei den Kraftwerken. Aber als wir dann gefragt haben, was das denn ganz genau heißt, haben wir erkennen müssen, daß wir da in größte Schwierigkeiten kommen, weil die Technik in Fluß ist, wie alles in Fluß ist; alle Tage gibt es einen neuen Stand der Technik. Das heißt, wir können kein Kraftwerk betreiben, das drei Jahre alt ist, wir können kein Flugzeug und kein Auto betreiben, das drei Jahre alt ist.

Deswegen meine ich: Wir werden bei den Draken bleiben, aber wir werden gerne mit jedem reden, der objektive Vorschläge macht. Und wenn die Steiermark absolut nichts damit zu tun haben will, so bin ich dafür, in Ruhe zu überlegen, wo es einen anderen geeigneten Stationierungsstandort geben kann. Man soll niemandem etwas mit Gewalt aufzwingen. Ich bin davon überzeugt: Wir werden einen Standort finden, mit dem die Menschen in der Umgebung einverstanden sein werden.

Einerseits feiert man alle Tage, wie sich die Zivilluftfahrt ausweitet, die Zahl der Starts, der Landungen und der Passagiere nimmt ständig zu, aber wehe, wenn ein Pilot aufsteigt, um die allseits unbestrittene Landesverteidigung zu demonstrieren — dann ist das plötzlich unerträglich geworden! Das ist nicht glaubwürdig für mich.

Ein Wort auch zur Jugendarbeitslosigkeit, Herr Kollege Mock! Ihre Partei pflegt das Thema Jugendarbeitslosigkeit. Jeder Arbeitslose ist zuviel! Aber warum soll einer mit 24 Jahren ärger getroffen sein, wenn er arbeitslos wird, als einer mit 30 oder 35 Jahren? Warum soll einer, der 25 Jahre alt ist und unter die Jugendarbeitslosigkeit fällt, ärger getroffen sein als ein 45- oder 50jähriger? Wie kurzsichtig da auch Kollegen Ihrer Fraktion sind! (Zwischenruf des Abg. Dr. Licha l.) Ja, ja, lieber Robert, ich rede von deiner Fraktion.

Bis vor wenigen Jahren haben wir nur über den Schutz der „alten“ Arbeitskräfte geredet, und da wurde gefragt: Ja, wer ist denn eigentlich alt? Alt ist man, hat es geheißen, wenn man über 45 ist; diese Menschen müssen sehr geschützt werden. Jetzt heißt es: Jetzt schützen wir die Jungen bis 25. Und die zwischen 25 und 45 Jahren, die arbeiten, die eine Familie haben, zwei Kinder etwa, die eine Wohnung gekauft haben, was ist denn mit denen? Wer schützt denn die? Ich bin der Meinung, diese bedürfen doch desselben Schutzes. Daß die Jugendarbeitslosigkeit heute in so hohem Maße propagandistisch verkauft wird, ist billige politische Demagogie. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Aber da sagen Sie, Kollege Mock, bei der Jugendarbeitslosigkeit gebe es kein finanzielles Limit. Warum nur bei der Jugendarbeitslosigkeit? Was werden wir einem Arbeiter sagen bei der Reorganisation der VOEST-ALPINE, der schon 35 Jahre alt ist? Werden wir sagen: Bei dir beginnen wir mit dem finanziellen Limit, du bist ja schon 35 Jahre,

Wille

zehn Jahre zu alt, um wirklich geschützt zu werden vom Staat?

Meine feste Überzeugung ist: Wir können die Arbeitsplätze im einzelnen nicht sichern und nicht garantieren; keiner von uns ist der steirische Landeshauptmann. Aber was wir mit eiserner Disziplin dem Staat und den Menschen sagen werden müssen, ist, daß wir Arbeitslosigkeit, die das europäische Niveau erreicht, einfach nicht zulassen werden. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Das geht aber nicht, indem ich sage: Nichts geschieht, nichts verändern wir, alles bleibt beim alten! Reorganisationen können gar nicht schnell genug erfolgen. Aber wenn das, was überall in Europa herumgeistert bei den Konservativen: Arbeit schaffen und nicht Arbeit verteilen — das wollen wir auch, wir wollen auch Arbeit schaffen und nicht nur einfach verteilen —, nicht funktioniert und es trotzdem 10 oder 12 Prozent Arbeitslose in Europa gibt, was tun wir dann? Tun wir dann nichts, so wie die Europäer?

Da bin ich eben der Meinung: Kommen wir zu dem simplen Modell zurück, die Arbeitszeit zu verkürzen. Darüber wird immer gelacht. Vor hundert Jahren haben die Menschen 3 800 Stunden im Jahr arbeiten müssen — jetzt arbeiten wir 1 800 Stunden. Wer von Ihnen Gewerkschafter oder Unternehmer ist, wird folgendes wissen: Die Argumente gegen die Arbeitszeitverkürzung, die heute vorgebracht werden, sind wortidentisch mit jenen Argumenten, die bei der Abschaffung der Kinderarbeit verwendet wurden. Wortidentisch! Unwilligkeit ist das! Unaufgeschlossenheit ist das! Phantasielosigkeit ist es, wenn man glaubt: Jetzt arbeiten wir 1 800 Stunden, und dabei bleiben wir, jetzt röhrt sich nichts mehr! Alles ist in Fluss — natürlich auch die Sozialpolitik und die Arbeitszeit! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich möchte nur wenige Worte sagen zu dem, was wir „politische Kultur“ nennen. Der Chefdesigner von Porsche sagt bei jeder Gelegenheit: Wer nicht kooperiert, benimmt sich schlecht. Ich möchte mich nicht „schlecht benehmen“ und aus diesem Grunde immer wieder mit Ihnen kooperieren. Das heißt aber nicht, kooperieren für die Parteien, das heißt eben, kooperieren für den Staat.

Ich glaube, wir könnten mit Engelszungen reden, Sie würden trotzdem immer behaupten: Was wir tun, nämlich die linke Seite, geschieht für die Partei, denn wir sind eine kollektivistische Partei. Die christliche Partei,

die sitzt auf der rechten Seite, die tut alles für den Staat und nichts für die Partei. (Abg. Dr. Lichal: Für die Menschen und nicht für den Apparat! Das ist der Unterschied! — Zwischenrufe bei der SPÖ.) Ich bitte, das dem Kollegen Lichal nicht übelzunehmen, er ist ein guter Gewerkschaftskollege und macht ab und zu einen Scherz. (Beifall und Heiterkeit bei der SPÖ.) Das ist also sicher kein ernster Einwand gewesen. Was ich meine: Wir sollten miteinander kooperieren, und dabei wird vieles leichter, wenn wir uns immer wieder darauf besinnen, daß Kritik spezifisch sein muß. Alles, was da an Vorwürfen und Forderungen herumgeistert: Wir sind gegen die Jugendarbeitslosigkeit!, Wir sind für die Sicherheit!, das sind in der Regel Phrasen. Wenn man das konkretisiert, wenn man das ausarbeitet, muß man sehen: Kann man zusammenkommen oder kann man das nicht?

Ich möchte, weil ich schon sehr lange geredet habe, nicht noch auf die Probleme der verstaatlichten Industrie und auch nicht mehr auf die Kernenergie eingehen. Bei der Kernenergie ist dieses fürchterliche Problem entstanden, daß immer behauptet wurde, den Super-GAU gebe es nicht, der GAU komme alle 20 Jahre; so, als würde er dann nicht heute geschehen können. Ich weiß nicht, wie es weitergehen wird. Wir werden jedenfalls eine Korrektur vornehmen.

Wir korrigieren unsere Haltung, und wir tun das im Einvernehmen, glaube ich, mit den Menschen, obwohl wir nicht wissen, ob die Europäer zu einer Korrektur dieser technischen Zwänge befähigt sind oder nicht. Wir werden uns auch bemühen, mit unseren Nachbarn auch stärker ins Gespräch zu kommen, als das bisher der Fall war.

Zum Schluß kommend möchte ich sagen: Wir haben jetzt drei Jahre der Regierungszeit hinter uns. Die Regierungsumbildung erfolgt, weil es einen sehr natürlichen Vorgang gegeben hat: Klubobmann Peter ist ausgeschieden. Wir, im besonderen auch ich, haben mit Klubobmann Fritz Peter drei Jahre lang offen und aufrichtig zusammengearbeitet. Wir haben nie Ausreden und Ausflüchte gebraucht. Wir sind uns als wirkliche Kollegen begegnet, und dafür danke ich ihm heute! (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Meinem jetzigen Kollegen Dr. Frischenschlager wünsche ich Erfolg, ebenso wie ich Erfolg wünsche bei der weiteren Arbeit dem neuen Herrn Bundesminister Dr. Krünes. (Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

12418

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Wille

Die Bundesregierung möchte ich aber bitten, sich nicht nur auf die Probleme zu konzentrieren, die der Alltag an sie heranträgt, und zwar auch das Parlament, sondern sich auch immer wieder zu vergegenwärtigen, was sie geleistet hat. Die Bundesregierung hat in den letzten drei Jahren harte Arbeit geleistet, und im besonderen stand der Bundeskanzler in diesen drei schwierigen Jahren wirklich immer im Einsatz, an der Front sozusagen, und auch uns zur Verfügung. Ich glaube, wir sollten der Bundesregierung für die glaubwürdige und erfolgreiche Arbeit — trotz aller Schwierigkeiten — danken und der Bundesregierung versichern, daß wir bei der Lösung der Probleme immer auf ihrer Seite stehen werden. (*Lebhafter und langanhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 11.12

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu einer tatsächlichen Berichtigung hat sich Herr Abgeordneter Brandstätter zu Wort gemeldet.

Ich verweise darauf, daß eine tatsächliche Berichtigung die Dauer von fünf Minuten nicht überschreiten darf.

Ich erteile dem Herrn Abgeordneten Brandstätter das Wort zur tatsächlichen Berichtigung.

11.13

Abgeordneter Brandstätter (ÖVP): Sehr geehrte Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Klubobmann Wille, Sie haben im Zusammenhang mit den Vorfällen um die Weinwirtschaft hier behauptet, es hätten diese Vorfälle nicht passieren können, wenn die Genossenschaften ordentlich gewirtschaftet hätten.

Herr Klubobmann Wille! Ich weise diese unwahre Behauptung auf das schärfste zurück! Es waren doch gerade die Genossenschaften ... (*Rufe bei der SPÖ: Wo ist die Berichtigung? Unerhört! Frau Präsident, greifen Sie ein!*) Ich berichtige, daß es unwahr ist, wenn hier behauptet wird, die Genossenschaften seien schuld am Weinskandal. Das ist meine Berichtigung, zu der ich stehe. (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Sie sind ja blind! Sie sagen die Unwahrheit! Leben Sie auf dem Mond? — Weitere Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.*)

Es ist eine unwahre Behauptung, daß die Genossenschaften schuld wären, daß die Weinaffäre passiert ist. Es war keine Genossenschaft, zumindest keine landwirtschaftliche, zumindest keine bürgerliche, in den Weinskandal involviert. Es war eine Konsum-

genossenschaft, die gepanschten Wein gekauft hat, aber es war keine einzige bürgerliche Genossenschaft in den Weinskandal involviert. (*Abg. Marsch: Sie bringen die Leute in Verruf! — Anhaltende Zwischenrufe.*)

Es zeigt sich hier Ihre bauernfeindliche Haltung, die gerade beim Weingesetz ganz besonders deutlich wurde und die jetzt wieder, sogar vom Herrn Klubobmann, hier vorerzählt wurde, indem versucht wurde, Tatsachen auf den Kopf zu stellen. (*Abg. Marsch: Das ist unerhört! Das ist eine Berichtigung?*) Es hat keine bürgerliche Genossenschaft gegeben, die Unregelmäßigkeiten begangen hätte. (*Abg. Marsch: Sie haben ja keine Ahnung! — Rufe: Wo ist die Berichtigung?*)

Präsident Dr. Marga Hubinek: Ich bitte den Redner, die Berichtigung etwas konkreter vorzunehmen.

Abgeordneter Brandstätter (fortsetzend): Sehr geehrte Frau Präsident! Ich habe ausgeführt, daß Herr Klubobmann Wille die Unwahrheit gesagt hat, als er gemeint hat, die bürgerlichen Genossenschaften seien schuld am Weinskandal. Das ist unwahr, und darum weise ich das zurück! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Sie schaden den Bauern! Schämen Sie sich!*) 11.17

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Gugerbauer. Ich erteile es ihm. (*Anhaltende Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ.*)

11.17

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (FPÖ): Sehr geehrte Frau Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Herr Dr. Mock hat die Mitteilung über die Ernennung eines neuen Bundesministers für Landesverteidigung zum Anlaß genommen, eine Bilanz über die Tätigkeit, wie er sich ausgedrückt hat, der sozialistischen Bundesregierung zu versuchen, und er hat in diesem Zusammenhang wörtlich davon gesprochen, daß es eine Bilanz zu ziehen gelte über 16 Jahre sozialistischer Alleinregierung. (*Abg. Dr. Mock: Der Koalitionsregierung!*) Herr Dr. Mock, Sie können das ja dann im Protokoll nachlesen. (*Unruhe im Saal.*)

Präsident Dr. Marga Hubinek: Ich bitte, dem Redner doch Gelegenheit zu geben, seine Rede halten zu können. (*Weitere anhaltende Zwischenrufe.*)

Abgeordneter Dr. Gugerbauer (fortsetzend):

Dr. Gugerbauer

Herr Dr. Mock wollte in seinem Debattenbeitrag eine Bilanz über 16 Jahre sozialistische Alleinregierung ziehen. Herr Dr. Mock, gestatten Sie, daß ich als jüngerer Abgeordneter das zu analysieren versuche. Ich kann Ihnen ja nicht unterstellen, daß Sie nicht bis 13 oder 16 zählen können. Wenn Sie aber hier in diesem Hohen Hause, obwohl es nur 13 Jahre lang eine sozialistische Alleinregierung gegeben hat und obwohl es seit drei Jahren eine Koalitionsregierung gibt, dennoch ganz bewußt von "16 Jahren sozialistischer Alleinregierung" sprechen, so muß ich davon ausgehen, daß es Ihnen an Respekt vor einer der drei Parlamentsparteien fehlt, daß Sie vor der Form einer demokratischen Koalition keinen Respekt haben. Ich glaube, daß Sie mit dieser Abwertung der Form einer Koalition, mit dieser Nichtrespektierung einer der drei Parlamentsparteien dem Parlamentarismus in Österreich keinen guten Dienst erwiesen haben. (Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Sie fallen nicht so stark auf!)

Herr Dr. Mock, gerade auch im Zusammenhang mit der Debatte, die gestern über viele Stunden geführt worden ist: Sie haben es nicht verstanden, der Öffentlichkeit ein neues Bild an Glaubwürdigkeit zu vermitteln, denn Sie haben die Stirn gehabt, davon zu sprechen, daß es die Österreichische Volkspartei gewesen wäre, die durch ihr Verhalten im Zuge der Zwentendorf-Abstimmung erreicht hätte, daß Zwentendorf aus Sicherheitsgründen nicht in Betrieb ging.

Herr Dr. Mock, es hat gestern im Zuge der Debatte bereits viele Hinweise darauf gegeben, daß das ganz einfach den Tatsachen widerspricht. Es hat Ihnen etwa der freiheitliche Klubobmann Dr. Frischenschlager besonders einen Zeitungsausschnitt über die seinerzeitige Parlamentsdebatte und noch viele andere Zeitungsausschnitte zitiert, denen ganz klar zu entnehmen war, daß die Österreichische Volkspartei bereit gewesen wäre, Zwentendorf in Betrieb zu nehmen, wenn nur eine große Koalition gebildet worden wäre. Daher werden wir immer wieder die Öffentlichkeit darauf hinweisen, daß es eben diese Regierungsform gewesen ist, die kleine Koalition, die Koalitionsregierung zwischen Sozialistischer Partei und Freiheitlicher Partei, die für die Österreicherinnen und Österreicher verhindert hat, daß diese den Gefahren eines eigenen Atomkraftwerkes ausgesetzt werden. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

In einer der heutigen Tageszeitungen, der „Kronen-Zeitung“, findet sich ein umfassender Bericht über die Konsequenzen des

Tschernobyl-Unfalles, und im Zuge dieses Beitrages auf den Seiten 28 und 29 werden auch zwei prominente ÖVP-Politiker zitiert: der Obmann des Österreichischen Arbeiter- und Angestelltenbundes Abgeordneter Herbert Kohlmaier und der Direktor der Politischen Akademie der Österreichischen Volkspartei Abgeordneter Khol.

Khol mit folgendem Zitat, das ich jetzt der „Kronen-Zeitung“ entnehmen darf — ich zitiere —: „Keine Methode der Energiegewinnung belastet die Umwelt weniger als die Atomenergie. Gäbe es Volksaktien für Zwentendorf, ich würde sie kaufen.“ — Zitatende. (Abg. Heininger: Von wann ist dieses Zitat? Das ist eineinhalb Jahre alt!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte diese Aussage gar nicht beurteilen im Hinblick auf das, was auf die Bevölkerung, vor allen Dingen auf jene der Ukraine im wahrsten Sinne des Wortes niederkommt, sondern ich möchte den Abgeordneten Dr. Khol nur davor warnen, derartige Formen der politischen Börsenspekulation künftig fortzusetzen. Herr Dr. Khol! Wenn Sie davon nicht die Finger lassen, dann werden Sie bei derartigen Spekulationen nur die Hosen verlieren. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Dr. Mock hat sich darüber hinweggesetzt und hat in einer sehr vereinfachten und eingeengten Sicht über die Tätigkeit der Bundesregierung in den letzten drei Jahren gesprochen. Ich werde mich davor hüten, Herrn Dr. Mock als Demagogen zu bezeichnen; dafür würde ich wohl zu Recht einen Ordnungsruf bekommen. Aber ich möchte aus einem Buch zitieren, das erst vor wenigen Wochen erschienen ist: „Staatsmann, Demagoge, Amtsinhaber“. Zwei westdeutsche Wissenschaftler haben sich mit diesem Themenkreis auseinandergesetzt: Guy Kirsch, Professor für Finanzwissenschaft, und Klaus Markenscheid, Professor für wirtschaftliche Staatswissenschaft.

Diese beiden schreiben zum Thema „Demagoge“ und geben folgende Definition: „Der Demagoge arbeitet daran, das Wahrnehmungsfeld seiner Bürger auf die engen Dimensionen seines eigenen zu reduzieren.“

Ein bißchen präziser, damit man nicht glaubt, dies wäre nur auf Figuren der großen Geschichte gemünzt, wird dann noch weiter ausgeführt — ich zitiere —: „Die überdimensionalen Figuren der Historie sollten den Blick nicht verstellen für jene kleinen gele-

12420

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Gugerbauer

gentlichen, aber potentiell durchaus gefährlichen demagogischen Verführungsversuche, wie sie auch in wohlfunktionierenden Demokratien von recht durchschnittlichen Politikern unternommen werden.“ — Zitatende.

Herr Dr. Mock! Ich finde es wirklich erstaunlich, daß Sie es in einer Debatte zum Tagesordnungspunkt „Ernennung eines neuen Bundesministers für Landesverteidigung“ nicht der Mühe wert befunden haben, sich mit diesem Themenkreis der Landesverteidigung auch nur irgendwo auseinanderzusetzen. Und wenn ich die Rednerliste zu dieser Debatte betrachte, dann muß ich mit Erstaunen vermerken, daß die Österreichische Volkspartei der Landesverteidigung, der Sicherheitspolitik, den Sicherheitsinteressen der Österreicherinnen und Österreicher im weitesten Sinne offensichtlich keine große Bedeutung beimißt, denn ich finde keinen einzigen Vertreter aus dem parlamentarischen Verteidigungsausschuß, der sich mit den Aufgaben des neuen Verteidigungsministers auseinandersetzen würde. Ich weiß nicht, worauf das zurückzuführen ist, und ich weiß auch nicht, ob der Österreichischen Volkspartei nicht bekannt ist, daß gerade jetzt in der Öffentlichkeit wieder Fragen auftauchen, wie der Fragen diskutiert werden, die gerade mit der Sicherheitspolitik und auch mit atomaren Gefahren zusammenhängen.

Im Rahmen der öffentlichen Diskussion um die Folgen des Reaktorunfalls in Tschernobyl wird ja immer wieder ein Vergleich mit den Auswirkungen der seinerzeitigen Kernwaffenversuche gezogen. In den sechziger Jahren hat es derlei Versuche in der Atmosphäre gegeben, und gerade die Bewohner Mitteleuropas sind damals etwa vergleichbaren Strahlungen ausgesetzt worden.

Lassen Sie mich daher, meine Damen und Herren, gerade im Rahmen dieser Debatte und gerade aus diesem aktuellen Anlaß einige persönliche Anmerkungen zur Frage der Atomwaffenversuche deponieren.

Meine Damen und Herren! Testexplosionen dienen ja nicht nur der Überprüfung der Funktionsfähigkeit von Atomwaffen als Instrumente der Abschreckung, sondern sie dienen in erster Linie auch zur Weiterentwicklung der Waffensysteme. Kernwaffenversuche sind — das können wir offen ansprechen — ein wesentlicher Teil des Wettrüstens. Das alte Teststoppabkommen von 1963 ist auf Nuklearexplosionen in der Atmosphäre, im Weltraum und unter Wasser beschränkt. Weil unterirdische Testexplosionen immer noch

erlaubt sind, geht der Wettkampf auf diesem Felde weiter.

Am 6. August des vergangenen Jahres hat der sowjetische Parteichef zwar angeboten, zwischen den beiden Supermächten ein Atomwaffentestatorium zu beschließen, dieses Angebot ist aber von den Vereinigten Staaten von Amerika zunächst einmal abgelehnt worden. Es hat weitere Tests in Nevada gegeben. Die Aufforderung des Repräsentantenhauses der Vereinigten Staaten von Amerika an den Präsidenten, sich dieser Initiative anzunehmen und zu nähern, wurde von Präsident Reagan zurückgewiesen.

Ich möchte an dieser Stelle festhalten, daß ein Teststoppabkommen von uns in Europa begrüßt werden müßte und daß wir ein derartiges Abkommen als Vorstufe für eine nukleare Abrüstung in Europa betrachten könnten. Gerade das neutrale Österreich sollte daher die Gunst der Stunde nutzen und auf die Sensibilisierung der Weltöffentlichkeit eingehen und für eine Vereinbarung eintreten, die zwischen allen Kernwaffenstaaten abgeschlossen wird und ein umfassendes Teststoppabkommen vorsieht.

Die militärische Nutzung der Kernenergie stellt aber für Österreich potentiell auch eine ganz andere Gefahr dar. Es ist jetzt wieder die Zeit, in der gerade von jungen Menschen die Frage gestellt wird, ob es für unsere Republik nicht besser wäre, auf militärische Landesverteidigung zu verzichten, um im Falle einer militärischen Auseinandersetzung in Europa Österreich von der nuklearen Bedrohung fernhalten zu können.

Vergrößert man, so lautet etwa eine der Fragen, die in den letzten Tagen immer wieder formuliert wurden, nicht die Gefahr, daß Österreich zum Zielgebiet für atomare Sprengköpfe wird, wenn es in diesem Land eine militärische Landesverteidigung gibt? Wäre es nicht angemessen, eine Abrüstung in Österreich voranzutreiben, einseitig voranzutreiben? Auch hier halte ich es für notwendig, im Zuge dieser Debatte eine Klarstellung vorzunehmen.

Angesichts des Gleichgewichts des Schreckens zwischen den beiden Supermächten müssen wir nicht damit rechnen, daß es tatsächlich aus heiterem Himmel zu einem strategischen Erstschlag einer der beiden Großmächte kommt. Wir können aber nicht ausschließen, daß einer der beiden Militärblöcke den Ersteinsatz von atomaren Waffen vor sieht. Beide Militärblöcke haben gerade in

Dr. Gugerbauer

den letzten Jahren ihre Rüstkammern bis obenhin mit atomaren Gefechtsfeldwaffen aufgefüllt. Beide Militärblöcke sind in der Lage, nukleare Sprengkörper mit traditionellen Waffenträgern auf kürzeste Entfernung einzusetzen. Und beide Militärblöcke gehen in ihrer Planung durchaus von der Möglichkeit des Einsatzes, auch des Ersteinsatzes, von atomaren Gefechtsfeldwaffen aus.

Vor allem für den Fall, daß eine der beiden Seiten im Rahmen eines konventionellen Kräfteringens unterliegen sollte, wird die Möglichkeit des Ersteinsatzes vorgesehen und geplant. Daher gibt es, meine sehr geehrten Damen und Herren, ja die Diskussion vor allen Dingen in Westeuropa über die Frage, welcher Beitrag geleistet werden kann, daß die atomare Schwelle angehoben wird, daß der atomare Holocaust von Europa ferngehalten wird. Und ich glaube, daß uns diese Diskussion über die Anhebung der atomaren Schwelle auch in Österreich nachdenklich machen sollte.

Ohne eigene militärische Landesverteidigung würde Österreich inmitten eines hochgerüsteten Umlandes zum militärischen Vakuum. Ohne eigene militärische Landesverteidigung würde Österreich in Gefahr geraten, bei einer europaweiten Auseinandersetzung in das Aufmarschgebiet der Supermächte einbezogen zu werden. Und ohne eigenen Beitrag, den Durchmarsch eines Militärsystems wenigstens zu verlangsamen beziehungsweise zu verzögern, würden sich die österreichischen Alpen- und Donauübergänge geradezu als Zielscheibe für taktische Kernwaffen der Gegenseite anbieten.

Um die Gefahr einer atomaren Bedrohung Österreichs zu minimieren, brauchen wir eine militärische Landesverteidigung. Und das scheint mir eine wesentliche Anmerkung auch in Richtung des neuen Bundesministers zu sein.

Hohes Haus! Das Bundesministerium für Landesverteidigung ist nicht primär die Stelle, wo der größte Personalstand der österreichischen Bundesverwaltung mitverwaltet werden soll. Das Bundesministerium für Landesverteidigung ist auch nicht allein ein Wirtschaftskörper, der über ein großes Investitionsvolumen verfügt, sondern das Bundesministerium für Landesverteidigung ist jene österreichische Einrichtung, die unsere äußere Sicherheit produzieren und gewährleisten muß. Unter diesem Aspekt ist einerseits die bisherige Tätigkeit von Verteidigungsminister Dr. Frischenschlager zu beleuchten

und andererseits der Aufgabenbereich des neuen Verteidigungsministers abzustecken.

Ich möchte in aller Kürze aber doch darauf hinweisen, daß in den letzten drei Jahren gerade die militärische Landesverteidigung spürbar vorangekommen ist. Wir können es ja offen ansprechen, daß das auch damit zusammenhängt — und es wird mir niemand böse sein —, daß die Sozialistische Partei während ihrer Alleinregierung nicht unbedingt ein emotionales Verhältnis zu Fragen der Landesverteidigung entwickelte. Aber Dr. Frischenschlager ist es gelungen — mit dieser Koalitionsregierung gelungen —, einige Fortschritte zu erzielen, die sich sehen lassen können.

Wenn ich etwa nur die Frage der Einführung des Zeitsoldaten herausgreife: Das ist ein Institut, das aus parteipolitischen Gründen zwar heftig umstritten und umfehdet wird, das sich aber für den Betrieb des Bundesheeres überaus positiv auswirkt.

Ich verweise auf verschiedene Beschaffungsvorhaben. Das bekannteste und vordergründigste war das Beschaffungsvorhaben im Bereich der Luftraumüberwachung, aber man darf nicht übersehen, daß es daneben auch im Bereich der Panzerabwehr oder im Bereich der Artillerie sehr wichtige und weitreichende Entscheidungen gegeben hat.

Ich möchte nicht zuletzt darauf hinweisen, daß wir in den drei Jahren unter Verteidigungsminister Dr. Frischenschlager ein liberales Heeres-Disziplinargesetz bekommen haben, das nicht nur den Persönlichkeitsrechten der Soldaten Rechnung trägt, sondern auch einen geordneten Dienstbetrieb im Bundesheer ermöglicht. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Ich bin jedenfalls überzeugt, daß diese wertvolle Arbeit von Verteidigungsminister Dr. Frischenschlager eine sichere Grundlage für das weitere Wirken unseres neuen Verteidigungsministers Dr. Krünes bildet. Es wurde in verschiedenen Erklärungen ja schon angerissen, welche Aufgaben gerade im Bereich der Kasernensanierung und im Bereich des Bauwesens auf ihn zukommen. Aber vor allen Dingen auch hinsichtlich des optimalen Einsatzes der vorhandenen finanziellen Mittel wird er Gelegenheit haben, sein Können unter Beweis zu stellen. Und ich darf Dr. Krünes versichern, daß wir ihn bei dieser Arbeit mit voller Kraft unterstützen werden. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren!

12422

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Gugerbauer

Diese Bundesregierung ist erfolgreich. Sie ist erfolgreich im Bereich der Verteidigungs- und Sicherheitspolitik. Sie ist erfolgreich im Bereich der Wirtschaftspolitik. Klubobmann Wille hat eine ganze Reihe von wesentlichen Leistungen genannt, und es könnte die Liste ja noch fortgesetzt werden, was tatsächlich in den letzten drei Jahren alles für die Österreicherinnen und Österreicher erreicht worden ist.

Die Wirtschaftsdaten sind positiv, meine sehr geehrten Damen und Herren. Täuschen Sie von der Opposition doch die Bevölkerung nicht darüber hinweg, daß etwa 1985 das mit Abstand beste Wirtschaftsjahr seit langem gewesen ist. Wir haben eine niedrige Inflationsrate, wir haben höhere Beschäftigungszahlen und wir haben vor allen Dingen beste Daten bei Exporten in die westlichen und östlichen Industriestaaten.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich möchte zum Schluß kommen. Dr. Mock hat in seiner Rede behauptet, die letzten drei Jahre seien verlorene Jahre gewesen. (Abg. Probst: Für die ÖVP!) Ja, für wen, das ist die Gretchenfrage. Diese drei Jahre mögen für jene ÖVP-Politiker verlorene Jahre sein, die sich noch immer nicht mit der Rolle der Opposition identifizieren. Gerade im weltweiten Maßstab sind diese vergangenen drei Jahre aber für die Österreicherinnen und Österreicher durchaus eine Periode, in der sich diese Republik, in der sich die Menschen dieses Landes, in der sich die Wirtschaft dieses Landes gut geschlagen haben. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.)

Lassen Sie sich versichern, meine sehr geehrten Damen und Herren vor allen Dingen von der Opposition, daß die Koalitionsregierung diesen erfolgreichen Weg fortsetzen und bis zu den nächsten Nationalratswahlen weiterhin dafür sorgen wird, daß alle Österreicherinnen und Österreicher in einer wirtschaftlich gesunden Republik eine lebenswerte Heimstatt haben. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 11.36

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Robert Graf. Ich darf es ihm erteilen.

11.36

Abgeordneter **Graf** (ÖVP): Meine Damen und Herren! Hohes Haus! Es seien mir zuerst ein paar Bemerkungen zu den beiden Herren Vorrednern gestattet.

Herr Dr. Gugerbauer! Wenn Sie urgieren

haben, daß die ÖVP heute hier keinen Verteidigungsexperten herausschickt: Die Urgenz ist Ihr gutes Recht. Ich muß Ihnen zwei Dinge sagen. Erstens: Die Rednerliste des ÖVP-Klubs machen wir. Aber das wissen Sie. (Abg. Probst: Wirklich?) Ja. Stellen Sie sich vor, ja! Und das zweite, was Ihnen anscheinend abhanden gekommen ist: die Bereitschaft, die Verteidigungspolitik wichtig zu nehmen. Das hat meine Partei schon getan, als Sie noch nicht mitgemischt haben. Aber wissen Sie, was wir nicht wichtig nehmen? — Die heutige Regierungsumbildung ist nicht so wichtig, daß wir Verteidigungsexperten herausschicken müssen. Das ist der Grund.

Ich muß Ihnen sagen: Sie hätten mehr Ursache gehabt, die Leistungen Ihres früheren Ministers hier mehr zu preisen, als Sie es getan haben, anstelle zu urgieren, wen wir hier herausschicken. Aber nehmen Sie es freundlicherweise hin: Interesse an der Landesverteidigung ja, zu Krünes wird etwas zu sagen sein. (Weiterer Zwischenruf des Abg. Probst.) Zu Ihnen ist nichts zu sagen, Herr Probst. Wir möchten also unsere Rednerliste so zusammenstellen, wie wir wollen. (Abg. Probst: Bei Ihnen glaube ich es aufgrund des privaten Arsenals!) Und wir nehmen das nicht so ernst; ich komme darauf.

Sehr geehrter Herr Klubobmann Wille! Ich muß auf einige Ihrer Äußerungen replizieren. Ich war außerordentlich erstaunt, zu hören, in welch ruhigem Ton Sie Dinge gesagt haben, von denen ich mir nicht vorstellen kann, daß Sie sie glauben. Deshalb eher eine fragende Replik als eine bösartige.

Sie sagten — ich habe das expressis verbis versucht festzuhalten —, Mock sei der Wille zum Erfolg wichtiger als die sachliche Auseinandersetzung. So ungefähr oder fast ganz genauso sagten Sie es. (Abg. Probst: Ist das vielleicht anders?) Ich möchte mich jetzt doch mit Herrn Wille unterhalten, wenn Sie nichts dagegen haben. Sie haben ja nichts gesagt, und es würde mich auch nicht berühren, wenn Sie etwas gesagt hätten. Vielleicht kann ich nun zum Herrn Wille kommen.

Herr Abgeordneter Wille! Verehrter Herr Klubobmann! Ist Ihnen bewußt, daß Sie in zwei Dingen in diesem Zusammenhang geradezu etwas Unwahrscheinliches gesagt haben? Es gibt erstens in unserer Partei niemanden im wirklichen Sinne des Wortes, dem die sachliche Auseinandersetzung so wichtig ist, wichtiger als nur der persönliche Erfolg, wie meinem Obmann Dr. Mock. Das wissen Sie. Ich muß also annehmen, Sie haben, auf-

Graf

grund der äußereren Umstände seit den letzten 14 Tagen von ungeheurer Nervosität erfaßt, diese Bemerkung gemacht.

Das zweite, und auch das wissen Sie sehr genau, denn Sie sind ganz oben in Ihrer Partei: Wenn jemand den Vorwurf erhebt, daß meiner Partei der Wille zum Erfolg wichtiger ist als die sachliche Auseinandersetzung — das kann jeder Mensch in Österreich tun, nur nach den abgelaufenen zwei Monaten bei Gott kein Sozialist! Denn, Herr Klubobmann, Sie haben gezeigt, wozu Sie fähig sind als Partei, wenn es um die Wurst geht. Und das werfen Sie meinem Mock dann vor? (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich sage das, ohne meine Stimme zu erheben und ohne Wertmaßstab, Herr Klubobmann: Es hat noch niemals seit dem Zweiten Weltkrieg in diesem Lande eine Partei gegeben, die so außer Rand und Band reagiert hat wie Ihre Partei in den letzten Wochen. Und ich bin leider fast überzeugt, Sie werden das weiterhin in unveränderter Form tun.

Daher: Ihr Vorwurf ist unzweckmäßig, trifft den Falschen und wandert genau, nicht auf Sie, aber auf Ihre Partei zurück. Ich bin nur außerordentlich beunruhigt: Wie weit ist Ihre Verfassung nach diesen Ereignissen, daß Sie das sagen — wider besseres Wissen, was Mock betrifft? Das ist das eine.

Und zum zweiten, und zwar im Zusammenhang mit dem Weingesetz, den Blockaden und den protestierenden Bauern; in der gleichen Seriosität, in der gleichen Tonalität, wie Sie das gesagt haben.

Zuerst das Weingesetz. Als der Weinskandal losbrach, haben wir, die ÖVP — ich war kurz eingeschaltet, Sie müßten sich daran erinnern, weil Herr Dr. Mock im Ausland war —, in der ersten Phase der Entwicklung alles unternommen, daß es zu gemeinsamen Gesprächen — unter Vorsitz zum Teil des Herrn Bundeskanzlers, zum Teil unter Mitpräsidierung des Landwirtschaftsministers — kam.

Einige Tage später, nachdem diese ersten Gespräche begonnen haben, waren die Sozialpartner, der Bundeskanzler und alle Teilnehmer dieser beiden Konferenzen der Meinung: Es muß so schnell wie möglich etwas geschehen, damit die Reputation des österreichischen Weines im weitesten Sinne wiederhergestellt wird. Ich bitte Sie, sich doch zu erinnern.

In der Zwischenzeit kam Dr. Mock zurück, und wir haben sehr seriöse Verhandlungen aufgenommen. Auch die Freiheitliche Partei hat sich in dieser Phase bemüht. Ich hatte damals, in der ersten Phase und nach der Rückkehr des Dr. Mock, überhaupt keine Befürchtungen, daß es zu keinem einvernehmlichen Gesetz kommt; einem Gesetz, das allen Bedingungen gerecht wird, das solche Vorfälle, die nie wieder passieren dürfen, verhindert, aber frei von Schikanen ist und bei nüchterner Betrachtung allen dient, auch den produzierenden Weinbauern.

Zu meiner größten Überraschung, und vermutlich waren auch Sie überrascht von der nachfolgenden Entwicklung, hat Ihr Herr Landwirtschaftsminister — dem ich öffentlich unterstelle, daß er die Bauern nicht vertritt, daß er sie nicht mag, ich habe das Gefühl, daß er sie physisch und psychisch nicht leiden kann, vielleicht irre ich mich, aber ich glaube nicht —, hat dieser Mann alles unternommen, daß es zu einem Gesetz kam, das nicht nur Dissens brachte, ja, Herr Klubobmann, es kam zu einem Gesetz, das es noch nie gab. Am Tage der Einbringung mußten stundenlang Änderungen vorgenommen werden, um es überhaupt hausfähig, nicht praktikabel, zu machen. Das ist geschehen.

Nun distanziert sich Stück für Stück der Herr Minister von diesem Gesetz, auf das er so stolz war, und wir sind stolz, daß wir nicht mitgemacht haben, denn es hat sich herausgestellt, daß all unsere Einwendungen leider zu Recht bestehen. Niemand kann sagen, wir hatten Einwände gegen eine strenge Bestrafung und gegen eine strenge qualitative Auslese. Das war es nicht.

Ich muß daher sagen: An uns lag es nicht, es muß, zumindest zu einem Großteil, an Ihrem Minister gelegen sein.

Sie haben etwas zu den Bauerndemonstrationen gesagt. Ich muß Mock nicht interpretieren, denn Sie haben genau zugehört und auch sein Fernsehinterview gesehen. Mock hat sich solidarisiert mit den Wünschen der Bauernvertreter. Er hat so wie auch Sie, obwohl Sie es hier nicht sagen können, zur Kenntnis genommen, daß die Landwirtschaft in Österreich in einer Situation ist, in der sie für die Zukunft keine Existenzchancen sieht, in einer Situation, in der die Leute feststellen, daß der Staat nicht nur nicht hilft, sondern eine Menge an Schwierigkeiten bereitet, zum Teil durch den Dipl.-Ing. Haiden, zum Teil durch politische Umstände.

12424

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Graf

Mock hat dasselbe gesagt, was auch Ihre Leute gesagt haben: Es muß etwas geschehen, man muß den Leuten helfen. Es liegt an der Bundesregierung, daß verzweifelte Bauern demonstrieren, aber ich gestehe Ihnen — ich bin da in Meinungsallianz mit meinem Obmann —: Auch wir wünschen nicht, daß Proteste ausarten in Demonstrationen, die andere Verkehrsteilnehmer, Gäste oder Bürger dieses Staates, hindern, dieses Land zu bereisen und zu befahren.

Wir haben ganz genau wissen lassen, daß dort unser Standort ist. Die Verzweiflung der Leute ist es, die sie hintreibt, und nicht Funktionäre einer Gruppe des Österreichischen Bauernbundes. Aber was Dr. Mock und die Generallinie unserer Partei anlangt: Verfallen Sie bitte nicht in einen Irrtum, er solidarisierte sich mit berechtigten Wünschen, und daran wird sich nichts ändern, aber er hat sich mit keinem Ton solidarisiert oder überhaupt nur verständnisvoll gezeigt in der Richtung, daß andere Bürger dieses Landes oder Gäste an ihrer Bewegungsfreiheit gehindert werden. Es wäre zweckmäßig, wenn wir uns das ganz genau sagen würden. (Abg. Dr. Nowotny: Das ist die schwarze Grauzone!)

Meine Herren! Das, was Mock mit „Grauzone“ bezeichnet hat, ist das diffuse Verhältnis, das aufgetaucht ist zwischen Hören der Wünsche, zwischen Vollziehen, zwischen Anhören von Demonstranten, zwischen Reden mit ihnen und etwas tun. Ich wiederhole für Mock — wenn Sie es anders beweisen können, kommen Sie hier heraus —: Meine Partei hat genausowenig Interesse wie alle anderen in diesem Haus, daß Dinge, die lösbar sind, mit Gewalt zu lösen versucht werden. Gehen Sie in sich, Sie stellen die Mehrheit! (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Weinberger: Hoffentlich!)

Ihr „hoffentlich“, meine Damen und Herren, gebe ich Ihnen gerne zurück. Hoffentlich begreifen Sie, daß mehr geschehen muß als das zizerweise Erfüllen von Forderungen, die unzulänglich sind. Denn auch das, was im Zusammenhang mit dem Weingesetz geschieht, ist ein Stückwerk, das das repariert, was Sie uns alle gemeinsam mit Ihrem Landwirtschaftsminister eingebrockt haben. (Abg. Weinberger: Sie aber mit beschlossen haben, das vergessen Sie!) Sie irren, mein Teurer. (Abg. Probst: Holen Sie Ihre Traktoren zurück von der Grenze!)

Herr Probst, ich habe keinen Traktor, ich kann also keinen zurückholen. Und Ihnen, Herr Kollege, möchte ich ganz gerne sagen:

Wir haben dieses Gesetz sehr bewußt nicht mit beschlossen. Wir haben Ihnen damals gesagt, was nicht geht, und wenn jetzt Anträge kommen, so renovieren Sie das erst langsam in Annäherung an unseren seinerzeitigen Entwurf. Das darf ich Ihnen auch noch sagen.

Wenn das alles ist, was zustande kommt, dann sage ich Ihnen heute schon: Es ist für die Bauern zuwenig, denn es geht nicht nur um das Weingesetz, und eine Teilreparatur wird uns bestenfalls veranlassen — ohne daß ich irgend etwas vorwegnehme —, aufzulisten, was Sie jetzt besser gemacht haben, und festzustellen, was noch fehlt, und davon und von sonst nichts wird unser Abstimmungsverhältnis beeinflußt sein, meine Damen und Herren. (Beifall bei der ÖVP.)

Nun lassen Sie mich der Regierungsumbildung doch einige Worte widmen; das ist ja der Grund dieser Seance. Die Unterscheidung, wann der Herr Bundeskanzler das Wort ergreift zu Regierungsumbildungen, läßt mich aufzeigen, welchen Unterschied der Geschehnisse es auch in der „großen“ kleinen Koalition gibt.

Als Herr Bundeskanzler Dr. Sinowatz seine Regierung mit mehreren Sozialisten umbildete, gab es eine riesige Erklärung des Bundeskanzlers und eine daran anschließende große Debatte über die Wirtschaft. Daß Sie, Herr Dr. Sinowatz, diese Debatte nicht wollen, hat seinen Grund wahrscheinlich in Ihrer Erklärung vor ein paar Tagen, aber darauf komme ich noch zu sprechen.

Dann gab es eine sogenannte kleine Umbildung. Sie tauschten Steyrer gegen Kreuzer. Da war die Wortmeldung des Herrn Bundeskanzlers kurz und lag in der Mitte; die Angelegenheit war zwar nicht mehr wert, das gebe ich zu, aber ich muß das taxativ aufzählen.

Als Sie einen Mann, der Sekanina heißt und den heute die meisten von Ihnen nicht mehr kennen wollen, umbildeten, gab es keine Wortmeldung des Herrn Bundeskanzlers.

Heute wird es irgendwann eine Wortmeldung des Herrn Bundeskanzlers geben. Ob sie geplant war oder erst ausgelöst wurde durch Mocks Reden, weiß ich noch nicht.

Ich stelle halt einmal fest, daß es gewisse Unterschiede gibt. Sie können mich korrigieren oder widerlegen, Tatsache ist, daß es sich so abgespielt hat.

Graf

Nun, Herr Dr. Gugerbauer oder Restbestände der Freiheitlichen Partei in diesem Plenum, lassen Sie mich etwas sagen: Wir nehmen diese Regierungsumbildung nicht so besonders ernst — und ich stelle etwas fest, was für Ihren Klubobmann eigentlich noch eine Auszeichnung ist —, für uns war Verteidigungsminister Frischenschlager ein politischer Irrtum, der jetzt beseitigt wurde. Das ist eine Feststellung, die ich als Nichtfachmann für Verteidigung, aber doch lange in der Politik Tätiger treffe, und da bin ich noch freundlich.

Die Bestellung des Herrn Dr. Krünes: Herrn Dr. Krünes kenne ich seit vielen Jahren, und ich bin ein Feind von unsinnigen Vorausbeschimpfungen und von unzweckmäßigem Vorauslob. Sie haben ein Glück, Herr Dr. Krünes, in Ihrem Pech, dieser Regierung am Ende angehören zu müssen, nämlich jenes, Sie haben eine natürliche Schonfrist, aber nicht die, die Ihnen die Opposition anzubieten hat, Ihre Zeit und die Zeit dieser Regierung ist zu kurz, als daß Sie zeigen können, was Sie können. Das mag ein Vorteil oder ein Nachteil sein; das kann ich nicht sagen.

Nun zur Person selbst. Sie werden uns zu beweisen haben — ich schätze Sie als Manager, wir kennen uns viele Jahre und haben uns durchaus gut geredet —, Sie werden beweisen müssen — das wissen Sie selbst auch nicht, das wird die Zeit zeigen —, ob ein guter Manager auch ein guter Minister ist. Aber das ist Ihr Problem, und wir werden Sie dabei beobachten und Ihnen an und ab hilfreich applaudieren oder Sie mit Kritik durch kleine Stöße auf den richtigen Weg zu bringen versuchen, wenn es geht.

Aber im Zusammenhang damit, ob ein guter Manager auch ein guter Minister ist, möchte ich etwas sagen. Es tut mir leid, aber bei großen Regierungsumbildungen saßen alle Damen und Herren Regierungsmitglieder hier versammelt wie Hühner auf der Stange und lauschten gläubig dem Herrn Bundeskanzler. Jetzt ist das ein Abwechslungsge- sichtbad. An und ab kommt jemand, gibt Herrn Krünes und dem Kanzler die Hand und geht wieder. Und mit dem, der gegangen ist, muß ich mich beschäftigen, ich kann leider nicht warten, bis er wieder kommt. Ich werde Vergleiche ziehen — ohne Sie, Herr Krünes, zu kränken. Ich sagte es und wiederhole es noch einmal: Sie müssen erst zeigen, ob Sie auch ein guter Minister sind.

Herr Kreuzer, der hierherkam, hochgelobt — und ich sage etwas, was Ihnen bei einem Volksparteiler nie eingefallen wäre —, war

ein hervorragender Journalist. Er war ein ausgezeichneter Fernsehmann. Ich glaube, daß er das war. Als Minister hat er gezeigt, daß man nicht automatisch ausgezeichnet ist, wenn man in einem anderen Beruf ausgezeichnet war. Ich werde das ein bißchen begründen.

Es hat mich schon sehr überrascht, daß er sich bei der Debatte über Tschernobyl fast den Umwelt-Oscar umgehängt hat, weil eine deutsche Zeitung ein bißchen etwas über uns geschrieben hat. Aber wenn Sie sich freuen: Er hat sich den Oscar halt umgehängt.

Wissen Sie, meine Damen und Herren, wenn man lange genug im Parlament ist und warten kann, dann kommt die Zeit, wo man etwas anbringen kann. Es liegt mir 19 Jahre etwas im Magen im Zusammenhang mit Herrn Kreuzer. 19 Jahre!

Als hochgeachteter Redakteur der „AZ“ schrieb er über den damaligen Kanzler Klaus, er sei eine Niete. Als wir uns aufregten, daß das nicht statthaft ist, sagte er — da hat er sogar recht gehabt; von dem werde ich jetzt ordnungsruhig leben, deshalb hatte er recht —: Regen Sie sich nicht auf, Sie ÖVP — in der Zeitung schrieb er uns das —, eine „Niete“ ist ein Begriff aus der Lotterie. Wie wahr! In Absenz leider muß ich anbringen: Herr Dr. Kreuzer, hochgelehrter, gescheiter Journalist, als Minister sind Sie eine Niete, die nicht einen Kreuzer wert ist! Ich muß das hier festhalten. (Beifall bei der ÖVP.)

Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Sehr geehrter Herr Bundeskanzler! Sie werden irgendwann in wenigen Stunden das Wort ergreifen. Ich weiß nicht, was Sie sagen werden. Ich werde mich daher nur mit dem beschäftigen, was Sie schon gesagt haben, und zwar in einer Parteiveranstaltung Ihrer Partei im Zusammenhang mit der wiederauflebenden Wahlkampagne, auf die ich aus Gründen der Fairneß nicht eingehen möchte.

Sie haben dort Dinge gesagt, die wir als Opposition als völlig richtig erkannt und Ihnen jahrelang erklärt haben: Sie hätten sich geirrt, Ihr Weg war nicht richtig, Sie müssen bürgernäher werden, Sie müssen sich ändern! All das, was Sie gesagt haben, haben wir Ihnen jahrelang gepredigt; Ihnen und Ihrem Vorgänger, Herrn Dr. Kreisky.

Aber in einem werden Sie sich irren: Diese Selbsterkenntnis kann nur dann glaubhaft funktionieren, wenn Sie aufgrund dieser Erkenntnis zurücktreten und Neuwahlen ausschreiben. Ankündigten nach 16 Jahren — Sie

12426

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Graf

waren stets in der Führungsspitze dieser Partei —, daß Sie etwas falsch gemacht haben, und es selber gutmachen wollen — das ist nicht der Kurswechsel, den die Leute wollen! Das hat vielleicht Ihre Mitarbeiter ein bißchen stimuliert, sie werden es brauchen. Aber darf ich Ihnen sagen: Das Eingeständnis Ihres Versagens erlaubt nur eine einzige Alternative — Sie werden es bestreiten und nicht gerne hören — und diese Alternative ist der Kurswechsel zu Dr. Mock und seiner Volkspartei, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Jeder kritische Zeitgenosse und auch die frenetisierten Applaudanten in dieser Parteiveranstaltung werden eines doch nachdenklich feststellen müssen: Bitte, wo war denn das Führungsgremium der Sozialistischen Partei, das heute lauthals erklärt, man müsse sich ändern? — An der Macht! Sie mitsamt Kreisky haben alle Chancen vom Wähler gehabt, eine entsprechende Politik zu machen und alle Fehler zu korrigieren. Sie hätten nur auf die Opposition ein bißchen hören müssen, dann wären Sie vorzeitig daraufgekommen. Aber ich stelle fest: Es muß eine gewaltige Zäsur eingetreten sein, daß Sie sich aufraffen zuzugeben, Sie hätten sich geirrt. Der Wähler und wir werden dafür sorgen, daß dieser Irrtum nicht in Vergessenheit gerät.

Nun zur Diskussion und zu Ihrer noch nicht gehaltenen Rede und zur nicht wahrgenommenen Chance, durch Sie, Herr Bundeskanzler, eine wirtschaftliche Debatte zu entriegen.

Ich muß noch einmal auf die Geschichte mit dem Atom zurückkommen. Herr Klubobmann Wille, wenn Sie mir gestatten, etwas festzuhalten: Ich habe das Gefühl, in einem Monat werden Mock und ich die einzigen sein, die sich noch erinnern können, daß wir für die friedliche Nutzung der Kernenergie unter gewissen Bedingungen waren. Ich bekenne mich dazu. Das darf ich Ihnen sagen. (Abg. Wille: Ich werde dabei sein!) Sie werden dabei sein; das ehrt mich.

Nur eines ist nicht richtig, Herr Abgeordneter, es wird auch nicht richtiger, wenn freiheitliche Herren einen Zeitungsausschnitt zeigen, wo wir im Zusammenhang mit dem Atom den Rücktritt von Herrn Steger forderten. Niemals — und es gibt nicht einmal den Schatten eines Beweises — hat mein Obmann Dr. Mock oder irgendeiner von uns Unterhändlern erkennen lassen, wir würden unter Aufgabe unserer sonstigen Bedingungen dem Aufsperren von Zwentendorf zustimmen, wenn Sie uns in Ihre Regierung hineinneh-

men. Das ist eine Luftblase. (Abg. Probst: Sie verkaufen Ihren eigenen Parteibeamann!)

Sie sind nicht dran, Herr Probst! Sie sind nur hineingekommen, weil der Kreisky den Mock nicht leiden konnte. Das war ein plumper Zufall, er wird sich nicht wiederholen, denn mittlerweile werden Sie sich ja auflösen. Aber das ist nicht mein Problem und auch nicht heute zu diskutieren. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Ich mache auch heute kein Hehl daraus: Wir haben alle eine Lehre bezogen. Seit dem Ereignis von Tschernobyl haben wir einen weiteren Schritt gemacht. Wir brauchen die Bevölkerung nicht mehr zu fragen, ob sie für die friedliche Nutzung der Kernenergie ist. Das ist gelaufen. Das gibt es nicht.

In dieser Zeit hat meine Partei — nicht von allen meinen Freunden goutiert — eine außerordentlich klare und genaue Linie eingehalten: Befragung der Bevölkerung, Einholung des Versäumnisses von Dr. Kreisky, Überprüfung der Sicherheiten. Dann kann man mit uns darüber reden. Von einer Regierungsbeteiligung war überhaupt nie die Rede. Das ist eine Unterstellung. Aber das wissen Sie sowieso, meine Damen und Herren.

An dieser Linie hat sich nichts geändert. Tschernobyl hat die Sache beschleunigt. Und was den Zeitungsausschnitt betrifft, den Sie mir und Dr. Mock heruntergehalten haben wegen der Forderung nach dem Rücktritt von Dr. Steger: Erstens halten wir das aufrecht. Zweitens wünschen wir, daß die Gesamtregierung zurücktritt. Aber dieser Zeitungsausschnitt bezog sich auf eine ganz konkrete Sache. Im Zusammenhang mit Atom. Jawohl.

Herr Bundeskanzler Sinowatz war streckenweise der gleichen Meinung wie ich kleiner Schwarzer: Die friedliche Nutzung der Kernenergie ist notwendig. Er sagte nur damals, das gehe die Regierung nichts an, das sei Sache des Parlaments. Er hat aber von der Gesellschaft 50 Prozent gehalten und gestern schnell erklärt, Zwentendorf sei tot, damit man auf den Zug hinaufhüpfen kann, auf den „Tschernobyl-Express“.

Aber, meine Damen und Herren, wir wollten aus einem ganz anderen Grund, daß Herr Steger im Zusammenhang mit dem Atom zurücktritt. Wissen Sie, warum? Natürlich wissen Sie es, nur sagen Sie es nicht. Wir wollten, daß Herr Dr. Sinowatz und sein Vize-

Graf

kanzler mit einer Zunge reden, weil wir es im Sinne der Geschäftsordnung der Regierung und im Sinne der ganzen Handhabung der Politik der Regierung für unmöglich hielten und auch heute noch halten, daß in einer substantiell ungeheuer bedeutenden Sache der Herr Bundeskanzler eine diametral entgegengesetzte Meinung gegenüber seinem Vizekanzler, der noch dazu garniert war und ist als zuständig für Energiefragen, einnimmt. Deshalb wollten wir den Rücktritt! Daran halten wir fest. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Ich möchte in gebotener Eile denn doch hier noch einige Dinge erwähnen. Ich weiß, Herr Gugerbauer erklärte, diese Regierung werde dafür sorgen, wir hätten die besten Meßdaten. Meine Damen und Herren! Das letzte Jahr war ein hervorragendes Jahr, aber nicht wegen der Regierung, sondern trotz der Regierung, denn Sie haben überhaupt nichts getan, um den warmen Regen der verbilligten Ölpreise zu unterstützen, weder mit einer Steuernsenkung noch mit sonstigen Maßnahmen.

Im Zusammenhang mit der Verstaatlichten: Was haben Sie denn alles in diesen drei Jahren zu feiern? Die Ausbootung der ÖVP aus der Mitbestimmung bei der Findung der Aufsichtsräte der Mutter ÖIAG — das haben Sie geschafft. Was haben Sie sonst im Zusammenhang mit der Verstaatlichten getan? Kann einer der Herren Betriebsräte herauskommen und sagen, es gebe seit dieser Sache einen einzigen neuen Arbeitsplatz? Was hat sich in der Mur-Mürz-Furche geändert? Außer daß wir Ihnen sagen können, Sie sollen den Lösungen nachkommen, die wir Ihnen aus Maria Plain signalisiert haben, ja ansonsten nichts, meine Damen und Herren. (*Abg. Ella Zipsper: Nein, was Sie nicht sagen!*) Natürlich nicht, gnädige Frau, Sie haben sich nur nicht damit beschäftigt. Aber ich sehe Ihnen das nach, was sollen Sie denn auch damit.

Aber wir haben in Maria Plain erklärt — für Verstaatlichtenfachleute klipp und klar: — Es müssen fünf Jahre gefunden werden, und man muß die Betriebe tripolar sehen. Bei jenen, die noch Gewinne machen, muß man probieren, wie schnell sie mehr Gewinne machen können, und bei jenen, die keine Gewinne machen, aber lebensfähig sind, muß man sehen, wie man sie erhalten kann. Und jene, die umstrukturiert werden müssen, muß man halt aus der Bilanz ausklammern und fünf Jahre aus dem Bundesbudget bezahlen, anders kann man sie nicht umstrukturieren.

Was haben Sie sonst gemacht außer der

getroffenen Feststellung, Sie hätten entpolitiert und den Proporz beseitigt? — Sie haben die ÖVP „angebracht“ unter dem Schlagwort „Entpolitisierung“, aber Sie haben dazuzusagen vergessen, daß man eine Verstaatlichte nur entpolitisieren kann, wenn man sie verkauft (*Beifall bei der ÖVP*), ansonsten ist und bleibt das oberste Lenkungsorgan eine politische Körperschaft, nämlich die Bundesregierung, und das kontrollierende Organ ist die legislative Körperschaft, der Nationalrat.

Dort haben Sie uns entfernt. Soll sein. Was Sie sonst noch anpeilen, weiß ich nicht. Was Sie langsam schaffen, ist, daß Sie in der Verstaatlichten für deutsche Manager eine Art Endlagerstätte einrichten, kommt mir vor, aber ansonsten ist Ihnen überhaupt nichts gelungen.

Ich wiederhole für Sie noch einmal: Wir sind nicht auseinander in der Zuwendung der Mittel, in der Zuführung wozu sind wir auseinander. Wir haben Ihnen unzählige Beweise unserer Gesprächsbereitschaft gezeigt. Ich werde sogar jetzt in dieser Phase darauf zurückkommen, weil wir der Meinung sind, es ist auszuloten, ob wir noch gesprächsfähig sind auch in Dingen, die fern der Tagespolitik gesehen werden müssen.

Zur Frage der Steuernsenkung: Ist es Ihnen nicht mittlerweile innegeworden, daß wir recht haben? Es muß eine Steuernsenkung erfolgen für Einkommensempfänger bis zu 25 000 S brutto, bei zwei Kindern und als Alleinverdiener, ansonsten ist die Sache nicht in den Griff zu bekommen. Sie müssen die Progression für diese Leute entschärfen. Die Lohn- und Gehaltsverhandlungen werden besser und leichter gehen bei entschärfter Progression, denn jetzt ist der einzige beatus possidens der Herr Finanzminister bei einer Lohnerhöhung. Die Firmen können sie kaum zahlen, und die, die sie kriegen, sind nicht zufrieden. Hier stimmen Sie mir zumindest im letzten Teil meiner Feststellung zu, nämlich daß die, die sie kriegen, von der Progression mehr weggenommen bekommen als sie heimbringen. (*Abg. Wille: Absolut nicht!*) Ich weiß das. (*Abg. Wille: Sie wissen genau, daß wir Lohnverhandlungen und Verhandlungen wegen Steuernsenkung immer streng auseinanderhalten!*) Ja, natürlich. Und Sie wissen auch, daß ich weiß, daß Sie und Ihr Präsident Benya auch eine Steuernsenkung wollen. Warum wollen Sie sie? — Aus demselben Motiv. Nur, wir befürchten, wenn Sie mit uns nicht reden, wird die Schaufensterdekoration für die nächste Wahl ein roter Augenauswisch. (*Beifall bei der ÖVP.*) Und das ist uns zuwenig, Herr Abgeordneter!

12428

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Graf

Warum benützen Sie nicht die Gelegenheit, heute noch einmal den Österreichern zu erklären, wie gut das Budget dasteht? Ist mittlerweile nicht klargeworden, daß wir mit stürmischen Schritten einem budgetären Desaster entgegensehen? Nicht einmal Ansätze einer Sanierung sind festzustellen. Es macht Sie als Bürger und Abgeordneter genauso nervös wie mich als Bürger und Abgeordneten, daß der Finanzminister immer größere Summen für Tilgung und Zinsen zu zahlen hat und immer weniger budgetäre Kraft vorhanden ist. Daher ist eine Sanierung notwendig. Nur haben Sie sie nicht angepackt. Sie sagen nur, Sie hätten sie im Griff.

Wenn ich diesen Satz: Wir haben im Griff, schon hören muß, dann muß ich noch einmal zurückkommen auf die Landwirtschaft. Eines der größten Probleme, das auf jede kommende Regierung zukommt, ist die Frage der Behandlung der österreichischen Land- und Forstwirtschaft, und es wird sicher sein, daß ein bauernfreundlicherer Minister kommen muß, damit einiges geschieht, um den Leuten das Leben erträglich zu gestalten und sie verdienen zu lassen. (Beifall bei der ÖVP.) Ich will mich nicht übermäßig verbreiten, meine Damen und Herren, es wird ja Gelegenheit sein, darüber zu reden.

Was ich am Schluß feststelle, ist — ich bedaure das, und hier stehe ich ganz neben Ihnen, Herr Klubobmann, nur die Ursachen sind anders —, daß es immer weniger Gründe zu einem Konsens gibt, weil Räson und andere Dinge immer mehr den Konsens unmöglich machen. Die Verstaatlichte ist ein klassisches Beispiel dafür, daß man nicht wollte. Vielleicht wegen des kleinen Partners, weil dieser sich von der Sozialpartnerschaft nichts verspricht, ich weiß es nicht. Es ist halt nicht gelungen, etwas gemeinsam zu machen. Sie wissen, das geht nur gemeinsam, weil man das nur miteinander trägt.

Aber ich winsele weder um einen Konsens noch um sonst etwas. Ich stelle fest und werde damit schließen: Meine Partei hat nicht jene Konsequenzen gezogen, die Sie gezogen hätten, wenn wir Sie hinausgefeuert hätten bei der Mitbestimmung der Verstaatlichten. Ich erinnere Sie daran. Wir bleiben im Gespräch. Ich sage Ihnen: Vielleicht gibt es doch noch ein Beispiel, daß wir gemeinsam etwas beschließen können; etwas, was nichts kostet, aber ungeheuer wichtig ist — das Kreditwesengesetz. Die Bereitschaft meiner Partei, mit Ihnen darüber ... (Zwischenruf des Abg. Rechberger.) Herr Kollege, ich habe es nicht gehört. Ich möchte es von Ihnen noch

einmal hören. (Abg. Rechberger: In den Vorständen der Verstaatlichten sind Sie eh noch drinnen!)

Ich danke Ihnen ganz außerordentlich für Ihren Hinweis, Herr Abgeordneter. Ich habe mich sehr beschäftigt mit der Verstaatlichten, ich weiß, daß wir „eh noch“ drinnen sind. Aber es ging uns nicht darum, „eh noch“ drinnen zu sein, sondern es ging uns darum, um Ihnen und Minister Lacina zu helfen, gemeinsam Aufsichtsräte zu suchen für die Mutter, mitzuverantworten. Zu Ihrem „eh noch“: Ich werde Sie fragen, wenn Sie den Elin-Vorstand umgearbeitet haben, ob dann „eh noch“ einer drinbleibt, auch wenn er „eh“ ein Schwarzer ist, Herr Abgeordneter. Ich lese Zeitungen, ich bin neugierig. (Abg. Marsch: Den werden Sie suchen müssen!)

Was sagen Sie? Ich dachte es mir. Ich danke Ihnen, Herr Marsch. Ich kenne Sie. Ich habe immer schon gewußt, daß Sie uns nicht aus sachlichen Gründen dort „anbringen“ wollen. Sie wollen den Proporz beseitigen: Blau zwingt schwarz hinaus, Parteibuch muß er haben, aber ein anderes. (Abg. Marsch: Leisten muß er etwas!) Ich danke Ihnen, Herr Zentralsekretär! (Beifall bei der ÖVP.) Wissen Sie, verehrter Herr Abgeordneter Marsch, ... (Abg. Marsch: Leisten muß er etwas!)

Ich bin der letzte, der Privatgespräche in die Öffentlichkeit zerrt. Wenn man aber, entfernt von der tagespolitischen Brille, wirklich nur über Leistung redet, dann darf ich in Anspruch nehmen für die Unterhändler meiner Partei und hauptsächlich für meinen Kollegen Taus: Wenn Sie dieses unsinnige Gesetz nicht aus „Bestemm“ gemacht und diese Verhandler — Ihre und unsere — losgelassen und in Ruhe gelassen hätten mit der parteipolitischen Brille, dann würde es laufen nach dem Prinzip der Leistung. Denn — gestatten Sie mir, Herr Zentralsekretär — Leistung ist weder eine Frage eines roten noch eines blauen noch einen schwarzen Parteibuches. Leistung ist eine Sache, die einer erbringt. Dann ist er gut. Dazu haben wir uns bekannt. Ich muß Ihnen das sagen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Marsch: Man hat nur wenig davon bemerkt!)

Wie bitte? (Abg. Marsch: Man hat nur wenig davon bemerkt!) Na, Sie hören uns ja nie zu. Wenn es jemanden gibt, der nach dem Parteibuch schielt und Maßstäbe aufstellt, so habe ich Sie stark im Verdacht, daß Sie das besser können als ich und der Taus. Das muß ich Ihnen schon sagen. (Abg. Marsch: Das muß man ausprobieren!) Wir haben es auspro-

Graf

bietet, und wir erleben es. Aber macht nichts, der Wähler wird das korrigieren, und wir reden dann noch.

Letzter Satz: Kreditwesengesetz. Eine nach wie vor offene Möglichkeit, wenn wir uns in Ruhe und ohne Parteidogmatismus in einer wichtigen Sache einigen. Wissen Sie, warum ich das am Schluß erwähne? — Um Ihnen nachzuweisen: Unsere Reaktionen sind doch getragen vom Sachverstand und nicht nur vom Willen zum Erfolg, den Sie meinem Obmann unterstellt haben. Denn, wissen Sie was: Wenn wir das so ausgeprägt hätten wie Sie, würden wir überhaupt nichts mehr mit Ihnen machen und nichts beschließen und dem Volk schneller sagen, wie schlecht Sie wirklich sind. Aber wir glauben, es geht um mehr. Es geht um den Parlamentarismus. — Danke. (Beifall bei der ÖVP.) 12.08

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet hat sich der Bundeskanzler. Ich erteile es ihm.

12.08

Bundeskanzler Dr. Sinowatz: Frau Präsident! Meine Damen und Herren! Vor 25 Jahren, fast auf den Tag genau, sind der Herr Abgeordnete Graf und ich im Burgenländischen Landtag angelobt worden. (Abg. Graf: 30 Jahre!) Aber, lieber Robert, jetzt sage ich dir eines: Wer heute wieder einmal Übermut und Überheblichkeit gezeigt hat, das warst du! Das möchte ich mit aller Entschiedenheit feststellen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Du kennst unser Sprichwort „Übermut tut selten gut“. Jetzt sage ich dir eines: Jawohl, ich habe den Mut, Selbstkritik auch in der Öffentlichkeit zu zeigen.

Ich sage auch hier in diesem Kreis, meine Damen und Herren: Es ist nicht alles gelungen in diesen drei Jahren. Es ist nicht alles gelungen, zugegeben, wir haben Probleme zu bewältigen gehabt, die in dieser Größenordnung gar nicht vorhersehbar gewesen sind. Ja, wir haben auch Fehler gemacht. Aber, meine Damen und Herren, Fehler kann überhaupt nur der machen, der arbeitet. Das muß man auch zur Kenntnis nehmen, und dann muß man schauen, daß man es besser macht, und das wollen wir so halten. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Herr Abgeordneter Mock! Das Bild, das Sie von Österreich heute gezeichnet haben, ist wahrhaftig nicht das Bild unseres Landes, wie es sich heute darstellt. Drei verlorene Jahre, sagen Sie? In diesen drei Jahren haben

wir in Österreich um 50 000 Beschäftigte mehr. Ist das so gar nichts in einer Zeit, in der in der ganzen Welt die Arbeitslosigkeit ein so großes Problem darstellt?

Oder: Wir haben heuer die höchste Steigerung der Kaufkraft der Menschen in den letzten fünf, sechs oder sieben Jahren. Ja ist das so eine Selbstverständlichkeit? Oder: Wir drücken die Inflationsrate auf 2 Prozent. Ist das nicht etwas, das man herzeigen kann, wenn man von diesen letzten drei Jahren spricht?

Wir haben weniger arbeitslose Bauarbeiter als im Vorjahr etwa zu diesem Zeitpunkt, um bei dem Vergleich mit den Bauarbeitern zu bleiben. Wir haben eine Exportsteigerung um fast 35 Prozent in diesem Jahr. Ist das eine Selbstverständlichkeit? Ist das etwas so Übles in diesen drei Jahren, die Sie beschrieben haben, Herr Abgeordneter Mock?

Die Industrieinvestitionen sind um 17 Prozent gestiegen, und die Erträge der Industrie sind außerordentlich gut. Das wird auch der Abgeordnete Taus heute bestätigen müssen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich gebe gerne zu, daß wir mit der Jugendarbeitslosigkeit als einem wirklich großen Problem zu ringen haben. Aber diese Aufgabe sozusagen nur als demagogische Vorstellung der Politik zu geben, das ist zuwenig. Wir wissen, daß wir noch nicht alles erreicht haben. Aber in Österreich haben wir jedenfalls eine weitaus geringere Jugendarbeitslosigkeit als in allen konservativ regierten Ländern in Europa. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ein Wort auch zur Budgetpolitik. Meine Damen und Herren! Wenn wir eine schärfere Konsolidierungspolitik am Beginn der achtziger Jahre oder nach 1983 in einer schwierigen weltwirtschaftlichen Situation gemacht hätten, als nur eine geringe Investitionsbereitschaft vorhanden war, dann hätten wir nie und nimmer in der Weise Anschluß an die Konjunktur gefunden, wie das bei uns in Österreich der Fall gewesen ist. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Noch etwas möchte ich sagen. Sie versuchen immer wieder, die siebziger Jahre und die Politik des damaligen Bundeskanzlers Kreisky in Mißkredit zu bringen, weil, wie Sie sagen, das Budgetdefizit gestiegen ist. Meine Damen und Herren! Gerade diese starke Anspannung des Budgets und die damit erreichten Ergebnisse waren doch ausschlaggebend dafür, daß Österreich in Wahrheit die

12430

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Weltwirtschaftskrise und ihre Folgen besser überwunden hat, als das überall sonst in der Welt der Fall gewesen ist.

Ich sage Ihnen noch einmal: Zu dieser Politik der siebziger Jahre bekenne ich mich voll und ganz. Diese Politik war richtig, so wie das Maßnahmenpaket, das Sie als ein schlechtes Paket, als ein Belastungspaket diffamiert haben (*Abg. Bergmann: Sparbuchsteuer!*), richtig gewesen ist. Die heutige Situation unserer Wirtschaft beweist die Richtigkeit dieser Politik. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir haben sicherlich viele Sorgen gehabt, wir haben natürlich viele Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, und neue Probleme haben sich ergeben. Aber noch einmal: Wir haben Anschluß an die Konjunktur gefunden ohne große Einbußen für unsere Menschen und ohne Sozialdemontage, wie sie in anderen, in konservativ regierten Staaten Europas vorgenommen wurde. (*Neuerlicher Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Jetzt einige Worte zum Weingesetz.

Meine Damen und Herren! Der von Ihnen ununterbrochen angegriffene Landwirtschaftsminister Haiden war es, der, als dieser Weinskandal, der wahrhaftig nicht der Regierung anzulasten ist, publik wurde, versucht hat, mit den Agrarreferenten der betroffenen Bundesländer den Schaden gering zu halten. Und was war der Dank dafür? Daß er als der Schuldige für den Weinskandal bezeichnet wurde. Das war der Beginn der Entwicklung, und Sie wissen das ganz genau! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir haben dann, als dieser Weinskandal aus Deutschland publizistisch zu uns gekommen ist, uns um ein neues Weingesetz bemüht. Wir sind zusammengekommen, und wie das nie vorher der Fall gewesen ist, wurde ein Gesetz vom ersten Tag an mit den Vertretern der Landwirtschaft, mit den Vertretern der Parteien, mit den Vertretern der Interessenorganisationen erarbeitet. Alle waren an einem Tisch, und alle haben wir uns damals vorgenommen: Wir brauchen ein strenges Weingesetz, weil das die Grundlage für die Zukunft unserer Weinwirtschaft in Österreich ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir haben sehr, sehr intensiv im Sommer darüber verhandelt. Aber, meine Damen und Herren, haben Sie schon vergessen: Ich habe es damals, als der Abgeordnete Mock zu mir gekommen ist, gesagt: Wir sind noch bei den Verhandlungen gesessen, da hat es schon die

Ankündigung und die Anmeldung der Demonstration des Bauernbundes gegeben. Das war der Beginn dieser ganzen Entwicklung, die wir heute haben.

Auf der einen Seite verhandeln wir ständig (*Abg. Bergmann: Das Gesetz ist schlecht!*), bei diesen Verhandlungen wird von Ihnen der Herr Landwirtschaftsminister bestens behandelt, immer wieder mit Freundlichkeit behandelt. Und kaum sind dann die Verhandlungen mit einer Einigung zu Ende gegangen, wird derselbe Landwirtschaftsminister draußen in der Öffentlichkeit in einer Weise diffamiert, die unerhört ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Abg. Bergmann: Das Gesetz ist schlecht!*)

Noch etwas, Herr Abgeordneter, sage ich Ihnen: Als das Gesetz beschlossen war und gesagt wurde, darin gibt es Schikanen und bürokratische Schwierigkeiten (*Abg. Bergmann: Schikanös ist das Gesetz!*), da hat man, meine Damen und Herren, und das mache ich Ihnen zum Vorwurf, von den Interessenorganisationen die Weinbauern nicht informiert, sondern in Wahrheit hat man ganz eindeutig eine verbale Hetze gegen dieses Gesetz betrieben. Das war der Grund dafür, daß die Stimmung immer schlechter wurde.

Wir haben in den letzten Wochen ununterbrochen gesagt — die Zeugen sitzen hier —, daß wir bereit sind, doch eine vernünftige Form der Exekution des Gesetzes zu suchen, zu verhandeln. Und wir waren ja bereit zu verhandeln. Ja, wir haben verhandelt!

Und dann kamen die Demonstrationen, und dann kam eine Demonstration in Nickelsdorf. Wer hat denn da demonstriert? Das waren nicht die Bauern, die von Ihnen vertreten werden, auch nicht die Bauern, die die sozialistischen Landwirtschaftspolitiker vertreten. Ich kann Sie nur warnen davor, diese Entwicklung so laufen zu lassen. Nichts gegen Demonstrationen, aber alles gegen Blockaden! Alles gegen Gesetzesbrüche! Wenn wir so beginnen, dann wird das böse enden in Österreich, das sage ich Ihnen! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) Sie, Herr Abgeordneter Kirchknopf, kennen ganz genau die Hintermänner dieser Demonstration. (*Abg. Kirchknopf: Auch Sie, Herr Bundeskanzler!*) Sie kennen sie ganz genau, und ich bin überzeugt davon, daß Sie genauso Angst haben vor diesen Kräften wie ich.

Herr Abgeordneter Mock, es war für mich ganz einfach unverständlich, daß Sie dorthin gefahren sind. (*Abg. Dr. Mock: Es war der Haiden auch dort!*) Wenn Herr Dr. Haider hin-

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

gefährten ist, dann ist das ein großer Unterschied. (*Rufe bei der ÖVP: Haiden!*) Ich kann nicht verstehen, daß man in diese Grauzone hingefahren ist und in Wahrheit jene letzten Endes in der Öffentlichkeit noch unterstützt hat, die ganz eindeutig und ganz klar gegen alle Verhandlungen und gegen die Vertreter unserer Bauern gehandelt haben, indem sie die Straßen dort blockiert haben. So kann in Österreich, in diesem Land der Sozialpartnerschaft — ich warne Sie — nicht Politik gemacht werden, sonst werden wir alles zerstören, was wir uns gemeinsam aufgebaut haben. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Abg. Dipl.-Ing. Flicker: Reden Sie mit dem Haiden einmal ein Wort! Es wäre gut, mit dem Haiden zu reden!*)

Was die Agrarpolitik betrifft, meine Damen und Herren: Sie wissen ganz genau, daß diese Agrarpolitik das Ergebnis einer langjährigen Zusammenarbeit ist. Wir haben das doch immer wieder alles gemeinsam beschlossen. Das System, das wir heute haben, das große Schwierigkeiten mit sich bringt und unter Umständen im nächsten Jahrzehnt so nicht wird bleiben können, ist ein System, das unter den gegebenen Umständen noch immer für die Bauern das beste ist.

Und bei allen Verhandlungen sagen Sie uns das doch.

Meine Damen und Herren! Es wird verhandelt — wie zuletzt über die Milch, 20 Verhandlungsrunden, dreimal bei mir! — bis zur letzten Minute, dann beschließen wir das gemeinsam. Und was ist die Folge? — Wieder Demonstrationen.

Und das, was ich verurteile — glauben Sie mir das —, ist die Hetze gegen den Landwirtschaftsminister, die in der Öffentlichkeit vorgetragen wird. (*Abg. Heinzinger: Der Minister ist unmöglich!*) Ich verwahre mich hier gegen diese unerhörte Hetze gegen Landwirtschaftsminister Haiden, gegen einen Minister, der von Ihnen bei den Verhandlungen ununterbrochen — ich sage das noch einmal — hofiert wird, als einer behandelt wird, der sehr wohl weiß, was für die Landwirtschaft notwendig ist. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

Meine Damen und Herren, wieder zu den Vertretern der Bauern auf Seiten der ÖVP gesagt. Sie reden immer von weniger Staat und von mehr privat. Wenn es irgendeinen Bereich in diesem Land gibt, der quasistaatlich ist, dann ist es der Agrarbereich. Auch das muß einmal festgehalten werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.*)

bei SPÖ und FPÖ. — Weitere Zwischenrufe bei der ÖVP.)

Es sind gewaltige Leistungen des Staates, die für die Landwirtschaft erbracht werden. Wir stehen dazu, weil wir glauben, daß dieses System weiterbestehen muß und daß wir, wenn wir etwas anderes schaffen wollen, wenn wir dieses Problem bewältigen wollen, noch lange gemeinsame Beratungen werden pflegen müssen. Ich bin hier durchaus mit dem Abgeordneten Graf einer Meinung: Das wird eines der schwierigsten Probleme in der Zukunft werden.

Meine Damen und Herren! Da wir über das Problem werden reden müssen, ganz gleich, wer in den nächsten Jahren regieren wird, ganz gleich, wer hier im Parlament sitzen wird, brauchen wir gerade im Bereich der Landwirtschaft eine gute Atmosphäre für die Gespräche. Lassen wir sie uns nicht zerschlagen, sonst werden wir niemals gemeinsam ein neues System erarbeiten können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.* — *Zwischenruf des Abg. Kirchknopf.*)

Hören wir doch endlich einmal auf, immer wieder alle gegeneinander auszuspielen. Jahr lang hat es keine Bauernversammlung des Bauernbundes gegeben, ohne daß nicht ununterbrochen über die sogenannten Milliarden der verstaatlichten Industrie geredet wurde. Meine Damen und Herren! Glauben Sie denn wirklich, daß sich die Arbeiter in den verstaatlichten Betrieben das auf Dauer gefallen lassen, daß sie nicht auch sagen werden: Es fließen ja auch Milliarden in die Landwirtschaft!

Wir, die wir da sitzen, wissen doch, daß in Wahrheit die Wirtschaft eine Einheit ist, daß für die Arbeiter im Mühlviertel, die in die VOEST fahren, die Landwirtschaftspolitik von großer Bedeutung ist, und daß letzten Endes für das, was wir für die Landwirtschaft tun, wichtig ist, daß unsere Wirtschaft floriert, und daß damit auch die verstaatlichte Industrie ein wichtiger, gut geführter Teil der Gesamtwirtschaft bleibt. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Herr Abgeordneter Mock, wenn Sie von der Solidarität mit den Arbeitern der verstaatlichten Industrie reden, dann ist das ein gutes Unterfangen und ein verbaler Zuspruch. Aber viel wichtiger wäre es gewesen, wenn Sie damals, als wir die Mittelzuführung für die verstaatlichte Industrie beschlossen haben, mit uns gegangen wären, denn das war die Grundlage dafür, daß wir heute überhaupt diese Betriebsstandorte halten können. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

12432

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

Sie sagen so leichtfertig, da wäre nichts geschehen, da gebe es keine Konzepte. Das VEW-Konzept 2000 haben wir in einer überaus schwierigen Phase gemeinsam erarbeitet, auch mit den regionalen Vertretern. Wir haben damals große Opfer auf uns nehmen müssen, auch politische Opfer, um das zu vertreten, in Ternitz und in anderen Standorten. (Abg. Dr. Blenk: *Die Sünden von 15 Jahren!*) Aber heute haben wir ein Konzept, das die Grundlage dafür bildet, daß ein so wichtiger Teil der verstaatlichten Industrie eine gute Zukunft haben wird.

Das ist ja ein Konzept, bedenken Sie das, Herr Abgeordneter Mock! Sie sagen so leichtfertig, da gibt es keine Konzepte. Erkundigen Sie sich einmal, was diese Arbeit gebracht hat und wie es heute durchgezogen wird, auch mit Schwierigkeiten für die Arbeiter, aber mit dem Ziel, daß hier in Zukunft wieder gute Arbeit geleistet wird. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Wir waren ebenso bestürzt wie Sie über die Spekulationsgeschäfte bei der VOEST. Wir lehnen das mit aller Entschiedenheit ab. Aber, meine Damen und Herren, wir haben niemals — wie das weniger hier im Haus als draußen bei vielen, vielen Versammlungen geschehen ist — deswegen die gesamte verstaatlichte Industrie verurteilt oder gar diffamiert. Ja, wir haben Konsequenzen gezogen, wir haben das ÖIAG-Gesetz beschlossen.

Meine Damen und Herren! Wenn ich daran denke, was Sie uns alles angekündigt haben, wie böse wir bei der Zusammensetzung des neuen Aufsichtsrates der ÖIAG sein werden, dann muß ich doch sagen: Sie können überhaupt nichts gegen die Zusammensetzung dieses Aufsichtsrates einwenden, der wirklich nach fachlichen Gesichtspunkten im Interesse einer guten Führung unserer verstaatlichten Industrie für die Zukunft zusammengesetzt wurde.

Und noch eines: Wir haben den Vorstand der VOEST ausgewechselt, wieder nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten, nach den Vorstellungen über die Leistungen, die dort erbracht werden müssen. Wir sind in der verstaatlichten Industrie auf einem guten Weg.

Es bleibt so, wie ich es in der Regierungserklärung gesagt habe — und ich glaube, daß ich da die Zustimmung der Wirtschaft finden werde —: Für uns ist die Industrie eine Einheit, egal ob es sich um den privaten oder um den verstaatlichten Teil handelt. Weil das so ist, müssen wir auch alles tun, daß ein so

wichtiger Teil der Gesamtindustrie, die verstaatlichte Industrie, aus den Schwierigkeiten dieser Jahre und Jahrzehnte herausgeführt wird, daß wir diese Betriebsstandorte halten, daß wir alles tun, um die Zukunft dieses wichtigen Bereiches unserer Wirtschaft zu sichern.

Stellen Sie sich vor, was es für den anderen Teil der Wirtschaft bedeuten würde, wenn die verstaatlichte Industrie in existentielle Schwierigkeiten käme. Das wäre unvorstellbar. Daher ist die Politik für die Verstaatlichte eine Politik für die gesamte österreichische Wirtschaft, zu der wir uns voll und ganz bekennen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Jetzt ein Wort zu dem, was zum Kurswechsel, zur Wende gesagt wurde. Meine Damen und Herren, da fragen wir wirklich: Was ist diese Wende? (Abg. Kraft: *Was haben Sie denn falsch gemacht?*) Wohin soll dieser Kurswechsel führen? Etwa weg von dem Sozialstaat, den wir uns geschaffen haben? Weg von der Arbeitsplatzpolitik, die heute Staatspolitik geworden ist? Weg von der Liberalität, die wir uns gerade in den siebziger Jahren in Österreich geschaffen haben, von einem viel freieren Geist für die Kunst, einem viel freieren Geist für die Wissenschaft? Weg von dieser Liberalität?

Oder weg von der Politik, die wir im Bildungsbereich gemacht haben, sodaß heute wirklich alle österreichischen jungen Menschen, wenn sie begabt sind, eine höhere Schule besuchen können? Sollen wir von dieser Politik weggehen? (Abg. Dr. Blenk: *Das haben aber nicht Sie erfunden! Das muß ich auch sagen!*) Das werden wir nicht tun. Und ich sage Ihnen: Diese Diskussion werden wir mit Ihnen in den nächsten Monaten mit aller Entschiedenheit und offensiv führen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Wollen Sie weg von den kostenlosen Schulbüchern und den Schülerfreifahrten, von den Stipendien und von den Universitäten ohne Numerus clausus? Wollen Sie weg von einer Politik, wie sie in der Lohnfortzahlung auch für Arbeiter im Krankheitsfall und durch die Arbeiter-Abfertigung zum Ausdruck kommt? Wollen Sie weg von einer Rechtspolitik, die völlig neue Grundlagen für die Frauen und für die Familien geschaffen hat? Wollen Sie weg von der Politik? — Nein.

Aber eines sage ich Ihnen: Auch uns genügt das nicht. Auch wir werden für eine Weiterentwicklung in der Politik eintreten, für eine Erneuerung in der Politik. Wir werden aber

Bundeskanzler Dr. Sinowatz

auch durchaus zugeben, daß wir da und dort nicht durchgekommen sind (*Ruf bei der ÖVP: Wo?*) und daß wir da und dort auch Fehler gemacht haben. Aber das wird die Grundlage dafür sein, daß uns letztlich die Wähler sagen werden: Jawohl, es mag schon sein, daß nicht alles gelungen ist, aber dieses Österreich kann man heute wirklich in der ganzen Welt herzeigen. Glauben Sie mir das! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ. — Zwischenruf des Abg. Dr. Schüssel.*)

Und noch eines sage ich Ihnen: Sie haben von der ersten Stunde an versucht, diese Koalition auseinanderzudividieren. Sie haben ununterbrochen davon geredet, daß es Krisen in der Koalition gibt. Jetzt arbeiten wir drei Jahre zusammen, und ich sage Ihnen, daß es eine gute Arbeit gewesen ist und daß wir diese Arbeit auch im vierten Jahr bis zum Ende der Legislaturperiode erfolgreich fortsetzen werden. (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir wollen gar keine Schaumschlägerei. Wir wollen arbeiten. Wir wollen nichts verschweigen, wir wollen die Probleme aufzeigen. Wir werden nichts versprechen, aber wir werden uns um Leistungen bemühen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte aus meiner Regierungserklärung einen Satz vorlesen, zu dem ich stehe und über den Sie gelächelt haben, den Sie diffamiert haben, weil das Wort „kompliziert“ darin vorgekommen ist. Ich weiß es schon, aber trotzdem stehe ich zu dem, was ich gesagt habe. Damals, 1983, und das gilt auch für das letzte Jahr dieser Regierung, das gilt auch für die Zukunft der Politik, wie ich sie mir vorstelle, habe ich gesagt: „... das alles ist sehr kompliziert, so wie diese Welt, in der wir leben und handeln, und die Gesellschaft, in der wir uns entfalten wollen.“

Ist sie nicht kompliziert, diese Welt, nach diesen Vorfällen in der Ukraine? (*Abg. Kraft: Für die Regierung zu kompliziert!*) Ist es nicht eine kompliziert gewordene Welt mit diesen Problemen der Hochtechnologie, mit den Problemen des Zusammenarbeitens? (*Ironiche Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich weiß schon, Sie machen sich lustig darüber, aber ich stehe zu dem.

Noch eines möchte ich wiederholen, was ich damals im Hohen Haus gesagt habe: „Haben wir daher den Mut, mehr als bisher auf diese Kompliziertheit hinzuweisen; zuzugeben, daß es perfekte Lösungen für alles und für jeden in einer pluralistischen Demokratie gar nicht geben kann.“

Das habe ich auch gemeint, als ich in der Stadthalle gesprochen habe. Auf dieser Basis, nämlich daß es perfekte Lösungen in der Politik nicht geben kann, bin ich auch bereit zu sagen: Jawohl, wir haben da und dort unser Ziel nicht erreicht. — Aber das halte ich für eine seriöse, für eine anständige und ehrliche Politik, meine Damen und Herren! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Wir werden natürlich keine Wunder wirken können. Wir wissen schon, daß wir es schwerhaben werden in den nächsten Monaten. Aber eben weil wir das einkalkulieren, habe ich die Zuversicht, daß wir in dem Sinne, wie wir dieses Österreich von heute geschaffen haben, arbeiten werden, heuer und auch im nächsten Jahr, und daß wir dann ein gutes Stück Arbeit für Österreich abschließen werden. (*Anhaltender Beifall bei SPÖ und FPÖ.*) 12.36

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet ist der Herr Abgeordnete Roppert. Ich erteile es ihm.

12.36

Abgeordneter Roppert (SPÖ): Frau Präsident! Geschätzter Herr Bundeskanzler! Herr Vizekanzler! Herr Bundesminister! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Die Debatte zu diesem Tagesordnungspunkt, die eigentlich den Wechsel im Bundesministerium für Landesverteidigung betreffen sollte, ist durch hochaktuelle Anlässe nicht nur in Österreich, sondern in ganz Europa aus verständlichen Gründen weit über den Ressortbereich hinaus ausgeufert. Vielleicht kann ich doch, wenn sich die Zwischenrufe und Emotionen, die die Ausführungen meiner Vorredner und auch die Rede des Herrn Bundeskanzlers hervorgerufen haben, gelegt haben, wieder zum eigentlichen Anlaßfall zurückkommen.

Ich weiß schon, Herr Abgeordneter Graf, daß die Rednerliste der Österreichischen Volkspartei selbstverständlich die Volkspartei selbst macht. Aber es sei mir schon auch gestattet zu sagen: Mir fehlen Namen auf dieser Liste, und nicht nur mir. Alle Mitarbeiter im Landesverteidigungsausschuß werden das feststellen. Mir fehlt der Kollege Kraft, mir fehlt der Kollege Professor Ermacora, mir fehlt der Kollege Koppensteiner und mir fehlt letztlich auch Herr Dr. Neisser. (*Zwischenruf des Abg. Dr. Neisser.*)

Geschätzte Damen und Herren! Es wird bestimmte Gründe haben, daß sie zu einem konkreten Tagesordnungspunkt nicht Stellung beziehen wollen. Und da Sie die Gründe nicht nennen, sei ein kleiner Hinweis gestat-

12434

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Roppert

tet, damit diese auch für alle erkennbar werden: Die Vorwahl von Graz ist 0 3 1 6. Vielleicht fragen Sie einmal nach, wozu Sie noch reden dürfen, und wozu Sie nicht mehr reden dürfen in der Landesverteidigung. (*Ironische Heiterkeit bei der ÖVP.*) Ich weiß schon, geschätzte Damen und Herren von der Österreichischen Volkspartei, daß Sie das nicht gerne hören. Aber die Pressemeldungen der letzten Tage lassen durchaus eine gewisse Berechtigung zu dieser Überlegung erkennen.

Meine Damen und Herren! Es ist in der Rede des Kollegen Graf und auch in einem Zwischenruf das Wort „Oscar“ gefallen. Ich darf für meine Fraktion festhalten, daß wir in diesem Hause für Leistungen keinen „Oscar“ und für die Beliebtheit auch keine „Bambis“ vergeben.

Wenn ich nun kurz zu meinem eigentlichen Ausführungen kommen darf, so möchte ich mich vorerst auf die drei Jahre Landesverteidigungspolitik unter Bundesminister Frischenschlager beziehen und hier einige Dinge anführen, die durchaus nicht in das Bild des Herrn Parteiobmannes Mock passen, der gesagt hat, es wären drei verlorene Jahre gewesen.

Herr Bundesminister Frischenschlager hat kurz nach seinem Amtsantritt eine Tat gesetzt, in einer gewissen Vorbereitungsphase noch von seinem Vorgänger, Bundesminister Rösch, eingeleitet, allerdings auch unter tatkräftiger Mitarbeit der Abteilung Wehrpol. Ich beziehe mich konkret auf die große Veranstaltung in Mauthausen. Er hat damit dieses Bundesheer politisch in die Öffentlichkeit geführt. Er hat mit dieser Veranstaltung in Mauthausen mehr als ein Symbol gesetzt. Er hat gezeigt, daß das österreichische Bundesheer mit dem verurteilungswürdigen Geschehen an dieser Städte überhaupt keinen Berührungs punkt hat. (*Beifall bei der SPÖ.*)

Er hat in der Folge in Wien, vor unserer Haustüre also, eine große Angelobung im Karl-Marx-Hof durchgeführt. Ich war damals mit dabei und konnte mich davon überzeugen, wieviel Anteilnahme, aber auch in welcher Größenordnung Ablehnung dieser Angelobungsfeier entgegengebracht worden ist, die an einer historischen Stätte für die Arbeitnehmerschaft Österreichs, vielleicht sogar ganz Europas stattgefunden hat.

Auch mit dieser zweiten Aktion hat Bundesminister Frischenschlager das österreichische Bundesheer in eine große Phase der politi-

schen Versöhnung mit der Gesamtbevölkerung Österreichs gebracht.

In diesen drei Jahren war das Budget der Landesverteidigung zweimal weit überdurchschnittlich. Einmal, als die Budgetwachstumsrate bei 6 Prozent gelegen ist, hat das Wachstum des Verteidigungsbudgets sogar mehr als 13 Prozent ausgemacht. Trotzdem, geschätzte Damen und Herren, ist mir noch gut in Erinnerung, wie die Wehrsprecher und die Bereichssprecher der Österreichischen Volkspartei von diesem Pult aus das Budget des Landesverteidigungsministeriums kritisiert haben, und zwar ohne Berechtigung, darf ich dazu sagen.

In diesen drei Jahren wurde der Ausbau unseres Bundesheeres mit seiner starken Milizkomponente weitergeführt, sodaß wir 1986 sagen können, die vorgegebene Zwischenstufe ist als Ziel erreicht worden. Wir haben sie mannschaftlich erreicht, bekanntlich sollten es 186 000 Mann sein, wir halten derzeit weit über 200 000 Mann. Und ich traue mich zu sagen — vielleicht mit der kleinen Einschränkung: fast —, wir haben diese Zwischenstufe auch materiell fast erreicht.

In diesen drei Jahren wurden Schwerpunkte gesetzt, die ich nur schlagwortartig erwähnen möchte. Wir haben ein Sanitätskonzept beim Heer eingeleitet. Daß dieses erfolgreich weiterläuft, zeigt die Tatsache, daß drei Jahre hindurch die Ansätze für das San-Konzept gewaltig gestiegen sind.

Wir haben schließlich — bekannt geworden durch eine Presse, die manchmal etwas voreilig und unüberlegt berichtet — für unser Milizsystem, für unser Landwehrkonzept, für unsere Raumverteidigung, für unsere festen Anlagen durch den Ankauf der sogenannten alten Centurion-Panzer eine hervorragende Waffe bekommen, um unsere festen Anlagen auch glaubwürdig bestücken zu können. Das wurde belacht, in der Berichterstattung lächerlich gemacht, so lange lächerlich gemacht, bis es gar nicht mehr möglich war, die Gesamtanzahl zu kaufen, die wir eigentlich für diesen Zweck vorgesehen hatten. Alle, die dabei tatkräftig mitgewirkt haben, die Medien mit eingeschlossen, sollten jetzt, nachdem eine Zeit verstrichen ist, vielleicht darüber nachdenken, ob sie da für Österreich sinnvoll oder vielleicht unsinnig gelacht haben.

Geschätzte Damen und Herren! Wir haben in diesen drei Jahren einen Landesverteidigungsplan schriftlich aufgelegt und auch ver-

Roppert

öffentlicht. Es gibt kein Land auf dieser Erde, das den Landesverteidigungsplan veröffentlicht, der Bevölkerung voll zugänglich macht und vielleicht noch — so wie wir — mit einem Preis von 90 S oder 95 S beim nächsten Buchhändler feil hält. Es gibt kein derartiges Land. Unser kleines Österreich ist auch in dieser Frage, in der Bereitschaft, glaubwürdig zu sein und auch zu sagen, wie, nämlich defensiv, modellhaft für Europa und vielleicht sogar darüber hinaus.

In diesen drei Jahren gab es auch personell ein riesiges Revirement, das wir in dieser Größenordnung im Heer noch nicht hatten. Von den fünf höchsten militärischen Beamten des österreichischen Bundesheeres sind vier ausgeschieden. Darüber hinaus gab es rund 80 personelle Veränderungen in der Dienstklasse VIII und adäquat, die gleichfalls in letzter Zeit erfolgt sind. Ich glaube, sagen zu können, daß das Bemühen, Kontinuität auch in der personellen Führungsstruktur zu erhalten, durchaus da war, wenngleich ich nicht verschweige, Herr Klubobmann Frischenschlager, daß einige personelle Entscheidungen bei etwas mehr Einfluß von unserer Fraktion anders ausgefallen wären, als Sie sie durchgeführt haben. Das möchte ich doch in aller Klarheit hier auch gesagt haben.

Geschätzte Damen und Herren! Es ist noch etwas in diesen drei Jahren eingetreten, worum eigentlich 20 Jahre hindurch von allen Fraktionen hier im Hause gekämpft worden ist. Bundesminister Frischenschlager war es schließlich, der die österreichische Militärluftfahrt in die Überschallgeneration führen konnte, und zwar durch den Ankauf der SAAB Draken-Flugzeuge, der Luftraumüberwachungsflugzeuge. Wir werden Gelegenheit haben, nachdem uns ja zwei Volksbegehren ins Haus stehen, darüber ausführlich zu debattieren. Ich darf das heute sehr kurz machen.

Es ist nur schade, daß einige Abgeordnete aus der Steiermark, die hier vor einiger Zeit so starke Töne gefunden haben, jetzt nicht im Saal sind, denn es ist ihnen sicherlich der militärische Zwischenfall zwischen den Vereinigten Staaten und Libyen noch deutlich in Erinnerung. Da von dieser steirischen Seite für die Draken immer nur die Worte „alt“, „Schrott“ und dergleichen mehr verwendet werden, darf ich hier sagen: Die Einsatzflugzeuge der Amerikaner, die von Großbritannien aus gestartet sind, die F 111, sind um einiges älter als die Draken, die wir beschaffen werden. Aber ich habe noch keinen Amerikaner sagen gehört, er fliege mit einem

Schrottflugzeug, wenn er in eine F 111 eingestiegen ist. Aber das werden wir uns für eine spätere Debatte noch vormerken dürfen.

Hohes Haus! Ich darf mich mit einigen Sätzen und Vorstellungen an die künftige Arbeit im Landesverteidigungsministerium halten. Ich möchte vorwegnehmen, daß der Wechsel im Bundesministerium für Landesverteidigung von der sozialistischen Fraktion, von den sozialistischen Abgeordneten hier im Hause voll akzeptiert wird. Ich darf von dieser Stelle aus auch sagen, was einige meiner Vorfriedner schon ausgesprochen haben: Ich als Sprecher der sozialistischen Abgeordneten wünsche dem neuen Herrn Bundesminister Dr. Krünes für seine Funktion und für seine durchaus nicht leichte Aufgabe einen vollen Erfolg in der restlichen Zeit dieser Legislaturperiode.

Wir erwarten von seiner künftigen Tätigkeit, daß die Umorganisierung weitergeführt wird, daß sich unser Heer weiterbewegen kann mit dem ersten Realisierungsschritt in Richtung Ausbaustufe. Wir wünschen uns — das ist heute schon einmal angeklungen —, daß mit Priorität am Bausektor das Kassen-Sanierungsprogramm beibehalten wird. Wir wünschen uns, daß die Novelle zum Wehrgesetz 1978, die ja im Hause schon vorliegt, eine Erleichterung bringt, nicht nur für die jungen Wehrmänner, sondern vor allem auch für die Wirtschaft, und zwar in der Hinsicht, daß wir eine Möglichkeit finden, diese Differenz zwischen den 6 plus 2-Monat-Dienern und den jetzigen 8-Monat-Dienern abzuschwächen, sodaß das Argument wegfällt, das den Jugendlichen bei der Arbeitssuche immer wieder entgegenstellt: Hast du acht Monate durchgedient, dann nehme ich dich, hast du nur sechs Monate gedient, dann habe ich für dich keine Verwendung, weil ich ja mit deinen kommenden Truppenübungen rechnen muß! 6 plus 2 und 7 plus 1 als neues Modell, das wäre für uns passend.

Wir meinen, daß wir auch dem Pillenknick begegnen müssen, um die Substanz des Heeres nicht auszuhöhlen. Wir werden Verständnis dafür haben, wenn der betreffende Paragraph im Wehrgesetz in dieser Richtung auf eine Tauglichkeit hinzielt, die es dem Heer ermöglicht, den jungen Wehrmann nach der Eignung, die er eben mitbringt, im Heer zu verwenden.

Geschätzte Damen und Herren! Wir Sozialisten werden so wie in der Vergangenheit hier im Hause der Landesverteidigung im engeren Sinne und der Sicherheit dieses Landes im

12436

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Roppert

weiteren Sinne weiterhin höchstes Augenmerk schenken. Wir werden die Arbeit in der Landesverteidigung mit Ruhe fortsetzen, wir werden uns durch keine Hektik, gezielt oder ungezielt von draußen hereingetragen, beirren lassen. Unter diesen Auspizien einer gut gemeinten, ernst gemeinten Zusammenarbeit wünsche ich noch einmal der neuen Ressortleitung für die letzten Monate in dieser Legislaturperiode einen vollen Erfolg. — Ich danke. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 12.50

Präsident Dr. Marga Hubinek: Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Dr. Taus. Ich erteile es ihm.

12.50

Abgeordneter Dr. Taus (ÖVP): Frau Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich habe den Ausführungen des Herrn Bundeskanzlers genau zugehört und konnte mich während seiner ganzen Rede nicht des Eindrucks erwehren, daß er hier wie die Inkarnation der Schwierigkeiten dieser Regierung gewirkt hat. Er hat in einer Art argumentiert, wie ich es eigentlich von einem Regierungschef dieses Landes schon lange nicht mehr gehört habe. Ich kreide ihm den Stil nicht an, der ist sein gutes Recht, aber jeder, der die Ausführungen gehört, jeder, der den Bundeskanzler gesehen hat, kann jetzt begreifen, in welch großen Schwierigkeiten sich diese Koalitionsregierung befindet.

Ich möchte Ihnen auch noch einige andere Fragen dazu stellen. In den letzten Tagen hat es eine Art selbstkritischer Welle in der Sozialistischen Partei gegeben, wo ununterbrochen gesagt wird, daß Fehler gemacht wurden. Ich möchte jetzt eine Frage an Sie richten, meine Damen und Herren von der SPÖ, insonderheit an den Herrn Bundeskanzler als Regierungschef: Auf der einen Seite haben Sie in einer langen Liste von Argumenten versucht, die Qualität der Regierungstätigkeit darzustellen, und auf der anderen Seite sprechen Sie davon, daß Fehler gemacht worden sind. Herr Bundeskanzler! Treten Sie aus diesem diffusen Fehlerbereich heraus und sagen Sie konkret, welche Fehler gemacht wurden. Wir wissen es noch immer nicht. Denn auf der einen Seite argumentiert die Regierung, daß ohnedies alles glänzend läuft — auf der anderen Seite beknirscht sie sich öffentlich über Fehler, die sie begangen haben soll.

Ich verstehe schon, daß die Lage für Sie schwierig ist. Ich verstehe ja auch noch etwas anderes, gerade bei diesem Bundeskanzler: Er hat ein Erbe angetreten, das ihm auf den Kopf fällt, und er ist nicht in der Lage, mit dieser Regierung die Probleme, um die es geht, zu bewältigen. Es sind keine leichten Fragen.

Ich war einer von denen, die ihm nicht ein einziges Mal wegen des Satzes in der Regierungserklärung, daß „alles kompliziert und schwierig ist“, einen Vorwurf gemacht haben. Im Gegenteil — das stellen Sie fest, wenn Sie in alten Protokollen nachlesen — : Ich war immer der Meinung, daß er recht hat. Es ist schwierig und es ist kompliziert.

Aber wo Sinowatz jetzt nicht recht hat, meine Damen und Herren, das sind die Schlußfolgerungen, die er aus diesen Schwierigkeiten zieht, und das ist der Weg, wie man aus diesen Schwierigkeiten herauskommen soll.

Meine Damen und Herren! Ich sage Ihnen gleich einleitend: Ich habe formal überhaupt nichts gegen jede Art von Regierungskoalition, überhaupt nichts. Eine Mehrheit im Parlament soll regieren, wie immer sie sich zusammensetzt. Ein demokratisch gewähltes Parlament hat das Recht, jede Regierung, die über eine Mehrheit verfügt, zu unterstützen. Daher ist auch vom demokratischen Standpunkt aus gesehen überhaupt nichts dagegen einzuwenden, daß der ehemalige Bundeskanzler und Parteivorsitzende Dr. Kreisky eine kleine Koalition mit den Freiheitlichen durchgeboxt hat. Überhaupt nichts ist dagegen einzuwenden! Nicht ein Satz!

Aber: Diese Koalition ist gescheitert, an der sachlichen Politik gescheitert. Das hat demokratiepolitisch keine Bedeutung, aber es hat eine politische Bedeutung für dieses Land. Diese Koalition, meine Damen und Herren, ist am Ende! Ihr kleiner Regierungspartner ist krisengeschüttelt, und Sie selber werden mit den Fragen in Ihrer Partei nicht fertig. Das ist doch das Problem, vor dem Sie stehen. Wir kennen doch all diese Probleme, wir sind seit 16 Jahren in der Opposition. Ich werfe Ihnen das gar nicht vor, weder hämisch noch sonstwie.

Jetzt steht der Bundeskanzler da und wird natürlich mit diesem Erbe, mit dieser Strategie, die er ererbt hat, nicht fertig. Dann kommt die Emotion, dann kommt der Zorn, dann kommt alles mögliche dazu; darunter die falschen Schlußfolgerungen.

Lassen Sie mich nur zwei Sätze sagen zu seiner einleitenden Bemerkung. Der Bundeskanzler hat meinem Kollegen Robert Graf Übermut und Überheblichkeit wegen dessen Rede vorgeworfen. Ich möchte dazu sagen: Ich habe den Eindruck, daß es weit über unsere Fraktion hinaus der Eindruck von der heutigen Rede des Kollegen Graf war: Das

Dr. Taus

war eine brillante parlamentarische Rede. Das war hervorragender Parlamentarismus, den er geboten hat. (*Beifall bei der ÖVP.*) Das war nicht Überheblichkeit, sondern es war ein Vergnügen, ihm zuzuhören, wenn er zufällig einer anderen Partei oder ich einer anderen Partei angehören würde, ich hätte das trotzdem akzeptiert. Das gehört zum Parlamentarismus, es ist das Salz des Parlamentarismus. Das macht ja erst, wenn ich das so sagen darf, die Diskussion aus. Es geht ja nicht so sehr darum, daß einer „herunterbetet“, was er sich überlegt hat und ähnliches mehr. Es war das einfach eine gute Rede, die weder übermütig noch überheblich war. Es tut mir leid, daß diese Kritik gefallen ist, weil man nämlich daraus ein Mißverständnis der parlamentarischen Diskussion herauslesen kann. Ich persönlich nehme das überhaupt nicht übel, weil ich das eben auf die Nervosität, auf die Schwierigkeiten, in denen sich der Kanzler befindet, zurückführe.

Lassen Sie mich nun zu den sachlichen Dingen, um die es hier ging, etwas sagen. Ich habe mich ja noch ganz selten in eine agrarpolitische Diskussion eingemischt, obwohl es mich interessiert, die Landwirtschaft ist eben ein wesentlicher Teil der Ökonomie. Ich möchte ein paar grundsätzliche Dinge dazu sagen.

Die agrarpolitische Diskussion in Österreich — ich beobachte sie, da bin ich ein Beobachter, keiner, der selbst dort tätig ist — geht seit Jahren in eine verkehrte Richtung, und zwar meiner Meinung nach aus zwei Gründen: aus sachlichen Gründen und, wenn Sie wollen, aus menschlich-emotionalen Gründen. Es gibt eine Bevölkerungsgruppe, nämlich die Bauern, die in den vergangenen 30 Jahren von etwa 30 Prozent Anteil an der Bevölkerung aus Strukturgründen auf zurzeit etwa 7 bis 8 Prozent der Bevölkerung geschrumpft sind. Das ist die größte strategische und strukturelle Änderung, die je eine Bevölkerungsgruppe, jedenfalls in überschaubaren Zeiträumen, in Österreich mitgemacht hat. Das ist ein Strukturwandel, der nach dem Krieg keine andere Bevölkerungsgruppe so sehr getroffen hat; nicht nur in Österreich, sondern auch in anderen westlichen Industriestaaten.

Wenn nun einer Gruppe so etwas widerfährt, meine Damen und Herren — ich sage: widerfährt —, wenn die Leute dort arbeiten — sie sind ja nicht schuld, daß es so gekommen ist, es ist das eine Entwicklung, der sie eigentlich nicht entkommen können —, dann ist es nur logisch, daß dort Emotionen hochsteigen,

daß es Angst vor der Zukunft gibt, Existenzangst. Die Leute arbeiten dort schwer.

Jetzt ist es dann das Problem der Politik, genau gegenüber einer solchen Gruppe eine besondere Sensibilität an den Tag zu legen. Was ich Ihnen von der Sozialistischen Partei vorwerfe, ist, daß Sie diese Sensibilität in dieser Frage völlig vermissen ließen! Sie haben die Bauern mit verschiedenen Maßnahmen in die Ecke getrieben, in der Art, wie Sie es „geschafft“ haben, nach diesen mühsamen Verhandlungen jedesmal das gleiche Theater bei der Prolongation der Marktordnungsge setze aufzuführen. Ich mache das jetzt seit ungefähr einem Vierteljahrhundert mit: Immer das gleiche Trara!, immer das gleiche Hickhack, immer das gleiche Hin und Her. Ja, meine Damen und Herren, was glauben Sie denn, die Bauern haben ja auch alle nur Nerven! Die Bauern lesen doch ununterbrochen: Das geht nicht, das geht nicht, und das geht nicht. Und dann müssen sie sich hier noch von Ihnen heute — ich bitte, das auch jetzt nicht mißzuverstehen, was ich sage — zynisch sagen lassen: In Wahrheit seid ihr „eh“ schon die „Verstaatlichten“, ihr seid die „wahren Verstaatlichten“. Ein solcher Prozeß des Strukturwandels geht ja gar nicht anders: Wenn man in einem Staat, der sich „sozial“ nennt, leben will, dann muß man diesen Menschen helfen.

Es ist doch überhaupt keine Frage, daß es nur so gehen kann. In keinem anderen Kulturstaat kann es etwas anderes geben, wenn man einen solchen Strukturwandel durchgezogen hat. Jetzt bleiben wir bei diesem berühmten Weingesetz. (*Abg. Dr. Schranz: Der Otto Bauer hat es in den zwanziger Jahren vorausgesagt, daß es so kommen wird!*) Ach Gott! Das haben viele gewußt. (*Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Schranz.*)

Herr Kollege Schranz, so wie in manch anderen Bereichen gibt es dort halt besonders stark das Problem, daß die Technisierung in einem abenteuerlich raschen Tempo erfolgt ist. Die Produktivität ist gestiegen, die Kapitalkosten sind natürlich hoch, weil man nur für kurze Zeit Maschineneinsatz hat, et cetera. Ich will jedoch jetzt keine ökonomische Vorlesung halten. Das Hauptproblem ist jedenfalls das, daß sich die Leute in Schwierigkeiten befinden.

Zum Weingesetz. Meine Damen und Herren! Die Arbeit der Weinbauern ist besonders schwer. Oft kann man mit Maschinen in manchen Lagen überhaupt nichts anfangen. Das geschieht alles mit der Hand, der spritzt noch

12438

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Taus

von Hand aus seinen Weingarten, schleppt das hinauf, und die Lese ist gleichfalls schwer. Also jeder, der sich auch nur ein bißchen dabei auskennt, weiß, daß all das nicht so leicht ist.

Ich persönlich stehe nicht an zu sagen: Als der Glykolskandal in Österreich bekannt wurde, war ich der letzte, der nicht gesagt hat, daß all diejenigen, denen das nachgewiesen wird, die dies gemacht haben, natürlich zu bestrafen sind. Das ist überhaupt keine Frage! Diese Pantischer haben ja ihrem Berufsstand große Schwierigkeiten gebracht.

Ich war ja schon viel weniger überzeugt, daß man sofort gesagt hat — und das war der erste taktische Fehler, vielleicht sogar strategische Fehler —: Wir brauchen ein neues Weingesetz, wir machen das strengste Weingesetz der Welt. Damit hat man zunächst einmal öffentlich signalisiert, daß wir vorher ein schlechtes Weingesetz hatten. Ein schwerer Fehler. Die Italiener, bei denen ganz andere Sachen, furchtbare Dinge, passiert sind, haben in manchen Bereichen gezeigt, wie das geht. (Präsident Dr. Stix übernimmt den Vorsitz.)

Meiner Meinung nach hätte man sagen können — ich habe mich aber nicht eingemischt —: Wir haben hier ein Weingesetz, dieses Weingesetz hat bestimmte Vorschriften, und wer sie verletzt, hat die Strafen dieses Weingesetzes zu gewärtigen. Ich wäre sogar soweit gegangen — wenn diese Straftatbestände vielleicht ein bißchen zu milde gewesen wären; ich weiß sie nicht auswendig —, zu sagen: Wir verschärfen vielleicht die Straftatbestände, aber nichts anderes.

Allein die Diskussion um das neue strenge Weingesetz hat die Weinwirtschaft zusätzlich belastet und hat sie auch um viele Jahre Bemühungen — man kann darüber reden, wie erfolgreich sie gewesen sind — gebracht, dem österreichischen Wein ein bißchen internationales Ansehen, sprich: internationalem Verkauf, zu verschaffen. Draußen hat man gesagt: Aha, die müssen jetzt ein neues Weingesetz machen! Sie wissen doch, wie das auf dem überfluteten Weinmarkt in Europa sofort ausgenutzt wird. Wenn man auch nur ein bißchen etwas vom Geschäft versteht, weiß man, wie so etwas funktioniert.

Dann kam dieses Gesetz, und es haben, soviel ich weiß, meine Parteifreunde lange Zeit an diesem Gesetz ordentlich mitgearbeitet. Ich habe es überhaupt für einen Fehler gehalten, von einem „neuen Weingesetz“ zu

reden. Das ist meine subjektive Meinung, aber ich bin ein frei gewählter Abgeordneter und sage es hier. — Sie haben mitgearbeitet.

Und dann hat sich dieses Gesetz — etwas, was passieren kann; es sollte nicht passieren — als ein administratives Monstrum erwiesen. Wenn am letzten Tag viele Änderungen — ich kann mich noch genau erinnern: 40 oder 41 Änderungen waren das — gekommen sind, und das in einer Stunde „zusammengefaltet“ wurde, ja, meine Damen und Herren, dann können Sie uns nicht vorwerfen, hier hätte jemand gehetzt. Soll ich Ihnen sagen, was meine Meinung ist? Die größte Hetze war dieses Weingesetz selber. Das muß man sich ja anschauen. Die Leute müssen mittun, die müssen das ja vollziehen. Das war ja unmöglich für sie. Und jetzt haben wir den Salat.

Was würde ich jetzt tun? — Der Herr Minister soll sich jetzt nicht gewissermaßen stückerkämpfen lassen, daß man das anders machen muß, sondern er soll im Sinne der Fehlereinbekennnis des Herrn Bundeskanzlers sagen: Wir haben uns geirrt, schauen wir uns das neu an und machen wir eine Novelle, die für uns alle vertretbar ist und die Qualität des österreichischen Weines sicherstellt! Das wäre doch die richtige Haltung gewesen, nicht dieses Zizerleis-sich-„zurückzipfeln“-Lassen, und damit noch etwas zu tun: die Vertreter der Mehrheit der Bauernschaft mit so einer Politik zu desavouieren. Denn die verlieren dann natürlich ihre Kompetenz gegenüber ihren Mitgliedern. Wenn Sie das wollen, gut. Aber da können Sie ihnen doch dann nicht vorwerfen, daß sie eine Gefährdung für den Staate darstellen. Das war schon zum größten Teil — ich bin immer vorsichtig — Ihre Schuld, die Schuld Ihrer Politik. Ein Fehler, den der Herr Bundeskanzler eingestehen sollte, wenn er schon von Fehlern redet, meine Damen und Herren! (Beifall bei der ÖVP.)

Das gleiche „Trara“ wird es möglicherweise auch anderswo geben. Ich möchte in die komplizierten Regelungen der Milchmarktordnung gar nicht „hineingehen“. Aber es können eben auch Fehler passieren, auch einem Verhandler auf unserer Seite kann so etwas passieren. Aber daß ein Bauer, wenn er seinen Eltern einen Liter Milch gibt, dafür 3 S Steuer zahlen muß, meine Damen und Herren, und daß das den aufregt, nachdem die Bauern das seit Jahrhunderten getan haben auf den Höfen — ja, da kann man doch nicht sagen: Justament, so geht das, so muß das sein. — Ja wohin treibt man denn dann diese Bauern? (Beifall bei der ÖVP.)

Dr. Taus

Dann setzt man sich halt wieder zusammen und sagt: Okay, haben wir nicht gesehen, müssen wir leider überprüfen. Das müssen vielleicht auch Kollegen von uns sagen, die verhandelt haben. Das kann immer passieren. Ich bin schon bei vielen Verhandlungen gewesen, wo wir uns sehr bemüht haben, und nach einem Jahr oder so sind wir draufgekommen: Der Teufel soll's holen, das haben wir übersehen.

Das heißt Fehler einbekennen, das ist das Korrektiv der Demokratie. Aber hier ein politisches Theater zu machen und einer großen Partei, die sich trotz aller Schwierigkeiten 16 Jahre — das ist nicht leicht — als Opposition korrekt verhalten hat, vorzuwerfen, sie hetze auf, das ist doch eine unsinnige Geschichte. Das vertieft doch höchstens die Gräben zwischen uns. Und genau das ist es, was wir in den nächsten Jahren überhaupt nicht brauchen werden! (Beifall bei der ÖVP.)

Ich komme jetzt zum nächsten Fehler. Der Herr Bundeskanzler spricht zwar von Fehlern, sagt aber, es war immer alles brillant, was hier geschehen ist. Herr Kollege Wille hat gesagt, er könne die Verstaatlichte hier nicht anziehen, mein Freund Robert Graf ist ganz kurz darauf eingegangen, und der Herr Bundeskanzler hat sich mit ihr im breiteren Ausmaß beschäftigt.

Lassen Sie mich hier auch ein paar grundsätzliche Dinge sagen, die ich nicht berührt hätte, wenn es nicht eine diesbezügliche Diskussion hier gegeben hätte. Meine Damen und Herren von der Sozialistischen Partei! Sie sind in der Verstaatlichte auf einem gefährlichen Weg. Lesen Sie die Protokolle nach! Ich habe es nie gern, wenn einer sagt: Ich warne Sie! — So etwas sage ich nie. Das ist nichts, das „Ich warne Sie“!

Ich sage es Ihnen aber heute, weil mir im Moment noch nichts Besseres einfällt: Ich warne Sie vor diesem Weg, den Sie hier gehen. Wir haben Sie von der ersten Stunde an gewarnt vor diesem Weg. Von der ersten Stunde an! Wir haben von der ersten Stunde an gesagt, und zwar mit unserer Ablehnung der 16,6 Milliarden Schilling an die Verstaatlichte. Ich stehe dazu, daß es mein Freund Robert Graf und ich gewesen sind, die gesagt haben: Nein, da gehen wir nicht mit. Aber nicht, weil wir etwas gegen die Verstaatlichte haben, sondern um zu demonstrieren, daß der Weg, den Sie dort gehen, falsch ist. Das war der Grund, warum wir nein gesagt haben. Wir sind ja von den Ereignissen weit übertroffen worden. Wir haben geglaubt, in drei oder vier

Jahren werde das Geld verbraucht sein. Es hat, glaube ich, keine zwei gedauert, bis das Geld weg war, und es ist nichts geschehen.

Jetzt sage ich Ihnen, warum ich Sie davor warne, und ich muß Sie bitten, mir jetzt ein bißchen zuzuhören. Ich habe immer hier mit Fug und Recht gesagt: Wir sind für die Sanierung der Verstaatlichten. Sanierung heißt, daß die Unternehmen wieder ertragreich gemacht werden müssen. Es gibt viele Leute, die sagen: Wozu brauchen wir überhaupt Sanierung? Da sind viele Unternehmungen da, es zahlt sich ja überhaupt nicht mehr aus, daß wir dort noch Geld hineinstecken. — Solche Meinungen gibt es.

Meine Damen und Herren! Ich habe noch nie in meinem Leben über ein Vier-Augen-Gespräch öffentlich gesprochen, aber ich sage Ihnen: Es gibt Vier-Augen-Gespräche auch mit Herren von Ihrer Seite — gar keine Politiker, aus dem Wirtschaftsbereich —, die ich gut kenne, die diese Meinung vertreten und sagen, in manchen Punkten sei Hopfen und Malz verloren. Das gibt es. Sie werden aus mir nie herauskriegen, wer wo wann so etwas sagt. Ich sage nur: Solche Meinungen gibt es; Sie werden es selber wissen.

Ich sage, das ist unmöglich — abgesehen von meiner persönlichen emotionalen Bindung, die ich nie gelegnet habe. Diese Verstaatlichte ist leider viel mehr für dieses Land, als man nach dem ersten Anschein meinen könnte. Ich habe das noch nie hier gesagt, ich werde es auch nicht sehr detailliert sagen, aber viele werden sich auskennen.

Sie schleppen diesen Konzern eine Reihe von Jahren im Bereich der Insolvenz durch die ökonomische Landschaft. Das heißt, in Wahrheit müßte man hier nach den Regeln des Insolvenzrechtes Österreichs seit vielen Jahren Maßnahmen treffen. Es mußten immer nur viele Milliarden nachgeschoben werden, um die Gruppe überhaupt am Leben zu erhalten. Es war eine Bluttransfusion, um sie am Leben zu erhalten, nicht um die Lage dort zu verbessern.

So etwas hat natürlich Folgen bei so großen Betrieben, und diese Folgen sehen Sie. Diese Betriebe haben im wesentlichen kein Eigenkapital mehr, sie sind aber natürlich finanziert, sonst könnten sie ja nicht weiterleben. Da drinnen stecken Milliarden und Abermilliarden an Krediten, die zum überwiegenden Teil von österreichischen Institutionen gegeben werden. Ein erheblicher Teil der Zinserträge bedeutender österreichischer Kreditin-

12440

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Taus

stitute kommt aus der Verstaatlichten. Darum sind auch Robert Graf und ich so für das neue Kreditwesengesetz. Das hat ja alles Gründe, und ich bin bereit, sie zu erklären.

Meine Damen und Herren! Wir können die Verstaatlichte nicht fallenlassen, das ist eine nationale Frage. Ich habe es einmal hier als nationales Problem definiert. Ein paar von Ihnen haben protestiert, es hat Zwischenrufe gegeben und was weiß ich alles; ich bin darüber hinweggegangen.

Aber jetzt, weil sich der Bundeskanzler noch einmal so draufstürzt und sagt, wie herrlich das alles geht, sage ich es Ihnen: Wir können sie nicht fallenlassen, das reißt zuviel für dieses Land mit; allein 80 Milliarden — es kann ja jeder nachrechnen, das ist alles veröffentlicht — Kredite aus dem österreichischen Bereich.

Schauen Sie sich an, wie groß der Kreditapparat ist, schauen Sie sich das Eigenkapital an! Da ist nichts drinnen. Das heißt, wir sind in einer Zwangslage in diesem Bereich. Wir müssen sanieren. Selbst die entschiedensten Gegner der Verstaatlichten müssen das akzeptieren, weil das weit über den Bereich dieses Konzerns hinausgeht, was passieren kann, wenn hier nicht saniert wird. Das hat seinerzeit die berühmte Salcher-Erklärung, die auch in der Öffentlichkeit bekannt ist, demonstriert, eine Art von Patronanzerklärung gegenüber dem Kreditapparat, zu sagen: Na ja, es wird dort „eh“ nichts passieren — wie immer das rechtlich zu qualifizieren ist. Da liegt doch das Problem, in dem wir stehen.

Was bedeutet, all das vorausgesetzt, all dies? — Das bedeutet, meine Damen und Herren, daß Sie besonders sorgfältig dort vorgehen müssen. Jetzt erhebe ich einen Vorwurf an die handelnden Personen in der Regierung, insbesondere an den Herrn Bundeskanzler, natürlich auch an den Herrn Verstaatlichtenminister: Sie gehen nicht sorgfältig vor! Die Verstaatlichte befindet sich heute nach meinem persönlichen Urteil — widerlegen Sie es — in einem Zustand, in dem sie sich noch nie befunden hat. Und diese sogenannte Reform, die Sie ihr verpaßt haben, entwickelt sich mangels Kompetenz für die Durchführung einer solchen schwierigen Aufgabe zu einem Desaster für die österreichische Wirtschaft. Jetzt sage ich Ihnen auch, warum.

Robert Graf hat zufällig die Elin angezogen, ich kann auch andere Firmen nennen. Da gehen jetzt die Leute gewissermaßen mit der Sense durch die Verstaatlichte und schlagen

Managerköpfe ab, überall und völlig ungeregt. In einem Monat oder was weiß ich wann ist der Elin-Vorstand fällig, die diesbezüglichen Verträge sollten prolongiert werden. In der Zeitung liest man, von den Verantwortlichen gesagt: Ja, die Herren, die werden da alle amoviert. Weg mit ihnen, nicht wahr? Aber die neuen haben wir noch nicht, die suchen wir gerade.

Da gibt es sogenannte Kopfjäger (*Abg. Dr. Zimmayr: Da sind solche Dilettanten am Werk, das ist eine Katastrophe!*), die um viel Geld durch die Gegend marschieren und schauen, daß sie irgendwelche Leute finden. Da werden Krethi und Plethi angeredet; ich weiß ja, wie solche Dinge vor sich gehen, ich bin im Geschäft. So wird das gemacht.

Herr Bundeskanzler, Sie sind zwar nicht da, aber ich hoffe, Sie hören mich: Stoppen Sie doch diese Entwicklung! Fallen Sie doch den Leuten in die Hände! Da passieren ja Fehler! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Was glauben Sie, was in solch einem Betrieb los ist, wenn man da sagt: Ach, so ist das, die nehme ich beim Krawattl, Schädel ab und weg!, was glauben Sie, wen Sie da kriegen? — Die Beschickung der Endlagerstätte kriegen Sie. Einen, der sagt: Mir ist das eh Wurscht, ob ich dort hingeho oder nicht. Ich kriege noch einmal einen gesunden Vertrag. Geht es nicht, dann gehe ich wieder fort, und die Geschichte ist erledigt.

Das ist doch das Problem! Sehen Sie das nicht? Es sind keine schlechten Leute, die da kommen. Kein Wort gegen die Personen. So etwas haben Sie von mir hier nicht gehört. Ich habe gewisse Vorbehalte gemacht, das können Sie nachlesen.

Das geht doch so nicht! Ich kann doch nicht hergehen und einen Head-hunter beauftragen, ihm ein paar Millionen Schilling zahlen und sagen: Bringe mir ein neues Management! — Ich kann doch nicht so von überall her Consulting Companies holen und sagen: Organisiert mir die Firma! — Ja das geht doch nicht! Spüren Sie denn nicht, wie tief Sie die Leute verunsichern?

Die machen ja auch kein Geschäft mehr. Ja wer unterschreibt denn noch etwas und geht ein Risiko ein, wenn es so zugeht? Ja wer traut sich denn da überhaupt noch etwas zu tun? Die wären ja blöd. Das ganze mittlere Management sagt: Ich bin doch nicht verrückt, ich gehe doch kein Risiko mehr ein! Ja sehen Sie nicht, was Sie dort anrichten? —

Dr. Taus

Jetzt komme sogar ich einmal in Emotion, das passiert mir nicht oft. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Das ist ja ein Wahnsinn! Das sind die Fehler! Das sind die Fehler dieser Regierung, denn Sie haben das gemacht, meine Damen und Herren! Sie! Sie verantworten die Verstaatlichte jetzt! (*Beifall bei der ÖVP.*) Sie verantworten dieses Desaster! Sie! Ausschließlich Sie, denn Ihre blauen Partner zähle ich nicht in Ihrem derzeitigen Zustand! Sie zähle ich! Das ist das Problem. (*Abg. Mag. Brigitte Ederer: Was machen Sie, wenn Manager nicht erfolgreich sind? — Abg. Graf: Das haben wir Ihnen ja gesagt!*)

Meine sehr geehrte Frau Kollegin! Das sage ich Ihnen. Erstens: Wenn ich sie ablöse, dann tue ich es nicht laut. Zweitens: Nicht Schädel ab für die ganze Partie, denn das geht nicht. Das heißt, ich werde keine Opfer schaffen, sondern schauen, wo ich einen finde, der dazupasst. Es wäre doch gelacht, wenn ich nicht aus der Mannschaft einen finde. Nach 16 Jahren Regierung ist das große Gejammer jetzt da, in Österreich gebe es keine Manager. Ich habe es Ihnen eh schon einmal hier vorgeworfen, ich will mich nicht wiederholen.

Das ist doch das Problem, vor dem Sie stehen! Man kommt von überall her mit einem Head-hunter und zieht sie heran. Ich kann hier und da einmal einen Head-hunter verwenden — hie und da —, aber das darf ich doch nicht zum Regelfall machen. Die Personalpolitik, die Entscheidung, wer führt, ist doch die oberste Entscheidung der Eigentümergremien, die darf ich mir doch nicht aus der Hand nehmen lassen! Das ist meine Verantwortung. Ich bin schuld. „Culpa in eligendo“ haben die alten Römer das genannt. Eine entscheidende Frage!

Ich habe überhaupt nichts gegen Ausländer. Überhaupt nichts! Ich wiederhole es hier zum x-ten Mal bis zum Überdruss: Wir — ich sage ausdrücklich: wir, die Österreicher — haben die Verstaatlichte in den Dreck geführt. Sie mit Ihrer Politik tragen die Hauptschuld. Wir haben nie eine Mitschuld abgestritten. Nie! Deshalb müssen wir sie da herausholen, nicht andere. Wir erklären unsere Unfähigkeit, wir stigmatisieren uns industriepolitisch, wenn wir die Sanierung nicht selbst schaffen. Das ist doch das Problem, vor dem wir stehen. Das dürfen wir nicht!

Daher sage ich Ihnen — ich höre schon mit der Verstaatlichten auf —: Hören Sie auf mit dieser Politik! Fallen Sie den Leuten in die

Arme, die haben die Contenance verloren, so wie das Ihrem Bundeskanzler heute hier fast passiert wäre! Ich sage, „fast“ wäre es ihm passiert. Sie haben die Contenance verloren bei den Handlungen, aus der Angst heraus, die es dort gibt.

Sie ruinieren jetzt endgültig diese Betriebe! Das sage ich Ihnen hier: hic et nunc. So schlecht sind die Belegschaften nicht, dort gibt es viele gute Leute. Wurscht, welche Farbe die Leute haben, ich rede überhaupt nicht von Politik.

Das war das, was Robert Graf und ich immer gesagt haben. Wir machen mit! Wir tragen Mitverantwortung, die Hauptverantwortung haben Sie. Wenn wir regieren sollten, dann werden wir sie haben, das ist gar keine Frage. Nein, justament nicht, ich beklage es nicht. Parteipolitisch — ich wiederhole es noch einmal — ist das eine Supersituation für uns, nicht staatspolitisch und nicht für diese Gruppe.

Nächster Punkt: Budget. Ich hätte jetzt nicht darüber geredet, wenn es der Bundeskanzler nicht angeschnitten hätte. Wie ist das mit dem Budget?

Meine Damen und Herren, ich muß Ihnen sagen: Ich war derjenige, der hier gesagt hat: Ich kann gegen den Dr. Vranitzky sachlich nichts sagen. — Ich bekenne mich dazu; das kann ich nicht. Aber drei gute Jahre — und die Budgetsanierung ist nicht begonnen! Das Defizit wird heuer nach drei Konjunkturjahren einen weit höheren Anteil am Sozialprodukt haben als vor drei Jahren. Der steigt schon wieder.

Jeder, der sich ein bißchen auskennt, weiß, wir sind in einer fatalen — ich sage das ausdrücklich so — Budgetfalle. Die Ergiebigkeit des österreichischen Einnahmensystems geht zurück. Die Steuereinnahmen der ersten drei Monate dieses Jahres waren kläglich. Das holen Sie nicht mehr auf. Sie werden möglicherweise — möglicherweise! — nicht mehr die Prämialen erreichen. Wenn ich es noch richtig im Kopf habe, so sollen die Ausgaben heuer um 6,4 Prozent steigen und die Einnahmen um 5,1 Prozent. Sie holen das nicht mehr!

Erster Punkt: Sie müssen vor der Wahl irgend etwas machen: Eyewash für die sogenannte Lohnsteuerreform oder Lohnsteuersenkung, oder nennen Sie es, wie Sie wollen. Irgend etwas werden Sie machen müssen. Das wird Sie ein paar Milliarden kosten, das ist gar keine Frage.

12442

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Taus

Jetzt sage ich Ihnen noch etwas: Ein seriöses Budget vor einer Wahl bringt der Finanzminister nicht mehr fertig. Er kann es nicht mehr. Die Daten sind gegen ihn. Daher meine nächste Frage: Sie müssen wählen, und zwar im Herbst. Es wäre besser, wenn Sie es tun würden. Vielleicht ist es für meine Partei schlechter, wenn Sie im Herbst wählen, aber für das Land ist es besser. Sie bringen kein Budget mehr zustande. Denn wenn Sie ein Budget machen wollen mit den Ausgangspositionen, die Sie jetzt haben, und mit dem, was jede Partei vor einer Wahl tut: Um Gottes willen niemandem mehr weh tun, dann kriegen Sie, meine Damen und Herren, das nicht mehr hin. Das werden 120, 130 Milliarden Schilling Defizit sein, damit trauen Sie sich doch nie vor den Wählern zu treten. Dann werden Sie ein Flickwerk machen, werden Rückzahlungen verschieben, werden da verschieben und werden dort verschieben, werden da oder dort zaubern. Dann wird es eine Mordsdiskussion über die Richtigkeit der Zahlen geben. Was soll denn das? Sie kriegen es nicht mehr hin. Sie haben die Konjunktur für die Sanierung des Budgets versäumt, meine Damen und Herren! Aus! Punkt! Das ist es!

Es hieß: Wie schön ist unser Österreich! Das ist ja auch schön. Meine Damen und Herren! Wir befinden uns seit drei Jahren, das vierte Jahr in einer guten Konjunkturlage. Wenn Sie viel im Ausland sind — ich bin gezwungen, das beruflich zu sein —, dann sehen Sie es ja. Es geht überall tadellos, überall geht es hinauf. Auch die österreichische Industrie, da gebe ich Ihnen schon recht: Wir verdienen nicht sensationell, aber es geht. Wir können investieren.

Aber unsere Konkurrenz verdient leider besser. Wir werden das konkurrenzpolitisch spüren, in den Investitionen werden wir das spüren. Wir sehen ja, was die an Technik in ihre Werke hineinstopfen. Wir haben auch eine ungeregelte Umweltdiskussion, die dort ansetzt und da ansetzt und die die handelnden Personen einfach verunsichert. Das ist auch eine Frage, um die es geht.

Natürlich geht es ganz gut. Wir sind im internationalen Konjunkturzug mitgefahren. Sicher! Und Gott sei Dank gibt es weite Teile der österreichischen Wirtschaft, denen es recht gut geht. Was ja nicht heißt, daß es nicht große Schwierigkeiten in anderen Fragen gibt.

Damit komme ich zum letzten Punkt, zum Kreditwesengesetz. Wir sind einigungsbereit, wir haben das seinerzeit, im Jahre 1979 — Sie

werden sich daran erinnern können — behandelt. Schauen Sie, das KWG kratzt eh niemanden in der Öffentlichkeit, daher kann man es in vernünftiger Weise machen, es geht ja dabei nicht um große politische Fragen. Wen interessieren schon Liquidität und Großveranlagung und Kleinveranlagung, wen interessiert das? Daher kann man versuchen, das soweit wie möglich vernünftig zu machen. Warum?

Meine Damen und Herren! Vergessen Sie es nicht, ich muß es Ihnen hier sagen: Wir mußten ja schon die beiden verstaatlichten Großbanken sanieren. Das ist ja eine Frage der Vertrauensbasis, die hier gegeben werden muß, und die kann man nur so erreichen, indem man hergeht und sagt: Wir schaffen eine bessere Eigenkapitalbasis! Das ist der Grundgedanke, dem wir immer zugestimmt haben.

Daher werden wir uns dort sicherlich einigen können. Es wird aber viele Fragen geben, über die wir reden müssen, aber rein sachliche, sie haben mit Parteipolitik überhaupt nichts zu tun, sie haben sicher mit der Ordnungspolitik etwas zu tun. Da gehen sicher dann die Fronten querbeet durcheinander. Wir werden sicherlich versuchen, eine Einigung zu erreichen.

Aber nun, meine Damen und Herren, lassen Sie mich wirklich zum Schluß kommen. Ich möchte nur noch zwei Kleinigkeiten erwähnen.

Ich möchte etwas zum Herrn Abgeordneten Wille sagen, weil mich ein paar Dinge in seinen Ausführungen irritiert haben. Ich habe ihm wie immer genau zugehört. Er hat ein Bild gezeichnet so quasi vom Staat, von weniger Staat, den man ohnedies nicht braucht. Er hat so das Bild gezeichnet: Was brauchen wir denn ein Weingesetz? Darauf sollen die Genossenschaften schauen, und ähnliches. — Nun, die Genossenschaften haben kein Weinmonopol; das möchte ich dezidiert hier sagen.

Meine Damen und Herren! Nur damit Sie unser Staatsverständnis verstehen: Wir sind nie eine Partei gewesen, die auf dem Boden der Theorie des Nachtwächterstaates gestanden ist. Wir sind der Auffassung, daß der Staat seine wichtigen Funktionen hat, seine Ordnungsfunktionen hat, auch seine Lenkungsfunktionen, das haben wir nie geleugnet. Wir sagen nur immer: Der Freiheitsspielraum für den Menschen soll halt so groß wie möglich sein.

Dr. Taus

Ich komme nun zur Frage der Eigenvorsorge. Ich stehe, man kann sagen, nahezu bedingungslos, nein, bedingungslos, auf der Sicherung durch ein soziales Netz. Das Risiko des Alters, der Krankheit, auch der Arbeitslosigkeit muß kollektiv abgesichert werden.

Aber eine Erklärung des Kollegen Wille — ich hoffe, er hat sie nicht bis zu Ende gedacht — war gefährlich. Er hat gesagt: Es ist ein Mist — ich habe es mir extra herausgeschrieben, ich habe viele Sachen herausgeschrieben —, er hat gesagt: Die Eigenvorsorge ist ein Mist.

Ich bin kein Fanatiker der Eigenvorsorge, aber das läßt ja tief blicken, meine Damen und Herren! Unsere Partei, vor allem der Teil der Partei, aus dem ich komme, wir standen immer auf dem Boden einer breiten Eigentumsbildung. (Abg. *Par n i g o n i*: *Gibt es da mehrere in Ihrer Partei?*) Aber selbstverständlich! Eine so große Partei muß doch eine Breite haben. Entschuldigen Sie, wir sind doch keine Papageien, daß jeder dasselbe sagt! (Beifall bei der ÖVP.) Das ist unsere Meinung, selbstverständlich!

Das Schrecklichste für eine Demokratie ist, wenn so gewissermaßen alles ohne Diskussion aus einem Guß geht. So „befiehl, wir folgen“, das geht nicht mit uns. Bei uns muß man diskutieren. Das hat jeder, der bei uns eine führende Position hat, am eigenen Leib erlebt. Das ist für das Land nicht schlecht, meine Damen und Herren!

Aber jetzt kommen wir zu dem Eigentumsproblem. „Eigenvorsorge ist Mist“ könnte bedeuten, daß Eigentumsbildung auf breiter Basis auch Mist ist, denn Eigenvorsorge ist eine Art Eigentumsbildung. Klubobmann Wille hat es sich sicher nicht zu Ende überlegt. Das heißt also, wir stehen auf dem Standpunkt — und da gibt es vielleicht eine große Diskrepanz zwischen uns —, daß möglichst viele Menschen — wenn es geht, alle; wird nie gehen, perfekte Lösungen gibt es nicht — Eigentum bilden sollen, daß ihnen die Gesellschaft, der Staat, die Ordnung das ermöglichen und es ihnen auch sichern sollen. Darauf kommt es an. (Beifall bei der ÖVP.) Nicht einige wenige! Die breite Masse, die breite Streuung ist entscheidend. Erst jetzt, in einer freien Wirtschaft, in einer freien Gesellschaft sind Sie draufgekommen, wie wichtig das ist in der ganzen Eigenkapitaldiskussion. Es ist das Resultat der Vernachlässigung des Gedankens durch Ihre Partei, daß wir jetzt diese Zores haben, daß wir jetzt nachvollziehen müssen.

Daher bin ich da sehr vorsichtig und würde dem Kollegen Wille hier heftigst widersprechen.

Es gäbe noch viele Dinge zu erwähnen, ich möchte das begrenzen, ich möchte abschließend sagen:

Meine Damen und Herren! Ich halte die bisherige heutige Diskussion für keine schlechte Diskussion. Sie hat gezeigt, wie die Dinge in Österreich stehen. Ich halte sie für eine Diskussion, die dem Bürger, wenn er sie verfolgt, die Möglichkeit gibt, zu sehen, was die großen Kräfte, die politischen Kräfte in diesem Land wollen. Sie hat vieles dazu beigetragen, das eine oder andere klarzumachen, sich ein Bild über den Zustand der Parteien zu machen, sich ein Bild über ihre Vorstellungen zu machen, sich ein Bild über Personen zu machen, und das ist ja schließlich und endlich der Sinn von parlamentarischen Debatten. — Danke schön. (Beifall bei der ÖVP.) ^{13.25}

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Lichal.

^{13.25}

Abgeordneter Dr. Lichal (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Als es am Dienstag den Wechsel gegeben hat, die Amtsübergabe im Verteidigungsministerium in der Militärakademie in Wiener Neustadt, ist bei der Rede des scheidenden Ministers Frischenschlager die Flagge ohne Zutun eines Menschen auf halbmast gegangen. (Heiterkeit bei der ÖVP.) Das wurde repariert. Als dann der neue Verteidigungsminister Dr. Krünes das Wort genommen und seine Antrittsrede gehalten hat, ist ohne Zutun irgendeines Menschen die Flagge wieder auf halbmast gesunken. (Neuerliche Heiterkeit bei der ÖVP. — Abg. *B e r g m a n n*: *Da war schon der Trauerflor drauf!*)

Meine Damen und Herren! Das zeigt deutlich, daß kommen und gehen kann in dieser Regierung, wer will — die Politik ist immer auf halbmast! (Erneute Heiterkeit und Beifall bei der ÖVP.)

Welche falschen Überlegungen angestellt werden — sicher steht es mir nicht zu, Ihnen Ratschläge zu geben (Abg. *P r o b s t*: *Also lassen Sie es sein!*) —, hat auch diese Diskussion gezeigt, meine sehr verehrten Damen und Herren. Und wenn Sie, Herr Abgeordneter Probst, einmal mithören und mitdenken würden, könnte es Ihnen auch nicht schaden.

12444

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Lichal

Man ist draufgekommen, daß eigentlich diese Irritationsgruppen, die es in Österreich gibt, ob das die Informatikstudenten sind, ob das die Mediziner sind, ob das Beamte sind wegen der Ruhensbestimmungen oder wie jetzt Bauern, an ihrem Unglück immer selber schuld sind. Es wird aber nie nachgedacht, warum sich die so verhalten, warum sie so irritiert sind und warum sie zu Mitteln greifen, die spektakulär sind, die vielleicht in einer Grauzone angesiedelt sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich bedaure, daß Klubobmann Wille, mit dem ich als Gewerkschafter ja sehr gut reden kann, nicht hier ist. Er hat gesagt: Jetzt wollen sie nicht einmal mehr die Banderole! Ja wissen Sie, warum die Bauern die Banderole nicht wollen? — Weil sie eine Schikane ist, schlicht und einfach eine Schikane! Weil das Ursprungszertifikat des Weines, um den es geht, ja bereits enthalten sein kann in dem normalen Aufdruck auf der Weinflasche, nicht daß man daneben noch ein zweites Papierband kleben muß, wobei die Nummer, das Ursprungsland und alles schon drauf sind.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Und da sagen Sie: Nicht einmal das wollen sie! — Das bringt ihnen nur Kosten, das zwingt ihnen nur zusätzliche Arbeitskräfte auf! Bitte, das ist Schikane! Lesen Sie nach, was eine „Schikane“ ist. „Schikane“ ist die Ausübung eines Rechts zum Nachteil eines anderen. Und das ist Schikane von Ihnen! (Beifall bei der ÖVP.)

Und wenn sich das die Leute nicht gefallen lassen, dann sagen Sie: Ja darf denn das überhaupt sein? — Statt daß Sie einmal nachdenken würden, Herr Bundeskanzler! Vielleicht können Sie sich auch mit dieser Materie auseinandersetzen und Ihrem Landwirtschaftsminister erklären, was es für eine irrwitzige Idee ist, auf dieser Banderole zu bestehen, die nichts bringt (Abg. Probst: *Ein bissel eine Kontrolle, Herr Kollege! Vergessen Sie das nicht!*), weil ja alles schon auf der üblichen Etikette aufgedruckt werden kann. Bei der Bezirksverwaltungsbehörde kann die Nummer geholt werden, es kann das Literausmaß draufgestanzt werden, alles. Aber warum muß ich noch extra eine Banderole darauf geben? (Abg. Probst: *Ja, ja, dann heißt es wieder, es muß mehr kontrolliert werden!*)

Und dieses Unverständnis gegenüber den Anliegen einer Berufsgruppe disqualifiziert den zuständigen Ressortminister überhaupt, für diese Berufsgruppe Politik machen zu dür-

fen. Das ist das Problem, mit dem sich heute die Bauern und Ihre ganze Regierung konfrontiert sehen. (Beifall bei der ÖVP.)

Und darf ich noch etwas ganz ehrlich sagen? (Abg. Probst: *Es wollen ja Leute den Wein auch trinken, Herr Kollege Lichal!*) Das ist aber sehr beachtlich, daß ein Wein, der verkauft wird, auch getrunken werden soll. (Abg. Probst: *Er soll aber gut sein!*) Bitte, aber nicht zuviel, Herr Abgeordneter Probst, sonst kommen solche Antworten heraus. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Probst: *Wir wollen aber guten Wein und nicht den ÖVP-Wein!* — Vizekanzler Dr. Steger: *Das ist aber nicht sehr fair, Herr Kollege!*)

Schauen Sie, Herr Vizekanzler und Bundesminister, was fair ist, überlassen Sie mir. Mit Fairneß haben Sie in der letzten Zeit nicht allzuviel zu tun gehabt. Es wäre fair gewesen, wenn Sie Ihr schriftliches Versprechen, das Sie vor drei Jahren gegeben haben, Ihr Mandat aufzugeben, schon eingehalten hätten gegenüber Ihren Wählern. Das wäre fair gewesen, aber nicht ein Zwischenruf von der Regierungsbank aus! (Beifall bei der ÖVP.) Also mit Fairneß brauchen Sie mir noch lange nicht zu kommen.

Aber jetzt darf ich Ihnen eines sagen: Ich solidarisiere mich mit den Bauern. (Ironische Heiterkeit bei der SPÖ. — Abg. Probst: *Als Biertrinker!*) Ich solidarisiere mich aus Vernunftgründen, und eigentlich müßten alle Arbeitnehmervertreter ... (Abg. Dr. Nowotny: *Sie bewegen sich in der grauen Zone!*) Ja, bei uns gibt es keinen Klassenkampf, im Gegensatz zu Ihnen natürlich. Wir leben halt nach dem Prinzip der Partnerschaft. Das ist halt der Unterschied. (Abg. Dr. Nowotny: *Wir leben in einem Rechtsstaat!* Davon haben Sie noch nichts gehört!)

Aber wenn Sie schon dem Klassenkampf frönen wollen, dann frönen Sie wenigstens auch ein paar Vernunftgründen. (Abg. Dr. Nowotny: *Rechtsstaat: Haben Sie das schon gehört?*) Jeder Bauer — vielleicht geht Herr DDr. Gmoser dann darauf ein —, der nicht mehr auf seinem Hof leben kann, der von seinen Einkünften nicht mehr die Aufwendungen für seine Familie bestreiten kann, wird ein Konkurrent der Arbeitnehmer im Wirtschaftsleben. Und Arbeitslose haben wir ja momentan, glaube ich, schon genug; das können nicht einmal Sie mehr leugnen. Und warum wollen Sie sich noch zusätzliche Konkurrenten schaffen? Ja schauen wir doch, daß wenigstens die Bauern auf ihrem Hof bleiben können, daß sie dort einen Erwerb haben und

Dr. Lichal

nicht auch noch in das Arbeitsleben hineindrängen. Das wäre vernünftig! Denken Sie halt darüber einmal nach! (*Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dr. Nowotny: Milliarden werden ausgegeben dafür!*)

Auf die Kosten der Exporte, auf den Landschaftsschutz, auf all das möchte ich gar nicht eingehen.

Eines müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen: Kritik im Parlament in einer demokratisch-parlamentarisch-freiheitlichen Gesellschaftsordnung ist nicht mit Majestätsbeleidigung zu verwechseln, bitte. (*Abg. Bergmann: Es sei denn, man ist die Majestät!*) Und auch der Herr Bundeskanzler darf kritisiert werden, zumal er ja Erklärungen abgibt, die nicht richtig sind, wenn man dann auf einige dieser Dinge eingehen kann.

Leider Gottes wurde auch die Redlichkeit der Politik in Diskussion gezogen. Zur Redlichkeit, bitte, gäbe es ja auch Beispiele. Wenn Sie Ihren Kandidaten für das höchste Amt im Staate sagen lassen, er dulde keine Arbeitslosigkeit, er garantiere die Pensionen: Also bitte, wie, wann? Ist das vielleicht Aufgabe eines Bundespräsidenten, wie macht er das? Oder wird da den Leuten irgend etwas vorgegaukelt, was sie glauben sollen? Bitte schön, ob das mit dem Begriff der Redlichkeit vereinbart werden kann, das möchte ich doch fragen.

Und eines, meine sehr verehrten Damen und Herren, können Sie nicht wegdiskutieren, auch wenn der Herr Bundeskanzler das Jahr 1986 zum besten Jahr seiner Regierung ausgerufen hat: Es ist das höchste Budgetdefizit zu verzeichnen, die höchste Verschuldung. Und was dieses Defizit bedeutet, was das nächste Budget bedeutet, hat, glaube ich, Dr. Taus ja wirklich sehr sachkompetent ausgeführt. Wir haben die höchste steuerliche Belastung und die höchste Arbeitslosigkeit.

Und da komme ich jetzt auf die Arbeitslosigkeit zu sprechen. Hier hat Klubobmann Wille eine, glaube ich, berechtigte Frage gestellt, die man ganz einfach diskutieren muß. (*Abg. Probst: Sie werfen mit Zahlen herum! Woher haben Sie das alles? Das stimmt ja nicht!*) Er hat gefragt: Welcher Unterschied besteht zwischen der Jugendarbeitslosigkeit und Arbeitslosigkeit eines älteren Menschen? (*Abg. Probst: Träumen Sie nachts diese Zahlen?*) Und er hat unter anderem dabei auch erwähnt: Wenn man immer für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosig-

keit eintritt, so kann das politische Demagogie sein.

Bitte, welcher Unterschied besteht wirklich zwischen Arbeitslosigkeit des Erwachsenen und Arbeitslosigkeit der Jugend? (*Abg. Ropprecht: Er hat eine Familie zu erhalten!*) Also ich sehe das so, daß das halt doch einen gewissen Unterschied bedeutet. Wenn jemand 20, 30 Jahre im Arbeitsleben tätig gewesen ist und dann arbeitslos wird, so ist das fürchterlich. Keine Frage, bitte. Aber da sind wir uns ja einig. Auch Sie sagen, jeder Arbeitslose sei einer zuviel. Also ich glaube, da gibt es ja keine Diskrepanz.

Ich möchte nur herausarbeiten: Wo sehe ich, bitte, den Unterschied zwischen dieser Arbeitslosigkeit und der Jugendarbeitslosigkeit, der Arbeitslosigkeit der 19- bis 25jährigen. (*Abg. Ropprecht: Die Familie!*) Ich sehe ihn dort, daß der mit 40, 50 Jahren schon über eine größere Lebenserfahrung verfügt, daß der junge Mensch, der eine Ausbildung genossen hat, der eine schulische Ausbildung abgeschlossen hat, der jetzt in das Berufsleben eintreten will, um dort das Gelernte in der Praxis auch beweisen zu können, und das nicht kann, noch wesentlich gefährdet erscheint als eine bereits gefestigte Persönlichkeit nach 20 oder 30 Jahren.

Noch einmal, bitte: Man kann nicht sagen, die normale Arbeitslosigkeit spielt keine Rolle. Ja, im Gegenteil. Aber daß man die Jugendarbeitslosigkeit, die Hoffnungslosigkeit für den jungen Menschen, der voll der Ideale aus seiner Ausbildung herausgekommen ist und jetzt mitten in der Gesellschaft tätig sein will, nicht als besonders besorgnis erregend bezeichnen darf, das verstehe ich eigentlich nicht von Ihnen.

Daher wird die Österreichische Volkspartei auch weiterhin Vorschläge zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit machen (*Beifall bei der ÖVP*), und es wurden ja schon sehr viele diesbezügliche Initiativen gesetzt.

Hatten wir zu Beginn des Jahres 206 000 Arbeitslose, so haben wir jetzt, Stand Ende April, 153 599. Meine Damen und Herren! Das sind um 7,6 Prozent mehr als im vergangenen Jahr. Das sind 10 814 Menschen mehr. Davon sind 8 922 Frauen; die trifft es also besonders.

Man muß also wirklich, bitte, der Entwicklung der Arbeitslosigkeit und der Entwicklung des Arbeitsmarktes erhöhtes Augenmerk zuwenden.

12446

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Lichal

Und von diesen 153 599 Arbeitslosen sind 46 559 Jugendliche zwischen dem 15. und dem 24. Lebensjahr. Das sind gegenüber dem Vorjahr um 9,2 Prozent mehr.

Daher, meine Damen und Herren: Ich würde bitten, daß wir alle miteinander dieses Problem der Jugendarbeitslosigkeit nicht nur als ein wirtschaftliches, nicht nur als ein soziales Problem betrachten, sondern auch als ein zutiefst moralisches und zutiefst ethisches Problem und daß wir doch alles unternehmen, damit die Initiativvorschläge, die in dem Entschließungsantrag enthalten sind, den Dr. Mock eingebracht hat, letztendlich dann auch verwirklicht werden.

Denn nur zur Erinnerung: Es hat ja schon im Jahr 1982 derartige Initiativen der Österreichischen Volkspartei gegeben, im Jahre 1983 am 28. Februar, am 15. Juni, am 5. Juli. Es wurde ein Unterausschuß eingesetzt. Es ging dann weiter. 1984 sind dann Gott sei Dank einige Dinge auch realisiert worden.

Und jetzt liegt ein neuer Antrag vor, und ich glaube, daß man doch auch diesen Vorschlägen Rechnung tragen soll.

Ein zweites Kapitel, das ich als Arbeitnehmervertreter herausstreichen möchte, ist die Frage der steuerlichen Belastung des einzelnen.

Natürlich kann man locker sagen, es könnte noch viel ärger sein, es könnte die Budgetverschuldung höher sein, es könnte das Defizit höher sein, es könnte die Arbeitslosigkeit höher sein. Es könnte alles höher sein. In Haiti ist es noch schlechter als bei uns. Das könnte man alles sagen, natürlich.

— Bitte, wir leben hier, und daher sind die Verhältnisse hier maßgeblich für unsere Leute in Österreich.

Und hier muß man eines feststellen: Für das Jahr 1985, aus den Ergebnissen des Finanzministeriums, wurde bekannt, daß die Lohnsteuer um 11,3 Prozent gestiegen ist auf 90 Milliarden Schilling, die Einkommensteuer um 4,7 Prozent, die Umsatzsteuer um 3,7 Prozent, die Vermögensteuer um 1,3 Prozent, die Mineralölsteuer um 3,7 Prozent, die Lohnsteuer, darf ich noch einmal sagen, um 11,3 Prozent. Damit, bitte, hat die Lohnsteuer in Österreich einen konfiskatorischen Charakter bekommen! Sie explodiert! Den Arbeitnehmern wird jeder Zuwachs aus einer Lohn- und Gehaltserhöhung weggenommen, weggesteuert! (Abg. Dr. Schranz: Jeder Zuwachs?) Ja freilich! Ich werde das dann

erklären, Herr Dr. Schranz. (Abg. Dr. Schranz: Jeder Zuwachs?) Jeder Zuwachs, und in den verschiedenen Stufen sogar noch ... (Abg. Dr. Zittmayr: Seit 1976 ist das Realeinkommen gleichgeblieben in Österreich für die Arbeitnehmer laut „Kronen-Zeitung“!) Jawohl, das ist richtig.

Die Steuer insgesamt ist jetzt gestiegen um 7,4 Prozent. Darf ich das vielleicht noch erklären. Das heißt, die Lohnsteuer, die Steuer der Arbeitnehmer, ist doppelt so stark gestiegen wie alle anderen Steuereinnahmen zusammen. Bitte, das erklären Sie jetzt einmal den Arbeitnehmern in Österreich (Abg. Dr. Nowotny: Erklären Sie es dem Wirtschaftsbund!), Sie, die Sie angetreten sind, diesen Leuten das Paradies auf Erden zu bereiten. Und jetzt, nach 16 Jahren Ihrer Regierungsverantwortung, bitte, beträgt der Zuwachs der Lohnsteuer das Doppelte von dem Zuwachs aller anderen Steuern in diesem Staate.

Das müssen Sie ganz einfach kritisch zur Kenntnis nehmen, denn es bleibt dem einzelnen Arbeitnehmer ganz einfach nichts mehr von einem Zuwachs, Herr Dr. Schranz, und das werden Sie nicht leugnen können.

Und für 1986 haben Sie im Budget 12,3 Prozent mehr Steuer veranschlagt. Das sind 11 Milliarden Schilling, bitte. Wieder: 11 Milliarden Schilling, 12,3 Prozent, ohne einen gültigen Nationalratsbeschuß, ohne einen gültigen Gesetzesbefehl, jemandem etwas wegnehmen zu können. Nein, kalte Enteignung, bitte, konfiskatorischer Charakter! Es wird den Arbeitnehmern, wenn sie eine Lohnerhöhung haben, wenn Sie eine Gehaltserhöhung haben, ganz einfach dieser Zuwachs wieder weggenommen.

In zehn Jahren — und das werde ich Ihnen immer wieder vorrechnen — ist die Lohnsteuer um 60 Prozent gestiegen, seit 1978 — da hat es dann überhaupt keine Korrektur mehr gegeben — gar um 91 Prozent. (Abg. Dr. Zittmayr: Das Realeinkommen ist aber gleichgeblieben!) Der Einwand von Dr. Zittmayr ist richtig. Im Jahre 1974 hatten wir das gleiche Realeinkommen wie heute, und nur im Jahre 1979 ging es uns besser. Aber das brauchen Sie ja nur nachzulesen; das steht auch in den Berichten des Sozialministeriums, in anderen Berichten und in Zeitungsartikeln. Sie müssen halt alles lesen, nicht nur die „Arbeiter-Zeitung“, in der das vielleicht nicht so klar herauskommt. (Beifall bei der ÖVP.)

Daher, meine sehr verehrten Damen und

Dr. Lichal

Herren: Eine Steuersenkung ist ein Gebot der Stunde. (*Abg. Dr. Nowotny: Womöglich bei gleichzeitiger Sanierung der Landwirtschaft!*) Doch leider Gottes wird sie zu spät kommen, und leider wird sie unbefriedigend sein, unzureichend, sodaß man natürlich auch eine Steuerreform unbedingt ins Auge fassen muß. Sie treiben ja auch mit dieser Steuerbelastung die Leute in den Pfusch, in die Schattenwirtschaft. Ja wenn der Arbeitende nichts mehr hat von dem, was er leistet — egal ob er jetzt die Überstunde in körperlicher oder in geistiger Arbeit leistet —, dann wird er auf andere Ebenen ausweichen, wo ihm der Verdienst bleibt. Ihre Wahlkampfhelfer für die Bundespräsidentenwahl sind ja auch schon zum Großteil im Ausland steuerpflichtig und gar nicht mehr in Österreich. Ich denke dabei etwa an Lauda. Die zahlen die Steuern schon überall anders, nur nicht in Österreich, weil sie hier zuviel zahlen müßten, was übrigens eine pikante Geschichte ist, nämlich einen österreichischen Staatsoberhauptkandidaten zu unterstützen, wenn man selber gar nicht bereit ist, Steuern zu leisten in diesem Staate. Das sei nur am Rande hinzugefügt.

Eine Steuersenkung im Ausmaße — und da muß man den Finanzminister ansprechen — jenes zusätzlichen Betrages, der ungerechtfertigt den Arbeitnehmern weggenommen wird, nämlich dieser 11 Milliarden, ist sicher gerechtfertigt. Im Jahre 1986 werden ja den Arbeitnehmern wieder 11 Milliarden weggenommen. Wenn also diese Steuersenkung 11 Milliarden kostet, dann wird nichts anderes getan, als daß man ihnen ihr eigenes Geld zurückgibt, das man ungerechtfertigt — ich sage noch einmal: ungerechtfertigt —, ohne Beschuß, nur durch das Nichtstun, durch das Untätigbleiben des Finanzministers dem einzelnen Arbeitnehmer weggenommen hat. Daher ist diese Maßnahme sicher gerechtfertigt.

Ich glaube, es muß noch etwas dazukommen, und zwar die Berücksichtigung — Dr. Mock hat es schon gesagt — des Alleinverdiener und des Alleinerhalters. 96 000 Familien in Österreich, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen bereits mit einem Pro-Kopf-Einkommen von weniger als 4 010 S auskommen. Das heißt, daß die Familie mit einem Alleinerhalter, mit einem Alleinverdiener an den Rand der Armut gedrängt wird.

Also wir haben nicht nur die Bauern auf der einen Seite, die Sorge haben, in die Armut marschieren zu müssen, es sind auch die Familien. 96 000 Familien! Ich kann mich halt nicht mit dem Standpunkt anfreunden, den

Frau Abgeordnete Traxler einmal kundgetan hat — schade, daß sie nicht da ist —: Ein Kind soll nur der haben, der es sich leisten kann! (*Abg. Dr. Nowotny: Das ist eine Unterstellung!*) Aber, das ist keine! Das ist nachzulesen, bitte! Wozu brauche ich eine staatliche Förderung des Kindes? Eigentlich sind Kinder ja ohnehin nur zukünftige Arbeitslose. — Meine sehr verehrten Damen und Herren, eine solche pessimistische Gesellschaftshaltung ist ja unvorstellbar! (*Beifall bei der ÖVP.*)

Wir bekennen uns zur Familie, und für diese Familie muß etwas gemacht werden. (*Zwischenrufe.*) Das heißt also, wir treten dafür ein, daß der Alleinverdiener, der Alleinerhalter entsprechend mit berücksichtigt wird.

Aber noch eine Bemerkung dazu: Bei der Steuersenkung soll der Herr Finanzminister nicht vielleicht daran denken, daß man andere bisherige Regelungen ändern kann. Er hat ganz locker in einem Interview mit der „Tiroler Tageszeitung“ davon gesprochen, daß Änderungen bei der Sonderzahlung, bei Abfertigungen oder bei sonstigen Beihilfen natürlich auch diskutiert werden müssen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Sonderzahlung, das Weihnachtsgeld, das Urlaubsgeld ist manches Mal noch die einzige Möglichkeit für eine Familie, eine Sonderanschaffung zu tätigen, weil diese aus dem normalen Einkommen nicht mehr zu bewältigen ist. Solche Aussagen des Finanzministers, der eine geplante Lohnsteuersenkung mit 400 S im Monat als „Hauch“ bezeichnet, von dem der einzelne nichts hat, zeigen, daß man kein Verständnis mehr für den kleinen Einkommensempfänger besitzt. Für diesen sind halt die 400 S im Monat 5 000 S im Jahr, und 5 000 S haben oder nicht haben, das ist bekanntlich das Doppelte. Das fließt ja sofort wieder in die Wirtschaft! Damit werden ja keine Golddukaten gekauft, damit werden ja keine Rücklagen gebildet. Diese 5 000 S werden sofort genommen und in die Wirtschaft gesteckt, und daher finanziert sich diese Steuersenkung ja auch wieder selbst.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit noch etwas fordern, was in den Medien schon durchgekommen ist: Warum wird eigentlich nur den Einkommensteuerpflichtigen die Sparbuchsteuer rückerstattet? Warum eigentlich nicht dem kleinen Arbeitnehmer, dem kleinen Sparer, der nicht einkommensteuerpflichtig ist, der nur lohnsteuerpflichtig ist, der aber — ich glaube, ich konnte das beweisen — durch die Lohnsteuer stark belastet

12448

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Lichal

wird? Warum wird sie ihm nicht rückerstattet? Ich glaube, es wäre recht und billig, wenn auch demjenigen, der am meisten belastet wird, eine entsprechende Entlastung zuteil wird.

Wenn man daran denkt, daß auch der Eckzinsfuß herabgesetzt werden soll und damit wieder 446 Millionen Schilling, also fast eine halbe Milliarde, bei einem Viertel Prozent dem Sparer entzogen werden — bei einem halben Prozent wären es 892 Millionen, also fast eine Milliarde —, dann kann man eines sagen: Sie haben eine Politik gemacht und machen eine Politik, die wirklich auch schwer zu Lasten des Unselbständigen in Österreich geht. (Ruf bei der SPÖ: Und die Inflation?)

Die Inflation — danke für das Stichwort —, so hat der Herr Bundeskanzler erklärt, habe er heruntergedrückt. — Heruntergedrückt hat sie der internationale Verfall der Erdölpreise. Der hat unsere Inflationsrate heruntergedrückt und nicht Herr Bundeskanzler Sinowatz! Damit das für jeden einzelnen klar gestellt ist. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn in der gesamten Weltwirtschaft 80 Milliarden Dollar von den erdölproduzierenden Staaten auf die Industriestaaten umgeschichtet werden — jetzt ist der Ausdruck berechtigt —, wenn die Preise für das Erdöl bis auf ein Drittel gefallen sind, dann sind auch dadurch die steigenden Lebenshaltungskosten für diese Energie ... (Abg. Probst: Ist das wirklich so ein wichtiger Anlaß, daß Sie so lange darüber reden müssen?) Herr Probst, gehen Sie in die ehemalige Milchbar, da sitzt jetzt Ihr Vizekanzler (Abg. Probst: Aber er sitzt hinter Ihnen!), wenn Sie das nicht interessiert. (Zwischenrufe bei FPÖ und SPÖ.) Sein Zimmer meine ich, wo die Milchbar war. (Weitere Zwischenrufe. — Vizekanzler Dr. Steger: Jetzt sind wir bei den Lebensfragen der Österreicher gelandet! — Ruf bei der FPÖ: Das sind die wichtigsten Lebensfragen!) Ja, ich glaube, daß es schon zu den Lebensfragen und zum Lebensstandard der Österreicher gehört, ob wir hier in Österreich eine Inflationsrate von 2 Prozent haben, und zwar trotz dem Fallen der Erdölpreise, oder wie in der deutschen Bundesrepublik eine von null Prozent. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Dietrich: Stabile Arbeitslosenzahlen, das verschweigen Sie!)

Sicher ist es für den Arbeitnehmer von großer Bedeutung, wenn er, wie heute aus dem Radio, hört, daß in der deutschen Bundesrepublik mit 4,5 Prozent abgeschlossen wurde, dort keine Inflationsrate gegeben ist und das

praktisch als Realeinkommenszuwachs für den Arbeitnehmer zu verzeichnen ist. Bei uns müssen erst 2 Prozent, die hausgemacht sind, überwunden werden. Na, sicher ist das für den österreichischen Arbeitnehmer von wesentlichem Interesse! Das werden Sie ihm nicht ausreden können. (Zwischenrufe bei SPÖ und FPÖ. — Ruf: Du lügst dir selber in den Sack! — Heftige Gegenrufe bei der ÖVP.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Zum Abschluß ... (Beifall und Bravorufe bei SPÖ und FPÖ.) Momenter! Wenn ich jetzt danke sage, war das ein Applaus für mich. Da müssen Sie schon vorsichtig sein. (Ruf bei der SPÖ: Der gilt dem Abschluß!)

Zum Abschluß noch eines: Sie machen auch eine schlechte Politik, und zwar nicht nur für die Wirtschaft, wie heute schon gesagt wurde, nicht nur für die Bauern, sondern auch für die größte Gruppe von Österreichern, für die Arbeitnehmer, die einer Belastung ausgesetzt sind durch Ihre Politik, die Sie ihm immer damit erklären wollen: Ja woanders ist es halt noch anders! Nächstes Mal müssen Sie auch die positiven Dinge erklären, dann werden Sie draufkommen, daß durch eine sparsame und richtige Wirtschaftspolitik letztendlich der positiv Berührte der Arbeitnehmer und der Leidtragende einer schlechten Wirtschaftspolitik ebenfalls dieser Arbeitnehmer ist. Er ist es, der nach diesen 16 Jahren zum Leidtragenden geworden ist, und das ist Ihrer Politik zuzuschreiben. (Beifall bei der ÖVP.) 13.51

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Gmoser.

13.51

Abgeordneter DDr. Gmoser (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ein Abgeordneter der Opposition hat ein berühmtes Wort einmal aufgenommen und meinte: Das Wort ist Wurscht geworden. — Ich befürchte nach dieser Diskussion und nach manchen Beiträgen, die aus den Oppositionsreihen geliefert wurden, es ist Ihnen nicht nur das Wort Wurscht geworden, es ist Ihnen Österreich Wurscht geworden. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Sicherlich wäre es unrecht, alle da in einen Topf zu werfen, aber zu dem, was Kollege Lichal hier als letzter Redner geleistet hat, kann ich nur sagen: Sie reden über manche Dinge, ohne sich je damit beschäftigt zu haben. Das ist die einzige Entschuldigung. (Beifall bei der SPÖ. — Abg. Dr. Lichal: Haben Sie nicht noch eine andere Entschuldigung?)

DDr. Gmoser

gung auch?) Denn sonst könnte ich mich nur wundern, wie Sie als christlicher Gewerkschafter überhaupt noch diesen Ehrentitel tragen. (Abg. Dr. Lichal: Darüber freue ich mich!) Ja, ich auch. Aber Ihre Gewerkschaftskollegen werden sich nicht über Sie freuen, denn das, was Sie machen, ist hemmungslose Demagogie. Es ist einfach das Bemühen, da im Dunstkreis von unbewiesenen Behauptungen herumzuschwimmen. Sie machen zum Beispiel zunächst Zwischenrufe und meinen: Aha, bitte schön, die linke Reichshälfte kennt offensichtlich den Begriff „Klassenkampf“. Der Herr Hofrat der Niederösterreichischen Landesregierung ist natürlich von solchen Dingen unbeleckt. Vielleicht sollte auch ein Hofrat einmal Sozialenzykliken lesen. (Abg. Dr. Ettmayer: In welcher Eigenschaft reden Sie hier? Als Lehrer oder was?) Kollege Ettmayer, bei Ihnen würde ich mir gar keine Eigenschaft mehr zumuten. Sie sind ein Fall, der als hoffnungslos zu betrachten ist. (Heiterkeit und Beifall bei SPÖ und FPÖ.) Aber es ist nicht meine Aufgabe, namens der hoffnungslosen Fälle das Wort zu ergreifen, sondern es muß einfach einmal festgehalten werden: Was Sie ... (Abg. Dr. Ettmayer: Sind Sie Schiedsrichter oder Lehrer — oder was?) Nein, das sind alles Rollen, die Sie schon haben. Sie sind ja der oberste Moralapostel, Kollege Ettmayer! Ich lese immer so viel Gescheites aus Ihrer Feder, dann lese ich aber, was andere zu Ihrem persönlichen Verhalten meinen, und da sind gewisse Diskrepanzen feststellbar. Aber das ist Ihr Problem.

Ich habe nur festzuhalten, daß Sie einfach ausgehen von der Feststellung: Aha, Wahltermine sind ringsherum noch offen und in Schweben, nütze mir, was kann. Sie setzen zu einem Rundumschlag an, sind aber nicht einmal in der Lage, auch nur die Redezeit einzuhalten, die einvernehmlich allen Mitgliedern des Hohen Hauses vor Beginn der Debatte ausgegeben wurde. Da steht nämlich auf meinem Zettel wahrscheinlich dasselbe wie auf Ihrem: daß der Hauptredner 20 Minuten zu reden hat, die Folgeredner sollten sich nach Möglichkeit auf 10 Minuten beschränken.

Ich beschränke daher die Auseinandersetzung mit Ihren Argumenten auf etwas, was eigentlich merkwürdig klingt. Ich müßte ja allen Kollegen von der ÖVP für ihre heutigen Diskussionsbeiträge herzlich danken. Denn sie haben heute den Wahrheitsbeweis — Sie, Kollege Lichal, waren führend mit dabei — anzutreten für die Warnungen vor der sogenannten Wende, die die Sozialdemokratie und ihre Repräsentanten anbringen, indem sie den Österreichern immer wieder sagen: Bitte

schön, überlegen Sie sich, ob Sie das, was die Herren von der ÖVP da anstreben, wirklich wollen! Da könnte jemand sagen: Wenn das ein Sozialist sagt, unterstellt er vielleicht der ÖVP etwas. Ihre Diskussionsbeiträge haben bewiesen: Es kann gar keine so arge Unterstellung geben, daß Sie das nicht haushoch übertreffen.

Sie reden zum Beispiel übers Budget. Ich denke daran, wie Ihre Taktik dahin geht, durch übertriebene Forderungen immer mehr dafür zu sorgen, daß Einnahmen und Ausgaben in eine unüberbrückbare Kluft kommen. Ich verweise darauf, wie Sie heute über die Landwirtschaft debattiert haben — sogar Landwirtschaftssprecher haben sich heute da herauskristallisiert. Ja ist es nicht eine arge Unterstellung, wenn Sie sagen: weniger Staat!, und die Agrarpolitik der beste Gegenbeweis dafür ist, daß Sie nicht weniger Staat, sondern mehr Staat wollen? Es kann doch niemand ernsthaft annehmen, daß in den westlichen Landwirtschaften — und das sage ich zugunsten der Bauern — jemand glauben würde, daß eine marktwirtschaftliche Orientierung die strukturellen Probleme der Landwirtschaft lösen könnte. Das ist selbstverständlich, aber es muß nur in Widerspruch zu Ihren eigenen Vorstellungen kommen.

Das Problem, das ich mir für heute vorgenommen habe, gerade nach einer so langen Debatte, ist die Frage der politischen Kultur, der politische Stil, der zur Diskussion steht. Und ich kann mich darauf beziehen, daß vor wenigen Tagen der Bundesparteiobmann der ÖVP Dr. Mock in der Grazer Universität einen Vortrag mit ausschließender Diskussion gehalten hat, in dem er sich über diese Frage des politischen Stils lang und breit ausließ. Es gibt darüber eine Presseaussendung der ÖVP. Kollege Ettmayer, ich stelle Sie Ihnen dann leihweise zur Verfügung. Da werden Sie dann sehen, wie selbst bei einer solch zentralen Frage Theorie und Praxis weit auseinandergehen.

Ich glaube, es war Bundespräsident Dr. Kirchschläger, der in seiner Begrüßungsansprache an das Internationale Presseinstitut ein bißchen auf dieses Problem eingegangen ist. Der „Kurier“ vom 13. Mai setzt über diese Rede Kirchschlägers die Schlagzeile — ich zitiere —: „Setzt Menschen nicht grundlos dem Haß aus.“ Das ist, glaube ich, ein berechtigter Appell. Er war damals an die Vertreter der Medien gerichtet. Ich glaube, er ist aber selbstverständlich genauso an die Politik zu richten. Und da meine ich, daß das Problem offensichtlich gerade dann debattiert werden

12450

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

DDr. Gmoser

muß, wenn eine ÖVP glaubt, sie könne mit dem Wort „Wende“ — Trendwende, Tendenzwende; was immer Sie wollen — hier sozusagen auf Stimmenfang ausgehen.

Meine Damen und Herren! Es ist, glaube ich, gestern im „Club 2“ mit Recht darauf hingewiesen worden, daß der Begriff „Wende“ überhaupt falsch ist, und wir Sozialdemokraten haben am wenigsten Grund, solche Schlagworte ernst zu nehmen. Bundeskanzler Dr. Sinowatz hat dem das Wort von der „Erneuerung“ gegenübergestellt, und Erneuerung kann auch Rückbesinnung sein. Für uns geht es um die Rückbesinnung auf Grundwerte, die im Parteiprogramm 1957/58 von meinem Lehrer Benedikt Kautsky formuliert und im Parteiprogramm 1978 vollinhaltlich übernommen wurden. Ich glaube, es ist richtig, einmal zu sagen, das sind Grundwerte, wo es keine Wende geben kann, denn sie sind zeitlos gültig. Sie sind für jede Generation, natürlich unter anderen Rahmenbedingungen, zu verwirklichen.

Nun kann jemand sagen: Bitte schön, ist das nicht eher ein Fall etwa für Moraltheologen, für Moralphilosophen? Aber Politik ist etwas anderes. — Ich glaube, daß das Gegen teil gilt. In dieser Diskussion der letzten Wochen ist — und gerade auch vom amtierenden Bundespräsidenten — immer wieder auf die Zusammenhänge von Politik, Macht und Moral hingewiesen worden. Und Politik, glaube ich, muß unglaublich werden, wenn Lippenbekenntnisse und Praxis so weit aus einandergehen wie bei der ÖVP.

Die ÖVP hat heute gemeint: Der Bundeskanzler spricht zum Beispiel von Fehlern. Was sind Fehler, die etwa auf sozialistischer Seite festgestellt wurden? — Sicherlich war es kein Grund zu Jubel, daß etwa im Herbst des vergangenen Jahres in der verstaatlichten Industrie festgestellt werden mußte, daß es Spekulationen gegeben hat; auch wenn kein Politiker jemals damit befaßt war. Aber für uns — Kollege Wille als Klubobmann hat es in der damaligen Diskussion angeschnitten — war das Problem der Kontrolle die zentrale Frage: Wie kann man diese verbessern, wie müssen die Organisationsstrukturen verbessert werden?

Aber ich möchte nur eines sagen: Wenn immer eine Partei wie die sozialistische Regierungspartei bereit ist, ihre Fehler selbst zur Diskussion zu stellen, dann ist das sicherlich ein Grund, als Angehöriger dieser Partei stolz darauf zu sein, daß wir nicht die Arroganz der Macht für uns in Anspruch nehmen

wollen. Wir sagen nicht: Wo Macht ist, gibt es keine Fehler. Es ist typisch, daß die ÖVP, die eben eine diametral entgegengesetzte Vorstellung vertritt, mit so etwas überhaupt nichts anfangen kann. Kollege Feurstein, Sie nicken, jawohl, das kann ich mir bei Ihnen vorstellen. Es ist ja in Vorarlberg noch sinnloser, über so etwas zu debattieren, als anderswo.

Trotzdem, meine ich, kann diese Frage der ÖVP nicht erspart bleiben. Wenn die SPÖ Konsequenzen auch aufgrund eines Wahlsontags gezogen hat, dann ist das doch für die ÖVP wirklich kein Grund, sich selber nur auf die Schulter zu klopfen und zu meinen: Wie gut, daß wir so fehlerlos sind.

Warum kommt da in der ÖVP niemand auf die Idee, einmal zu fragen: Kann man alle Menschen mit dem Schlagwort „Verleumdungskampagne“ sozusagen niederschmettern, nur weil man sich Sorgen darüber macht, daß ein Spitzenrepräsentant — der es zumindest werden will — für das Ansehen Österreichs im Ausland vielleicht nicht gerade optimal ist? Muß wirklich jeder, der sich darüber Sorgen macht, als „Verleumder“ beschuldigt werden?

Jetzt kommt etwas Merkwürdiges, jetzt kommt wieder die merkwürdige Haltung des Bundesparteiobmanns der ÖVP. Er selber hat bestätigt, daß der Vorwurf „Verleumdungskampagne“ für die SPÖ nicht gelten kann. Er hat unter anderen mich als Kronzeugen angeführt; zumindest las ich das in einer Presseaussendung. Ich habe mich über dieses Wort von Dr. Mock eher gefreut, weil es tatsächlich eben nicht um einzelne Personen geht, sondern darum, daß politische Gesprächsbereitschaft auch in einem Wahlkampf nicht zerstört werden darf.

Aber in seiner heutigen Rede versucht Dr. Mock die Dinge so darzustellen, als ob sich alles Übel, das er sich nur vorstellen könne, in dieser Sozialdemokratischen Partei angehäuft habe und er sozusagen die einzige Alternative wäre. Es ist, glaube ich, nicht gut, wenn man Moral immer nur als Einbahn betrachtet, daß man den anderen sozusagen in die Rolle des Angeklagten drückt und sich selber möglichst auf ein Podest stellen möchte, sodaß man unangreifbar ist.

Meine Damen und Herren! Wenn man sich im Mai 1986 erinnert — voriges Jahr haben wir dessen in festlicher Form gedacht —, daß die Maitage historisch beladen sind, der Mai 1945, der Mai 1955, bis zu diesem Mai 1986, so sollte man eine Erneuerung in drei Punkten festhalten.

DDr. Gmoser

Erster Punkt: Was steht am Beginn dieser Republik? Der Bundeskanzler sagte in seiner Rede vor dem Presseinstitut: Österreich ist ein Land, in dem es auch Skandale gegeben hat. Das wird niemand beschönigen, das wird niemand beschwichtigen. Aber wir sind keine Skandalrepublik. Wir sind — und darüber sollte doch Konsens herrschen — der Meinung, daß dieses Ja zu Österreich, das die Zweite Republik so wesentlich von der Ersten Republik unterscheidet, nach wie vor Gültigkeit hat. Der Glaube an Österreich, der von Dr. Kurt Steyrer einmal sogar auch auf Plakatwänden angesprochen wurde, sollte uns zum Nachdenken bringen.

Der zweite Punkt gilt auch für die Zeit von '45 bis heute, insbesondere aber auch für die Gewerkschaftsorganisationen. Wir waren der Meinung: Miteinander ist besser als gegeneinander. Es muß in einer Demokratie selbstverständlich Auseinandersetzung geben; in aller Klarheit, zu jedem Sachthema, was immer Sie wollen. Es darf aber nicht nur Auseinandersetzung geben, es muß auch die Möglichkeit des Zusammensetzens geben. Sicherlich gehört etwa die Landesverteidigung zu den Themen, wo eine Konsensbildung möglich sein sollte. Das aber, was etwa von der ÖVP-Steiermark betrieben wird, zerstört jegliche Möglichkeit eines sinnvollen Zusammenwirkens im Bereich der Landesverteidigung.

Zweiter Punkt: Das gleiche gilt für Österreichs Stellung in der Welt. Es ist, glaube ich, nicht gut, wenn ununterbrochen nur schwarz-weißgemalt wird. Es ist zum Beispiel nicht gut, wenn man Österreich so krankjammt, daß jeder glaubt: Der Lebensstandard sinkt, die Skandale sind das einzige beherrschende Thema.

Zum Beispiel wurde hier über die Jugendarbeitslosigkeit gesprochen. Sowohl Kollege Mock als auch Kollege Wille sind auf dieses Thema eingegangen, Kollege Lichal war der letzte, der es behandelte. Warum hat er nicht einmal den Mut zu sagen, daß — erfreulichste Meldung vom heutigen Tag — gerade bei der Gruppe der 19- bis 25jährigen mit heutigem Datum laut Sozialministerium die Arbeitslosenzahl um 1 400 gesunken ist? Ich weiß schon, daß das keine Universalösung ist, ich weiß schon, daß damit die Sorgen nicht gelöst sind, die gerade für diese besondere Gruppe immer wieder angesprochen wurden, aber es sollte auch das Positive erwähnt werden, ebenso wie das Negative, es sollte gesagt werden, wohin eine rein populistische Politik —

am heutigen Tage gerade in der Steiermark — allzuleicht führen kann.

Momentan finden riesige Bauerndemonstrationen in den Bezirken Radkersburg und Leibnitz statt. Kein Mensch weiß, wie diese enden werden, welche Probleme noch auftauchen können. Was heute schon einmal gesagt wurde, muß klipp und klar noch einmal ausgesprochen werden: Der Rechtsstaat hat für alle zu gelten. Nicht nur Verteidigung, nicht nur Außenpolitik, sondern auch die Rechtsstaatlichkeit sollte ein Thema sein, das außerhalb des Parteienstreites steht! (*Beifall bei SPÖ und FPÖ.*)

Meine Damen und Herren! Es war der Kronjurist der SPD, der verstorbene Adolf Arndt, der einmal geschrieben hat: Die Möglichkeit der Abstimmung setzt voraus die Einigkeit über das Unabstimmbare. Und das, glaube ich, muß bei dieser Frage der Konsensdemokratie ausgesprochen werden, ebenso, daß die Opposition, offensichtlich um parteipolitischer Erfolge willen, auf diese Konsensfähigkeit verzichtet.

Dritter und letzter Punkt, er hängt mit den beiden vorangegangenen Punkten unmittelbar zusammen: die Frage der Toleranz, die Frage des Respekts vor dem Andersmeinten. Ich glaube, gerade wenn man eben wie Bundesparteiobmann Mock einmal versucht, diesen Respekt auch dem politischen Gegner zu erweisen — auch das kann keine Einbahn sein.

Es war zum Beispiel für mich selbstverständlich, als Ihr Wahlkampfleiter in einer Zeitschrift, die sicherlich keine sozialistische ist, nämlich „Wochenpresse“, angegriffen wurde — es ging um irgendwelche Bestechungssummen, die er angeblich von einer amerikanischen Werbeagentur erhalten hatte —, in einer öffentlichen Veranstaltung zu sagen — er saß dabei —: Ich halte diesen Vorwurf für eine maßlose Gemeinheit, zumindest wenn da so völlig unbewiesen etwas in den Raum gestellt wird.

Solche Beispiele mag es immer wieder geben, nur sollte man diese Konsequenz der Respektierung des Gegners, der Nichtverteufelung auch gerade dann wahren, wenn etwa die Wogen und Emotionen in einem Wahlkampf besonders hoch gehen.

Ich habe meine zehn Minuten schon erreicht. Nur noch ein paar Punkte, wo die ÖVP eine Frage gestellt hat. Landwirtschaft — das habe ich beantwortet. Verstaatlichte

12452

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

DDr. Gmoser

Industrie: Es ist ja gar keine Frage, daß die Reorganisation aufgrund der Vorfälle von 1985 existenznotwendig war, das steht außer Zweifel. Aber lassen Sie das doch nun die Verantwortlichen in Arbeit nehmen.

Letzter Punkt: die Frage der Energiewirtschaft. Ich brauche keinen „Tschernobyl-Expreß“, ich bin der Meinung, und das hat ja nie jemand in diesem Hause bestritten, daß gerade bei einer neuen Energiequelle das Menschenmögliche an Sicherheitsvorkehrungen getroffen werden muß. Daß die bisherigen Sicherheitsvorkehrungen mit den Vorkommnissen in der Sowjetunion in Frage gestellt wurden, ist kein Parteipolitikum, das ist ein trauriges Faktum. Nur müssen wir jetzt, da die Energieversorgung, da eine Energiebasis eine entscheidende Voraussetzung für eine funktionierende Industriegesellschaft ist, auch den Mut haben, zu fragen: Muß dann nicht umso mehr der Ausbau der Wasserkräfte forciert werden? Ohne entsprechend billige konkurrenzfähige Energie kann die österreichische Industrie, auch die Privatindustrie, nicht konkurrenzfähig sein.

Solche Überlegungen gibt es viele, und es gibt sicherlich daneben auch große historische Zusammenhänge wie die Vergangenheitsbewältigung. Ein Wahlkampf ist sicherlich der denkbar ungeeignetste Augenblick zur Vergangenheitsbewältigung. Das sollte uns aber nicht von der Aufgabe entbinden, diese Überlegungen in einer umfassenderen Weise anzustellen, als es bisweilen in Österreich üblich war. Nur meine ich: Mit einer Politik des Verteufelns, mit einer Politik des Negieren alles Positiven, das eine Regierung geleistet hat, das in einem Land vollzogen wurde, mit der Negierung des Fortschritts auch in den angesprochenen drei Jahren 1983 bis 1986 sollte sich eine Opposition nicht in die Hoffnung hineinsingen, daß damit für die nächsten Nationalratswahlen im Jahr 1987 ihr Standpunkt für die Mehrheit der Österreicher stärker abzeptierbar sein wird, als es sich in vergangenen Wahlresultaten bisher widergespiegeln konnte. — Danke schön. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) *14.14*

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Lanner.

14.14

Abgeordneter Dr. Lanner (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich habe dem Abgeordneten Wille bei seiner Rede aufmerksam zugehört. Ich schätze Wille als einen Mann, der sich um Sachlichkeit bemüht. Umsomehr war ich überrascht dar-

über, Herr Kollege Wille, was Sie an die Adresse der Bauern zu sagen hatten.

Sie meinten wörtlich: Wir werden das auf die Dauer nicht zulassen. — Herr Kollege Wille! Was wir heute erleben, ist Ausdruck eines Existenzkampfes dieser Menschen, das hat mit Mutwillen nichts zu tun. Sie sind schlecht beraten, wenn Sie darauf mit Drohungen antworten. (Ruf bei der SPÖ: Typisch aufgehetzt sind sie! — Abg. Wille: Also Sie decken das!)

Ich werde Ihnen etwas sagen: Man kann Menschen mobilisieren, das gebe ich zu. Aber man kann sie nur dann mobilisieren, wenn Gründe und Ursachen vorliegen. Künstlich geht das nicht. Das kann niemand organisieren, was wir heute erleben, das ist Ausdruck einer Existenzangst. Versuchen Sie, das zu verstehen, und Sie werden sich leichter tun mit den Bauern und Sie werden sich leichter tun mit der Agrarpolitik! (Beifall bei der ÖVP.)

Überlegen Sie einmal, was im Bauernstand in den letzten Jahrzehnten vorgegangen ist: Zunächst wurde die Versorgungssicherung nach dem Kriege in kurzer Zeit bewältigt. Dann kam der schrittweise Aufbau von Exportmärkten, die gut funktioniert haben. Plötzlich der erste Einbruch: die Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Errichtung der außenhandelspolitischen Barrieren. Plötzlich standen die österreichischen Bauern völlig unverschuldet vor der Abschöpfungsbarriere des italienischen Marktes aufgrund der EG-Bestimmungen. Einige Jahre später haben sie den englischen Markt durch den Beitritt Englands zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verloren. Völlig unverschuldet!

Dann kam die nächste Stufe: der beinharte Kampf auf neuen sogenannten Restmärkten, den Drittmarkten. Dazu kam dann der Verfall der Weltmarktpreise. Und das alles bei ständig steigenden Produktionskosten! Die Leute waren gezwungen — sie standen mit dem Rücken zur Wand —, in die Massenproduktion auszuweichen.

Diese Entwicklung war nicht immer so sonnenklar, wie sie heute erscheint. Aber, Herr Kollege Wille: Spätestens seit Mitte der siebziger Jahre konnte jeder sehen, wohin der Zug geht. Und spätestens Mitte der siebziger Jahre hätte Ihr Landwirtschaftsminister umzuschalten beginnen müssen; ich sage: beginnen müssen. Das ist der Vorwurf, den man Ihnen heute machen muß. Damals hat es

Dr. Lanner

begonnen, heute leiden wir unter den Auswirkungen. Das sind die Früchte dieser Versäumnisse, die vor 10, vor 15 Jahren begonnen haben.

Damals wäre Zeit gewesen, schrittweise neue Produktionsalternativen zu erschließen, Ordnung zu machen an der Grenze. Denn das — ich sage es immer wieder — ist eine Schlüsselfrage jeder Agrarpolitik. Keine inländische Maßnahme wird auf Dauer erfolgreich sein, wenn wir uns vor diesem Wirrwarr auf dem Weltmarkt nicht zu schützen wissen. Damals hätten wir umsteigen müssen von der Masse auf die Qualität!

Und schließlich ist es notwendig, den unterschiedlichen Bedingungen der Landwirtschaft in der Politik besser Rechnung zu tragen. Die Politik muß differenzierter sein, vor allem in drei Richtungen: in Richtung Grenzland, in Richtung Berggebiete und in Richtung Kleinbauern. Das hat Ihr Minister versäumt. Und heute wundern Sie sich, daß diese Unruhe wie ein Flächenbrand unter den Bauern ausgebrochen ist! (Beifall bei der ÖVP.)

Dazu, meine Damen und Herren — und das erscheint mir für das Verständnis der Situation einfach wichtig —, sollte man immer wieder unterstreichen, was denn die Ziele der Agrarpolitik sind. Ziel aus unserem Verständnis ist die Sicherung einer möglichst hohen Zahl bürgerlicher Familienbetriebe, ist die Sicherung der Lebensfähigkeit dieser Betriebe.

Das ist nicht überall so auf der Welt. Die Amerikaner haben völlig andere Zielsetzungen. Die Amerikaner sagen: Wir wollen eine Nahrungsmittelproduktion zu kostengünstigen Preisen, der Rest interessiert uns nicht. Ganz anders bei uns in Europa, ganz anders bei uns in Österreich!

Die Versorgungssicherheit ist das eine Standbein der Agrarpolitik.

Die Lebensfähigkeit des ländlichen Raumes, wobei die Bauern und die Nebenerwerbslandwirte einen entscheidenden Beitrag leisten, ist das zweite Standbein unserer Agrarpolitik.

Die Pflege, Gestaltung und Erhaltung der Kulturlandschaft ist das dritte Standbein der Agrarpolitik.

Wenn wir von dieser Zielsetzung ausgehen, dann müßte man meiner Ansicht nach doch

zu einem völlig anderen Verständnis, was die Bauern anlangt, kommen.

Herr Abgeordneter Wille! Sie sollten es sich nicht so leicht machen, zu erklären: Wir werden das nicht zulassen! — Das war für mich eine der gewagtesten Behauptungen, die ich heute in dieser Debatte leider hören mußte. (Beifall bei der ÖVP.)

Überlegen Sie einmal, was dieser Berufsstand in den letzten Jahren verkraften mußte! Wir reden zu Recht von der Sicherung der Arbeitsplätze. Seit 1970 mußten 185 000 bürgerliche Menschen ihren Arbeitsplatz verlassen. Das sind Schicksalsfragen! (Abg. Wille: *Wissen Sie, das gibt es in der Industrie alles nicht! Im Bergbau hat es das alles nicht gegeben! Das ist ganz neu!*) Das habe ich nicht behauptet.

Herr Abgeordneter Wille, ich zeige nur auf, daß diese Menschen in ihrem Bereich ohne viel Unruhe — das ist der Kernpunkt — einen gewaltigen Strukturwandel verkraftet haben (Zwischenruf der Abg. Edith Dobesberger) und daß im Durchschnitt der letzten Jahre täglich zehn Betriebe zusperren mußten. (Abg. Wille: *Wenn wir die VEW halbiieren von 20 000 auf 10 000, soll das dann ...?*) Hören Sie sich meine Zahlen und die Größenordnungen an, um die es hier geht!

Im Jahr 1970 konnten noch 65 bis 70 Prozent der Bauern vom Ertrag ihrer Betriebe leben, heute sind es nur mehr 40 Prozent, die ihre Existenzbasis dort finden und sich nicht um einen Nebenerwerb umsehen müssen. Anstatt den Bauern in dieser schwierigen Lage zu helfen, erfinden Sie neue Belastungen, schikanöse Gesetze und eine unzumutbare Bürokratie. (Beifall bei der ÖVP.)

Was das Weingesetz den Leuten zumutet, haben Sie in der Zwischenzeit hoffentlich gespürt. Und halten Sie sich nur eine Sekunde diese obskure Ab-Hof-Regelung für Milch vor Augen mit 40 Seiten Erläuterungen! (Abg. Wille: *Ist ja mit Ihnen vereinbart!*) Nein! Herr Abgeordneter, die 40 Seiten Erläuterungen sind nicht von uns gekommen, sondern ... (Abg. Tönn: *Ein Dreiparteienantrag war das, bitte, dann reden Sie jetzt nicht dagegen! Haben Sie den Mut, das zuzugeben! — Anhaltende Zwischenrufe.*) Ich weiß, das tut Ihnen weh, weil Sie ein schlechtes Gewissen haben.

Wir hatten gestern ein Gespräch mit Landwirtschaftsminister Haiden, davon sind Sie vielleicht gar nicht informiert. Er selbst hat

12454

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Lanner

gesagt: So geht es ja wirklich nicht!, als wir ihm vor Augen führten, was hier in den letzten Wochen geschehen ist. Diese Sonderregelungen neuesten Datums sind nachgereicht worden. Sie müssen sich das vorstellen: Ein Gesetz, das 40 Seiten Erläuterungen bedarf! So geht es wirklich nicht! Er war sogar einsichtig. Offenbar wollen Sie das nicht verstehen. (Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.) Das hat mit Doppelspiel überhaupt nichts zu tun. Sie wissen, daß Sie eine Agrarpolitik betreiben, die in die Sackgasse führt. Sie spüren es jetzt, aber jetzt ist es zu spät, meine Damen und Herren! (Zahlreiche Zwischenrufe bei der SPÖ.) Warum denn diese Unruhe?

Gehen Sie hinaus zu den Bauern, die auf der Straße sind, ich habe in letzter Zeit keinen von Ihrer Seite dort gesehen, erklären Sie ihnen Ihre Argumente! Haben Sie den Mut, das so draußen zu sagen! Warum gehen Sie nicht hinaus, wenn alles so sonnenklar ist? (Beifall bei der ÖVP. — Neuerliche Zwischenrufe.)

Das, was wir und Sie heute erleben, ist Existenzangst und hat mit Mutwillen nichts zu tun. (Abg. Tonn: Das ist eine typische Kindesweglegung!) Es ist die Sorge um die Zukunft und hat mit vordergründiger Tagespolitik nichts zu tun. Die Bauern stehen mit dem Rücken zur Wand, und Sie schreiben in der Arbeiter-Zeitung“ gestern: „zündeln“. (Der Redner zeigt die Zeitung.) Wissen Sie, was das ist? — Das ist Hohn! Dafür sollten Sie sich entschuldigen. Wir stehen auf der Seite der Bauern, die um ihre Existenz kämpfen, und werden alles tun, damit sie zu ihrem Recht kommen. (Beifall bei der ÖVP. — Abg. Elmecker: Das ist Kindesweglegung! — Abg. Tonn: Bisher habe ich Sie ernst genommen, jetzt kann ich Sie nicht mehr ernst nehmen! — Anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Meine Kollegen von der linken Seite, erinnern Sie sich, wer das Weingesetz beschlossen hat! (Ruf: Wer hat denn gepantscht?) Erinnern Sie sich daran, warum jetzt demonstriert wird! Wer hat das Weingesetz beschlossen? Haben wir das mit beschlossen? (Abg. Fister: Warum war es denn notwendig?) Sie allein haben es beschlossen, weil Sie nicht einsichtig waren, vernünftige Regelungen zu treffen. Das ist der Punkt. (Beifall bei der ÖVP. — Neuerliche anhaltende Zwischenrufe bei der SPÖ.)

Wer hat denn das Weingesetz mit diesen schikanösen Bestimmungen beschlossen? Die Bauern wehren sich nicht gegen das Weinge-

setz, die Bauern wehren sich gegen die Schikane. Das ist der Punkt. (Ruf bei der SPÖ: Die Bauern wehren sich dagegen, daß sie Steuern zahlen müssen!) Gehen Sie hinaus und reden Sie mit den Bauern! Die Bauern wehren sich gegen eine unzumutbare Schikane; mit Recht wehren sie sich! (Ruf bei der SPÖ: Die Arbeiter und Angestellten müssen auch Steuer zahlen! — Abg. Ing. Ressel: Sie winden sich, Herr Kollege Lanner!)

Ich wollte Sie fragen: Haben Sie das Weingesetz beschlossen oder nicht? Wer betreibt jetzt hier Kindesweglegung? (Ruf bei der SPÖ: Wer hat gepantscht? — Abg. Hoffmann: Weil die ÖVP-Funktionäre mit dem Wein gepantscht haben! — Weitere Zwischenrufe.)

Präsident Dr. Stix: Am Wort ist der Herr Abgeordnete. — Bitte.

Abgeordneter Dr. Lanner (fortsetzend): Diese Behauptung, diese Unterstellung, Herr Abgeordneter, weise ich auf das schärfste zurück. Sie sollten sich dafür schämen! (Beifall bei der ÖVP.)

Kommen wir zurück zum Kern der Sache. Die nervöse Reaktion von Ihnen zeigt mir, daß Sie sehr genau wissen, worum es geht. Sie haben nur nicht den Mut, es zuzugeben, obwohl der Bundeskanzler Einsicht verordnet hat. (Weitere Zwischenrufe bei der SPÖ.) Was ist da los: Gehen Sie in sich! Selbtkritik ist gefragt in der Sozialistischen Partei, auch bei den Agrariern.

Am 28. April hat das Fernsehmagazin „Schilling“ eine Prognose über die künftige Entwicklung im ländlichen Raum und im Agrarbereich gebracht. Diese Prognose war äußerst düster. Und der Moderator hat darauf hingewiesen, daß wir, was die Bevölkerungszahl anlangt, eine eher schwierige Entwicklung zu erwarten haben, wenn sich die Einkommenssituation nicht verbessert.

Ich möchte daran erinnern, daß ein leistungsfähiger, ein existenzfähiger Bauernstand bei uns viele Funktionen hat, gerade im Alpenraum, gerade in einem Land, das so viel dem Tourismus zu verdanken hat. (Zwischenruf bei der SPÖ.) Die Sicherung des Kulturaumes ist nicht zuletzt auch einer entsprechenden Anzahl der bäuerlichen Bevölkerung zu verdanken. Das gleiche gilt für den Siedlungsraum.

Weil wir heute wiederholt auf Fragen der Sicherheit eingegangen sind, möchte ich

Dr. Lanner

daran erinnern, daß dieser Reaktorunfall einmal mehr gezeigt hat, wie wichtig die heimische Versorgung mit Nahrungsmitteln ist. Natürlich machen auch vor unseren Grenzen die Strahlen nicht halt, aber wir können dem Konsumenten, dem Verbraucher Garantien bieten, wir führen strenge Kontrollen durch, der Konsument kann sich auf die Angaben verlassen. Wären wir bei der Nahrungsmittelversorgung auf Importe angewiesen, etwa gar aus den Oststaaten, wir wüßten nicht, was man hier auf den Markt bringt. Es zeigt sich einmal mehr, was ein leistungsfähiger Bauernstand für ein neutrales Land bedeutet! (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ich habe Ihnen zum Vorwurf gemacht, daß Sie nicht rechtzeitig erkannt haben, wohin der Zug fährt, daß Sie nicht rechtzeitig auf eine vernünftige Agrarpolitik umgestiegen sind. Sie bremsen den Einstieg in die Biotechnologie, Sie unterstützen neue Produktionswege nur halbherzig, sie zögern, wenn es um eine wirkungsvolle Ordnung an den Grenzen geht.

Alles, was einigen von Ihnen in letzter Zeit eingefallen ist, sind sogenannte Flächenstilllegungen. Eine Idee, die auf den ersten Blick bestechend wirkt. Der Bauer bekommt für seine stillgelegte Fläche eine staatliche Prämie, die Ökologen freuen sich über ein Stück Naturlandschaft, und der Markt wird vorübergehend entlastet.

Aber die Sache hat — bei Licht betrachtet — viele Schattenseiten. 85 Prozent der bäuerlichen Betriebe in Österreich haben eine Produktionsfläche, die kleiner als 30 ha ist. Wenn diese Betriebe nun einen Teil stilllegen, dann sind sie in der gegenwärtigen Preis-Kosten-Situation gezwungen, die verbleibenden Restflächen umso intensiver zu bewirtschaften. Die Marktentlastung ist also in einem außergewöhnlich hohen Maße fraglich.

Was die Ökologie anlangt, glaube ich, daß es sich hier um ein ökologisches Alibi handelt. Es werden zwar einige Flächen stillgelegt, aber auf dem Großteil der Restflächen ist das nicht der Fall, und wir müßten eigentlich eine Politik machen, die Rahmenbedingungen schafft, damit eine naturnähere Wirtschaftsweise möglich wäre. Und im Berggebiet würde eine derartige Maßnahme überhaupt unsinnig sein, denn dort würden zwei staatliche Maßnahmen gegeneinander wirken. Dort bezahlen wir nämlich heute Prämien, damit bewirtschaftet wird.

Ich meine also, daß Flächenstilllegungen

keine kluge Idee, keine agrarpolitische Idee mit zukunftsweisendem Charakter sind, sondern im allerhöchsten Fall nur eine Notmaßnahme darstellen, einen letzten Ausweg unter ganz bestimmten Bedingungen.

Ich komme zum Schluß, meine Damen und Herren: Unser Anliegen ist es, eine Agrarpolitik zu machen, die neue Möglichkeiten schafft und Schikanen beseitigt. Wir wollen eine Agrarpolitik, die die Lebenskraft des ländlichen Raumes stärkt. Wir wollen eine Agrarpolitik, die den Menschen Hoffnung und der Jugend eine Chance gibt. Wir werden alles tun, damit die Bauern zu ihrem Recht kommen. Es geht nicht um Vorrechte für die Bauern, sondern es geht um Grundrechte. Es geht um eine Verbesserung der Lebensbasis. Es geht aber auch — und das möchte ich besonders unterstreichen — um die Freiheit und Würde des Bauernstandes. (Beifall bei der ÖVP.) 14.31

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Dr. Ermacora.

14.31

Abgeordneter Dr. Ermacora (ÖVP): Herr Präsident! Herr Bundeskanzler! Meine Damen und Herren! Ich habe mit großem Interesse Herrn Abgeordneten Gmoser zugehört. Er hat uns hier eine interessante Moralitätslehre gegeben. Ich teile seine Meinung, aber ich möchte hervorheben, daß diese Moralität, von der er spricht, unteilbar ist und unteilbar sein soll. Ich möchte hervorheben: Sie soll nicht nur auf den Plakaten stehen, meine Damen und Herren, sondern sie soll den politischen Alltag und die politische Tat beherrschen. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn Herr Abgeordneter Dr. Gmoser die Ausdrücke „Wende“ und „Erneuerung“ analysiert hat, so möchte ich doch sagen, daß diese Regierungsumbildung nicht mehr als einen Ministerwechsel bringt. Ich glaube nicht, daß man in diesem Ministerwechsel schon von vornherein eine „Wende“ und eine „Erneuerung“ erblicken kann.

Ich möchte hier sehr deutlich hervorheben — und das geht den Herrn Bundeskanzler an, der mir gestern nicht die Ehre gegeben hat zuzuhören —, daß der Bundeskanzler verantwortlich dafür ist, daß der Landesverteidigungsplan vollzogen wird. Er hätte gestern hier anhören müssen, daß zumindest im Bereich der zivilen Landesverteidigung nichts geschehen ist. Das sei hier, an seine Adresse gerichtet, deutlich ausgesprochen und gesagt. (Beifall bei der ÖVP.)

12456

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Ermacora

Über das verteidigungspolitische Erbe des jetzigen Klubobmanns der Freiheitlichen Partei Österreichs wird man im Zusammenhang mit all jenen Problemen eingehend zu diskutieren haben, die an Hand der Dokumente, die hier in diesem Hause noch nicht behandelt wurden, besprochen werden sollen. Es sind dies der Bericht über den Zustand der Landesverteidigung, der bis heute nicht zu Ende abgehandelt ist, das Wehrrechtsänderungsgesetz, zwei Volksbegehren über Abfangjäger und ein angrenzendes Problem, nämlich das Problem des Volksbegehrens betreffend Zivildienstverlängerung.

Ich möchte hier etwas ganz deutlich feststellen, weil es ja in manchen Äußerungen unterschwellig angeklungen ist. Der Herr Parteiobermann hat das sichergestellt, und ich möchte es hier wiederholen: Die Österreichische Volkspartei ist für eine wirksame und effektive umfassende Landesverteidigung! Darüber gibt es keinen Zweifel, das kann überall nachgelesen werden, zuletzt, was die militärische Landesverteidigung angeht, im Aktionsplan vom 11. Juli 1985. (Beifall bei der ÖVP.)

Ich möchte einen weiteren Gedanken aufgreifen. Die Österreichische Volkspartei ist auch für das Gespräch in der Materie. Und hier können Sie mir, meine Damen und Herren, überhaupt nichts vorwerfen. Ich bin gesprächsbereit über all diese Fragen, sofern es ein Sachgespräch ist und sofern die Bereitschaft besteht, auch ein Sachgespräch zu führen. (Zwischenrufe.)

Sie haben, Herr Bundesminister, eine ganze Reihe von Versprechungen einzuhalten, die Ihre Partei gemacht hat, die Ihr Vorgänger gemacht hat. Sie haben Versäumnisse nachzuholen. Die Zwischenstufe ist in wichtigen Fragen nicht erreicht. Daher ist der Landesverteidigungsplan in diesem Punkte nicht erfüllt. Sie haben die Ausbaustufe nicht zum Beschuß führen können, aber nicht durch unsere Schuld, sondern das ist im Moment verschoben. Sie haben das Kasernensanierungsprogramm zu erfüllen.

Sie haben selbst von der politischen Motivation im Heere gesprochen. Das ist ein Problem, das im wesentlichen darin liegt, daß Sie richtig ausbilden und die Leute durch die Handlungen motivieren, die im Heere gesetzt werden. Das andere Problem liegt im Bereich der sogenannten Systemerhalter, die Sie auch zu motivieren haben.

Der Herr Bundesminister außer Dienst Dr.

Frischenschlager hat großsprechend die Neuordnung des militärischen Dienstrechtes versprochen. Nichts davon ist zu finden.

Die Abfangjägerfrage muß erst über die Bühne gebracht werden, meine Damen und Herren! Ich gebe zu, dem Herrn Abgeordneten Roppert folgend, daß Frischenschlager das Problem eingeleitet hat, aber zu Ende geführt ist die Problematik nicht. (Abg. Probst: Warum wohl, Herr Professor?) Und hier hat der Herr Bundesminister viel vor sich. (Ruf bei der SPÖ: Fragen Sie den Landeshauptmann Krainer!)

Er hat weiters die Budgetproblematik vor sich. Er hat den Investitionsplan und den Finanzplan vor sich. All das steht vor ihm. Das ist kein kleines Marschgepäck, mit dem Sie hier tänzelnd durch die Reihen ziehen werden, das ist ein Möbelwagen der Politik, den Sie hinter sich herzuschleppen und auszuladen haben werden, Herr Bundesminister! (Beifall bei der ÖVP.)

Die Österreichische Volkspartei — ich darf das noch einmal wiederholen — ist konsensbereit in der Verteidigungspolitik, und Sie haben in mir einen Gesprächspartner. Sie werden insgesamt keine Wende herbeiführen können, Herr Bundesminister, aber Sie werden — so hoffe ich — eine Wende herbeiführen können, was den Stil dieser Verteidigungspolitik anlangt. Da hoffe ich, Herr Bundesminister, daß Sie einen Stil an den Tag legen werden, der von jenem des seinerzeitigen Verteidigungsministers grundsätzlich abweicht. Sie brauchen uns hier im Parlament nicht anzuschreien, Herr Bundesminister, und Sie brauchen uns auch nicht dann zu kritisieren, wenn wir hier sachliche Bemerkungen machen.

Herr Bundesminister! Wir werden Ihre Tätigkeit an dem gemeinsam beschlossenen Landesverteidigungsplan und an der gemeinsam beschlossenen Verteidigungsdoktrin zu messen haben, und darüber werden Sie uns auch in Ihrem Ministeramt, das ja kein sehr langes sein dürfte, Rechenschaft ablegen müssen. (Beifall bei der ÖVP.) 14.38

Präsident Dr. Stix: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

2. Punkt: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über den Antrag 184/A der Abgeordneten Hochmair, Probst, Dkfm. Dr. Stummvoll und Genossen betreffend ein Bundesgesetz über Maßnah-

Präsident Dr. Stix

men gegen die Verbreitung des erworbenen Immundefektsyndroms (AIDS-Gesetz) (952 der Beilagen)

Präsident Dr. Stix: Wir gelangen zum 2. Punkt der Tagesordnung: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über den Antrag 184/A der Abgeordneten Hochmair, Probst, Dr. Stummvoll und Genossen betreffend AIDS-Gesetz.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Keppelmüller. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dipl.-Ing. Dr. Keppelmüller: Herr Präsident! Hohes Haus! Das seit einigen Jahren praktisch weltweit mit zunehmender Häufigkeit auftretende erworbene Immundefektsyndrom (AIDS) unterscheidet sich in wesentlichen Merkmalen von den dem Epidemiegesetz unterliegenden Krankheiten und erfordert damit eine eigene gesetzliche Regelung.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz den Antrag, der Nationalrat wolle dem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, ersuche ich, die Debatte fortzusetzen.

Präsident Dr. Stix: Ich danke dem Herrn Berichterstatter für seine Ausführungen.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Dr. Stummvoll. Ich erteile es ihm.

14.40

Abgeordneter Dr. Stummvoll (ÖVP): Herr Präsident! Herr Minister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gestatten Sie mir eine persönliche Vorbemerkung: Es freut mich, daß wir nach der gestrigen doch sehr kontroversiell geführten Diskussion über die gesundheitspolitischen Konsequenzen des Reaktorunfalls heute hier ein gesundheitspolitisches Gesetz beschließen, das im Konsenswege zustande gekommen ist und das wir heute auch hier einstimmig beschließen wollen.

Wir wollen ja heute, meine sehr geehrten Damen und Herren, ein Gesetz beschließen, das zwar dringend notwendig, aber eigentlich unbefriedigend ist. Unbefriedigend nicht des-

halb, weil das Gesetz schlecht vorbereitet oder schlecht gemacht worden wäre, sondern deshalb unbefriedigend, weil das AIDS-Syndrom noch immer eine Gleichung mit sieben Unbekannten ist. Dies ist keine Feststellung von mir, sondern genau diesen Ausspruch hat bei einem Round-table-Gespräch im Gesundheitsministerium der sicherlich auch Ihnen bekannte und anerkannte Professor Fellinger als Vorsitzender des Obersten Sanitätsrates gemacht. Ich glaube, dessen sollten wir uns bewußt sein, wenn wir das Gesetz heute beschließen. Es ist gemeinsam mit der Wissenschaft, gemeinsam mit den Gesundheitspolitikern aller drei Parteien nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet und erstellt worden, aber es muß unbefriedigend sein, weil heute noch zu viele Fragezeichen über dem AIDS-Syndrom auch wissenschaftlich bestehen.

Das AIDS-Syndrom — frei übersetzt: ein erworbener Immundefekt — ist zweifellos eine neue Seuche und wahrscheinlich das große Infektionsproblem unserer Zeit.

Um welch große medizinische und gesundheitspolitische Herausforderung es sich hier handelt, möchte ich anhand eines kurzen Zitats von Herrn Professor Möse, Vorstand des Hygieneinstituts in Graz, darlegen. Professor Möse hat vor einigen Monaten in der Ärztezeitung unter anderem folgendes geschrieben — ich zitiere —:

„Entweder es gelingt uns jetzt mit allen Mitteln, diesen zum Teil ja noch versteckten Eisberg der AIDS-Infektionen an einem weiteren Wachstum zu hindern, oder wir verlieren den Kampf um die Zukunft schon heute.“ — Zitatende.

Ich glaube also, eine sehr eindringliche Warnung, eine sehr eindringliche Beschreibung dieser großen medizinischen und gesundheitspolitischen Herausforderung, um die es hier geht.

Wir haben in Österreich erst im Vormonat, im April, in Graz einen gesamteuropäischen AIDS-Kongreß gehabt, und ich darf Ihnen da vielleicht nur einige Daten nennen, was die Verbreitung dieser neuen Seuche betrifft. Mitte März hatten wir weltweit etwa 22 000 AIDS-Erkrankte und bereits rund 10 000 Todesfälle infolge von AIDS, ganz grob: rund 90 Prozent davon in Amerika, rund 10 Prozent in Europa.

Besorgniserregend ist vor allem das Tempo der Entwicklung. Man rechnet von Seiten der Wissenschaft derzeit mit einer Verdoppelung

12458

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Stummvoll

der Zahl der Fälle innerhalb von sechs bis zwölf Monaten.

Der Entdecker der AIDS-HTLV-III-Virus, der Amerikaner Professor Robert Gallo — er ist am nationalen US-Krebs-Forschungsinstitut tätig —, hat im Vormonat, als er in Wien war, gemeint, AIDS stelle eine so ernste gesundheitliche Bedrohung dar wie etwa Krebs. Weiters vertrat er die Auffassung, wenn sich AIDS auch in Europa im selben Ausmaß verbreiten sollte wie in den USA, so würde AIDS bald auch in Europa die gesundheitspolitische Gefahr Nummer eins sein.

Wir sollten auch ganz offen zugeben, daß, was die weitere Entwicklung betrifft, nicht nur Optimismus herrscht. Professor Gallo hat in Wien bei seinem Vortrag gemeint, er erwarte, daß in den nächsten fünf Jahren bis zu 40 Prozent aller Infizierten erkranken werden, und wir wissen, daß ein großer Teil von ihnen diese Krankheit nicht überleben wird.

Die Zahlen in Österreich sind Gott sei Dank wesentlich niedriger. Ich habe gestern noch mit Herrn Professor Kunz, dem Vorstand des Virologischen Instituts in Wien, telefoniert. Er hat mir als letzten Stand folgende Zahlen genannt: Wir haben in Österreich derzeit rund 900 AIDS-Infizierte, ohne jene, die seropositiv sind. Die Zahl wächst um ungefähr 3 Personen pro Tag. Zweitens: Wir haben derzeit 36 AIDS-Erkrankte und bisher 20 Tote infolge dieses Immundefekts.

Ich möchte auch eines sehr offen und objektiv sagen: Wenn wir uns heute in der Welt umschauen, so können wir doch sagen, daß man das, was in Österreich im Bereich der AIDS-Vorsorge gemacht wurde, auch international durchaus herzeigen kann. Das hat auch der AIDS-Kongreß im April in Graz bestätigt. Insbesondere wird man herzeigen können, was die Verhinderung der Übertragung von AIDS durch Blutkonserven und Blutplasma betrifft, aber auch was die gleichsam spezifische Betreuung der Risikogruppen betrifft. Man sollte, wenn wir darüber diskutieren, heute auch volle Anerkennung dafür aussprechen, welch großartige Leistung hier die österreichische AIDS-Hilfe geleistet hat, ein privater Verein, der sich in den letzten Wochen und Monaten sehr engagiert mit diesem Problem befaßt hat und hier wirklich eine echte Hilfestellung ist. Ein Beispiel dafür, was private Initiativen auf dem Gesundheitssektor an Positivem leisten können. (Beifall bei der ÖVP.)

Wenn wir uns die Entwicklung ansehen, so

können wir einen positiven Aspekt und einen negativen Aspekt feststellen.

Der positive Aspekt ist der, daß man, soweit derzeit absehbar, sagen kann, daß diese Immunschwäche im wesentlichen doch, Gott sei Dank, beschränkt bleibt auf die wenigen Risikogruppen, das sind vor allem die Homosexuellen, die Bisexuellen und die spritzenabhängigen Drogensüchtigen.

Ein negativer Aspekt ist jener, daß wir eigentlich bisher noch in keinem Land wesentliche Fortschritte in der Behandlung und auch keine wesentlichen Fortschritte in der Entwicklung eines eigenen Impfstoffes erzielen konnten.

Was das Impfproblem betrifft, wurden bisher rund 120 verschiedene Arten des AIDS-Virus HTLV-III identifiziert. In den USA sind in den letzten Wochen umfangreiche Tierversuche zur Entwicklung eines Impfstoffes angelaufen. Aber selbst die optimistischen amerikanischen Forscher sagen, daß wir wahrscheinlich frühestens in etwa zwei Jahren wissen werden, ob eine Impfung gegen diese meist tödlich verlaufende Krankheit überhaupt praktisch möglich ist. Und weil eben das so ist, meine Damen und Herren, ist es umso wichtiger, durch vorbeugende und aufklärende Maßnahmen entsprechend vorzusorgen und hier entsprechende Dämme aufzubauen. Genau das ist der Inhalt und die Intention dieses Gesetzeswerkes.

Die Hauptaufgabe besteht darin, daß man einfach bestmöglich versucht, die Risikogruppen aus der Bevölkerung herauszufinden, sie zu informieren, zu beraten, ihnen Verhaltensregeln, Verhaltensempfehlungen zu geben mit dem Ziel, die Übertragung dieser Krankheit möglichst zu vermeiden.

Ich gebe gerne zu, wir hätten gern zum Teil strengere Maßstäbe in diesem Gesetz angelegt. Wir haben es dann deshalb nicht getan, weil genau die Zielsetzung, die Risikogruppen herauszufinden, natürlich eine sehr schwierige Aufgabe ist und wir ja vermeiden müssen, daß diese Risikogruppen gleichsam in den Untergrund gedrängt werden, gesellschaftlich isoliert und gesellschaftlich diskriminiert werden. Auch insofern ein unbefriedigendes Gesetz, aber nach dem letzten Stand und nach bestem Wissen und Gewissen erarbeitet.

Ich möchte, meine sehr geehrten Damen und Herren, abschließend feststellen, daß dieses Gesetz zweifellos ein erster und wichtiger

Dr. Stummvoll

Schritt zur Eindämmung dieser modernen Seuche ist, daß wir aber dann, wenn wir weitere Erfahrungen, vor allem auch weitere Erkenntnisse der Wissenschaft haben, wahrscheinlich einen zweiten Schritt setzen müssen. Ich glaube, daß wir insgesamt mit diesem Gesetz gesundheitspolitisch einen sehr, sehr wichtigen Schritt setzen, und ich freue mich sehr, daß dies im Konsensweg möglich war. — Danke. (Beifall bei der ÖVP.) 14.49

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Hochmair.

14.49

Abgeordneter Hochmair (SPÖ): Hohes Haus! Im Herbst 1983, meine Damen und Herren, ist im amerikanischen Fernsehen ein junger an AIDS erkrankter Amerikaner aufgetreten und hat seine Probleme als AIDS-Erkrankter geschildert. Er hat dann abschließend gemeint, die Massenmedien befinden sich auf dem AIDS-Trip.

Er hat recht gehabt. Seit diesem Zeitpunkt ist auch bei uns in Österreich und in Europa AIDS diskutiert worden. AIDS ist damit zum Thema, für viele aber auch zum Problem geworden. Die Berichterstattung hat gereicht von „höchst sachlich“ bis „hysterisch“. Genau die Verunsicherung in diesem Bereich hat für jene, die an dieser erworbenen tödlichen Immunschwäche erkrankt sind, viele Probleme mit sich gebracht.

Ich erinnere mich noch an die Zeitungsberichte, die es gab, als ein kleiner amerikanischer Bub im Alter von neun Jahren von der Schulpflicht ausgeschlossen wurde, nur weil er an AIDS erkrankt war.

Diese Krankheit, für die es noch kein Heilmittel gibt, ist für uns mehr als ein medizinisches Problem geworden. Die sozialen, die wirtschaftlichen, aber auch die politischen Auswirkungen treffen uns alle, und alle Deutschen, Franzosen, Holländer, Schweizer, Österreicher zum Beispiel, die im Laufe der nächsten Jahre an AIDS erkranken werden, sind bereits heute infiziert. Daran läßt sich nichts ändern.

Nun zu der Frage, die wir heute behandeln. Wenn es uns jetzt und sofort gelingt, massive Vorbeugungen zu treffen, dann können wir unter Umständen Neuinfektionen verhindern, wir können die Zahl der Infektionen verringern. Nur dann, wenn uns das gelingt, haben wir die Chance, daß die Kurve in den nächsten drei bis vier Jahren abflacht oder fällt.

Ein AIDS-Kranker ist anders zu behandeln als ein Tbc-Kranker oder ein Geschlechtskranker. Der Tbc-Kranke hat Chancen, gesund zu werden, der AIDS-Kranke hat zurzeit nicht die geringste Chance zu überleben.

Daher ist dieses AIDS-Gesetz in seinen Prämissen zur Gänze anders angelegt als das Epidemiegesetz.

Im vorliegenden Gesetzentwurf haben wir zwei Ziele herausgearbeitet:

erstens: Vorbeugen, Vorbeugen gegen die Krankheit selbst und vorbeugen gegen die Panikreaktion in der Bevölkerung, aber auch gegen die Panikreaktion bei den Behörden;

zweitens: die Information: Information an Gesunde, an die Gefährdeten und an die Risikogruppen, und die Information an die Kranken.

Um dem nachzukommen, einige Punkte aus dem Gesetz:

die Meldepflicht für manifeste Erkrankungen beziehungsweise Todesfälle an AIDS;

Regelung betreffend Ausübung der Prostitution — ein sehr wichtiger Punkt —;

Aufklärungs- und Beratungspflicht und die Förderung von AIDS-Beratungsstellen und von AIDS-Betreuungsstellen.

Für uns war es sehr wichtig — und das zieht sich wie ein roter Faden durch das Gesetz —, daß das ärztliche Berufsgeheimnis, die Verschwiegenheitspflicht, gewahrt bleibt, vor allen Dingen aber die Anonymität der Erkrankten.

Warum? Ich erzähle Ihnen ein Beispiel dazu. Als in Amerika, im Bundesstaat Colorado, die Gesundheitsbehörde das AIDS-Problem in den Griff bekommen wollte, hat sie die namentliche Meldung und Registrierung der AIDS-Erkrankten festgelegt, um sie beraten zu können, um ihnen helfen zu können, aber auch, um ihre Sexualpartner aufzuspüren und mit ihnen über dieses Problem zu diskutieren.

Auf den ersten Blick, soweit, so gut. Aber was war die Folge? Ab dem Inkrafttreten dieser Bestimmung in Colorado hat sich kaum jemand dem Test unterzogen. All diese Risikogruppen, all jene, die Angst gehabt haben, sie könnten an AIDS erkrankt sein, haben es vermieden, sich untersuchen zu lassen. Sie

12460

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Hochmair

haben die Registrierung gefürchtet, denn Registrierung hat Diskriminierung bedeutet: im privaten Bereich, im Beruf, aber genauso im finanziellen Bereich.

Ein US-Senator aus diesem Bundesstaat hat gemeint: Diese neuen Aussätzigen sind zwangsläufig Sozialfälle, die für immer von der öffentlichen Hand in den Mund leben. Er fragte: Haben wir das wirklich gewollt?

Jene, die es sich leisten konnten, sind aus dem Bundesstaat Colorado nach Kalifornien geflogen, haben sich dort untersuchen lassen und sind damit der Registrierungspflicht nicht unterlegen. Dieses Problem konnte in diesem Bundesstaat somit nicht wirkungsvoll geregelt werden.

Daher bitten wir, zu verstehen, warum wir absolute Verschwiegenheit und absolute Anonymität gewähren wollten.

Noch ein paar Argumente für die Anonymität: Wir meinen, wenn die Anonymität gewährleistet ist, kommt damit auch die Freiwilligkeit. Genau an dieser Freiwilligkeit beim Test liegt uns. Wir wollen keine Verpflichtung, wie es jetzt bei der US-Armee, bei der US-Luftwaffe und -Marine vor sich geht. Wenn dort ein junger Rekrut in diese Truppenkörper eintritt, hat er sich verpflichtend einem AIDS-Test zu unterziehen.

Und wiederum die Frage eines jungen US-Rekruten, der kurz vor der Hochzeit stand. Er hat gemeint: Gilt für mich das Motto in der Zukunft in Amerika „Darum prüfe, wer sich ewig bindet, ob sich nicht AIDS im Blute findet“?

Meine Damen und Herren! Da ist sehr viel Dramatik in der Aussage dieses jungen Rekruten, weil er befürchtet hat, daß er dann, wenn er einen Positivtest hat, unter Umständen vielleicht nicht heiraten kann.

Ich wollte das aufzeigen, meine Damen und Herren, um festzustellen, daß wir nicht mit offener Registrierung, nicht mit Isolationsmaßnahmen und nicht mit Zwang dieses Problem AIDS bewältigen. Der Staat und wir, der Gesetzgeber, können das medizinische Problem nicht lösen. Wir werden gerade, Herr Kollege Stummvoll, in dieser Frage AIDS-Forschung einigen Mut und einige Courage beweisen müssen, wenn es darum geht, den Tierschützern zu sagen, daß wir in diesem medizinischen Bereich die Tierforschung brauchen, um den Menschen vor der Geißel AIDS zu schützen. (Beifall bei SPÖ und FPÖ)

Die gesellschaftlichen Probleme, die durch AIDS entstanden sind und entstehen werden, und die Vorbeugung wollen wir mit diesem Gesetz in den Griff bekommen. Das ist das Ziel. Daher geben wir diesem Gesetz die Zustimmung. (Beifall bei SPÖ und FPÖ) 14.56

Präsident Dr. Stix: Zum Wort gelangt Herr Abgeordneter Probst.

14.56

Abgeordneter **Probst (FPÖ):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Stummvoll, es ist in diesem Fall für mich keinerlei Genugtuung, Sie bei ein, zwei Zahlen korrigieren zu müssen. Meine Information geht dahin, daß nicht 36, sondern schon 37 Patienten in Österreich manifest das Vollbild von AIDS zeigen, also wirklich erkrankt sind: 21 sind inzwischen gestorben. Europaweit sind es 2 006 AIDS-Kranke, davon sind 1 005 gestorben; in Amerika sind es 16 458, wovon 8 361 gestorben sind.

Ich sage das nicht, um etwas auszubessern, sondern weil es mich wirklich erschüttert hat, daß eine der größten österreichischen Tageszeitungen just an jenem Tag, an dem wir mit dem Obersten Sanitätsrat über dieses Gesetz gesprochen und uns beraten haben, eine Meldung brachte: Eine Million AIDS-Kranke in Europa!

Sehen Sie, das ist gerade das, was wir nicht brauchen können. Das ist eine Panik und Skandalmache, die aus dem gewissen News-Bedürfnis einiger Zeitungen kommt, und das halte ich für schädlich. Da weiß ich mich Ihrer Zustimmung sicher, auf welcher Seite des Hauses Sie auch sitzen.

Es ist nämlich der Bevölkerung auch der Unterschied zwischen einem LAV-HTLV-III-Träger, also einem Virusträger, und einem Viruskranken, also einem manifest Erkrankten AIDS-Patienten, zu schildern. Dieser Unterschied ist wichtig, weil es eine vielfach höhere Zahl von Infizierten gibt im Vergleich zu den wirklich Erkrankten. Man nimmt an, daß nach einer Inkubationszeit, von der immer nur angenommen wird, daß sie zwischen drei Monaten und sechs und noch mehr Jahren liegt, von allen Infektsträgern, Virusträgern, nur etwa 5 bis 20 Prozent tatsächlich erkranken.

Infolgedessen ist jede Maßnahme am Virusträger problematisch und wahrscheinlich verfrüht. Ein Gesetz kann also wirklich voll nur bei manifest Erkrankten einsetzen und eingreifen, bei jenen, die das AIDS-Vollbild zeigen.

Probst

Was AIDS ist, ist im wesentlichen bekannt. Es ist eine durch ein Virus hervorgerufene Schwächung des normalen körpereigenen Abwehrsystems, das im gesunden Fall ein Wunderwerk darstellt. Im Krankheitsfall fehlen die Abwehrmechanismen, und der Patient stirbt nicht an der typischen Erkrankung AIDS, sondern er kann an einer ganz gewöhnlichen Infektionskrankheit, die er sonst lokär übersteht, sterben, weil er einfach keinerlei Abwehrkräfte mehr hat.

Das ist das Bild von AIDS. Es gibt keinerlei medizinische Vorkehrung dagegen, keine Impfung, nichts. Alles, was wir bisher kennen, sind Hoffnungen. Es gibt leider auch keinerlei wirklich greifende Behandlung oder Therapie.

Die Strahlenangst der letzten Wochen hat die Angst vor AIDS in Europa verdrängt und das Problem AIDS in den Hintergrund gestellt. Trotzdem darf ich mich meinen Vorednern anschließen und betonen, daß dieses AIDS-Gesetz ein europäischer Vorreiter und wahrscheinlich ein Vorreiter auf der ganzen Welt ist, also ein wirkliches Pioniergesetz. Wir waren die ersten, die das umfassend geregelt haben.

Das Problem ist, daß AIDS kaum auf Vorbilder zurückgreifen läßt. Ähnliche Krankheiten gibt es nicht. Man kann kein Epidemiegesetz in diesem Sinne wirklich voll anwenden, kein Tbc-Gesetz und kein Geschlechtskrankheitengesetz, aus den vorhin erwähnten Gründen, wie Inkubationszeit und trotz Voll-erkrankung noch immer möglicher Abwehr- und Schutzmaßnahmen vor der Ansteckung.

Abgedeckt werden durch dieses Gesetz die Meldungspflicht und die Behandlung in einer ethisch vertretbaren Weise. Das heißt, nur der eindeutig Erkrankte muß gemeldet werden, und zwar nicht von irgendeinem Arzt, sondern vom Leiter einer Krankenanstalt, um jeden schockierenden und schädigenden Irrtum auszuschließen. Der Gefährdete muß vom Arzt beraten werden. Also es geht nicht mehr so wie bisher, daß der Arzt meint: Hier handelt es sich um einen völlig inoperablen Krebs an der Lunge oder sonstwo, ich sage dem Patienten lieber nichts. Bei AIDS muß er ihm die Wahrheit sagen. Und auch das halte ich für wichtig, weil dieser Patient ja Bescheid wissen muß, damit er sein Verhalten reguliert. (*Der Präsident übernimmt den Vorsitz.*)

Es ist im Gesetz quasi der Zwang zur Verbesserung der Forschung und der Informa-

tion in indirekter Form verankert. Es ist im Gesetz Vorkehrung getroffen für eine Verbesserung der Diagnosemöglichkeiten und der Diagnostika und Diagnostiker. Also die Qualität der Diagnose muß nachgewiesen werden, um ja keinen Irrtum entstehen zu lassen. Und es ist im Gesetz eine verschärzte Kontrolle der gewerbsmäßigen Prostitution — der gewerbsmäßigen und nicht der geheimen — vorgesehen.

Ich halte es für sehr wichtig, daß schon im Gesetz die materielle Unterstützung von Selbsthilfegruppen und Beratungsgruppen vorgesehen ist. Das halte ich für sehr wertvoll, denn aus diesen Gruppen kam schon bisher beste Arbeit.

Offen geblieben sind natürlich auch einige Dinge.

Zum Beispiel: Scheinbar offen geblieben — es ist wichtig, daß das einmal betont wird — ist für viele Menschen in Österreich die Sorge, ob durch Bluttransfusion und Blutspenden etwas passieren kann. Man kann nicht laut und deutlich genug sagen: Ganz im Gegenteil! Das freiwillige Spenden von Blut ist die einfachste, unauffälligste, unverdächtigste und unbürokratischste Möglichkeit für jeden österreichischen Blutspendewilligen, festzustellen, ob er Virusträger ist oder nicht, denn jedes gespendete Blut wird auf LAV-HTLV-III-Virus untersucht. Das heißt, der Spender bekommt eine Gegenleistung, nämlich die Antwort auf die Frage, ob er Virusträger ist oder nicht.

Das gleiche gilt für Serumspenden und selbstverständlich auch für Transplantate. Es sollte routinemäßig bei künstlichen Inseminaten, also bei der künstlichen Befruchtung gemacht werden.

Wirklich offen geblieben sind die Fragen der Geheimprostitution. Das ist sicher durch ein AIDS-Gesetz nicht zu lösen und trotzdem einevehemente Gefahr, wie vorhergegangene Prozesse und offenliegende Prozesse zeigen.

Wirklich offen geblieben ist die gar nicht so wenig verbreitete Prostitution der Homosexuellen. Das ist ebenfalls etwas Wichtiges, worüber man sich den Kopf zerbrechen muß, denn ich habe es eingangs erwähnt — das haben alle hier betont —: Die einzige Therapiemöglichkeit bei AIDS ist die Vermeidung der Kontamination, der Ansteckung, und da ist selbstverständlich bei den vornehmlichen beiden Risikogruppen anzusetzen, eben bei den Homosexuellen und bei den spritzenabhängigen Drogensüchtigen.

12462

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Probst

In diesem Zusammenhang ein Appell an die Gruppe der Homosexuellen, sich doch die Situation zu überlegen und abzulassen von ihrer aggressiven Werbung, für die ich keinerlei Verständnis habe, abzulassen von ihrem Kampf und ihrem Feldzug um die Aufhebung der Jugendschutzparagraphen in der Homosexualität. Ich sehe nicht ein, warum unsere Jugendlichen auch noch gefährdet werden sollen, nur weil der Wunsch nach Renaissancecelustknaben oder ähnlichem besteht. Dafür habe ich keinerlei Verständnis. Es ist auch von diesen Gruppen Einsicht und Zurückhaltung zu verlangen und vor allem das Wesentlichste: Verantwortungsgefühl.

Und von uns, von der Gesellschaft, als Gegenleistung natürlich Verständnis, ebenfalls Zurückhaltung, Vermeidung von Hysterie. Es ist alles zu vermeiden, daß einmal Erkrankte wie Parias von der Gesellschaft verstoßen und auf diese Art in einen illegalen Untergrund gedrängt werden.

Die Ansteckung ist vermeidbar. Es ist nicht so gefährlich wie zum Beispiel bei der Tbc. Die Ansteckung ist eindeutig auf die geschilberten geschlechtlichen Vorgänge beschränkt. Durch ein Trinkglas oder einen Händedruck ist eine Ansteckung absolut unmöglich. Die Leute sollten sich das vor Augen halten, bevor sie in pharisäerhafter Art jemanden zur Verzweiflung treiben.

Meine Damen und Herren! Wir stehen in einigen Punkten vor der Tatsache, daß wir nichts wissen, nichts Wirkliches wissen. Wir stehen vor einer Situation wie zur Zeit der Entdeckung Amerikas 1492, als als Rücklauf dieser herrlichen Entdeckung eine Geißel Gottes zu uns kam, die Syphilis. Auch damals wußte man nicht einmal in Ansätzen, wie man dieser Geißel Gottes Herr werden sollte. Auch damals entstanden religiöse Wahnbewegungen, wie wir sie heute schon feststellen müssen. Man spricht auch heute von Gottesgericht, Geißel Gottes et cetera. Das ist sicher falsch.

Richtig ist, daß viel zu tun bleibt für die Forschung, viel zu tun für die Pharmaindustrie, viel zu tun für die Gesellschaft und die Gesetzgebung. Es ist sicher einzubekennen, daß dieses Gesetz nur ein erster Schritt ist, aber immerhin ein erster Schritt zur Vermeidung einer größeren Katastrophe. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) *15.07*

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Tonn.

15.07

Abgeordneter Tonn (SPÖ): Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Seit urdenklichen Zeiten sind Seuchen und ansteckende Krankheiten die Begleiter der Menschen, und nicht immer gelingt es, solche Krankheiten zu besiegen.

Daß es zum Beispiel der Weltgesundheitsorganisation gelungen ist, vor einigen Jahren die Pocken vollkommen in den Griff zu bekommen, ist, besonders in Anbetracht der vielen Reisenden unserer Zeit, ein bedeutender Erfolg.

Ausnahmen bestätigen aber auch in diesem Bereich die Regel, weil dem gegenübersteht, daß es noch immer genug gefährliche Krankheiten gibt. Ich möchte sie gar nicht alle aufzählen. Es gibt schreckliche unter ihnen; ich denke zum Beispiel an die Lepra.

Gerade deshalb — das wurde heute schon von meinen Vorrednern betont — ist es aus gesundheitspolitischer Sicht sehr, sehr wichtig, nicht nur seit langem bekannte Krankheiten zu bekämpfen, sondern auch neu auftretenden Krankheiten entsprechende Aktivitäten entgegenzusetzen.

Eine solche Krankheit ist ohne Zweifel AIDS, eine Seuche, die sich bedenklich entwickelt. Es gibt verschiedene Zahlen darüber, wie wir heute gehört haben. Ich habe wieder andere Zahlen als die Kollegen Dr. Stummvoll und Probst. Das beweist aber, daß tagtäglich Änderungen vor sich gehen, weil sich die Krankheit ausbreitet. Das bedenkliche daran ist — das wurde auch schon gesagt —, daß sozusagen ein Verdopplungseffekt gegeben ist.

Am AIDS-Kongreß in Graz vor fünf Wochen haben hervorragende Wissenschaftler teilgenommen, und es wurde festgestellt, daß die Entwicklung eines AIDS-Impfstoffes eigentlich nicht absehbar ist.

Nicht verifiziert ist eine Zeitungsmeldung, derzufolge Wissenschaftler des nationalen Gesundheitsinstituts der USA einen Impfstoff entwickelt haben sollen, der angeblich bereits getestet ist. Dieser Zeitungsmeldung zufolge soll dieser Impfstoff in größerem Ausmaß 1987 zur Verfügung stehen. Allerdings sollen damit nur Menschen behandelt werden können oder soll er nur bei Menschen wirken, die noch nicht angesteckt sind.

Das bedenkliche an dieser Krankheit ist, daß nicht einmal führende Forscher Genaues

Tonn

über diese Seuche wissen. Dazu kommen die oft entstellten Berichte in den Medien. Kein Wunder, daß sich die Menschen ernsthaft fragen, ob AIDS eine Massenseuche ist oder eine Massenhysterie. Es ergibt sich immer wieder die Frage: Betrifft diese Krankheit nur soziale Randgruppen, oder kann sie alle Menschen befallen?

Wir wissen heute darüber, daß die Inkubationszeit zwischen zwei Monaten und sechs Jahren liegen kann. Wir kennen die Zahlen der Kranken und der Verstorbenen, und ich glaube, das allein rechtfertigt schon, daß wir dieses Gesetz beschließen. Obwohl AIDS bisher auf wenige soziale Gruppen beschränkt ist, muß das nicht so bleiben, weil die Risikogruppen beachtenswert sind. Dazu gehören neben den schon angeführten homo- und bisexuellen Männern die Drogensüchtigen, aber auch die Bluter und die Empfänger von Blutkonserven sowie die Sexualpartner von Risikogruppen.

Daher ist es von Bedeutung, daß wir dieses Gesetz beschließen, und zwar in der Form, daß keine AIDS-Hysterie entsteht. Es ist ein spezielles Gesetz, wie zum Beispiel die Gesetze betreffend die Tuberkulose und die Geschlechtskrankheiten, und wir sind mit diesem Gesetz vielen Ländern voraus. Einige europäische Staaten interessieren sich bereits dafür.

Wie ebenfalls schon erwähnt, liegt der Schwerpunkt des Gesetzes im präventiven Bereich. Vor allem soll verhindert werden, daß AIDS-Infizierte in gesellschaftliche Randgruppierungen gedrängt werden. Ich glaube, das ist sehr, sehr wichtig.

Nach dem derzeitigen Stand der Möglichkeiten ist dieser Dreiparteienantrag sicherlich das entsprechende Instrumentarium zur AIDS-Bekämpfung. Ich begrüße es, daß in dieser gesundheitspolitischen Sachfrage der Nationalrat einstimmig ein Gesetz beschließt, das uns legitisch in Europa in das Spitzenfeld bringt. Vor allem aber werden damit Voraussetzungen geschaffen, daß wir vielen Österreichern in einer Situation helfen, die für die Menschen, die davon betroffen sind, nicht angenehm ist. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) ^{15.12}

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Wird ein Schlußwort gewünscht? — Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen somit zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 952 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung **e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n**.

3. Punkt: Bericht des Ausschusses für Gesundheit und Umweltschutz über die Regierungsvorlage (785 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem die Verordnung des Ministers des Innern vom 21. März 1873, RGBI. Nr. 37, betreffend die Prüfung der Ärzte und Tierärzte zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienste bei den politischen Behörden, geändert wird (950 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 3. Punkt der Tagesordnung: Prüfung der Ärzte und Tierärzte zur Erlangung einer bleibenden Anstellung im öffentlichen Sanitätsdienst bei den politischen Behörden.

Berichterstatter ist der Herr Abgeordnete Tonn. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Tonn: Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Ausschuß für Gesundheit und Umweltschutz hat die Regierungsvorlage 785 der Beilagen, die Ihnen schriftlich vorliegt, beraten und einstimmig die Annahme des Gesetzentwurfes beantragt.

Namens des Ausschusses stelle ich daher den **A n t r a g**, der Nationalrat möge diesem Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, die Debatte einzuleiten.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor.

Wir gelangen zur **A b s t i m m u n g** über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 785 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu

12464

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Präsident

ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung e i n s t i m m i g a n g e n o m m e n .

4. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (931 der Beilagen): Bundesgesetz, mit dem das Glücksspielgesetz, das Bundes-Sportförderungsgesetz, das Gebührengesetz und das Umsatzsteuergesetz geändert und das Sporttoto-Gesetz und das Pferdetoto-Gesetz aufgehoben werden (956 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 4. Punkt der Tagesordnung: Änderung des Glücksspielgesetzes, des Bundes-Sportförderungsgesetzes, des Gebührengesetzes und des Umsatzsteuergesetzes und Aufhebung des Sporttoto-Gesetzes und des Pferdetoto-Gesetzes.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Kuba. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Kuba: Herr Präsident! Hohes Haus! Durch den vorliegenden Gesetzentwurf sollen dem Bund durch Übertragung des Rechtes zur Durchführung des Sporttotos und des Lottos nach dem Totalisatorprinzip an eine konzessionierte Kapitalgesellschaft neue Abgabeneinnahmen erschlossen werden.

Der Finanz- und Budgetausschuß hat die erwähnte Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 15. April 1986 in Verhandlung genommen.

Im Zuge der Debatte wurden mehrere Abänderungsanträge eingebracht.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf in der Fassung dreier dieser Abänderungsanträge teils mit Stimmeneinhelligkeit, teils mit Stimmenmehrheit angenommen. Die übrigen Abänderungsanträge fanden nicht die Zustimmung der Ausschußmehrheit.

Der Ausschuß traf überdies folgende Feststellung:

Sollten sich für die Aktionen „Seniorenhilfe“ und „Kinderhilfe“ Mindererträge aus

den von ihnen durchgeführten Glücksspielen ergeben, wird der Bundesminister für Finanzen mit den betroffenen Organisationen Gespräche über notwendige Maßnahmen führen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den A n t r a g , der Nationalrat wolle dem dem schriftlichen Ausschußbericht angeschlossenen Gesetzentwurf die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, Herr Präsident, ersuche ich, die Debatte zu eröffnen.

Präsident: Ich danke für die Berichterstattung.

General- und Spezialdebatte werden unter einem durchgeführt.

Zum Wort gemeldet hat sich Herr Abgeordneter Höchtl.

15.18

Abgeordneter Dr. Höchtl (ÖVP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Hohes Haus! Seit der Schaffung und Beschlüffassung des Sporttotos im Jahre 1949 hat wahrscheinlich keine für den österreichischen Sport so wichtige Entscheidung stattgefunden, wie sie die heutige Beschlüffassung über eine Neuordnung der gesamten Sporttoto-Gesetzgebung und die Schaffung des neuen Lottos darstellt.

Die Frage ist nun, worin eigentlich die Bedeutung der Änderung des Sporttotos und der Schaffung des neuen Lottos liegt. Die Antwort ist sehr einfach: darin, daß seit dem Jahre 1949 durch die Mittel aus dem Sporttoto die Unabhängigkeit und die Freiheit des österreichischen Sports garantiert worden sind. Wir von der Volkspartei wollen auch heute ein eindeutiges Bekenntnis zu dieser Unabhängigkeit, zur Freiheit des österreichischen Sports in allen seinen Dach- und Fachverbänden ablegen; sie sollen auch in Zukunft gesichert bleiben. (Beifall bei der ÖVP.) Wir wehren uns, wie wir uns in der Vergangenheit gewehrt haben, gegen jegliche Form größerer staatlicher Einflußnahme auf den Sport, und ich hoffe, ja ich bin überzeugt davon, daß auch meine Nachredner diese Auffassung vertreten werden.

Warum kommen überhaupt diese heutige Änderung der Gesetzgebung über das Sporttoto und die Schaffung des Lottos zustande?

Dr. Höchtl

Weil wir seit dem Jahre 1982 aufgrund der Einführung der Brieflotterie, also auch in den Jahren 1983 und 1984, eine enorme Rückentwicklung der Einnahmen aus dem Sporttoto verzeichnen mußten und dadurch die Mittel, die für den österreichischen Sport zur Verfügung gestanden sind, radikal zurückgegangen sind.

Ich glaube, heute ist die Möglichkeit, kurz, aber doch über die Ursachen dieser Schwierigkeiten, über die Vorstellungen des Sports zur Lösung von Problemen, über Versprechungen, die gemacht worden sind, über Unterstützungen, die gegeben worden sind, aber auch über den Druck, der dem Sport gegenüber ausgeübt worden ist, zu sprechen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Um die grundlegenden Inhalte dieser Diskussion darzulegen, möchte ich sie auf einige Punkte beschränken. Warum im Jahre 1982 diese Diskussion losgebrochen ist, habe ich bereits gesagt. Der Grund war die Einführung der Brieflotterie. Diese Brieflotterie ist eingeführt worden — das muß ich heute anlässlich dieser Debatte sagen —, obwohl mit dem Sport vereinbart worden ist, zwar nicht schriftlich, aber mündlich, daß eine derartige Einführung der Brieflotterie nicht gegen den Willen des Sports Platz greifen wird. Aber wie so oft sind Versprechungen abgegeben und dann nicht gehalten worden.

Das hat dazu geführt, daß die Mittel von 310 Millionen im Jahre 1981 auf 257 Millionen im Jahre 1982 und auf 224 Millionen im Jahre 1983 geschrumpft sind. Damals hat der österreichische Sport aufgeschrien. Berechtigterweise hat er eine Totalreform des Sporttotos gefordert und gesagt, es sei durchaus möglich, daß man die gesamte Sporttotodurchführung aus dem direkten Zugriff des Ministeriums löst und in eine private Form überführt. Die Diskussion war so, daß viele Vorschläge dazu entwickelt werden konnten. Ich selbst habe damals im Jahre 1983 einige dieser Anstöße gegeben.

Wie hoch war insgesamt der Verlust in diesen Jahren für den österreichischen Sport aufgrund des Rückgangs der Einnahmen des Sporttotos? — Allein in den Jahren 1982 bis 1985 waren es rund 270 Millionen Schilling. Also 270 Millionen Schilling sind dem Sport durch die Einführung der Brieflotterie und die dadurch verursachten Mindereinnahmen des Sporttotos unwiederbringlich verlorengegangen. Das ist etwas, was wir heute anlässlich dieser Debatte feststellen müssen. Wir von der Österreichischen Volkspartei bedau-

ern zutiefst, daß hier wiederum ein Versprechen nicht eingelöst worden ist — zum Schaden des Sports und der Hunderttausenden österreichischen Sportler. Ich glaube, das muß festgehalten werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Es ist dann die Entwicklung eines umfassenden Konzeptes in Auftrag gegeben worden. Die Spielbanken AG und die Postsparkasse haben bei der Wirtschaftsuniversität Wien ein derartiges Konzept in Auftrag gegeben. Unter der Leitung von Professor Scheuch und Dozent Moser ist unter Hereinnahme internationaler Vergleiche dieses Konzept entwickelt worden. Es zeigt — das möchte ich auch sagen —, daß durch die Neukonstruktion des Sporttotos und durch die Einführung des neuen Zahlenlottos eine enorme Steigerung der Einnahmen möglich ist. Während wir bisher höchstens 1 Milliarde an Einnahmen verzeichnen konnten, werden es laut diesem Konzept mindestens 1 560 Millionen und höchstens rund 2,7 Milliarden sein.

Diese wichtigen Zahlen sind zu nennen, weil daraus auch die berechtigten Forderungen, die ursprünglich seitens des österreichischen Sports gestellt worden sind, abgeleitet in einem anderen Licht gesehen werden können, als sie teilweise seitens der Sozialistischen Partei dargestellt wurden. Ich möchte auch an meinen Nachredner hier am Rednerpult die Bitte richten, auf diese Zahlenvorstellungen einzugehen und nicht von irgendwelchen nebulosen Abstimmungen zu reden, denn diese Abstimmungen kommen aufgrund anderer Drucksituationen zustande, die ich auch erwähnen werde.

Es war nicht zuletzt der hier hinter mir sitzende Finanzminister, der in einer Art „Friß-Vogel-oder-Stirb“-Alternative dem österreichischen Sport gesagt hat: Wenn ihr mit dem nicht zufrieden seid, was ich euch anbiete, dann macht euch eben das Sporttoto alleine! Diese psychologische Drucksituation war ausschlaggebend, daß sich dann der österreichische Sport mit diesem Angebot abgefunden hat. Wir von der Österreichischen Volkspartei wehren uns gegen einen derartigen psychologischen Druck, weil so dem österreichischen Sport überhaupt keine Fairneß und keine gerechte Behandlung zuteil werden. (*Beifall bei der ÖVP.*)

Der Sport hat im Jahre 1984 im Bundes-sportfachrat eindeutig verlangt, daß aufgrund der Einführung der Brieflotterie und des Rückgangs der Sporttotoeinnahmen ab dem Jahre 1982 eine Indexierung des damals

12466

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Höchtl

erzielten Wertes von 310 Millionen Schilling festgeschrieben werden soll. Was würde das jetzt bedeuten? — Das würde bedeuten, daß nicht, wie in diesem Gesetz steht, ab der Einführung dieses Gesetzes 310 Millionen Schilling als Basisfinanzierung dem österreichischen Sport jährlich indexiert zur Verfügung stehen, sondern daß aufgrund der Indexierung seit 1982 dieser Basisbetrag 370 Millionen Schilling betrüge.

Das ist ein Unterschied von jährlich 60 Millionen Schilling, ein Riesenausmaß, auf das ich auch den Kollegen Grabner erteiche einzugehen. Das ist ganz einfach in den verschiedenen Möglichkeiten der Neukonstruktion drinnen, denn der größte Verdienter an der Neukonstruktion wird nicht der österreichische Sport, sondern der Finanzminister sein. Ich glaube, das gilt es auch festzuhalten.

Noch etwas, was manchmal verschwiegen wird: Es wird verschwiegen, daß derartige Beträge nicht aus dem Budget kommen. Ich möchte auch für die Öffentlichkeit festhalten: All diese Beträge berühren überhaupt nicht den Staat, kommen nicht aus dem Budget, sondern resultieren eindeutig nur aus den Einnahmen des Sporttotos und des großen Lottos. Das ist die Wahrheit. Deshalb hat der Sport gefordert, daß ihm die entsprechenden gerechten Mittel aus diesen gesteigerten Einnahmen zuteil werden.

Wenn ich den auch anwesenden Unterrichtsminister an etwas erinnern darf: Er hat mir sehr imponiert, als er im Oktober 1984, zu seinem Amtsbeginn, gesagt hat, er stehe voll und ganz hinter den Forderungen des Sports, er sei für diese Indexierung, er sei für diese Forderungen ab dem Jahre 1982, und er könne sich sogar vorstellen, daß aus den zusätzlichen Einnahmen auch noch einiges dem Sport zufließt. Ich höre aber seit diesem Oktober 1984 von keiner Unterstützung mehr seitens des Unterrichtsministers. Herr Unterrichtsminister! Ihre Aufgabe als auch für den Sport Verantwortlicher hätte darin bestanden, sich gegen diesen Finanzminister durchzusetzen und für die Interessen des Sports einzutreten. Ihre Stimme ist verstummt, das muß ich Ihnen heute anlässlich dieser Debatte vorwerfen. (Beifall bei der ÖVP.)

Die Brieflotterie hat in diesen Jahren eine enorme Aufwärtsentwicklung genommen. Wir haben 1982 300 Millionen gehabt und haben jetzt bereits über 800 Millionen. Das ist aufgrund dessen entstanden, daß viele vom Sporttoto weggegangen sind und sich der Brieflotterie zugewandt haben. Selbstver-

ständlich, der Sport hat das ja gewußt bei der Einführung. Aber Sie haben das immer abgestritten. Die Studie der Wirtschaftsuniversität bezeugt, daß der Grund für den Rückgang die Einführung der Brieflotterie war. Der Herr Finanzminister wird in dieser Studie der Wirtschaftsuniversität mit zusätzlichen Einnahmen von bis zu 569 Millionen Schilling jährlich rechnen können! Das heißt, hier kommt es zu einer Sanierung für den Finanzminister auf Kosten des Sports, und es gilt ganz einfach, anlässlich dieser Debatte das auch auszusprechen.

Ich möchte nicht alle Elemente dieser Diskussion erwähnen, sondern nur eines sagen: Es sind in den letzten Monaten Personen dazu gebracht worden, zu diesen 310 Millionen Schilling zuzustimmen, Personen, die noch vor wenigen Monaten ganz anders gesprochen haben.

Ich erwähne keine Namen, aber sogar Vertreter der ASKÖ haben erwähnt, der Sport müsse unbedingt an den Mehreinnahmen beteiligt werden. Durch die Einführung der Brieflotterie wurde der Sport geschädigt. Ich habe die Protokolle, hier wäre der Beweis zu erbringen.

Was wir von der Volkspartei wollen, ist, daß man auch dem Sport, wenn er sich vielleicht nicht so massiv wehrt, wenn er vielleicht nicht massiv demonstriert, wenn er nicht massiv gegen das, was nicht eingehalten wird, auftritt, den gerechten Anteil gibt. Deswegen wollen wir von der Volkspartei zu dem stehen, was der Sport ursprünglich gehabt hatte, und zu dem, was ihm vom Unterrichtsminister und dem Vorgänger von Finanzminister Vranitzky, nämlich von Dr. Salcher, versprochen worden ist. Ich möchte deshalb die entsprechenden Abänderungsanträge der Volkspartei einbringen.

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Art. I Z. 2 hat § 20 i Abs. 2 des Glücksspielgesetzes zu lauten:

„(2) Der Grundbetrag verändert sich jährlich in jenem Maße, in dem sich die für den Monat Jänner 1982 vom Österreichischen Statistischen Zentralamt verlautbarte Indexzahl der Verbraucherpreise 1976 zu jener des betreffenden Monats der Folgejahre verändert.“

Dr. Höchl

Damit würde das ursprüngliche Versprechen erfüllt werden.

gemäß § 8 Abs. 1 im Namen und für Rechnung des Bundes übertragen wird.

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Höchl und Genossen

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Art. II Z. 3 hat der erste Satz des § 9 Abs. 1 des Bundes-Sportförderungsgesetzes wie folgt zu lauten:

„Der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport hat die im § 8 Abs. 1 genannten Förderungsmittel nach Abzug des der BSO für die Abwicklung und Kontrolle der Förderung nach diesem Unterabschnitt zustehenden Kostenersatzes wie folgt aufzuteilen:“

Damit würde er gezwungen werden.

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Höchl und Genossen

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Art. II Z. 3 hat § 8 Abs. 3 des Bundes-Sportförderungsgesetzes zu lauten:

„(3) Die Vereinigungen im Sinne des Abs. 1 sind die Dachverbände Allgemeiner Sportverband Österreichs (ASVÖ), Arbeitsgemeinschaft für Sport- und Körperfunktion in Österreich (ASKÖ) und Österreichische Turn- und Sport-Union (Union), die von der Österreichischen Bundes-Sportorganisation (BSO) anerkannten Sport-Fachverbände (ausgenommen Berufssportvereinigungen) und das Österreichische Olympische Comité (ÖOC).“

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Dr. Höchl und Genossen

Der Nationalrat wolle beschließen:

Im Art. II Z. 3 hat § 10 des Bundes-Sportförderungsgesetzes wie folgt zu lauten:

„§ 10 (1) Der Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport hat mit der BSO einen Vertrag abzuschließen, nach dem dieser die Abwicklung und Kontrolle der Förderung

(2) In diesem Vertrag ist festzulegen:

1. Es ist ein Kontrollrat zu bestellen, der aus je einem Vertreter des Bundesministeriums für Finanzen, des Bundesministeriums für Unterricht, Kunst und Sport und der Österreichischen Bundes-Sportorganisation sowie aus je zwei Vertretern, die von den nachfolgenden angeführten österreichischen Sportverbänden in den Kontrollrat entsandt werden, besteht:

- a) vom ÖFB (Österreichischer Fußballbund)
- b) vom ASVÖ (Allgemeiner Sportverband Österreichs)
- c) vom ASKÖ (Arbeitsgemeinschaft für Sport- und Körperfunktion in Österreich)
- d) von der Union (Österreichische Turn- und Sport-Union)

2. Der Kontrollrat hat sich eine Geschäftsordnung zu geben, die der Genehmigung des Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport bedarf.

3. Für die Abrechnung und die Kontrolle sind von dem Kontrollrat Richtlinien zu erarbeiten, die der Genehmigung des Herrn Bundesministers für Unterricht, Kunst und Sport bedürfen.

4. Der Kontrollrat hat die im § 8 Abs. 1 dieses Gesetzes genannten gesamtösterreichischen Vorgaben festzulegen.

5. Die Österreichische Bundes-Sportorganisation hat dem Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport über die Verwendung der Förderungsmittel und das Ergebnis der Kontrolle jährlich zu berichten.

6. Dem Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport steht jederzeit Einschau in die Unterlagen der Förderung und der Kontrolle zu.

7. Der Kostenersatz für die Tätigkeit der BSO bei Abrechnung und Kontrolle gemäß dem abzuschließenden Vertrag und den vorgenannten Bestimmungen sowie für die Tätigkeit der Mitglieder des Kontrollrates sowie für dessen Tätigkeit sind aus den Mitteln gemäß § 8 dieses Gesetzes zu decken.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das sind jene Abänderungsanträge, die wir

12468

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Höchtl

im Ausschuß eingebracht haben, die aber im Ausschuß keine Zustimmung der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei gefunden haben. Ich möchte dem Appell von damals diesen Appell im Plenum anschließen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wenn wir aufgrund der Daten, die ich vorgelegt habe, aufgrund der objektiven Untersuchung, die von der Wirtschaftsuniversität herausgebracht worden ist, einen gerechten Anteil dem österreichischen Sport zubilligen wollen, dann ersuche ich die Fraktionen der Sozialistischen Partei und der Freiheitlichen Partei, diesen Anträgen zuzustimmen. Es war der ursprüngliche Wunsch der Bundes-Sportorganisation, er ist auch in die entsprechenden Stellungnahmen hineingekommen. Ich möchte nicht, daß nur aufgrund des Druckes des Finanzministers eine derartige schwierige Situation entsteht.

Wir, die Volkspartei, sagen ein grundsätzliches Ja zu dieser Änderung, wir sagen ein Ja zur Garantie der Basisfinanzierung, wir glauben aber, an die Fairneß und an den Gerechtigkeitssinn der beiden anderen Fraktionen appellieren zu müssen, doch diesen gerechten Anteil von den enorm steigenden Einnahmen aus Sporttoto und Lotto dem österreichischen Sport zukommen zu lassen. (Beifall bei der ÖVP.) ^{15.36}

Präsident: Die soeben eingebrachten Abänderungsanträge der Abgeordneten Höchtl und Genossen sind genügend unterstützt und stehen daher in Verhandlung.

Nächster Redner ist Abgeordneter Arnold Grabner.

^{15.36}

Abgeordneter Arnold Grabner (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Herren Bundesminister! Meine Damen und Herren! Wie in den meisten Fällen von Neuvorlagen oder Änderungen von Gesetzen zeigt sich auch im Falle der Regierungsvorlage zum Bundesgesetz, mit dem das Glücksspielgesetz, das Bundes-Sportförderungsgesetz, das Gebührengesetz und das Umsatzsteuergesetz geändert und das Sporttoto-Gesetz sowie das Pferdetoto-Gesetz aufgehoben werden, der grundlegende Unterschied bereits in der Vorbereitungsphase darin, daß die Opposition eine Politik der Lizitation — sprich Dr. Höchtl — betreibt, während wir Zurückhaltung und

Bescheidenheit bei der Bekanntmachung unserer Leistungen für die Sportförderung zeigen.

Gerade diese zu beschließende Regierungsvorlage wäre wieder eine gute Gelegenheit — das möchte ich hier offen und ehrlich aussprechen —, unsere bisherigen Leistungen, die großartigen Unterstützungen und Förderungen, die wir seit mehr als einem Jahrzehnt allen Sportorganisationen bieten, besser als bis jetzt zu publizieren, umfassender bekannt zu machen.

Zum Inhalt der Regierungsvorlage, sehr geehrte Damen und Herren, möchte ich konkret folgendes sagen. Neu aufgenommen in das Glücksspielgesetz werden:

erstens das Recht zur Durchführung eines neuen Lottos, des Sporttotos und eines Zusatzspiels durch eine private Kapitalgesellschaft;

zweitens die Ertragsabschöpfung durch eine progressive Konzessionsabgabe und fixe Rechtsgebühren auf die jeweiligen Wetteinsätze;

drittens die Einführung eines wertgesicherten fixen Sportförderungsbeitrages mit 310 Millionen Schilling, steigerungsfähig bei übersteigenden Totoerträgen;

viertens ist für ORF und Printmedien eine allgemeine, einen Vertragsabschluß erlaubende Formulierung enthalten.

Die Änderungen des Bundes-Sportförderungsgesetzes stellen meiner Ansicht nach einen Meilenstein in der SPÖ-Tätigkeit für den Sport dar. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) Ich darf den Herren Bundesministern Dr. Vranitzky und Dr. Moritz im Namen des Sports ein herzliches Dankeschön sagen, denn es ist ja nicht so, wie der Herr Abgeordnete Höchtl gemeint hat, daß ein Druck ausgeübt worden ist, sondern er hat einen Druck ausüben wollen, und es hat sogar die „Union“ einiges dazu gesagt.

Legistisch ist die Vorlage gekennzeichnet

erstens durch die Schaffung einer besonderen Sportförderungsart aus den Mitteln des Glücksspielgesetzes, die eine Beibehaltung der derzeitigen Verteilungs- beziehungsweise Verwendungskontrolle entsprechend dem derzeitigen Sporttoto-Gesetz zuläßt;

zweitens erfolgt die Änderung in einem

Arnold Grabner

eigenen Artikel des Bundesgesetzes, mit dem das Glücksspielgesetz geändert beziehungsweise das Sporttoto-Gesetz aufgehoben wird.

Bezüglich Sporttoto-Gesetz darf ich erwähnen, daß sich die Regelungen nunmehr in a) Glücksspielgesetz, Spieldurchführung und Förderungsbetrag und b) Bundesförderungsgesetz, Förderungs- und Verteilungsmodus befinden.

Meine Damen und Herren! Wenn ich vorhin von einem Meilenstein in der Causa Sportförderung sprach, so möchte ich auch in Erinnerung rufen, daß es in der Tat niemals zuvor in den Jahren der wiedererrichteten demokratischen Republik eine so wichtige und weitreichende Änderung und Verbesserung der Sportförderung gegeben hat wie nunmehr durch die große Toto-Lotto-Reform.

Im Zusammenhang mit dieser Reform möchte ich darauf verweisen, daß sie auch insoferne ein Meilenstein ist, weil durch sie jener Zeitabschnitt beendet wird, jene Jahre vorüber sind, in denen die Reinerträge des bisherigen Sporttotos, die zwar zur Gänze für die Förderung des Sports aufgewendet wurden, oft recht beträchtlichen Ertragschwankungen ausgesetzt waren. (Abg. Dr. Höchtl: *Die Ursachen...*) Ich werde schon darauf zu sprechen kommen, Herr Dr. Höchtl.

So betrug der Unterschied zwischen dem Reinertrag von 1981 und 1983 fast ein Drittel, wobei man dazusagen muß, daß der Reingewinn für die Sportförderung 1974 70,2 Millionen war, 1975 65 Millionen, 1978 133 Millionen, 1981 310 Millionen. 1982 und 1983 ist er wieder zurückgegangen, wozu aber der Fußballsport selbst beigetragen hat; alle Sportverbände waren die Leidtragenden.

Solche Unterschiede mußten sich negativ auf die Sportorganisationen auswirken. Diese Ungleichmäßigkeit stellt auch ein beachtliches Hindernis bei der möglichst langfristigen planmäßigen Budgetgestaltung in den Sportverbänden dar.

Aus diesem Grunde verlangten die Sportverbände schon vor Jahren die Ausgliederung des Sporttotos aus der staatlichen Verwaltung. Diesem Verlangen entsprechend wird in Zukunft die Finanzierungsbasis der Sportförderung durch einen jährlichen Garantiebetrag, welcher auch indexgesichert ist, stabilisiert. Als jährlicher wertgesicherter Betrag wurde die Summe des Reinertrages von 1981 angenommen, was einen Betrag von 311 Millionen Schilling ausmacht.

Mit dem Wirksamwerden der großen Toto-Lotto-Reform wird die Sportförderung nicht nur in einer beträchtlichen Höhe fixiert, sondern diese Summe wertgesichert auch garantiert, und zusätzlich kann man auch noch mit weiteren positiven finanzwirtschaftlichen Auswirkungen rechnen.

Dazu möchte ich feststellen, daß es selbst mit dem besten Gesetz allein nicht getan ist, wenn nicht gleichzeitig dazu auch eine dementsprechende Öffentlichkeitsarbeit geleistet wird. Und das, meine Damen und Herren, wird vor allem eine Aufgabe des ORF und der Printmedien sein.

Durch die große Toto-Lotto-Reform werden nun ganz großartige Voraussetzungen dafür geschaffen, daß alle wett- und spielfreudigen Österreicher nicht nur ihrer Leidenschaft frönen können, sondern alle Sportfreunde einen wesentlich besseren Beitrag zur Sportförderung leisten können.

Dazu kann man einiges sagen, vor allem, wenn man weiß, daß an wöchentlichen Wettspieleinsätzen zum Beispiel in der Bundesrepublik Deutschland 12,30 S pro Einwohner ausgegeben werden, in der Schweiz 9,02 S und in Österreich 2,50 S; vieles wandert von den Grenzregionen in die Bundesrepublik Deutschland und auch in die Schweiz ab. Das sieht man daraus, wenn man das Einsatzverhältnis der Bundesländer in Prozenten vergleicht: 1985 in Wien 31 Prozent, in Salzburg 4 Prozent, in Tirol 5 Prozent, in Vorarlberg 2 Prozent. Wir sind der Auffassung, daß da noch einiges drinnen sein wird.

Meine Damen und Herren! Zusammenfassend kann gesagt werden, daß die Aufgabe der neuen Gesellschaft darin besteht — eine Garantie ist mit der Casino AG gegeben —, das Spielangebot zu optimieren, und zwar durch die Einführung des großen Lottos unter der Spielformel "6 aus 45".

In der Übernahme und Fortführung des Lottos auf einem entsprechenden Niveau gibt es ein möglichst attraktives Angebot an Spielformen, ein zusätzliches reizvolles Spielangebot an ausländische Gäste und schließlich eine Erweiterung der Einkommensbasis für die derzeit rund 5 000 Vertriebspartner. Als erfreulicher Nebeneffekt kann auch noch die Schaffung von 60 bis 70 neuen Arbeitsplätzen verzeichnet werden.

Die Betrauung einer privaten Kapitalgesellschaft mit der Durchführung dieses Reformvorhabens und die Betreibung von Lotto und

12470

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Arnold Grabner

Toto durch diese Gesellschaft ermöglicht der selben auch eine Betriebsführung, die von den Zwängen des Budgets und des Stellenplanes befreit ist.

Der Bundesminister für Finanzen behält sich jedoch weiterhin die Möglichkeit vor, ordnungspolitisch unerwünschte Effekte zu verhindern.

Wer die Aussagen der Opposition — ich möchte immer dazu sagen: die des Dr. Höchtl — zum Sport und zur Sportförderung über einen längeren Zeitraum hinweg betrachtet, der muß unweigerlich den Eindruck bekommen, daß es sich vor allem um eine Lizitionspolitik handelt, die da betrieben wird. (Abg. Graf: *Der Eindruck ist unweigerlich falsch!*) Ich komme schon noch dazu, Herr Präsident.

Im Mai des vergangenen Jahres, um ein geradezu klassisches Beispiel anzuführen, verlangte die Opposition 310 Millionen Schilling Mindestförderung für den Sport. Dann rechneten die Herren Dr. Höchtl et cetera fünf Wochen hindurch, und schon waren sie bei einer Mindestsumme von 370 Millionen Schilling angelangt. Das war tatsächlich eine Weltbestleistung im Lizitieren.

Meine Damen und Herren! Österreich ist mit seiner Sportförderung in vorderster Reihe, und zwar auf dem 3. Platz in ganz Europa, das dank der Leistungen der für den Sport und die Sportförderung zuständigen SPÖ-Minister. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Ich darf ebenfalls einen Abänderungsantrag einbringen.

Abänderungsantrag

der Abgeordneten Arnold Grabner, Grabher-Meyer und Genossen zum Bundesgesetz, mit dem das Glücksspielgesetz, das Bundes-Sportförderungsgesetz, das Gebührengesetz und das Umsatzsteuergesetz geändert und das Sporttoto-Gesetz und das Pferdetoto-Gesetz aufgehoben werden (931 der Beilagen) in der Fassung des Ausschußberichtes (956 der Beilagen)

Der Nationalrat wolle in zweiter Lesung beschließen:

„Artikel I Z. 20 lautet:

„20. § 50 Abs. 2 lautet:

§ 50. (2) Eingriffe in das Glücksspielmonopol werden mit Geldstrafe bis zu 300 000 S geahndet.“^{15.48}

Im Artikel II Z. 3 hat § 9 Abs. 2 zu lauten:

„(2) Die gemäß Abs. 1 zu überweisenden Beträge sind im Ausmaß von je einem Zwölftel bis zum Ende jedes Kalendermonats zu leisten. Erhöhungsbeträge gemäß § 20 i Abs. 2 und 3 des Glücksspielgesetzes sind bis spätestens Ende März des Folgejahres zu leisten.“ (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)^{15.48}

Präsident: Der soeben eingebrachte Abänderungsantrag der Abgeordneten Arnold Grabner, Grabher-Meyer und Genossen ist genügend unterstützt und steht damit in Verhandlung.

Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Steidl.

^{15.48}

Abgeordneter Dr. Steidl (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es bleibt natürlich dem Herrn Abgeordneten Grabner unbenommen, den sozialistischen Ministern Vranitzky und Moritz zu danken. Ich war bisher der Meinung, daß nicht jenen zu danken ist, die die Mittel verteilen, sondern jenen, die diese Mittel aufbringen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Zwar geht es bei der zur Behandlung stehenden Gesetzesmaterie primär und vordergründig um die Erhöhung und Sicherung der finanziellen Mittel für den Amateurkörpersport und um die Eindämmung des massiven Devisenabflusses in diejenigen Staaten, die dieses Glücksspiel betreiben, eingeschlossen in diese gesetzlichen Änderungen ist jedoch die Existenz von mehr als 4 000 Lottokollektanten, für die die neuen Spiele völlig veränderte wirtschaftliche Bedingungen schaffen oder schaffen können.

Bei aller Freude darüber, daß es gelungen ist, die finanziellen Voraussetzungen für die Ausübung des Amateurkörpersportes zu verbessern, muß unbedingt darauf geachtet werden, daß dies nicht auf Kosten der Existenz der Kollektanten, die sich zum Teil in jahrzehntelanger mühsamer Arbeit ihren Betrieb aufgebaut haben, geschieht.

Deshalb ist es auch zu bedauern, daß es nicht möglich war, die Vorschläge der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und die Anträge der Österreichischen Volkspartei

Dr. Steidl

— mit einer Ausnahme — in dieser Frage durchzubringen.

Wenn ich auch dankbar bin, daß der Antrag des Kollegen Schüssel auf Verbesserung des Härteausgleiches in modifizierter Form angenommen wurde, so hätte ich mir doch gewünscht, daß auch andere Vorschläge mitberücksichtigt werden.

Vielleicht ist es aber möglich, in der Praxis und bei zukünftigen Novellierungen darauf Rücksicht zu nehmen. Es sind dies vier von mehreren Wünschen.

Erstens: Es wäre wahrscheinlich richtig gewesen, den Inhabern von Lottokollekturen das neue Lotto primär und bevorzugt anzubieten. Es sind dies Personen, die über eine jahrzehntelange Erfahrung verfügen, die ihre Betriebe auf das Glücksspiel ausgerichtet haben, die daher am besten imstande sind, diese Spiele zu verkaufen. Aber selbst wenn das im Gesetz nicht möglich war, ist es vielleicht denkbar, im Gesellschaftsvertrag oder im Rahmen von Aufsichtsratsweisungen derartige Wünsche im Interesse der Lottokollekturen unterzubringen.

Es wäre zweitens wünschenswert, wenn § 33 Tarifpost 17 Abs. 1 Ziffer 8, wo die 25prozentige Gewinstgebühr geregelt ist, ersetztlos entfallen könnte, weil man dadurch eine ungeschmälerte Gewinnauszahlung vornehmen könnte, so wie bei den Spielen der Alleinkonzessionäre, wodurch die Wettbewerbsneutralität hergestellt werden könnte. Es würde dem Bund nichts entgehen, weil der Bund ohnedies von den Kollektanten alles, was über die Schreibgebühr hinausgeht, bekommt.

Drittens wäre es sicherlich nicht unbillig gewesen, wenn ein Mitglied des Aufsichtsrates über Vorschlag der Kammer der gewerblichen Wirtschaft bestellt worden wäre, weil es doch über 4 000 Kollektanten sind, deren Interessen die Kammer der gewerblichen Wirtschaft vertritt.

Und viertens schließlich, Herr Finanzminister, wäre doch daran zu denken, den Grenzbetrag bei Schreibgebühren den veränderten Verhältnissen anzupassen, denn die 2 600 S, die schon seit mehr als acht Jahren existieren, sind heute wahrscheinlich doch zu niedrig und müßten den geänderten Wertverhältnissen angepaßt werden.

Meine Damen und Herren! Die Österreichische Volkspartei freut sich, daß für Hundert-

tausende österreichische Sportler mehr Mittel zur Ausübung des Sports zur Verfügung gestellt werden. Die Österreichische Volkspartei wird aber auch sehr darauf achten, daß die Existenz von über 4 000 Kollektanten durch die Neuregelungen nicht gefährdet wird. (Beifall bei der ÖVP.) 15.52

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Probst.

15.53

Abgeordneter Probst (FPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Ich kann mich dem Lamento des Vorredners Höchtl auch nicht anschließen. Ich glaube, die Geschichte mit der Brieflotterie kennen wir inzwischen auswendig. Der ÖVP ist bekanntermaßen nichts genug, und offensichtlich hat der Kollege Höchtl — Herr Kollege, ich bitte die sprachliche Diktion zu beachten — nicht umsonst in den Medien den Spitznamen „Höchtl-Möchtl“, weil er eben immer mehr haben will, als zu haben ist. (Heiterkeit.)

Wie die Lizitationspolitik im Negativen aussehen kann, dafür gibt es Beispiele. Es ist nie und nimmer gesagt, daß besonders viel Geld besonders gute Leistungen zur Folge hat. Als Skifahrer weiß ich: Selbst in einem Jahr, als Geld wie noch nie über unsere Skiasse ausgesossen wurde, waren die Leistungen schlecht wie noch nie. Es besteht also sicherlich da kein direkter Zusammenhang, genauso wie Sie auf der anderen Seite nicht sagen können, unbedingt richtig sei, wenn mehr Geld da ist, wird mehr geleistet. Natürlich ist eine gewisse Basisfinanzierung absolut notwendig, das ist klar, aber diese Basisfinanzierung ist gegeben, sie ist vor allem gegeben in einem Ausmaß wie noch nie. Nicht wie bisher, als es quer durch die Zeitungen ging, daß sich sogar die Bundesländer-Affäre bis in den Sport hinein erstreckt, Herr Kollege Höchtl, jene Bundesländer-Versicherung, die weder von der Sozialistischen noch von der Freiheitlichen Partei in irgendeiner Weise beeinflußt wird, aber trotzdem stark unter parteipolitischem Einfluß steht. Bitte erkundigen Sie sich bei den Redakteuren Ihrer Zeitungen, die von Geldflüssen von der „Bundesländer“ in Sportorganisationen berichtet haben.

Der Vorteil ist hier, daß es sich um eine garantierte Summe handelt. Jeder von uns kann sagen: 310 Millionen Schilling sind zuwenig, und jeder von uns wird Ihnen bestätigen, daß es immer noch Ideen gibt, mehr Geld ausgeben zu können, aber wesentlich ist, daß die Summe im Gegensatz zu früher garantiert ist, und wesentlich ist — das ist ja

12472

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Probst

etwas völlig Neues im gesamten Subventionswesen —, daß die Summe wertgesichert ist, daß eine Dynamisierung im Subventionsprozeß eingetreten ist. Das hat es ja vorher noch nicht gegeben. Damit ist die Grenze des Möglichen erreicht. Für das kameralistische System wie das unsere ist ja das geradezu ein gigantischer Fortschritt. Geben Sie es doch zu! Und es war so gut oder so schlecht, daß es andere auch haben wollen. Sofort ist die Seniorenhilfe gekommen und hat gesagt: Wir wollen das auch. (Abg. Dr. Höchtl: Diskutieren Sie doch, wenn Sie sich trauen!) Wer traut sich nicht zu diskutieren? (Abg. Dr. Höchtl: Gehen Sie doch auf die Argumente ein!)

Herr Kollege Höchtl! Ich nehme Rücksicht auf meine Kollegen in den Bundesländern, die nicht so wie Sie mit der Straßenbahn heimfahren, sondern mit der Eisenbahn. Wenn Sie hier eine stundenlange Liste an Argumenten vorlegen, verpflichtet das ja noch die anderen nicht zur Rücksichtslosigkeit. (Beifall bei FPÖ und SPÖ. — Neuerlicher Zwischenruf des Abg. Dr. Höchtl.)

Die Seniorenhilfe hat das so „schlecht“ gefunden, daß sie es auch haben wollte, die Aktion Kinderhilfe wollte auch das gleiche System, und noch viele andere haben sich angemeldet, weil das so „schlecht“ ist, aber Herr Kollege Höchtl sieht kein Positivum. Ich sehe es positiv. Ich sehe auch positiv, daß für diese diversen ... (Zwischenruf des Abg. Dr. Höchtl.) Ununterbrochen haben Sie lamentiert darüber.

Ich sehe es als positiv, daß zum Beispiel die diversen Gewinnspiele, die es gibt, legalisiert wurden, daß sie mit einem Bewilligungstatbestand versehen wurden, daß der geschaffen wurde mit einer angemessenen staatlichen Kontrolle, angenehm für jene, die von der Sache her diesen meist oder bisher eigentlich immer sehr positiv und wohltätig wirkenden Organisationen auch das nötige Vertrauen unterlegen können.

Das ist notwendig und wichtig, denn allzu oft wird der Bürger getäuscht. Hier wurde er — das betone ich —, wurde er noch nicht getäuscht bei den zitierten Gewinnspielen, aber das Mißtrauen ist da, und vielleicht können aufgrund des Wissens, daß auch die Verwendung des Geldes in Zukunft garantiert und kontrolliert wird durch eine angemessene staatliche Kontrolle, noch mehr Mittel flüssig gemacht, die Spendelust noch mehr erhöht werden. Bisher waren ja alle Gewinnspiele para legem, und Sie wissen, daß ein Bezirks-

hauptmann da einiges hätte verhindern können.

Die Vergabe der Sportförderungsmittel ist im Bundes-Sportförderungsgesetz geregelt; das ist gut so. Ich habe hier des öfteren Gelegenheit gehabt, die Bedeutung des Spitzensports herauszustreichen, aber auch auf das Schwergewicht jeder Sportpolitik zurückzukommen, das meiner Ansicht nach in der Förderung des Breitensports liegen muß. Ich werde auch diese Gelegenheit nicht vorbeigehen lassen, die Betonung auf eine gezielte Förderung des Breitensports zu legen. So wichtig der Spitzensport als Animator, als Ansporn, meinetwegen als Wirtschaftsfaktor ist, so wesentlich ist die Wirkung auf den Breitensport, ist die Ausübung des Breitensports.

Ich werde nicht müde werden, von der Ausübung des lebensbegleitenden Sports zu sprechen, daß das in das Unterrichtsprinzip einfließen soll, daß dort Sport zur Selbstverständlichkeit werden sollte, und zwar Sport aus Lust an der Bewegung und Sport als gesunderhaltende Betätigung in der Freizeit.

Ich werde auch nicht müde werden, hier einer besonders vorbildlichen Organisation das Wort zu reden, die das mit dem lebensbegleitenden Sport in geradezu vorbildhafter Weise seit Jahrzehnten betreibt; das ist der Österreichische Turnerbund. Mit seinen 244 Vereinen hat er 80 000 Mitglieder und ist seit seiner Gründung vor 34 Jahren von der Teilnahme am offiziellen österreichischen Sportgeschehen beziehungsweise von der Dotation ausgeschlossen.

Aufgrund der derzeit noch geltenden Gesetzeslage, insbesondere des Sporttoto-Gesetzes 1949 und der darauf basierenden Statuten der Bundessportorganisation und der Landessportorganisationen besteht für den Österreichischen Turnerbund als Bundesorganisation und für die ÖTB-Landesverbände kein rechtlicher Anspruch auf Sportförderungsmittel.

Wenn Sie sich jetzt die Ergebnislisten anschauen und sich vor Augen halten, wie viele Tausende, Zigtausende Aktive dort tätig sind und wirklich gesündesten und besten Breitensport betreiben, mit den natürlich hervorkommenden Spitzen, und wenn Sie sich überlegen, wie viele auch aus Ihren Reihen dort tätig sind, dann geht mein Appell hoffentlich nicht ungehört am Kollegen Höchtl, am Kollegen Grabner und an den anderen, die am Sport interessiert sind, vorbei, mein Appell, dafür zu sorgen, daß der ÖTB in

Probst

Zukunft auch einen rechtlichen Ansatz auf Zuweisung von Sportförderung bekommt — das sollte in Verhandlungen festgelegt werden —, zum Beispiel im § 8 Abs. 3 des Sportförderungsgesetzes. Der ÖTB sollte seiner Bereitschaft entsprechend mit dem ASVÖ, also dem Allgemeinen Sportverband Österreichs, dessen Grundsatz der Freiheit von parteipolitischen Bindungen er unterstützt, zu einem Interessenausgleich auf Basis der Anerkennung des Österreichischen Turnerbundes als Bundesorganisation und der Landesverbände kommen.

Dieser Interessenausgleich setzt eine satzungsmäßige Verankerung des Österreichischen Turnerbundes im Bundes-ASVÖ und in den Landesverbänden zusammen mit einer Quotenregelung betreffend die Förderungsmittel, die auf den ÖTB entfallen, voraus. Und da bitte ich Sie — vor allem die beiden Sportsprecher Höchtl und Grabner, meine Kollegen —, angesichts der Tatsache, daß uns im Sport sicherlich Gott sei Dank mehr verbindet als uns trennt, auch Ihre Bereitschaft zu zeigen, diesem großen Verband zu helfen, denn es gibt keinen Grund, hier einen Unterschied zu machen und ihn nicht zu unterstützen.

Meine Damen und Herren! Ich möchte schließen mit dem Dank natürlich an unsere vielen erfolgreichen Spitzensportler, die vom Weltmeister, vom Weltrekordinhaber herunter bis zum Bezirksmeister reichen, an die vielen österreichischen Spitzensportler, die aufgrund ihrer Erfolge im Ausland sehr wesentlich dazu beigetragen haben, das durch mancherlei Dinge zeitweise angeschlagene Image Österreichs wieder aufzubessern, beziehungsweise die zu einem sehr positiven Bild Österreichs in der Welt beigetragen haben, die sicher auch einen wesentlichen Fördererfaktor für die Wirtschaft, für die österreichische Exportwirtschaft darstellen. Man denke an die Skiindustrie, an die Zubehörindustrie und man denke an die Werbeträger, die die Sportler sind. Wenn Sie sich ihn und seine Kleidung anschauen, dann wissen Sie, was gemeint ist.

Ich möchte aber auch — und damit schließe ich — vor allem danken jenen noch viel mehr Tausenden Funktionären, die wieselfleißig und unbedankt Tag für Tag und Nacht für Nacht unterwegs sind, um österreichischen Jugendlichen und auch Erwachsenen die Ausübung des Sportes zu ermöglichen. Ihnen sollte wohl unser aller Dank gelten. (Beifall bei FPÖ und SPÖ.) 16.05

Präsident: Zum Wort gemeldet hat sich

Herr Bundesminister Dr. Moritz. Bitte, Herr Minister.

16.05

Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport Dr. Moritz: Herr Präsident! Herr Bundesminister! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordneten! Als langjährigen ehemaligen Sportfunktionär drängt es mich doch, die Beratungen zu diesem Gesetz zum Anlaß einiger Feststellungen zu machen. Vorweg sei festgestellt, daß die großen und in weiten Bereichen auch internationalen Erfolge des österreichischen Sports das Ergebnis der Hingabe, der Einsatzbereitschaft, des Engagements Hunderttausender Aktiver und Zehntausender Funktionäre sind, die mit ihrer Arbeit, mit ihrem unbedankten Einsatz, mit ihrer völligen Anonymität wesentliche Grundlagen geschaffen haben. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.)

Diesen Funktionären in den Vereinen, in den Verbänden auch in Zukunft die Möglichkeit eines autonomen und selbständigen Wirkens zu geben, ist die Aufgabe der Sportpolitik des Staates und seiner Förderungsmaßnahmen. Wir sind für die Autonomie des Sports und wir lehnen den Staatssport ab.

Und ein zweiter Grundsatz scheint mir wesentlich: daß die Sportkompetenz Angelegenheit der Bundesländer ist; das ist also auch ein stark föderalistisches Moment. Der Bund erfüllt seine Verpflichtungen zur Förderung des Sports aufgrund des Bundes-Sportförderungsgesetzes.

Die heute zu beschließende Reform des Sporttotos wird dem österreichischen Sport zum erstenmal eine gesetzliche Grundfinanzierung ermöglichen. Damit ist eine längerfristige Planung durch die Sportverbände und -vereine überhaupt erst möglich.

Die neue gesetzliche Regelung bringt eine Garantiesumme von 311 Millionen Schilling jährlich, die nach dem Lebenshaltungskostenindex jährlich aufgewertet wird; zum erstenmal also eine gesicherte Einnahmequelle aus dem Bereich des Glücksspiels.

Die Zahlung — und das war ein besonderer Wunsch der Bundessportorganisation — wird in zwölf Monatsraten erfolgen.

Dieses große Ergebnis im Interesse des österreichischen Sports ist — ich stehe nicht an, dafür dem Herrn Finanzminister sehr zu danken — der Einsicht der Finanzverwaltung zu verdanken, ist ein Ergebnis, das mit der

12474

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Bundesminister für Unterricht, Kunst und Sport Dr. Moritz

Bundessportorganisation verhandelt und vereinbart worden ist.

Ohne diese Neuregelung, meine Damen und Herren, hätte die Einführung des Zahlenlottos, wie wir aus internationalen Beispielen wissen, das Sporttoto sicher die Hälfte seiner bisherigen Einnahmemöglichkeiten gekostet.

Wir werden mit der österreichischen Bundessportorganisation aufgrund dieses Gesetzes unverzüglich einen Vertrag über die Verteilung und Kontrolle der Mittel abschließen. Die Verteilung der Mittel wird analog den Regelungen der bisherigen Sporttotoverordnung erfolgen.

Wesentlich erscheint mir auch, daß zusätzliche Einnahmen des Sporttotos dem Sport zufallen werden.

Nun wurde hier in der Debatte behauptet, daß im Verlaufe der Beratungen und der Verhandlungen auf die Funktionäre der Bundessportorganisation ein Druck ausgeübt worden wäre. Ich würde diese Behauptung ganz entschieden zurückweisen, wenn nicht ihr Urheber selbst sie schließlich auf „psychologischen Druck“ abgeschwächt hätte.

Und da muß ich Sie fragen: Welches Bild entwirft hier Herr Abgeordneter Dr. Höchtl von den Spitzenfunktionären der Bundessportorganisation? Will er sie als Schwächlinge hinstellen, daß sie psychologischem Druck gewichen wären? (Abg. Dr. Höchtl: So stellen Sie es dar, Herr Minister!) Herr Abgeordneter! Ich habe mich natürlich mit den Funktionären der BSO über Ihre laufenden Äußerungen auseinandergesetzt und hätte mir gewünscht, daß Sie Zeuge gewisser Handbewegungen geworden wären, mit denen diese Funktionäre auf die Äußerungen des Präsidenten des Rodelverbandes reagiert haben.

Übrigens bitte ich Sie sehr, meine Damen und Herren, zweien der Anträge des Herrn Dr. Höchtl — ich kann sie dann im einzelnen nennen — auf gar keinen Fall zuzustimmen, weil sie gegen die Verfassung verstößen würden. (Hörthörtrufe bei der SPÖ.)

Sehr verehrter Herr Abgeordneter! Fast zwei Jahre stehen wir nun einander in diesem Hause gegenüber, und ich stelle fest, daß Sie in der ganzen Zeit eigentlich immer im gleichen Brei gerührt haben. Ich würde Sie bitten, sich allmählich um ein anderes Thema umzusehen, damit aus dieser Diskussion tatsächlich etwas für den Sport erwächst. (Abg.

Dr. Höchtl: Aber die Weltmeisterschaften in Seefeld haben Schwierigkeiten bereitet!)

Herr Abgeordneter! Übrigens ist ja Ihre ganze Polemik schon durch Ihren Fraktionskollegen, Herrn Dr. Steidl, widerlegt worden, der sehr deutlich gesagt hat, daß durch dieses Gesetz dem österreichischen Sport wesentliche Mehreinnahmen zufließen werden.

Ich möchte mich aber auch in einer anderen Hinsicht dem Herrn Dr. Steidl, den ich als ehemaligen Salzburger Landesregierungskollegen hochschätze, anschließen, nämlich mit einem Dank an jene, die die Mittel für diese Neuregelung aufbringen, auch mit einem Dank an die Spieler, obwohl diese Spieler wahrscheinlich am wenigsten an den Sport denken, wenn sie ihre Scheine abgeben.

Auf jeden Fall stehen wir mit dieser gesetzlichen Neuregelung am Beginn einer neuen guten finanziellen Basis, einer guten Entwicklung für den österreichischen Sport. Ich darf Ihnen versichern, daß wir diese neuen Möglichkeiten gewissenhaft und verantwortungsvoll im Interesse des Sportes, seiner Aktiven und seiner Funktionäre nützen werden. (Beifall bei SPÖ und FPÖ.) 16.11

Präsident: Nächster Redner ist Herr Abgeordneter Feurstein.

16.11

Abgeordneter Dr. Feurstein (ÖVP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich darf mich dem Dank, den der Herr Minister an die vielen ehrenamtlichen Sportfunktionäre ausgesprochen hat, anschließen. Wir sind der festen Überzeugung, daß Sport ohne ehrenamtliche Funktionäre gar nicht möglich ist. Es braucht viele Idealisten, die draußen in den Gemeinden, in den Ländern diese Aufgabe übernehmen, in den örtlichen Vereinen, in den Landesfachverbänden und so weiter. Einen herzlichen Dank an diese vielen Funktionäre, die sich wirklich mit großem Idealismus dem Sport und der sportlichen Erziehung unserer Jugend widmen. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Herr Minister! Ich anerkenne auch, daß Sie das Bundes-Sportförderungsgesetz aus dem Jahre 1969 positiv erwähnt haben. Es wurde unter dem früheren Unterrichtsminister Dr. Alois Mock beschlossen, worüber wir uns freuen. Wir anerkennen, daß Sie nun diesem Bundes-Sportförderungsgesetz die gebührende Anerkennung zollen. Auch das möchte ich positiv unterstreichen, was Sie unter anderem auch

Dr. Feuerstein

in Ihrer Wortmeldung zum Ausdruck gebracht haben.

Meine Damen und Herren! Abgeordneter Probst ist jetzt nicht hier und er war auch im Finanzausschuß nicht anwesend, und so waren es viele Ungereimtheiten, die er hier zum Ausdruck gebracht hat, auf die ich wirklich nicht eingehen möchte, denn es zeigt nur von Unkenntnis. Aber eines muß schon korrigiert werden.

Der Finanzminister bekommt mit diesem Gesetz nicht nur ein Körberlgeld, sondern er bekommt auch einen ganz schönen Betrag aus den Abgaben, die aus dem Sporttoto und aus den Konzessionsgebühren nun zu bezahlen sind. Es ist nicht so, daß der gesamte Betrag aus diesen Abgaben an die Sportorganisationen weitergegeben wird. Die 310 Millionen Schilling, die an die Sportorganisationen weiterfließen, sind nur ein Teil dieses Betrages, den der Herr Finanzminister in Form von Abgaben erhalten wird.

Meine Damen und Herren! Das muß, glaube ich, auch gesagt werden. Aus diesem Grunde wäre der Antrag von Dr. Höchtl, wäre der Antrag der ÖVP berechtigt. Ich wundere mich eigentlich, daß Herr Abgeordneter Grabner dem nicht zugestimmt hat, nämlich daß man zumindest mit der Wertsicherung das Jahr 1985 zurückverschoben hätte in das Jahr 1982/81, so wie das vom Abgeordneten Höchtl vorgeschlagen wurde. Es ist wirklich zu bedauern, daß Sie als Präsident eines Fachverbandes diesem Antrag nicht zugestimmt haben und nicht zustimmen wollen, obwohl der Finanzminister auch einen ganz schönen Betrag an zusätzlichen Einnahmen erhält, den er nicht bekäme, hätte man nicht diese sehr wegweisende Verbesserung der Sportförderung eingeführt. Wir bedauern — das möchte ich hier noch einmal sagen —, daß Sie von der SPÖ und von der FPÖ diesem Antrag nicht zustimmen.

Auch die Sportorganisationen sind natürlich für diesen Antrag und stehen voll hinter ihm, genauso wie sie hinter anderen Anträgen stehen, die von Dr. Höchtl hier zur Diskussion gestellt und noch einmal eingebracht worden sind.

Meine Damen und Herren! Wir begrüßen also diese Verbesserung der Sportförderung. Ich sehe mich aber dennoch verpflichtet, auch auf die verschiedenen anderen Organisationen, die sich vor allem im karitativen und im sozialen Bereich betätigen, hinzuweisen.

Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich die Einwände, die Bedenken, die gegen dieses Gesetz hier vorgebracht worden sind, kurz erläutern. Genauso wie es bei der Sportförderung, im sportlichen Bereich notwendig ist, daß man entsprechende Grundlagen schafft, wäre es auch im sozialen und karitativen Bereich notwendig, eine solche Grundlage zu schaffen, wie wir das jetzt für den Bereich des Sports getan haben.

Denn Sozialpolitik wäre in Österreich nicht möglich, wenn es nicht eine Unzahl von solchen sozialen und karitativen Vereinigungen geben würde, die Spendenaktionen durchführen, die Glücksspiele veranstalten und ähnliche Initiativen ergreifen, die Millionenbeträge zusammenbringen und diese dann unbürokratisch an die wirklich Bedürftigen weitergeben. Hier wird echt geholfen.

Ich möchte nur zwei Beispiele nennen, die wirklich sehr vorbildhaft wirken. Das ist einmal die Seniorenhilfe, das ist ein anderes Mal die Kinderhilfe. Beide Organisationen, beide Aktionen, und viele andere sollten, glaube ich, heute in diesem Zusammenhang positiv und lobend erwähnt werden.

Ein zweites Bedenken, ein zweiter Hinweis: Der Herr Finanzminister und der Herr Sozialminister — dieser ist leider nicht anwesend —, gerade diese beiden Minister sollten diesen Organisationen eine gewisse Anerkennung zollen, denn — ich wiederhole mich zwar, aber ich betone das eben sehr ausdrücklich — ohne Selbsthilfe, ohne Nachbarschaftshilfe, aber auch ohne die verschiedenen Aktionen von Rundfunk, Fernsehen und Zeitungen wäre heute eine Lösung von sozialen Problemen einfach nicht mehr zu bewältigen.

Diese Organisationen befürchten mit gutem Grunde, daß mit diesem neuen Gesetz und mit der neuen Sportförderung ihr Aufkommen eingeschränkt wird. Wir wissen aus der Konsumerhebung, daß die österreichischen Haushalte für den gesamten Bereich von Spielen, Spenden, für alles, was diesem Bereich zu subsumieren ist, über ein Ausgabenvolumen von rund 4 Milliarden Schilling verfügen. Wenn nun ein großer Teil dieses Aufkommens für die Sportförderung begünstigt abgezogen wird, so bedeutet dies natürlich, daß in anderen Bereichen das Geld fehlt und daß das Aufkommen im Bereich der sozialen Aktionen geschmälert wird.

Meine Damen und Herren! Es muß eben kritisch bemerkt werden, daß die Sportförderung 310 Millionen Schilling gesichert erhält.

12476

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Dr. Feurstein

Für die karitativen und für Sozialaktionen gibt es einen solchen Grundbetrag, der gesichert ist, nicht. Meine Damen und Herren, wir bedauern, daß wir nicht gleichzeitig auch im sozialen und im karitativen Bereich einen ähnlichen Grundbetrag einführen können. (Beifall bei der ÖVP.)

Meine Damen und Herren! Ein vorletztes Bedenken. Die Werbung für Sporttoto und die Glücksspiele, die für die Sportförderung veranstaltet werden, wird aus dem Abgabenerfolg dieser Spiele finanziert. Das ist zweifellos eine nicht ganz unproblematische Bestimmung. Ich kenne im ganzen österreichischen Steuerrecht — Herr Finanzminister, vielleicht können Sie mich korrigieren — keine Bestimmung, die besagt, daß aus Abgabenerträgen Werbemaßnahmen, die das Aufkommen dieser Abgabe bestimmen sollen, finanziert werden. (Zwischenbemerkung des Bundesministers Dr. Vranitzky.)

Aber Sie als Bund, als Finanzminister stellen Beträge des Abgabenaufkommens für die Werbung in diesem Bereich zur Verfügung. Das ist eine problematische Sache. Wir werden dem zustimmen, aber ich möchte hier nur anmerken, daß es problematisch ist. Und ich glaube, Sie müssen mir zustimmen, wenn ich der Meinung bin, daß hier manche Bauchweh haben.

Im Bereich der Seniorenhilfe, im Bereich der Kinderhilfe und im Bereich vieler anderer Aktionen, veranstaltet von der Caritas — ich denke an die große Aktion, die der Nationalfonds für besondere Hilfe für Behinderte durchgeführt hat —, gab es eine solche Finanzierung aus Abgaben nicht, meine Damen und Herren. Auch in diesem Punkt sind diese Bereiche benachteiligt.

Meine Damen und Herren! Ein letzter Punkt. Wir haben — und ich möchte das anerkennend feststellen — in einer gemeinsamen Feststellung des Finanzausschusses festhalten können, daß der Herr Finanzminister dann, wenn das Aufkommen aus Glücksspielen für Seniorenhilfe und Kinderhilfe einen geringeren Ertrag bringen wird, mit diesen Organisationen Gespräche führen und versuchen wird, notwendige Maßnahmen zu ergreifen, um die entsprechenden Mindererträge wieder auszugleichen. Zweitens hat der Finanzminister zugesagt, daß die Begünstigungen dieser verschiedenen Aktionen im Steuerrecht, und zwar im Rahmen der Bundesabgabenordnung beibehalten werden sollen.

Herr Minister! Ich möchte hier ergänzen, daß diese Begünstigung, die die Bundesabga-

benordnung bietet, auch auf andere Glücksspiele und für andere Spendenaktionen, die karitative und soziale Initiativen ergreifen, angewendet werden sollte, das heißt, daß sie im Rahmen der Bundesabgabenordnung von der Leistung von Abgaben befreit werden.

Meine Damen und Herren! Ich weiß, daß solche Dinge in einem Entschließungsantrag zum Ausdruck gebracht werden sollten. Ich habe bewußt keinen Entschließungsantrag eingebracht, denn ich meine, daß Behindertenpolitik und Sozialpolitik in Konsens gemacht werden sollen.

Ich appelliere daher an Sie, meine Damen und Herren, und ich appelliere vor allem an den Sozialminister, eine ähnliche Grundlage, wie wir sie jetzt für den Sport geschaffen haben, auch für alle Bereiche von sozialen Förderungen und sozialen Hilfsaktionen zu schaffen (Beifall bei der ÖVP), damit hier auch eine gewisse Chancengleichheit erfolgt.

Ich möchte Ihnen hier auch versichern, daß wir von der ÖVP uns zum Anwalt der Behinderten und sozialen Einrichtungen machen werden. Wir werden auch in Zukunft appellieren und darauf aufmerksam machen, daß dieses Anliegen für uns ein echtes Anliegen sein wird und wir dieses Anliegen auch in Zukunft mit Nachdruck vertreten werden, damit hier eine gewisse Chancengleichheit in allen Bereichen entsteht. (Beifall bei der ÖVP.) 16.21

Präsident: Zum Wort ist niemand mehr gemeldet. Die Debatte ist geschlossen.

Schlußwort wird keines gewünscht.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 956 der Beilagen.

Da Abänderungsanträge vorliegen, lasse ich getrennt abstimmen.

Zunächst gelangen wir zur Abstimmung über Artikel I bis einschließlich Ziffer 2 § 20 i Abs. 1 Glücksspielgesetz in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Zu Artikel I Ziffer 2 § 20 i Abs. 2 des Glücks-

Präsident

spielgesetzes liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen vor.

Ich lasse daher zunächst über diesen Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des Abänderungsantrages Dr. Höchtl und Genossen abstimmen und bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit und somit abgelehnt.

Somit lasse ich jetzt über Artikel I Ziffer 2 betreffend § 20 i Abs. 2 des Glücksspielgesetzes in der Fassung des Ausschußberichtes abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über die restlichen Teile des Artikels I Ziffer 2 sowie über dessen Ziffern 3 bis einschließlich 19 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Zu Artikel I Ziffer 20 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Arnold Grabner, Grabher-Meyer und Genossen vor.

Ich lasse daher zunächst über diesen Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des erwähnten Abänderungsantrages Arnold Grabner, Grabher-Meyer und Genossen abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Damit erübriggt sich die Abstimmung über Artikel I Ziffer 20 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Zur Abstimmung gelangen nunmehr Artikel I Ziffer 21 sowie Artikel II Ziffern 1, 2 und 3 bis einschließlich des in Ziffer 3 enthaltenen § 8 Abs. 2 des Bundes-Sportförderungsgesetzes in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Zu Artikel II Ziffer 3 § 8 Abs. 3 Bundes-Sportförderungsgesetz liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen vor.

Ich lasse daher zunächst über diesen Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des Abänderungsantrages Dr. Höchtl und Genossen abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Somit abgelehnt.

Es steht somit nunmehr Artikel II Ziffer 3 § 8 Abs. 3 Bundes-Sportförderungsgesetz in der Fassung des Ausschußberichtes zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Auch zu § 9 Abs. 1 erster Satz Bundes-Sportförderungsgesetz in Artikel II Ziffer 3 liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen vor.

Daher bringe ich zunächst diesen Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des Abänderungsantrages Dr. Höchtl und Genossen zur Abstimmung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Abgelehnt.

Artikel II Ziffer 3 betreffend § 9 Abs. 1 erster Satz des Bundes-Sportförderungsgesetzes gelangt daher nunmehr in der Fassung des Ausschußberichtes zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Zur Abstimmung stehen nunmehr § 9 Abs. 1 Ziffern 1 und 2 in Artikel II Ziffer 3 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Zu Artikel II Ziffer 3 § 9 Abs. 2 Bundes-Sportförderungsgesetz liegt ein Abänderungs-

12478

Nationalrat XVI. GP — 142. Sitzung — 16. Mai 1986

Präsident

antrag der Abgeordneten Arnold Grabner, Grabher-Meyer und Genossen vor.

Ich lasse zunächst über diesen Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des Abänderungsantrages Arnold Grabner, Grabher-Meyer und Genossen abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Damit entfällt eine Abstimmung über diesen Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des Ausschußberichtes.

Zur Abstimmung gelangt jetzt Artikel II Ziffer 3 betreffend § 9 Abs. 3 in der Fassung des Ausschußberichtes.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Bezüglich § 10 des Bundes-Sportförderungsgesetzes in Artikel II Ziffer 3 des Gesetzentwurfes liegt ein Abänderungsantrag der Abgeordneten Dr. Höchtl und Genossen vor.

Zunächst lasse ich daher über diesen Teil des Gesetzentwurfes in der Fassung des Abänderungsantrages Dr. Höchtl und Genossen abstimmen.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist die Minderheit. Damit abgelehnt.

Somit ist nunmehr über Artikel II Ziffer 3 betreffend § 10 des Bundes-Sportförderungsgesetzes in der Fassung des Ausschußberichtes abzustimmen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Da keine weiteren Abänderungsanträge vorliegen, bringe ich nunmehr die restlichen Teile des Gesetzentwurfes samt Titel und Eingang in der Fassung des Ausschußberichtes zur Abstimmung.

Ich ersuche jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung einstimmig angenommen.

5. Punkt: Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Regierungsvorlage (935 der Beilagen): Bundesgesetz über die Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung (IFAD) (957 der Beilagen)

Präsident: Wir gelangen zum 5. Punkt der Tagesordnung: Bundesgesetz über die Leistung eines zusätzlichen Beitrages zum Internationalen Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung.

Berichterstatter ist Frau Abgeordnete Mag. Brigitte Ederer. Ich ersuche Sie, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatterin Mag. Brigitte Ederer: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Der Finanz- und Budgetausschuß hat die in Verhandlung stehende Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 15. April 1986 in Verhandlung genommen.

Bei der Abstimmung wurde der Gesetzentwurf mit Stimmenmehrheit angenommen.

Als Ergebnis seiner Beratungen stellt der Finanz- und Budgetausschuß somit den Antrag, der Nationalrat wolle dem von der Bundesregierung vorgelegten Gesetzentwurf (935 der Beilagen) die verfassungsmäßige Zustimmung erteilen.

Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, Herr Präsident, bitte ich um Fortführung der Debatte.

Präsident: Es liegen keine Wortmeldungen vor.

Wir gelangen zur Abstimmung über den Gesetzentwurf samt Titel und Eingang in 935 der Beilagen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Mit Mehrheit angenommen.

Wir kommen sogleich zur dritten Lesung.

Präsident

Ich bitte jene Damen und Herren, die dem vorliegenden Gesetzentwurf auch in dritter Lesung ihre Zustimmung erteilen, sich von den Sitzen zu erheben. — Der Gesetzentwurf ist somit auch in dritter Lesung mit Mehrheit angenommen.

6. Punkt: Bericht des Bautenausschusses über die Regierungsvorlage (890 der Beilagen): Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Mietbedingungen des Gemeinschaftszollamtes Arnoldstein (978 der Beilagen)

Präsident: Wir kommen zum 6. Punkt der Tagesordnung: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Mietbedingungen des Gemeinschaftszollamtes Arnoldstein.

Berichterstatter ist Herr Abgeordneter Dr. Preiß. Ich bitte ihn, die Debatte zu eröffnen.

Berichterstatter Dr. Preiß: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auf der Grundlage des österreichisch-italienischen Vertrages vom 15. Juli 1985 errichtet die Republik Österreich auf österreichischem Staatsgebiet in unmittelbarer Grenznähe ein österreichisch-italienisches Gemeinschaftszollamt für die Reiseabfertigung auf der Autobahnstrecke zwischen Villach und Tarvis.

Um allfällige Streitigkeiten durch ein internationales Schiedsgericht beilegen zu können, ist das vorliegende Abkommen als völkerrechtlicher Vertrag zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik konzipiert.

Das Abkommen hat gesetzändernden beziehungsweise gesetzesergänzenden Charakter. Sein Abschluß bedarf daher der Genehmigung durch den Nationalrat gemäß Artikel 50 Abs. 1 Bundes-Verfassungsgesetz.

Der Bautenausschuß hat die Regierungsvorlage in seiner Sitzung am 15. Mai 1986 in Verhandlung genommen und einstimmig

beschlossen, dem Hohen Hause die Genehmigung des Abschlusses des vorliegenden Staatsvertrages zu empfehlen.

Ich stelle somit den Antrag, der Nationalrat wolle beschließen:

Der Abschluß des Staatsvertrages: Abkommen zwischen der Republik Österreich und der Italienischen Republik über die Mietbedingungen des Gemeinschaftszollamtes Arnoldstein (890 der Beilagen) wird genehmigt.

Herr Präsident! Für den Fall, daß Wortmeldungen vorliegen, bitte ich, in die Debatte einzugehen.

Präsident: Wortmeldung liegt keine vor.

Wir gelangen nunmehr zur Abstimmung über den Antrag des Ausschusses, dem Abschluß des gegenständlichen Staatsvertrages in 890 der Beilagen die Genehmigung zu erteilen.

Ich bitte jene Damen und Herren, die hiezu ihre Zustimmung geben, sich von den Sitzen zu erheben. — Das ist einstimmig angenommen.

Die Tagesordnung ist erschöpft.

Ich gebe bekannt, daß in der heutigen Sitzung die Selbständigen Anträge 195/A bis 197/A eingebbracht worden sind.

Ferner sind die Anfragen 2096/J bis 2101/J eingelangt.

Die nächste Sitzung des Nationalrates, die für Dienstag, den 10. Juni 1986, um 11 Uhr in Aussicht genommen ist, wird durch schriftliche Benachrichtigung einberufen werden.

Diese Sitzung wird mit einer Fragestunde beginnen.

Die jetzige Sitzung ist geschlossen.

Schluß der Sitzung: 16 Uhr 32 Minuten